6. Jahrgang 1958 / Postverlagsort: Stuttgart 1. Heft / Januar

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

KURT SONTHEIMER
Thomas Mann als Politiker

JACK J. ROTH
Sorel und die totalitären Systeme

WALTER L. DORN
Der Morgenthauplan im Widerstreit

CONSTANTIN GRAF STAMATI
Zur Kulturpolitik des Ostministeriums

DOKUMENTATION
Schleicher und die NSDAP 1932

BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Franz Schnabel, Ludwig Dehio, Theodor Schieder, Werner Conze und Karl Dietrich Erdmann

Schriftleitung:

DR. HELMUT KRAUSNICK

München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Kurt Sontheimer . . . . Thomas Mann als politischer Schriftsteller 1

Jack J. Roth . . . . . Sorel und die totalitären Systeme . . . 45

Walter L. Dorn . . . . Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland (1944 bis 1945) 60

MISZELLE

Constantin Graf Stamati . Zur „Kulturpolitik" des Ostministeriums 78

DOKUMENTATION

Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932 *(Thilo Vogelsang)* 86

BIBLIOGRAPHIE *73*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart S, Mörikestr. 17, Tel. 74851/52
Vertrieb und Auslieferung: Stuttgart N, Hospitalstraße 12, Telefon 91015/92332 – Preis des Einzelheftes DM 6.–; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 20.– zuzüglich Zustellgebühr. Erscheinungsweise: Vierteljährlich im Normalumfang von je 112 Seiten (7 Bogen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE
6. Jahrgang 1958 1. Heft/Januar

KURT SONTHEIMER

THOMAS MANN ALS POLITISCHER SCHRIFTSTELLER

Das Verhältnis eines Dichters zur Politik und Geschichte seiner Zeit wird in vielen Fällen vom politischen Historiker mit Recht unbeachtet bleiben dürfen. Interessieren wird es ihn jedoch immer da, wo im Gewebe der sozialen und politischen Vorstellungen einer Epoche der jeweiligen dichterischen Aussage eine besondere Prägnanz und Ausdruckskraft für das Typische eignet, wo der hohe Rang eines Dichters seinen politischen Aussagen und Deutungen einen beachtlichen publizistischen Wirkungsgrad verleiht, und wo seine Worte, seine Verse und seine Visionen, wie mißverstanden sie auch sein mögen, Menschen ergreifen und politisch antreiben, oder wo sie als ideologische Rechtfertigung eines politischen Systems benutzt werden. Für den ersten Typus sei an die Haltung der englischen und deutschen Romantiker gegenüber der Französischen Revolution erinnert. Der zweite hat heute vor allem in Frankreich seine berühmten Vertreter: Mauriac, Sartre, Camus – während der dritte Typus den politischen Dichter im eigentlichen Sinne bezeichnet, also Figuren wie Theodor Körner, E. M. Arndt, Bert Brecht, um nur wenige zu nennen. Thomas Mann beansprucht das Interesse der Zeitgeschichte darum in besonderem Maße, weil er alle drei Typen in sich vereinigt. Seine „unbeschreibliche Irritabilität gegenüber geistigen Zeittendenzen" machte ihn zu einem Seismographen der geistig-politischen Entwicklung, sein hoher Rang als Schriftsteller, die weite Verbreitung seiner Schriften, die damit verbundene außerordentliche Publizität seines Wirkens — zu einem, wenn auch nicht sehr hoch zu veranschlagenden politischen Faktor. Seine späteren politischen Aussagen wurden darüber hinaus zu Propagandawaffen im Dienste der Alliierten gegen das nationalsozialistische Deutschland und dienen heute, mehr zu Unrecht als zu Recht, kommunistischen Intellektuellen als Rechtfertigung ihres Systems.

Doch damit nicht genug. Es gibt einen „Fall Thomas Mann", und zwar einen Fall Thomas Mann qua politischer Schriftsteller. Kaum ein deutscher Autor steht so stark im Zwielicht wie Thomas Mann. Wird er von fast allen Seiten als großer Schriftsteller geachtet, so scheiden sich die Lager, sobald die politische Rolle Thomas Manns zur Diskussion kommt. Das war schon in den zwanziger Jahren so und ist es heute vielleicht noch mehr, da die Jahre nach 1945 eine ganze Reihe von öffentlich geführten Auseinandersetzungen um Thomas Mann und seine politische Haltung gebracht haben. Freilich war dabei stets mehr im Spiel als politische Überzeugungen. Es ging um Ehre und Anständigkeit, um das Deutschtum schlechthin.

Ein bedeutender Ausschnitt des Werkes von Thomas Mann ist der Analyse und Deutung des Deutschtums gewidmet. Immer wieder hat es ihn gedrängt – und die

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeitereignisse unterstützten ihn dabei –, das Wesen der Nation zu ergründen, der er selbst geistig aufs tiefste verbunden war. Seit ihm im ersten Weltkrieg die ganze Brüchigkeit der europäischen Ordnung offenbar geworden, suchte er zu erneuern und zu befestigen, was ihm allein noch Verbindlichkeit zu bieten schien: den Glauben an die Humanität. Sein Eintreten für einen neuen Humanismus, der den Gegebenheiten der modernen Welt angemessen sein sollte, war der positive Hintergrund einer kritischen Auseinandersetzung mit dem geistigen Erbe und der politischen und kulturellen Wirklichkeit Deutschlands. Diese Bemühungen waren von einem hohen Ethos getragen und hatten ihre Wurzel in einer leidenschaftlichen inneren Anteilnahme am Geschick des deutschen Volkes. Nur weil er selbst so deutsch war und an sich selbst die ganze Problematik des deutschen Wesens erlebte, konnte Thomas Mann zu einem bedeutenden politischen Moralisten deutscher Zunge werden, zu einem Schriftsteller, der für die Erkenntnis der geistigen und politischen Grundfragen seiner Zeit Entscheidendes beigesteuert hat.

Sein umfangreichstes politisches Werk, die „Betrachtungen eines Unpolitischen", zitieren als ihr Motto den Vers Molières: „Que diable allait-il faire dans cette galère!" Thomas Mann hat sich die Antwort verschiedentlich selbst gegeben: er wirkte als politischer Schriftsteller neben seiner künstlerischen Arbeit, weil er nicht anders konnte, weil die Zeit, in der er lebte, ihm nicht erlaubte zu schweigen, weil er unter der starken psychischen Nötigung stand, sich zu bekennen, seine Meinung zu sagen. Diesem psychologischen Umstand ist es zuzuschreiben, daß wir in Thomas Manns Werk auf eine große Zahl von Stellen stoßen, die für die Erhellung bestimmter Aspekte der Geschichte der jüngsten Zeit von Bedeutung sind, ganz abgesehen davon, daß sein Werk eine Fülle von Deutungen des deutschen Wesens enthält, die für ein tieferes Verständnis der neuesten deutschen Geschichte, insbesondere des Nationalsozialismus, unsere Beachtung verdienen.

Thomas Mann hat sich seine Arbeit als politischer Schriftsteller nicht leicht gemacht. Sie war ihm oft eine Galeerenfron, wenn auch eine selbst verordnete. Opportunismus war dabei nicht im Spiel,[1] wenn auch hin und wieder eine gute Dosis Selbstsicherheit und Überlegenheit. Was ihm als politischem Schriftsteller an Popularität fehlte, machte er wett durch die große Publizität seiner politischen Reden. So kam es, in der Vorstellung vieler Kritiker, schließlich zu der Spaltung Thomas Manns in einen „Politiker" und einen Dichter, eine für die Biographie Thomas Manns gänzlich unpassende Unterscheidung, die darauf hinausläuft, den

[1] Vgl. folgende zwei Stellen autobiographischer Natur:

„Wenn ich Stellung bezog, geschah es regelmäßig im unvorteilhaftesten Augenblick. Ich war national, als der explosive Pazifismus der Expressionisten an der Tagesordnung war, und ich wehrte mich mit Grauen gegen den Anti-Humanismus und Irrationalismus der Intellektuellen von 1920 oder 1925, dessen politische Konsequenzen damals den wenigsten sichtbar waren." (Meine Zeit)

„Ich kann nicht sagen, wie fremd und wunderlich mich in all diesen Jahren die Denkungsart der Leute anmutete, die über meine Stellungnahme zu den politisch-moralischen Zeit- und Gewissensfragen darum die Köpfe schüttelten, weil sie nicht begriffen, ‚wie man so konsequent und hartnäckig aufs falsche Pferd setzen könne'." (Dieser Friede)

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

guten Dichter vor seiner „schlechten Politik" in Schutz zu nehmen. Man kann indes die Schriften Thomas Manns zur Politik und Kultur nicht als neben dem großen Romanwerk einherlaufende Produktionen minderer Art kennzeichnen. Sie sind das essayistische Pendant zu seinem dichterischen Werk, und sei es zum Teil nur in dem negativen Sinne, daß sie dem Dichter dazu dienten, sein „Herz zu waschen", um sich wieder ungeteilter seiner dichterischen Arbeit als Romancier widmen zu können. Thomas Mann verdient in seinen politischen und kritischen Schriften genau so ernst genommen zu werden wie in seinem künstlerischen Werk.

Die Grenze zwischen Dichtung und politischem Schrifttum läßt sich indessen auch bei Thomas Mann nicht reinlich ziehen.[2] Es gibt Romane und Novellen, die sehr viel Politisches enthalten, wie auch manche seiner literarischen Essays. Aber auch die politischen Schriften im engeren Sinne, etwa die „Betrachtungen", enthalten neben und über dem Politischen die ganze Weite der Thomas Mannschen Thematik. Thomas Mann als politischen Schriftsteller zu untersuchen,[3] bedeutet darum nicht, ihn ausschließlich als solchen qualifizieren zu wollen. Wir unternehmen damit nur den Versuch, den politischen Lebensweg Thomas Manns an Hand seiner Schriften und Reden zu Fragen der Zeit darzustellen, und diesen Werdegang in Beziehung zu setzen zur Geschichte, in deren Rahmen er sich entfaltete. Durch die Tatsache freilich, daß Thomas Mann auch politischer Schriftsteller war, erweist sich das Außergewöhnliche seiner Gestalt für die neuere deutsche Literatur. Darin liegt mit ein Grund für das weitverbreitete Interesse an einer wissenschaftlichen Deutung seines politischen Denkens und Verhaltens.[4]

---

[2] Thomas Mann hat zwei Formen der politischen Aussage gepflegt:

a) die direkte, unmißverständliche, konkrete Stellungnahme zu geistigen und politischen Vorgängen seiner Zeit,

b) die indirekte, durch das Kunstmittel der Ironie geformte politische Aussage, im Roman oder im psychologisierenden Essay.

Beide Typen kommen auch nebeneinander vor, z. B. im „Doktor Faustus", wo Serenus Zeitblom zum Sprachrohr der unmittelbaren politischen Aussage wird (ohne allerdings ganz vom Stilmittel der Ironie verschont zu bleiben), während der Roman in seinen Hauptstücken dem zweiten Typus zugerechnet werden muß.

Die politische Wirkung des zweiten Typus der Aussage auf den Leser ist weitaus schwieriger abzuschätzen als die des ersten. Die Ironie führt gelegentlich dazu, den in ihr versteckten politischen Aussagewert zu trüben und unverbindlich zu gestalten. Lion Feuchtwangers Roman „Erfolg", der die politische Situation Bayerns zwischen 1919 und 1923 behandelt, kann sich literarisch nicht mit Thomas Manns großen politischen Romanen wie dem Zauberberg oder dem Doktor Faustus messen, aber er bringt den Leser zum politischen Urteil, während bei Thomas Mann eine ständige Verführung zum bloßen Delektieren seiner Prosa gegeben scheint und es damit sein Bewenden haben kann. Die politischen Schriften Thomas Manns und die Romane ergänzen sich, sind aber nicht dasselbe. Der Begriff der Ironie läßt sich nicht auf beide beziehen.

[3] Eine umfassende Bibliographie, in der auch eine Fülle von Titeln zur politischen Auseinandersetzung um Thomas Mann zu finden ist, gibt Klaus W. Jonas in seinem Buch: Fifty Years of Thomas Mann Studies, Univ. of Minnesota Press, 1955.

[4] Das politische Schrifttum Thomas Manns ist für den heutigen Bearbeiter am besten zugänglich in der Berliner Gesamtausgabe der Werke in zwölf Bänden, die in Übereinstim-

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Thomas Mann und der erste Weltkrieg

Thomas Manns erster quasi-politischer Traktat war der im Dezember 1914 geschriebene Essay „Friedrich und die Große Koalition". Ihm waren die „Gedanken zum Krieg" vorausgegangen, die sich in den „Betrachtungen eines Unpolitischen" im wesentlichen wiederfinden. Der Essay über den Preußenkönig war „ein von den Zeitereignissen eingegebenes, ja abgepreßtes Werkchen".[5] Die Gestalt Friedrichs II. von Preußen war dem Autor nicht historischer Anteilnahme halber interessant, sondern weil er in Friedrichs Fall, in seiner Situation gegenüber der feindlichen Umwelt eine Parallele erblickte zu der Lage Deutschlands gegenüber der mit ihm im Kriege liegenden Entente. Manns Portrait Friedrichs ist alles andere als eine Lobeshymne auf den preußischen König, wie sie zu Zeiten des Nationalsozialismus üblich waren, als das Beispiel Friedrichs nach der Niederlage von Kunersdorf dazu herhalten mußte, die Deutschen zu einem letzten Aufraffen aller Kräfte anzuspornen, bis ihnen der Endsieg in Gestalt eines neuen Wunders des Hauses Brandenburg schließlich doch noch zufiele; nein, Thomas Manns Essay verweilt mit besonderer Hingebung gerade bei der Schilderung von Charakterzügen, die das Skurrile, das Abstoßende und Schrullige dieses Alten hervorheben. Es war jedenfalls eine kaum gewohnte Art, Friedrich den Großen zu betrachten und zu beurteilen, und schon bei diesem Werk fing der Widerstreit der Meinungen an, der von nun an fast alle politischen Äußerungen Thomas Manns begleiten sollte. Freunde rieten ihm, er möge das Werk noch nicht veröffentlichen, weil es zu wenig patriotisch sei; es könne Mißfallen erregen und Mißverständnis ernten; aber es war eine durchaus patriotisch gemeinte Schrift, nur daß Thomas Manns Patriotismus sich nicht zu einem Panegyrikus der üblichen Manier herablassen konnte, sondern, wie er selbst sagte, sich in „verschmitzt irreführender Begeisterung" entfalten mußte.

Mit welcher Selbstverständlichkeit wendet er sich – die Analogie zu Friedrichs Einfall in Sachsen verwendend – gegen die These von Deutschlands Kriegsschuld im Jahre 1914! „Ein Angriff kann ja aus Not geschehen und ist dann also kein Angriff mehr, sondern eine Verteidigung."[6] Die Zeilen, die Thomas Mann dem Gezeter Europas über Friedrichs Einfall in Sachsen widmet, sind geschrieben vor dem Hintergrund der erhitzten Debatten über Deutschlands Neutralitätsbruch gegenüber Belgien. Friedrichs Kampf gegen die große Koalition wird also zum Sinnbild des Kampfes der Mittelmächte gegen die sie umspannende Entente erhoben, wobei Thomas Mann vor allerlei Ausfälligkeiten gegen England und Frankreich nicht zurückschreckt. Der bucklige, rauhbauzige, tabakschnupfende, weiberfeindliche

---

mung mit dem Autor von Prof. H. Mayer im Aufbau-Verlag ediert wurde. Diese Ausgabe bietet den Vorzug, daß sie fast alle kritischen und politischen Schriften Thomas Manns in den letzten drei Bänden zusammenfaßt, was für den bisherigen Stand der Stockholmer Gesamtausgabe nicht gilt. Wir zitieren zur Orientierung des Lesers den Titel des in Frage stehenden Essays mit der Jahreszahl seiner Entstehung und bezeichnen den in Frage stehenden Band der Gesamtausgabe durch eine römische Ziffer, der dann die Seitenzahl folgt.

[5] Betrachtungen eines Unpolitischen, Frankfurt 1956, S. 67.

[6] Friedrich und die Große Koalition, XI, S. 89.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alte von Sanssouci wird zum grob-realistischen Symbol Deutschlands im Europa des ersten Weltkrieges. Und so wie einst Friedrich über seine Gegner triumphierte, würde sich auch Deutschland behaupten gegenüber dem Ansturm der neuen Koalition, würde sein Wesen bewahren vor dem Andrängen der demokratischen und zivilisatorischen Ideen, die die Feinde mitsamt ihren Armeen gegen es ins Feld führten. Nicht daß Thomas Mann die Verbindung zwischen Geschichte und Gegenwart so direkt sichtbar gemacht hätte, er überließ das dem intelligenten Leser. Aber schon für dieses erste politische „Werkchen" gilt, was allen folgenden politischen Schriften eigentümlich ist, daß der Anstoß von außen, von den Zeitereignissen kam, daß Thomas Manns politisches Schrifttum stets als unmittelbare Reaktion auf die Geschichte seiner Zeit verstanden werden will.

Der Essay über Friedrich ist ein aufschlußreiches Beispiel für Thomas Manns künstlerische Bewältigung politischer Anliegen. Die bis zum Heldenmythos sich steigernde Verherrlichung großer historischer Figuren reizt Thomas Mann zum Protest. Er will mit seinem Essay dem Preußenkönig nichts von seiner Größe nehmen; er sieht in seinem staatsmännischen Wirken eine glorreiche Etappe „deutscher Erdensendung" sich erfüllen, wie übrigens Friedrichs nationalistische Verherrlicher auch; aber er unterscheidet sich von diesen dadurch, wie er Friedrichs Größe sieht. Thomas Mann psychologisiert ihn, anstatt ihn zu verklären; er glaubt, durch die entlarvende psychologische Analyse seine wahre menschliche Größe zum Vorschein zu bringen. Genau so verfuhr er später in seinen kritischen Aufsätzen mit Richard Wagner, wodurch er den Haß der nationalsozialistischen Wächter deutscher Kultur auf sich zog, und seine psychologische Studie „Bruder Hitler" aus dem Jahre 1938 beruht auf der gleichen Methode. Auch Goethe ist in dem Roman „Lotte in Weimar" dieser Behandlung unterzogen worden, und mancher Goetheverehrer empfand das als eine Entwürdigung des Genius, während es nach Thomas Manns Absicht doch gerade eine Huldigung sein sollte. Die psychologische Analyse diente ihm zur Zerstörung des Mythos, den eine Verehrergemeinde entwickelt hatte. Thomas Mann stürzte seine Helden von diesem Podest, um ihnen menschlich näher zu kommen. „Es ist die Kritik, und zwar die böse und selbst gehässige Kritik, ja geradezu das Pamphlet, vorausgesetzt, daß es geistreich und ein Produkt der Leidenschaft ist – worin passioniertes Interesse sein Genüge findet."[7]

Als der Dichter seinen Essay über Friedrich in Druck gegeben hatte, glaubte er dem „Tag und der Stunde" seine Schuldigkeit entrichtet zu haben. Er hatte sich geirrt:

> „Wie Hunderttausenden, die durch den Krieg aus ihrer Bahn gerissen, ‚eingezogen', auf lange Jahre ihrem eigentlichen Beruf und Geschäft entfremdet und ferngehalten wurden, so geschah es auch mir; und nicht Staat und Wehrmacht waren es, die mich ‚einzogen', sondern die Zeit selbst; zu mehr als zweijährigem Gedankendienst mit der Waffe, – für welchen ich am Ende meiner geistigen Verfassung nach so wenig geschickt und geboren war, wie mancher

[7] Betrachtungen . . ., S. 67.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schicksalsgenosse nach seiner physischen für den wirklichen Front- oder Heimatdienst, und von welchem ich heute, nicht gerade im besten Wohlsein, ein Kriegsbeschädigter, wie ich wohl sagen muß, an den verwaisten Werktisch zurückkehre."[8]

Das Produkt dieses Kriegsdienstes am Schreibtisch waren die „Betrachtungen eines Unpolitischen", die Max Rychner mit einer gelungenen Wendung als einen „geistigen Abenteurer- und Liebesroman" charakterisiert, „geschrieben von einem, der auszog, um das Deutschtum ergründen zu lernen, von dem er, wie der fahrende Ritter von seiner Dame, nicht viel anderes wußte, als daß er es liebte".[9]

Fast bis zum Ende der kriegerischen Auseinandersetzung war der Dichter mit der Arbeit an den „Betrachtungen" beschäftigt, und nur die fieberhafte, Nerven und Geist anspannende Atmosphäre dieser Kriegsjahre erklärt Art und Charakter dieses Buches: eine Mischung aus Biographie und Selbstdeutung, künstlerischer Besinnung, nationalistischem Eifer und bitterböser Polemik. Thomas Mann war von diesem Krieg nicht allein dadurch betroffen, daß Deutsche und Franzosen, Deutsche und Russen und noch andere Nationen sich feindlich gegenüberstanden und gegenseitig zu vernichten trachteten; er empfand diesen Krieg auch als einen geistigen Krieg, als den Krieg der Demokratie gegen das Deutschtum. Thomas Manns Kriegserlebnis war nicht das des Schützengrabens und der Frontkämpferkameradschaft, es war ein geistiges Erlebnis intensivster Art. Er ergriff Partei für Deutschtum und Konservativismus, die ihm eins schienen, gegen Demokratie, Fortschritt und Revolution. Seine Sensibilität gegenüber den Zeitströmungen hatte ihn empfindlich gemacht für die außerordentliche historische Bedeutung dieses Ringens. Zwei Jahrzehnte lang hatte Politik ihn nicht bekümmert, denn sie kümmerte sich auch nicht um ihn. Mit dem Ausbruch des Weltkrieges griff die Politik nach ihm. Und so setzte er sich zur Wehr, im Banne eines erregten Nationalgefühls, und wurde als „Unpolitischer" zum politischen Schriftsteller.

Thomas Mann sollte recht behalten, als er in der Vorrede zu seinen „Betrachtungen" ausführte, daß das Buch um seines zeitlich symptomatischen Wertes willen gekannt zu sein verdiene. Es handelt sich dabei um den Versuch, den deutschen Kulturbegriff zu retten vor der Zivilisation, die Sphäre des Künstlertums rein zu halten von überwuchernder Politisierung. Als der Dichter in jenen Kriegsjahren die Grundlagen seiner künstlerischen Existenz durchleuchtete, eine Art Selbstbestimmung seines Wesens als Künstler vornahm und die Grenzen absteckte, innerhalb deren er geistig tätig sein wollte, da war die staatliche Existenz des kaiserlichen Deutschland noch nicht ganz erschüttert, aber die Tendenz zur Demokratisierung, die Bemühungen um eine Aktivierung des Parlamentarismus waren offenkundig und fanden in der deutschen öffentlichen Meinung starke Stützen. Thomas Mann erkannte in diesen Bestrebungen eine gefährliche Annäherung an

---

[8] A. a. O., S. 1.

[9] Max Rychner: Thomas Mann und die Politik, Hamburger Akademische Rundschau, 2. Jg. 1948, H. 11/12, S. 588.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die geistigen Prämissen und Institutionen der westlichen Völker, mit denen Deutschland im Kriege lag. Er stemmte sich mit aller ihm zur Verfügung stehenden geistigen Kraft gegen diese Tendenzen, versuchte, um eigener Klärung willen, einzudringen in das Wesen des Deutschtums, von dem er glaubte, daß es durch die Berührung mit dem Geist und den Institutionen der Demokratie und der ihr entsprechenden Politik nur korrumpiert werden könne.[10] Er empfand diese Geistesströmung, in der er den „alten" Geist des 18. Jahrhunderts entdeckte, während er sich ganz als ein Kind des 19. Jahrhunderts fühlte, als eine direkte Bedrohung seiner künstlerischen Existenz. So entfaltete er auf sechshundert Seiten sein geistiges Verständnis des Deutschtums und schuf damit ein Werk, das trotz seiner persönlichen Färbung ein bedeutendes Dokument der Zeitgeschichte bleibt. Als solches ist es auch von ausländischen Kritikern der deutschen Geistesgeschichte immer wieder gewertet worden, wenn auch in einer zu simplen Verknüpfung mit der politischen Entwicklung.[11] Dieses Selbstverständnis eines Deutschen, getragen von dem Gegensatz zwischen Kultur und Zivilisation, hervorgewachsen aus der romantischen Gegenrevolution und bereichert durch geistesgeschichtlich so bedeutende Figuren wie Schopenhauer und Nietzsche, war das geistige Fundament des gehobenen deutschen Nationalbewußtseins der wilhelminischen Epoche. Thomas Manns Schrift ist ein letzter großer, temperamentvoller und selbstkritischer Ausdruck dieses Bewußtseins, bevor es sich in den Weimarer Jahren und danach bis in Absurdität und Fanatismus hineinsteigern und überschlagen sollte.

Thomas Manns Kriegswerk entbehrt an manchen Stellen nicht der Maßlosigkeit und Überheblichkeit, aber es ist, verglichen mit den nationalistischen Schriften eines Moeller van den Bruck oder der unduldsamen Apodiktizität eines Spengler, ein ungleich edleres und höherstehendes Bekenntnis zu Deutschland und seinem Wesen. Waren die nationalistischen Schriftsteller der Weimarer Zeit in ihrem so feindselig geführten Kampf gegen die nunmehrige demokratische Ordnung bereits Anwälte einer „konservativen Revolution", die das neue Regime beseitigen sollte, so hat Thomas Mann mit seinem Konservatismus für die Erhaltung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung streiten wollen. Er verschloß sich nicht der Notwendigkeit von Reformen im demokratischen Sinne. Was ihm Grauen einjagte, war die Vorstellung eines total demokratisierten Deutschland, in dem das Geistige zu einem Anhängsel des Politischen werden würde, in dem die von ihm als so fruchtbar bewertete Trennung von Geist und Politik im Sinne einer bürgerlichen Kultur weichen müßte zugunsten einer

[10] Die Abhebung des „deutschen Geistes" von der geistigen Tradition des Westens ist ein beherrschender Topos in der nationalistischen Literatur der zwanziger Jahre, aber auch schon vorher. Die „romantische Gegenrevolution" hat diese Unterscheidung ins Bewußtsein gehoben und die Sonderentwicklung des deutschen Geisteslebens im 19. und 20. Jahrhundert vorbereitet, als deren Wortführer Thomas Mann in den „Betrachtungen" auftritt.

[11] Vgl. Edmond Vermeil: Doctrinaires de la Révolution Allemande, Paris 1938, und Rohan d' O. Butler: The Roots of Nationalsocialism, New York 1942.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

totalen Ideologisierung des Staates. Der demokratische Staat und sein Lebensgefühl, gegen die sich seine teilweise harte und ungerechte Polemik richtete, waren indes sehr viel mehr seiner geängstigten Einbildungskraft entsprungen als einer vorurteilsfreien Beobachtung des Lebens in liberal-demokratischen Staaten entnommen. In Wahrheit kämpfte er gegen das totalitäre Zerrbild einer Demokratie und verwechselte dies mit der liberalen Demokratie selber. Was zunächst als eine Auseinandersetzung mit den Elementen des politischen und kulturellen Lebens unserer Epoche anmutet, ist in Wirklichkeit mehr eine Auseinandersetzung mit der Literatur darüber, und wenn möglich der pointiertesten und extremsten Exemplare der Gattung. Daß der „Zivilisationsliterat" in den „Betrachtungen" eine so große Rolle spielt, ist nicht nur damit zu erklären, daß er durch seinen Bruder Heinrich personifiziert wird; es ist ebenso bezeichnend dafür, daß es sich um eine vorwiegend literarische Angelegenheit handelt, auch wenn Thomas Mann so entschieden gegen die „Literatur" Partei ergreift und ihr die Kunst entgegenstellt. Der in den „Betrachtungen" ins Öffentliche erweiterte „Bruderzwist im Hause Mann" beruht in seiner ganzen Schärfe auch sehr viel weniger auf wesensmäßigen Unterschieden der beiden Brüder als auf der Gegensätzlichkeit der vertretenen politischen Begriffe. Auf Thomas Mann wirkte in der Nervosität der Kriegsjahre jedes Gerede vom Fortschritt, vom Sieg der Vernunft, von Zivilisation und Menschlichkeit wie „Gift und Operment", und Heinrich mußte im Festhalten seines Bruders an den alten politischen Ordnungsvorstellungen finsterste Reaktion wittern. Thomas Mann hatte sein Schicksal ganz mit der im Kriege stehenden Nation verbunden und reagierte mimosenhaft gegen jede Verunglimpfung seines Vaterlandes, um so mehr, wenn sie aus Deutschland selber kam. Für ihn lag die geistige Heimat des Zivilisationsliteraten in Frankreich, denn mit deutschem Wesen habe das Eintreten für Demokratie und demokratische Politik nichts zu tun. Der Geist der Demokratie sei widerdeutsch als Geist und deutschfeindlich als Politik.

So richtete er, von seinen polemischen Begriffen eingeengt, mehr Schranken auf, als es den wirklichen Verhältnissen entsprach, und schied die geistige Welt in Freund und Feind, ohne auf die tatsächlich vorhandenen Gemeinsamkeiten zu achten. Aber es war Krieg und keine Stunde der Einkehr und ruhigen Besinnung, vielmehr eine Zeit der geistigen Aufrüstung; es galt auch im Geistigen den Kampf zu gewinnen, und Thomas Mann kämpfte – wenngleich nicht ohne gewisse Zweifel.

Zur Begründung seiner Ideen versicherte er sich der geistigen Unterstützung einer Phalanx illustrer Kronzeugen. Auf vielen Seiten holte er aus Nietzsche, Schopenhauer, Richard Wagner, Lagarde, Dostojewski[12] und anderen alles heraus,

---

[12] Auffallend ist die starke Heranziehung russischer Schriftsteller. Thomas Mann hat sich damals der russischen Literatur viel näher gefühlt als der westeuropäischen. Dieses leidenschaftliche Interesse am russischen Menschen hat bei Thomas Mann auch durch die bolschewistische Revolution keine ernstliche Minderung erfahren. Es erklärt auch z. T. die

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

was seinen Konservativismus stützen und seine ideologischen Feinde treffen konnte. Er bekannte sich schließlich offen zum Ästhetizismus, einer jedem Fortschrittsglauben abholden pessimistischen Grundeinstellung, mit der er der „moralischen Verkitschung der Welt und des Lebens" durch den Zivilisationsliteraten entgegentreten wollte, um die wahren Lebenswerte ans Licht zu bringen. Das Leben sei streng, grausam und böse zu jeder Zeit und an jedem Ort, und Sache des Künstlers sei es, dem Leben seine schweren, todernsten Akzente zu erhalten.[13] Thomas Mann kann und will nicht glauben, daß unter einer Republik menschenwürdiger gelebt werde als unter einer Monarchie; es sei angebracht, gegen den Größenwahn der Politik die Wahrheit zu verteidigen, daß das Wesentliche des Lebens, das Menschliche, vom Politischen nie auch nur berührt werden kann. Ja, kein Erlebnis sei vermögender, das Politische außer Betracht zu setzen, es gründlicher unerheblich zu machen, als das Erlebnis des Ewig-Menschlichen durch die Kunst. Thomas Mann ist so tief durchdrungen von dieser Priorität des Menschlichen und seinem Gegensatz zur Politik, daß er sich verzweifelt umschaut, ob er denn mit dieser fundamentalen Erkenntnis wirklich allein stehe:

„Der Anschein aber, daß ich mit meinem Glauben, die Frage des Menschen sei nie und nimmer politisch, sondern nur seelisch-moralisch zu lösen, heute unter Deutschen allein stehe, . . .muß auf Täuschung beruhen."[14]

Thomas Mann hätte der Demokratie damals schon viel abgewinnen können, wäre sie moralisch verstanden worden, als eine Haltung der Güte von Mensch zu Mensch. Da sie sich aber in ein politisches Gewand kleidete, ja praktisch identisch schien mit Politik, diese aber nichts als „roh, pöbelhaft und stupid" macht, die hohen Werte des Lebens bagatellisiert, den Staat seiner metaphysischen Würde entkleidet und ihn zu einer bloß sozialen Veranstaltung zum Glück und Wohlleben der Menschen degradiert, war sie ihm ein Greuel. „Ich will nicht die Parlaments- und Parteiwirtschaft, welche die Verpestung des gesamten nationalen Lebens mit Politik bewirkt. . ., ich will Sachlichkeit, Ordnung und Anstand."[15]

Demokratie, wie man sieht, ist für Thomas Mann sehr viel mehr als eine Form der politischen Willensbildung im Staate, sie ist ein geistiges Prinzip, ein Prinzip jedoch, das die geistigen Grundlagen, auf denen die deutsche Staatlichkeit bisher beruhte, zersetzen und auflösen wird und damit auch die deutsche Kultur und

---

relative Sympathie, die er der kommunistischen Welt Rußlands entgegenbrachte, und die in dem Vortrag „Meine Zeit" von Thomas Mann plausibel gemacht wird.

[13] Betrachtungen, S. 461 und 436. Der politische Wandlungsprozeß Thomas Manns spiegelt sich auch in seiner Bewertung von Georges Sorel. In den Betrachtungen nimmt er dessen „Les Illusions du Progrès" als Beweisstück für seine These, im „Doktor Faustus" dienen die „Réflexions sur la violence" den faschistischen Intellektuellen des Kridwiss-Kreises als Diskussionsgrundlage. Der geistige Ansatz der „Réflexions" von Sorel und der „Betrachtungen" Manns ist im wesentlichen gleich, insofern als beiden eine pessimistische Anthropologie zugrunde liegt.

[14] Betrachtungen, S. 580.

[15] A. a. O., S. 253.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die sie tragende bürgerliche Schicht.[16] Die „Betrachtungen" sind die große Behauptung einer Autonomie des Geistes gegenüber Staat und Politik, die Grenzziehung zwischen Kunst und Massengesellschaft, das Bekenntnis zu einem Ästhetizismus, der das Soziologisch-Politische nicht achtet. Den Bürger zu retten, ihm seine Reinheit, Würde und Humanität zu erhalten, ist Thomas Manns Absicht. Wohl gesteht er sich ein, die Entwicklung des deutschen Bürgers zum Bourgeois vielleicht verschlafen zu haben, und fürchtet, daß der Versuch einer Ehrenrettung des deutschen Bürgers und seines Bildungsbegriffes bereits zu spät komme; er versucht es trotzdem, denn zu unverzichtbar erscheint ihm dieser Bildungsbegriff, als daß er ihn der demokratischen Flut preisgeben kann. Die Humanität selbst gilt ihm als bedroht durch den Ansturm der demokratischen Literatur, umgefälscht in eine unerträgliche Glücksphilanthropie und Tugendphilosophie. Er bestreitet dieser Ideologie das höhere moralische Niveau, das sie sich anmaßt; er, der Dichter des Verfalls und des Todes, kann nicht zulassen, daß man Geist und Kunst auf eine lebensfreudige und seichte demokratische Heilslehre verpflichtet; sie sollen freibleiben von der Infektion durch das „neue Pathos". Unmöglich kann er miteinstimmen in den pazifistischen Chor der Zivilisationsredner, denn ist nicht im Kriege ein mystisches Element enthalten, dasselbe, das allen Grundmächten des Lebens, der Zeugung und dem Tode, der Religion und der Liebe eignet?[17] Niemals könne der Rationalismus der „besserischen Aufklärung" diesen Mächten gerecht werden. „Die Menschen können mit dem Rationalen allein nicht auskommen."

Trotz der Schärfe vieler Passagen, der eingehenden Anführung und Kommentierung zahlreicher Kronzeugen des antidemokratischen Denkens aber ist dieses Stück „mühseliger Gewissenserforschung" nicht frei von Unsicherheit und Zweifel. Immer wieder hält der Betrachter inne, sich bange fragend, ob er denn mit seinen so laut vorgetragenen Meinungen auch wirklich recht habe, ob er denen, die er angreift, nicht unrecht tue. „Ist denn das nicht alles wahr?" fragt er einmal beschwörend sich selbst und seine Leser, „sollte ich Elemente, die dem Fortschritt Deutschlands Vorschub leisten, in meinem eigenen konservativen Innern hegen?" So ist das Buch nicht zuletzt auch eine Darstellung „eines innerpersönlichen Zwiespaltes und Widerstreites".[18]

So leicht es ist, in diesem Werk Thomas Manns ein ganzes Arsenal antidemokratischer Ideen zu finden, so ungerecht wäre es, das Buch nur in diesem Sinne auszulegen. Denn das Positive, das es enthält, um dessentwillen es überhaupt

---

[16] Thomas Mann hat die Identifizierung von Politik und Demokratie auch beibehalten, als er der Demokratie ein positives Vorzeichen gab. Diese Gleichsetzung scheint mir eine terminologische Schwäche zu sein. Hätte er nicht Geist und Kultur einmal mit dem Obrigkeitsstaat, ein andermal mit der Demokratie in eins gesetzt, wäre er vielleicht weniger mißverstanden worden, zumal es durch seine so radikale Schwenkung schwerer fiel, hinter dem Ganzen den Impuls seines humanitären Ethos wahrzunehmen.

[17] Betrachtungen, S. 456.

[18] A. a. O., S. 33.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geschrieben wurde, ist sein Bekenntnis zum Menschen. Allzu plötzlich und allzu heftig war Thomas Mann in das Labyrinth politischer Begriffe geraten, als daß er hätte sicher damit umgehen können. Das Wesentliche, um das es ihm in den „Betrachtungen" ging, bleibt auch heute noch gültig; die Bewahrung der Humanität angesichts der Gefahr der Ideologisierung und Kollektivierung der Massen. Dennoch ist das Buch für uns Heutige kaum mehr lesbar. Es hat einen Zug der Härte und Unbelehrbarkeit, der dem Humanum immer wieder ins Gesicht schlägt, so wenig das beabsichtigt ist. Die Ressentiments sind zu heftig, der Nationalismus ist trotz der Bemühung um den europäischen Geist zu eng, die geistig-politischen Angriffsziele sind gar zu pointiert gedeutet, als daß man, außer über Thomas Mann selbst, viel politisch Wissenswertes darin erfahren könnte. Doch gerade in der politischen Entwicklung Thomas Manns hat es außerordentliche Bedeutung, weil nur von ihm her Thomas Mann als politischer Schriftsteller zureichend verstanden werden kann.

Bedeutete der erste Weltkrieg eine Zäsur im Leben der europäischen Völker, eine Zäsur zumal für Deutschland, dann ist Thomas Manns Kriegswerk ein ihm selbst noch nicht voll bewußter Ausdruck dieser epochalen Wende. Thomas Mann bewegt sich mit seinen „Betrachtungen" auf dem schmalen Grat, der zwei Epochen voneinander scheidet. Von der Höhe seines Standortes aus zieht Thomas Mann rückblickend-defensiv noch einmal die Summe der Zeit, der er als deutscher Bürger bisher auch innerlich verbunden gewesen war. Doch seine Verherrlichung dieser romantisch-bürgerlichen Werte wird zum Abschiedsgesang. Die Rechenschaft, die er über seine bürgerliche Existenz gibt, ist bei aller Einseitigkeit intelligent und human genug, um das Empfinden für das Neue nicht ganz zu unterdrücken. So bedarf es – pointiert ausgedrückt – nur der Wendung des Blickes, der adäquaten politischen Begriffsbildung, und Thomas Mann kann einen Stand finden in der sich nach dem Weltkriege abzeichnenden Epoche.

Aufschlußreich ist, daß Thomas Manns politischer Werdegang vom liberal-konservativen Monarchisten zum Republikaner sich bei anderen bedeutenden Vertretern des deutschen Geisteslebens ganz analog vollzog: bei Troeltsch, Meinecke, Rathenau. Auch diese hatten in den ersten Kriegsjahren den „Ideen von 1914" Gestalt zu geben versucht, jener Bemühung einiger der besten deutschen Intellektuellen, die Tatsache des Krieges geistig zu bewältigen.[19] Diese Bewältigung geschah in Form einer Besinnung auf das Wesen des Deutschtums, wie bei Thomas Mann auch, und hat sich am deutlichsten niedergeschlagen in den Vorträgen, die Ernst Troeltsch diesem Themenkreis widmete. Entgegen seiner 1922 zum Ausdruck gebrachten Auffassung, die für eine gegenseitige Befruchtung des aus romantischer Wurzel kommenden deutschen Denkens und des (so viel älteren) Naturrechtsdenken des Westens eintrat, unterstrich Troeltsch in den Kriegsjahren noch die Überlegenheit des deutschen Geistes gegenüber dem west-

[19] Vgl. hierzu die instruktive neue Studie von Klemens von Klemperer: Germany's New Conservatism, its History and Dilemma in the Twentieth Century, Princeton 1957, S. 47 ff.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichen Geist.[20] Die Versöhnung mit dem republikanischen Gedanken mag bei diesen Männern zunächst mehr aus Vernunft als mit dem Herzen vollzogen worden sein, wie Meinecke von sich bekannte,[21] aber sie war durch eine ernsthaft-kritische Beschäftigung mit dem Phänomen Deutschland vorbereitet worden. Da es aber all diesen Männern um mehr zu tun war als um die Erhaltung von Institutionen und Privilegien um ihrer selbst willen, um den Menschen nämlich, konnten sie eine Brücke in das neue Zeitalter hinein finden und zu geistigen Stützen des nachkaiserlichen Deutschlands werden.

Thomas Manns politische Wandlung

Die Verbreitung des Buches fiel in die Wirren der Nachkriegsjahre, in denen sich politisch wie geistig die Fronten für und gegen die Weimarer Republik zu bilden begannen. Thomas Mann hatte seine Meinung laut und ausführlich gesagt, er schien mit Recht von den Gegnern der soeben ins Leben gerufenen demokratischen Republik als einer der Ihren beansprucht zu werden. Aber war es nicht schon ein Hinweis auf eine mögliche Wendung im politischen Denken des Dichters, wenn er in seinem Kriegsbuch von sich bekannte: „Ich bin kein Systematiker, kein Doktrinär . . ., nie werde ich mich mit einer Wahrheit, die ich für die Wahrheit erachte, zur Ruhe setzen, um für den Rest meines Lebens davon zu zehren."[22] Als Thomas Manns politische Wendung, knappe vier Jahre nach dem Erscheinen der „Betrachtungen", publik wurde, waren viele wie vor den Kopf geschlagen und gaben ihrer Entrüstung und Empörung Raum. „Über diesen Aufsatz" (Von Deutscher Republik, d. Verf.), so faßte im Jahre 1927 ein Literaturhistoriker die Situation zusammen, „hat man sich höchlich gewundert und sittlich entrüstet und den Dichter des darin zutage tretenden Meinungswechsels wegen einen charakterlosen Mann gescholten."[23]

Thomas Mann hat seine Wendung in vielen späteren Äußerungen kommentiert. Er hat seine „Betrachtungen" nie verleugnet. Sie waren Stationen auf seinem Weg als Schriftsteller, die nicht übersprungen werden konnten. Auch die wenigen Grundbegriffe des politischen Denkens von Thomas Mann haben sich seit den „Betrachtungen" kaum geändert, doch ihr Inhalt, ihre Bewertung sind andere geworden. In seinem Bekenntnisbuch des ersten Weltkrieges hatte Thomas Mann trotz mancher innerer Unsicherheit resolut auf die bürgerlich-konservative Position gesetzt und das „aristokratische Todesprinzip" verherrlicht, doch indem er es tat, wurde er erst der anderen, dem lebendigen Fortschritt, dem „Lichte" zu-

[20] Ernst Troeltsch: Deutscher Geist und Westeuropa, hrsg. v. Hans von Baron, Tübingen 1925.

[21] Friedrich Meinecke: Republik, Bürgertum und Jugend, Frankfurt 1925, S. 19.

[22] Betrachtungen, S. 165.

[23] M. Havenstein; Thomas Mann, Berlin 1927, S. 277. Am schärfsten waren die Angriffe der neo-konservativen (von Th. M. als faschistisch bezeichneten) Klubzeitung „Das Gewissen". Als Beispiel siehe Werner Otto: „Mann über Bord", Gewissen vom 23. Okt. 1922.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geneigten Seite seines Ich voll gewahr. „Niemand bleibt ganz der, der er ist, indem er sich erkennt", war sein Fazit aus der Arbeit an den „Betrachtungen". Rychner spricht in seinem Aufsatz über „Thomas Mann und die Politik" von der kathartischen Funktion der „Betrachtungen," aber es war nicht allein das reinigende und klärende Geschäft der Selbsterkenntnis, das Thomas Manns politische Kehre vorbereitete und schließlich herbeiführte, es waren die wirren Zeitläufte selbst, die ihn dazu trieben. Als er sein Buch beendet hatte, war die Revolution noch einige Monate fern; daß er die „Generalrevision seiner Grundlagen" verknüpft hatte mit dem Kampf um die Erhaltung der überlieferten deutschen Kultur, schien also noch eine vertretbare konservative Position zu sein. Es war, wie er noch meinte, „das letzte große, nicht ohne Bravour geführte Rückzugsgefecht romantischer Bürgerlichkeit vor dem ‚Neuen'."[24] Aber dann kam das Neue, es kamen die tumultuarischen Monate der Revolution, die Republik, die ersten Jahre einer verfassungsmäßigen demokratischen Regierung, deren Gegner nicht länger zögerten, ihr das Stigma der „Erfüllungspolitik" anzuhängen und der Republik den geistigen, ja teilweise auch physischen Krieg zu erklären. Der Mord an Walther Rathenau drängte Thomas Mann schließlich das öffentliche Bekenntnis zur Demokratie auf die Lippen. In seinem Vortrag „Von Deutscher Republik" aus dem Jahre 1922 hat er die entscheidende Wendung vollzogen. Er bekennt sich darin zur Republik, nicht nur im allgemeinen, sondern auch im besonderen, zur deutschen Republik von Weimar, angefeindet und umstritten wie selten ein Staatswesen. Es war ein Bekenntnis des Herzens, nicht nur des Verstandes.

Damit geriet er nun in die ideologische Kampflinie wie nie zuvor. Der Dichter wäre gewiß mehr geliebt und höher geachtet worden vom gebildeten Bürgertum dieser Jahre, hätte er das „kämpferisch-negative Vorzeichen seiner Einstellung zur Demokratie beibehalten, hätte er in den Jahren der Republik zeitbezogene Variationen des großen Themas seiner „Betrachtungen" komponiert. Wie politisch aufgeschlossen man damals für seine „Betrachtungen" war, beleuchtet eine Stelle aus dem 1927 erschienenen Buch Havensteins über Thomas Mann:

> „Denn da wir nun äußerlich niedergeworfen und vermutlich auf lange Zeit zur Ohnmacht verurteilt sind, so müssen wir alles tun, um uns geistig und sittlich gegen die Übermacht unserer Gegner – sie sind es ja im Grund noch heute – zur Wehr zu setzen und zu behaupten. Für diesen Kampf aber gibt uns der streitbare Verfasser der ‚Betrachtungen' ein Arsenal von Waffen, wie ich ein besseres niemandem zu nennen wüßte . . . Dieses Buch ‚kann den vaterländischen Trotz und Glauben stärken'."[25]

Thomas Mann selbst äußert in seinem Vortrag über die Republik den Verdacht, „aus geistigem Freiheitsbedürfnis dem Obskurantentum Waffen geliefert zu haben". Es überrascht darum, daß er seine „Betrachtungen" in den zwanziger Jahren neu aufgelegt hat. Thomas Mann glaubte seiner gewandelten Einstellung dadurch Genüge zu tun, daß er einige der allzu verletzenden Stellen gegen seinen Bruder,

[24] Lebensabriß, 1930, XII, S. 414.
[25] Havenstein, a. a. O., S. 277.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aber auch andere Abschnitte, wie z. B. den über die „sittigende Wirkung des Krieges", strich. Daß ihm einige Kritiker dann vorwarfen, er habe aus einem antidemokratischen Buch einen demokratischen Traktat gemacht, ohne von den Änderungen den irregeführten Lesern Mitteilung zu machen, ist in dieser Lesart gewiß eine Übertreibung, die aber das überhitzte geistig-politische Klima dieser Zeit charakterisiert, denn die „Betrachtungen" lassen sich – wie auch Thomas Mann zugab – höchstens mildern, nicht aber in ihr Gegenteil umkehren. Dennoch handelte es sich um eine durch „geklärte Gesinnung" motivierte Bearbeitung; die Bösartigkeit der Kritik daran war jedoch, wie Thomas Mann richtig annahm, nicht philologischer Empfindsamkeit, sondern politischem Haß zuzuschreiben.[26] Konsequenter wäre es freilich gewesen, das problematische Werk nicht wieder aufzulegen. (Die 1956 erschienene Ausgabe des Werkes enthält wieder den ursprünglichen Wortlaut.)

Wie aber kam es zur Gesinnungsänderung? Welcher Art waren die Einsichten, die Thomas Mann seiner Gewissenserforschung und seiner interessierten Beobachtung der Nachkriegsentwicklung verdankte? Er schreibt darüber rückblickend in dem Aufsatz „Kultur und Politik" aus dem Jahre 1939:

> „Mein persönliches Bekenntnis zur Demokratie geht aus einer Einsicht hervor, die gewonnen sein wollte, und meiner deutsch-bürgerlichen Herkunft und Erziehung ursprünglich fremd war: der Einsicht, daß das Politische und Soziale ein Teilgebiet des Menschlichen ausmacht, daß es der Totalität des humanen Problems angehört, vom Geiste in sie einzubeziehen ist, und daß diese Totalität eine gefährliche, die Kultur gefährdende Lücke aufweist, wenn es ihr an dem politischen, dem sozialen Element gebricht."[27]

Waren nicht die „Betrachtungen" ein einziger Protest gegen diese These? Mußte es seine Leser nicht verblüffen, ja aufs höchste irritieren, daß in den gleichen Jahren, in denen sie mit Hilfe der „Betrachtungen" ihre Abneigung gegen die Republik stärken konnten, der Autor zu einem völlig entgegengesetzten Urteil kam? Es war in der Tat keine geringe Überraschung, zumal Thomas Mann in seinem Debut als Demokrat und Republikaner kaum minder eindeutig und beschwörend vor sein Publikum trat als in den „Betrachtungen". Er ließ keine Zweifel zurück. Seine Rede über die Republik endete mit einem unmißverständlichen: Es lebe die Republik!

Das Kaiserreich war sehr unheroisch untergegangen, und sein klägliches Ende hatte Thomas Mann zu denken gegeben. Er hatte in ihm gelebt mit der Genugtuung des Dichters, dessen Kreise von der staatlichen Gewalt nicht gestört wurden. Durch die Arbeit an den „Betrachtungen" hatte er nun einen ersten Zugang zu den Phänomenen des politischen und sozialen Lebens gewonnen, der ihm eine echtere und bessere Einsicht in deren Struktur und Gestalt eröffnete, als er sie bisher besessen

---

[26] Antwort Thomas Manns an Arthur Hübscher, in Süddeutsche Monatshefte, Juli 1928. Dort auch Hübschers Vergleich der beiden Editionen, Mai 1928.

[27] Kultur und Politik, 1939, XII, S. 828.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte. Nun war er nicht mehr ein Künstler, dessen Ästhetizismus ihn zum Herabschauen auf die verschlungenen Wege der Politik verleitete, nun war er einer, der über politische und soziale Fragen seiner Zeit mit tieferer Einsicht zu urteilen verstand. So wurde er bald nach Fertigstellung des Buches mit einem gewissen Schrecken gewahr, daß er durch diese Schrift ins reaktionäre Lager eingereiht zu werden drohte, und er mußte sich später mit der freilich unbefriedigenden Behauptung rechtfertigen, daß er die „Betrachtungen" weit mehr als „Experimental- und Bildungsroman" angesehen habe denn als politisches Manifest. Eine endgültige Festlegung in politisch-geistiger Hinsicht sei nicht beabsichtigt gewesen.[28] So begann er, kaum war es fertig, sich von diesem Buch zu lösen und wurde in diesem Ablösungsprozeß durch einige Beobachtungen kräftig unterstützt: Manchen konservativen Kreisen war sein nationales Buch noch viel zu liberal und europäisch erschienen. Außerdem hatte er persönlich Gelegenheit, mit den Vertretern des neudeutschen Konservativismus in Berührung zu kommen, und diese Kontakte waren nicht dazu angetan, ihn für die neue Form des nationalen Konservativismus zu erwärmen, der in den Zusammenkünften des Berliner Juniklubs unter der geistigen Leitung Moeller van den Brucks sein frühes Zentrum hatte. Diese Jungkonservativen hatten die Revolution nicht von vornherein abgelehnt, da sie voller Möglichkeiten steckte; statt aber wie Thomas Mann und Max Weber, Troeltsch und Meinecke für das entstehende Neue geistig helfend einzustehen, wurden sie bald zu den erbittertsten geistigen Feinden der Weimarer Staatsschöpfung. Ein, zwei Jahre nach den im „Traumland der Waffenstillstandszeit"[29] (Troeltsch) hoffnungsvoll verlebten Monaten war die deutsche Republik von Weimar ein sehr gebrechliches Staatswesen, das zu kritisieren weit einfacher und bequemer war als in Schutz zu nehmen. Thomas Mann hat es in Schutz genommen, wie der nachfolgende Ausschnitt aus seiner Rede über die Republik, vor Studenten in Berlin gehalten, überzeugend beweist:

> „Es ist absurd und nichts weiter, Tatsachen zu leugnen und sich im Wirklichen nicht ausprägen lassen zu wollen, die es für jedermann innerlich sind ... Studentenschaft! ... Die Republik, die Demokratie, sind heute solche inneren Tatsachen, sind es für uns alle, jeden einzelnen, und sie leugnen, heißt lügen ... Es ist keineswegs und durchaus nicht wahr, daß die Republik als innere Tatsache ein Geschöpf der Niederlage und der Schande ist. Sie ist eines der Erhebung und der Ehre ... Wenn sie heute in Schande liegt (was ich nicht leugne), so wäre es Feigheit, sie im Stiche zu lassen, statt Hand an sie zu legen, statt ihr zu helfen und sie wieder eurer würdig zu machen – ihr widerspenstig die erdenklichsten Schwierigkeiten zu bereiten, wie Greise, die das Leben nicht mehr verstehen und der guten alten Zeit eine weinerliche Treue wahren! ...
>
> Jene (alten, d. Verf.) Mächte sind nicht mehr, der Staat, ob wir wollen oder nicht – er ist uns zugefallen, er ist unsere Sache geworden, die wir gut zu machen haben, und das eben ist die Republik ... Jugend und Bürgertum, Euer Widerstand gegen die Republik ist Wortscheu. Die Republik – als ob das nicht immer noch Deutschland wäre! Die Demokratie – als ob das nicht heimlichere Heimat sein

[28] Meine Zeit, 1950, XII, S. 598.

[29] Vgl. hierzu von Klemperer, a. a. O., S. 76 ff.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

könnte als irgendein strahlendes, rasselndes, fuchtelndes Empire! . . . Faßt endlich Vertrauen! Erwehrt Euch der Kopfscheu!"[30]

War das unbesonnenes Literatengeschwätz? Waren es vielmehr nicht genau die Worte, die der Situation entsprachen, der Situation einer Demokratie, deren Stützung durch die Bevölkerung bereits sehr schwach geworden war, von der insbesondere ein großer Teil des Bürgertums sich innerlich losgesagt hatte oder noch lossagen sollte? Gewiß konnte Thomas Mann seine Zuhörer nicht von „inneren Tatsachen" überzeugen, die sie nicht als solche empfanden. Und wie es in den „Betrachtungen" seine Auffassung von Obrigkeit und Nation war, die er verteidigte, so war es in jener Ansprache seine Vision der Republik und ihres Geistes, die er seinen Hörern nahezubringen suchte. Für ihn war die Republik zu einer inneren Tatsache geworden, er hatte den geistigen Schritt vollzogen, der darin bestand, anzuerkennen, daß Staat und Kultur gerade im demokratischen Staatswesen nicht auseinanderfallen dürfen, daß sie zum Heile des Ganzen der Gesellschaft zusammenwirken müssen. Denn, so sagte er später,

„jener Verzicht des Geistes (auf das Politische, d. Verf.) ist nämlich ein Irrtum, eine Selbsttäuschung; man entgeht damit nicht der Politik, man gerät nur auf die falsche Seite – und zwar mit Leidenschaft. A-Politik, das bedeutet einfach Anti-Demokratie, und was das heißen will, auf welche selbstmörderische Weise sich der Geist dadurch zu allem Geistigen in Widerspruch setzt, das kommt erst in bestimmten Situationen höchst leidenschaftlich an den Tag."[31]

Nun sah er, daß derselbe Irrtum, dem er vor 1918 verfallen war, in den Köpfen eines großen Teiles des gebildeten Bürgertums weiterlebte, daß darüber hinaus unter der Jugend eine fast revolutionär zu nennende Stimmung sich breit machte, „rückständige Ideale" wieder zu beleben und damit eine, wie ihn dünkte, zeitwidrige „mechanische Restauration das Alten" zu betreiben. Und wenn man dafür die so heterogenen Begriffe konservativ und Revolution aneinanderkoppelte, dann hielt Thomas Mann es für angebracht zu sagen: „daß ich in der Tat ein Konservativer bin, daß meine natürliche Aufgabe in dieser Welt allerdings nicht revolutionärer, sondern erhaltender Art ist"[32].

Obwohl er mit seinem so unverhüllten Bekenntnis zur Republik und zum Geist der Demokratie gerade die konservativen Schichten befremdete, glaubte er der zeitgemäßere, der wahrere Konservative zu sein. Es ging ihm allerdings nicht um die Erhaltung bzw. Wiederherstellung bestimmter Institutionen, Hierarchien und gesellschaftlicher und politischer Einflußbereiche, es ging ihm allein um den Menschen, um die Humanität. Institutionen und Traditionen konnten wichtig sein als Träger des Geistes und der Humanität, aber sie waren für Thomas Mann nicht Wert an sich; sie hatten Sinn und Bedeutung nur in dem Maße, in dem sie das Element der Humanität zum Tragen brachten, die Würde des Menschen zu bewahren wußten. Insofern bestand zwischen dem Autor der „Betrachtungen" und

[30] Von Deutscher Republik, XII, S. 501 ff., passim.

[31] Kultur und Politik, XII, S. 831.

[32] V. Dt. Republik, XII, S. 508.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem politischen Publizisten der Nachkriegszeit in der Tat kein Bruch: zentrales Anliegen war ihm hier wie dort der Mensch; geändert, und dies in sehr entscheidendem Maße, hatte sich nur sein Urteil über den Wert der Institutionen. Hielt er bis zum Weltkrieg den Obrigkeitsstaat für die dem Deutschen gemäße Staatsform und die Politikfremdheit des Bürgers für die Garantie eines hohen kulturellen Niveaus, so schienen ihm in dem neu angebrochenen Abschnitt deutscher Geschichte die Republik und die demokratische Gesinnung bessere Wächter der Humanität zu sein als die Institutionen selbst der Glanzzeiten des Kaisertums. Diese Einsicht war der tragende Grund für sein Bekenntnis zur Demokratie. Darin verbarg sich auch die konservative Anschauung, daß es sehr viel bedenklicher ist, eine neue, in revolutionären Wirren mühsam geschaffene Ordnung wieder umzustürzen, als seinen ehrlichen Frieden mit ihr zu machen und in konservativem Geiste auf sie einzuwirken.

Der neue Konservativismus, wie er besonders im Juniklub gepflegt wurde, konnte die Billigung Thomas Manns vor allem deshalb nicht finden, weil er den nationalen Gedanken über den Gedanken der Humanität stellte. Was Thomas Mann und den anderen Liberal-Konservativen der Kriegsjahre als die eigentliche geistige Lektion dieser Zeit dünkte: daß der deutsche Geist eine Synthese zu schaffen habe mit dem westlich-europäischen Denken, wollte er sich nicht gefährlich isolieren, wurde von der neukonservativen Richtung gerade bekämpft. Dieser Konservativismus gefiel sich darin, die politisch-moralischen Ideen des Westens aufs schärfste zu verurteilen, so daß Thomas Mann zu Recht den Eindruck gewann, daß es sich hier um reaktionäre geistige Strömungen handelte, die den Namen konservativ nicht wirklich verdienten. Sein Konservativismus war flexibler, pragmatischer Art, nicht doktrinär, sondern auf das Wesentliche des Menschen bezogen, und von diesem Wesentlichen her urteilend und Partei ergreifend.

Thomas Mann zeigte sich in der Tat als ein „Mensch des Gleichgewichts"[33], der zwischen den im Widerstreit liegenden geistigen Kräften zu vermitteln suchte, wobei er stets der unmittelbar bedrohten Seite zu Hilfe eilte. Auch in dem Vortrag über die Republik spricht er von einem Dritten, das die Gegensätze überbrücken könne, das „sozial und innerlich, menschlich und aristokratisch zugleich ist und zwischen Romantizismus und Aufklärung, zwischen Mystik und Ratio eine schöne und würdige, eine deutsche Mitte hält". Er ist durch seine Kehre nicht zum Zivilisationsliteraten geworden, wie man behauptet hat; er hat die Lehren, die er als junger Mensch von seinen Mentoren Schopenhauer, Wagner und Nietzsche bezog, nicht

[33] So Thomas Manns bekannte Selbstcharakterisierung aus dem Briefwechsel mit Karl Kerényi: „Ich bin ein Mensch des Gleichgewichts. Ich lehne mich instinktiv nach links, wenn der Kahn nach rechts zu kentern droht – und umgekehrt." Die politischen Schriften Thomas Manns sind in ihrer Tonart nicht Ausdruck eines ausgleichenden, versöhnlichen Temperamentes. Das war Thomas Mann in der Tat nicht. Die Selbstdeutung hat jedoch darin ihre Richtigkeit, daß Thomas Mann jeweils das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit und die extremste Formel für seine Meinungen in die Diskussion wirft, um einer übermächtig werdenden Tendenz der öffentlichen Meinung oder der geistigen Entwicklung entgegenzuwirken.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über Bord geworfen, wohl aber distanzierter und freier benutzen gelernt.[34] Ein Mystiker war er nie gewesen; zu intellektuell bestimmt war seine Kunst, zu stark ausgezeichnet mit der ihm eigenen ironischen Distanz, die dem Mystiker fremd ist. Und wenn manche Intellektuelle seiner Tage im Begriffe waren, die Romantik zu „verhunzen" (ein Verbum, das er später des öfteren gebraucht hat), dann wollte er seinen Hörern einen anderen Begriff der deutschen Romantik geben, ihnen zeigen, daß es eine Romantik gab, die des Novalis, die von der Republik hoch genug dachte, und daß Demokratie und Republik sogar das Niveau der deutschen Romantik haben können. Novalis und der demokratische Sänger Amerikas, Walt Whitman, wurden von Thomas Mann zu geistigen Anwälten der gebrechlichen deutschen Demokratie erhoben, ein erneutes Beispiel dafür, wie wenig er an Staatsform und Verfassungsnormen dachte, wenn er von Demokratie sprach, dafür um so mehr an das geistige Prinzip im Dienste der Humanität.

Thomas Mann in der Weimarer Republik

Die Rede von Deutscher Republik war ein Ableger des großen Romans vom „Zauberberg", der die geistige Krise des Vorkriegseuropa zum Gegenstand hat. Auch dieses umfangreiche Buch ist im Grunde eine Auseinandersetzung mit dem deutschen Weg. Wer kennt nicht die berühmten Streitgespräche zwischen Settembrini, einem der Aufklärung, der Gesundheit, dem Licht und dem Fortschritt verschworenen Demokraten à la Mazzini und seinem Gegenspieler Naphta, dem Vertreter einer merkwürdigen Mischphilosophie aus Jesuitismus, Mystik und Kollektivismus: ein erbittertes Ringen um die Seele des deutschen Ingenieurs Hans Castorp? Settembrini hat alle Attribute des Zivilisationsliteraten aus den „Betrachtungen", erscheint als dessen vollendete Inkarnation, aber sein menschliches Wesen ist diesmal mit viel Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit versehen und ausgestaltet. Naphta hingegen, sehr überlegen im scharf geführten Streitgespräch, ein Verherrlicher der Krankheit und der dunklen Mächte des Lebens, bleibt eine leicht unheimliche Figur. Westliches und östliches Denken prallen hier aufeinander, und die beiden Ideologen streiten bis zum tödlichen Duell um den unentschiedenen Deutschen, der dann im Rausch des beginnenden Krieges das gespenstische geistige Laboratorium des Zauberbergs hinter sich läßt. Die geistigen Prinzipien des Zeitalters werden in diesen Figuren personifiziert, zu außerordentlicher Extremität gesteigert und beide auf die „deutsche Mitte" losgelassen. Nicht daß man hinter Settembrini das Abbild eines liberalen Demokraten dieser Jahre zu suchen hätte, noch hinter Naphta die Gestalt des in Europa heraufziehenden faschistischen Intellektuellen. Nein, die Übersteigerung, die Ausspannung des Prinzips bis ins Äußerste ist für Thomas Mann ein Kunstmittel, das dazu dienen soll, die ganze Absurdität einer Weltanschauung erkennen zu lassen, so lange sie sich in ihrer Ein-

[34] Vgl. hierzu die Aufsätze: Leiden und Größe Richard Wagners (1933), Nietzsche im Lichte unserer Erfahrung (1947) und Schopenhauer (1938).

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seitigkeit total und exklusiv versteht. Erst eine Amalgamierung der beiden Prinzipien kann zu etwas Gutem führen. Nicht Settembrinis Geist, noch der Naphtas heißt die ernstzunehmende weltanschauliche Option des Buches, sondern ein Neues mit Settembrini und Naphta zusammen. Der rationalistische Demokrat muß an vielen Stellen oberflächlich bleiben, sein Individualismus baut keine wahre Menschengemeinschaft auf. Andererseits ist Naphtas Bund mit den dunklen Mächten zerstörerisch (nicht zufällig erschießt er sich); sein Wille zur Gemeinschaft, zum Wesentlichen des Menschen, bedarf der Ergänzung durch die Aufklärung, braucht den Glauben an das Gute im Menschen, an das Licht.

Es ist die Versöhnung der durch Settembrini und Naphta personifizierten Geistesströmungen, die Thomas Mann von nun an im Auge hat. Daß er in den Jahren der Weimarer Republik scheinbar immer stärker zu Settembrini hinneigt, bedeutet nicht seine Entwicklung zum Rationalisten. Sein künstlerisches Schaffen, insbesondere das Joseph-Opus ist dafür von besonderer Beweiskraft. Es ist die Störung der Harmonie von Ratio und Gefühl, Logik und Intuition, Vernunft und ideologischem Glauben, die den Inhalt seiner kommenden Reden bestimmt. Kaum jemand hat wie Thomas Mann gespürt, daß der zeitgenössische Aufstand gegen die Ratio, der den „Geist als Widersacher der Seele" (Klages) brandmarkte, ein sehr bedenkliches und zweischneidiges Unternehmen war. Wie konnte man die Vernunft verdammen, wenn der Kampf gegen sie zur offenbaren Unvernunft auszuarten drohte, anstatt nur die rationalistischen Auswüchse zu beschneiden? Thomas Mann hat sich darum sehr entschlossen auf die Seite der Vernunft und des Geistes gestellt und, wie er selbst sagt, den Vorwurf dürren Rationalismus auf sich genommen. In zahlreichen Vorträgen der Weimarer Zeit, aber auch danach, behandelt er das Verhältnis und Zusammenspiel von Vernunft und Mythos, Romantik und Aufklärung, oder wie immer die Gegensätze damals formuliert wurden. Seine Ausführungen darüber sind einer der interessantesten zeitgenössischen Kommentare zur Bewegung der „konservativen Revolution".[35]

Bei einer Tischrede in Amsterdam sagte Thomas Mann 1924:

> „Es ist der europäische Augenblick gekommen, wo eine überbewußte Betonung der demokratischen Lebensidee vor dem aristokratischen Todesprinzip zur vitalen Notwendigkeit geworden ist."[36]

---

[35] In Abweichung von der auch für Th. Mann seit 1918 nicht mehr gültigen a-politischen Tradition des deutschen Bürgertums hatten weite Kreise der damaligen literarischen Schicht mehr oder weniger offen eine politisch-weltanschauliche Option vollzogen. Hugo von Hofmannsthal hat diese Tendenz in seinem bekannten Vortrag „Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation" als „konservative Revolution" gekennzeichnet. Verglichen mit den so konkreten politischen Stellungnahmen Thomas Manns schienen diese Schriftsteller und Publizisten (z. B. Stefan George und sein Kreis) politisch weniger festgelegt, hatten aber trotzdem eine deutlich erkennbare Hinwendung zu geistigen Fragestellungen vollzogen, die politisch höchst relevant waren.

Vgl. hierzu meinen Aufsatz: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, in dieser Zeitschrift 5 (1957) S. 42 ff.

[36] Tischrede in Amsterdam, XI, S. 352.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das ist die zeitweilige Bevorzugung Settembrinis gegenüber Naphta um des Lebens willen. Wie stark die Anhänger Naphtas in ihren verschiedenen Richtungen ihn dünkten, ergibt sich aus der Festrede auf Lessing aus dem Jahre 1929, deren sarkastischer Eingang lautet:

„Ein Rationalist und ein Aufklärer. Was hat er uns Heutigen zu sagen, denen der Weg zu den Müttern ein alltäglicher Spaziergang geworden ist? Uns, die wir der Vernunft nicht nur mißtrauen, sondern mit Vergnügen, mit äußerster Genugtuung mißtrauen, das Irrationale boshaft vergöttern, den Geist als Henker des Lebens verschreien, die Idee am Pranger verhöhnen und bei Astartefesten einer dynamischen Romantik unseres brüderlichen Einverständnisses recht wollüstig innewerden? Uns, die wir über Nacht das Bild der Revolution gestohlen, es in unser, ins reaktionäre Lager geschleppt haben und nun ‚konservative Revolution' damit anstellen: das Neueste, Feinste und Schlaueste, ein Spiel, von dem nur Vaterlandsverräter sich ausschließen und bei dem das Rückständig-abgestandenste auf einmal – zu unserem Stolz – im Licht der Kühnheit und Jugend erscheint."[37]

Weniger sarkastisch, dafür geistesgeschichtlich um so fundierter drückt Mann sich in seinem sehr wichtigen Vortrag über die „Stellung Freuds in der modernen Geistesgeschichte" aus.[38] Dieser Aufsatz handelt nur ganz am Rande von dem Tiefenpsychologen; er ist in der Hauptsache eine Auseinandersetzung mit der „konservativen Revolution". Er streitet dieser geistigen Bewegung den Anspruch ab, revolutionär zu sein. Dieser Name gebühre nur dem durch Bewußtmachung und analytische Auflösung zur Zukunft führenden Willen. „Es gibt keine Predigt und keinen Imperativ des großen Zurück, keine Inbrunst zur Vergangenheit um der Vergangenheit willen, die anders als zu dem offenkundigen Zweck der Verwirrung diesen Namen für sich in Anspruch nehmen könnten . . ." Thomas Mann kann nicht einsehen, wieso eine Epoche, die noch in ihrer zweiten Hälfte von Genien wie Schopenhauer, Wagner, Bismarck und Nietzsche beherrscht war, eine Reformation des Mythus und des erneuten Kults der Unteren als einzig mögliche Reaktion herausgefordert habe. Der moderne Irrationalismus habe für das Geistesleben eine „echte und notwendige Korrektur" erbracht, und diese Strömung könne der „Aufklärung im menschlich großen Sinne des Wortes" dienen. In ihrer jetzigen Gestalt aber biete die neue Wissenschaft vom Irrationalen die Gefahr des Mißbrauchs durch die Mächte der Umkehr und der Rückbildung. Die intuitionistische Lebensforschung könne zu einem „Defaitismus der Humanität" führen, indem sie die Vernunft unter das Gefühl hinabdrücke und vor dem Throne des Lebens eine sowohl anklägerische wie abschätzige Sprache über den Geist führe.

„Und die Jugend? Wird sie wirklich dem plumpen Mißbrauch des Tiefensinns neuer Lebenserkenntnis durch das Roh-Geistfeindliche zum Opfer fallen? Ja, es scheint so, – oder es scheint doch zuweilen so, da und dort."

---

[37] Zu Lessings Gedächtnis, XI, S. 191.

[38] Die Stellung Freuds in der modernen Geistesgeschichte, 1929, S. 197–221, siehe auch für nachfolgende Zitate.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Freudsche Psychoanalyse ist für Mann ein Beispiel dafür, wie der moderne Irrationalismus jedem reaktionären Mißbrauch unzweideutig widerstehen könne.

Im selben Jahre sagte er in einer „Begrüßungsansprache" für Gerhart Hauptmann:

„Es gibt ja einen Nationalismus der rodomontierenden Unwissenheit, welcher, das patriotische Panier mit übertrieben nervichten Armen schwingend, vom höheren Deutschtum im Grunde soviel versteht wie der Ochs vom Lautenspiel . . . Wenn wir ihr Treiben bekämpfen, so darum, weil sie den Deutschen Dummheit als Gesundheit predigen, weil sie das Hindernis sind auf dem Wege zu höherer, geistverbundener Gesundheit."[39]

Schon in der „Pariser Rechenschaft" über seinen Besuch in Frankreich vom Jahre 1926 hatte er sich beunruhigt gefragt, ob es eine gute und lebensfreundliche Tat sei, den Deutschen von heute „all diese Nachtschwärmerei, diesen ganzen Joseph-Görres-Komplex von Erde, Volk, Natur, Vergangenheit und Tod, einen revolutionären Obskurantismus, derb charakterisiert, in den Leib zu reden, mit der stillen Insinuation, das sei alles wieder an der Tagesordnung"[40]. Wenige Jahre danach ist ihm die ganze Gefährlichkeit dieser geistigen Richtung, ihrer politischen Ausbeutbarkeit wegen, zur sicheren Gewißheit geworden. Und gerade diese Jahre, in denen sich die geistige „Nachtschwärmerei" mit der politischen Reaktion verband bzw. von ihr ausnutzen ließ, haben in Thomas Mann einen politischen Gedanken reifen lassen, dem er bis an sein Lebensende treu bleiben sollte: seine Anerkennung des Sozialismus.

„Kultur und Sozialismus"[41] ist dieser richtungweisende Aufsatz überschrieben: Die ideologischen Streitigkeiten in Deutschland ließen sich auf zwei verschiedene Kulturbegriffe zurückführen. Eine Geistesrichtung halte aus Trotz noch immer an dem überlieferten Kulturbegriff fest, den auch er in seinen „Betrachtungen" noch gestützt habe; eine andere (zu ihr gehört er jetzt) habe diesen Kulturbegriff korrigiert und aus der Niederlage des Weltkriegs die Erkenntnis gezogen, daß die ästhetizistische bürgerliche Kulturidee nicht mehr länger tragbar sei. Das Neue, das den bisherigen deutschen Kulturbegriff in Frage stelle und seine Revision aufdränge, sei der Sozialismus. Ihn hält er für das entscheidende gesellschaftliche Prinzip der neuen Epoche, und eine Kulturidee, die daran vorbeisehe, müsse gegenüber ihrer Zeit hoffnungslos in Rückstand geraten und den reaktionären Kräften dienen. Gegenwart und Zukunft seien auf Seiten des Sozialismus. Erst die Hinüberleitung des mit der Kulturidee verbundenen Gemeinschaftsbegriffes ins Gesellschaftlich-Sozialistische würde die wirkliche Demokratisierung Deutschlands bedeuten. „Was not täte, was endgültig deutsch sein könnte, wäre ein Bund und Pakt der konservativen Kulturidee mit dem revolutionären Gesellschaftsgedanken."

Noch deutlicher wird Thomas Mann in seiner „Deutschen Ansprache", die er 1930 nach dem Wahlerfolge der NSDAP im Berliner Beethovensaal hielt. Darin fordert er das deutsche Bürgertum offen auf, sich zur Sozialdemokratie zu halten:

[39] Zur Begrüßung Gerhart Hauptmanns in München, 1929, XI, S. 436.

[40] Pariser Rechenschaft, 1926, XII, S. 47.

[41] Kultur und Sozialismus, 1929, XI, S. 704–14.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Der Augenblick ist längst gekommen, zu erkennen, daß die gesellschaftliche Klassenidee weit freundlichere Beziehungen zum Geist unterhält als die bürgerlich-kulturelle Gegenseite, die nur zu oft zu erkennen gibt, daß sie die Berührung mit dem lebendigen Geist . . . verloren und verlernt hat."

Und hier finden wir auch jene für die Bewertung der politischen Wirksamkeit der antidemokratischen Geistestendenzen in Deutschland so wichtige Bemerkung:

„Der Nationalsozialismus hätte als Massen-Gefühls-Überzeugung nicht die Macht und den Umfang gewinnen können, die er jetzt erwiesen, wenn ihm nicht, der großen Mehrzahl seiner Träger unbewußt, aus geistigen Quellen ein Sukkurs käme, der, wie alles Zeitgeboren-Geistige, eine relative Wahrheit, Gesetzlichkeit und logische Notwendigkeit besitzt und davon an die populäre Wirklichkeit abgibt . . . Politik wird zum Massen-Opiat des ‚Dritten Reiches' oder einer proletarischen Eschatologie, und die Vernunft verhüllt ihr Antlitz."[42]

Im März 1933, als er schon nicht mehr in Deutschland war, schreibt Thomas Mann in sein Tagebuch:

„Ich habe das Kommende früh und tief empfunden, darunter gelitten, mich gegen den gewissenlosen, um sich greifenden Unfug gesetzt und den Vorwurf dürren Rationalismus in Kauf genommen. Ich empfand die Schuld des Geistes, seine unpolitische und dem Genuß seiner Kühnheit ästhetisch hingegebene Rücksichtslosigkeit aufs Wirkliche."[43]

Er hat seinerseits viel getan, um diese Schuld des Geistes, die er auch für sich anerkannte, abzutragen. Doch sein Appell an die Vernunft war eher Anlaß zu neuem Kopfschütteln als zur Besinnung. Im ‚Doktor Faustus' hat er die geistige Atmosphäre der damaligen Zeit nachzuzeichnen versucht (im Kapitel XXXIV): Da sitzen sie zusammen in den Räumen des Herrn Sixtus Kridwiss, der alles „scho enorm wischtisch" findet, was seine Gäste, Hochschullehrer, Musiker, Dichter und Adlige, an neuen Ideen in diesem Kreise vorzutragen belieben:

„Es war eine alt-neue, rückschlägig-revolutionäre Welt, in welcher die an die Idee des Individuums gebundenen Werte, sagen wir also: Wahrheit, Freiheit, Recht, Vernunft völlig entkräftet und verworfen waren oder doch einen von dem der letzten Jahrzehnte ganz verschiedenen Sinn angenommen hatten, indem sie nämlich der bleichen Theorie entrissen und blutvoll relativiert auf die weit höhere Instanz der Gewalt, der Autorität, der Glaubensdiktatur bezogen waren . . . Wohl überflüssig ist es dabei zu sagen, daß die uns Deutschen durch die Niederlage zuteil gewordene Staatsform, die uns in den Schoß gefallene Freiheit, mit einem Wort: die demokratische Republik auch nicht einen Augenblick als ernstzunehmender Rahmen für das visierte Neue anerkannt, sondern mit einmütiger Selbstverständlichkeit als ephemer, und für den Sachverhalt von vornherein bedeutungslos, ja als ein schlechter Spaß über die Achsel geworfen wurde."[44]

---

[42] Deutsche Ansprache, ein Appell an die Vernunft, 1930, XII, S. 533–53. Dieser Aufsatz gibt auch ein sehr bemerkenswertes Bild der damaligen außen- und innenpolitischen Situation Deutschlands.

[43] Leiden an Deutschland – Tagebuchblätter aus den Jahren 1933 und 1934, XII, S. 107.

[44] Doktor Faustus, Roman, Frankfurt 1956, S. 489 und 485.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Thomas Mann ist damals klargeworden, und die folgenden Ereignisse haben ihm diese Erkenntnis bestätigt, daß eine sehr enge Nachbarschaft zwischen Ästhetizismus und Barbarei besteht. Serenus Zeitblom, der Biograph des Adrian Leverkühn, empfindet ein leises Entsetzen darüber, daß man bei der Beschreibung der heraufziehenden Barbarei (der Text erinnert an Spengler, dessen Fatalismus Thomas Mann schon früher verschiedentlich scharf verurteilt hatte) eine heitere Genugtuung an den Tag legte, als sei dies alles nur eine intellektuelle Belustigung.

„In jedem Geistigen ist das Politische latent." Auf dieser Prämisse beruht Thomas Manns politisches Stellungnehmen zu geistigen Problemen. Er ist einer der wenigen, die in der ideologisch so verworrenen Zeit der Weimarer Republik warnend ihre Stimme gegen die Verführung durch die „geistwidrigen" Lehren erhoben. Er hat gesehen, wie sehr der deutsche Geist in Gefahr war,[45] erkannt, daß der geistige Irrationalismus der politischen Massenbewegung Vorschub leistete und der Geist, in Verkennung seiner wahren gesellschaftlichen Funktion, zum Schrittmacher einer Barbarisierung wurde, die freilich kaum in der Absicht seiner Künder stand.

„Daß ich mir schadete", schrieb er Ende 1933 in einem Brief an das Reichsministerium des Innern, „mit meinem politischen Eintreten und Zureden, daß vielen Deutschen schon ein solches ‚Herabsteigen' des Dichters auf den Markt und in die Arena des öffentlichen Meinungskampfes für entwertend und dichterisch entehrend galt – ein echt deutscher Einwand, der jedoch nicht gegolten hätte, wenn ich mit dem Strom geschwommen wäre –, wußte ich wohl und hatte darunter zu leiden. Klüger im egoistisch-weltpolitischen Sinn und bequemer wäre gewesen zu schweigen. Doch nahm ich es ernst mit der ‚Republik als Aufgabe', wie ich sie meinen Landsleuten darzustellen versucht hatte, und solange es eine Diskussion gab, habe ich fortgefahren, dem zugunsten zu reden, was ich für das Rechte und Gute hielt."[46]

Für Thomas Mann war die Republik eine Schicksalsgegebenheit. Er hat in seinen Reden der Weimarer Zeit den Versuch unternommen, das deutsche Volk mit seinem Schicksal auszusöhnen. Es ist freilich nicht gelungen, noch lag es in seiner Hand, diese Aufgabe zum Erfolg zu führen. Die Massen, um welche die nationale Bewegung mit so durchschlagendem Erfolge warb, hatten für ein Bekenntnis zur Humanität wenig übrig, und auch vielen Vertretern der gebildeten Schichten stand damals der Sinn nach anderem. Vergeblich schienen seine zahlreichen „Versuche über die Humanität" (Adel des Geistes), in welchen er, vornehmlich an Goethe sich orientierend, den Weg zeigen wollte, den der deutsche Geist gehen muß, soll er nicht in eine antihumane Barbarei sinken.

„Was heute not tut", schreibt er 1932, „ist die große Ernüchterung einer Welt, die an verdumpften und das Leben hindernden Seelentümern zugrunde geht . . . Der Bürger ist verloren und geht des Anschlusses an die neu heraufkommende Welt verlustig, wenn er es nicht über sich bringt, sich von den mörderischen Gemütlichkeiten und lebenswidrigen Ideologien zu trennen, die ihn noch be-

[45] E. R. Curtius, Deutscher Geist in Gefahr, Stuttgart, Berlin 1932.

[46] Veröffentlicht in „Die Neue Zeitung", München, vom 8. 8. 1947.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

herrschen, und sich tapfer zur Zukunft zu bekennen. Die neue, die soziale, die organisierte Einheits- und Planwelt, in der die Menschheit von untermenschlichen, unnotwendigen, das Ehrgefühl der Vernunft verletzenden Leiden befreit sein wird, diese Welt wird kommen ... denn eine äußere und rationale Ordnung, die der erreichten Stufe des Menschengeistes gemäß ist, muß geschaffen sein oder sich schlimmen Falles durch gewaltsame Umwälzung hergestellt haben, damit das Seelenhafte erst wieder Lebensrecht und ein menschlich gutes Gewissen gewinnen könne ...

Kein Zweifel, der Kredit, den die Geschichte der bürgerlichen Republik heute noch gewährt ... beruht auf dem noch aufrechterhaltenen Glauben, daß die Demokratie, was ihre zur Macht drängenden Feinde vorgeben, auch kann, nämlich eben diese Führung ins Neue und Zukünftige übernehmen."[47]

Dieses Neue, Zukünftige, ist die sozialistische Welt, eine Welt, in der die Ideen der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit mehr als bisher zu ihrem Recht kommen werden. Doch nur dann werde der Sozialismus seiner neuen Aufgabe wirklich gewachsen sein, wenn „Karl Marx den Friedrich Hölderlin gelesen hat", was freilich auch in der Umkehrung gelte. Die Sozialdemokratie sei noch geistfremd in der Theorie, aber geistfreundlich in der Praxis. Thomas Mann wünscht, daß Theorie und Praxis sich versöhnen, daß die deutsche bürgerliche Kulturtradition sich amalgamiere mit den neuen gesellschaftlichen Kräften um einer besseren Zukunft des Menschen willen.

Das Bekenntnis Thomas Manns zum Sozialismus scheint zunächst keiner besonderen Beachtung wert, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Begriff des Sozialismus damals in vieler Munde war. Alle revolutionären, antidemokratischen Bewegungen dieser Zeit nahmen für sich in Anspruch, den Sozialismus verwirklichen zu wollen. Sozialismus wurde politisches Schlagwort der Linken wie der Rechten. Der Sozialismus, den viele Schriftsteller und Publizisten der konservativen Revolution propagierten, war ein spezifisch „deutscher und nationaler Sozialismus" (wie ihn 1919 Spengler in seinem einflußreichen Buch „Preußentum und Sozialismus" vertreten hatte) und nahm zum überlieferten marxistischen Sozialismus des Arbeitertums eine feindselige Haltung ein. Gerade dieser internationale Sozialismus aber war es, für den Thomas Mann optierte und den er mit seinem Konservativismus zu versöhnen trachtete. Durch seine Verbindung von konservativ-bürgerlicher Tradition und demokratischem Sozialismus schien er auch der geborene Repräsentant der Weimarer Republik auf dem Gebiete der Literatur zu sein, eine Rolle, die er mit viel Eleganz und großer Selbstsicherheit interpretierte, und in die er das ganze Gewicht seiner Persönlichkeit legte. Er wurde zu einer Art literarischem Botschafter des republikanischen Deutschland, indem er für die Verständigung mit Frankreich warb, auf Tagungen des PEN-Clubs die europäische Mission des Schriftstellers proklamierte und auf vielen Ansprachen im In- und Ausland dem „Geist" eine Lanze brach und der so viel geschmähten und verachteten Vernunft wieder zur Anerkennung verhelfen wollte. Die Nationalisten, deren geistige Grundprämissen so ganz

[47] Goethe als Repräsentant des bürgerlichen Zeitalters, 1932, X, S. 90 ff.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

andere waren, erblickten im „Weltbürger Thomas Mann"[48] ihren Gegner, und erst die Zeit des Nationalsozialismus sollte offenbaren, wie sehr auch Thomas Mann von Haß auf die nationalsozialistischen „Verderber Deutschlands" erfüllt war.

Man darf allerdings nicht übersehen, daß Thomas Mann auch in den bewegtesten politischen Zeiten seine Hauptaufgabe in seiner dichterischen Arbeit sah. Aber neben ihr empfand er seine öffentliche Verantwortung. Es gab geschichtliche Momente, in denen es ihm einfach nicht mehr möglich war, allein der künstlerischen Arbeit zu leben. In seinem „Appell an die Vernunft" vom Jahre 1930 begründete er sein politisches Auftreten in folgenden Worten:

> „Dennoch gibt es Stunden, Augenblicke des Gemeinschaftslebens, wo solche Rechtfertigung der Kunst praktisch versagt; wo der Künstler von ihnen her nicht weiter kann, weil unmittelbare Notgedanken des Lebens den Kunstgedanken zurückdrängen, krisenhafte Bedrängnis der Allgemeinheit auch ihn auf eine Weise erschüttert, daß die spielend-leidenschaftliche Vertiefung ins Ewig-Menschliche, die man Kunst nennt, wirklich das zeitliche Gepräge des Luxuriösen und Müßigen gewinnt und zur seelischen Unmöglichkeit wird."[49]

Wenn wir heute die politischen Schriften Thomas Manns seit jener bekenntnishaften Rede von Deutscher Republik verfolgen, dann sehen wir in ihnen das Verhängnis dieser Republik sich vollziehen, und Thomas Mann erscheint uns als ein außerordentlich hellsichtiger Schriftsteller, der die geistigen und politischen Gefahrenzonen seiner Zeit aufs beste kannte. Es ist darum nicht zutreffend, wenn einige Kommentatoren seiner politischen Schriften noch nach 1945 äußerten, Thomas Mann sei auch in den zwanziger Jahren ein unpolitisch denkender Mensch geblieben,[50] oder er habe auch in der Weimarer Zeit nur alte deutsche Klischees zum besten gegeben.[51] Seine deutsche Tradition freilich hat Thomas Mann sich immer lebendig erhalten, aber statt, wie er es noch 1914 getan und wie so viele es nach 1918 tun sollten, die deutsche geistige Überlieferung gegen das sich ankündigende bzw. herrschende politische System auszumünzen, hat er gerade versucht, die beiden miteinander in Einklang zu bringen. Er war dazu besonders befähigt, weil er kein eingeschworener Vertreter einer bestimmten literarischen Richtung war; er war ein Schriftsteller, dem es kraft seiner Intelligenz und politisch-menschlichen Einsicht gelang, vom politikfremden Bürger zum politisch verantwortlichen Staatsbürger zu werden, wie ihn das neue politische System Deutschlands forderte. Als einem „Menschen des Gleichgewichts" entsprach gerade das Kunstmittel der Ironie

[48] Dies ist die Hauptunterschrift einer Photographie Th. Manns aus dem von F. G. Jünger eingeleiteten Bildband „Das Gesicht der Demokratie". Das Werk hat die Absicht, die deutsche Demokratie lächerlich zu machen, sowohl durch entsprechende Auswahl der Bilder wie auch durch die beigegebenen Texte. Von Thomas Mann wird eine Aufforderung zur Verständigung mit Frankreich zitiert. Das Werk erschien 1931 in Leipzig.

[49] Deutsche Ansprache, XII, S. 534.

[50] So bei W. A. Berendsohn: Thomas Mann und das Dritte Reich, in der Beilage zu „Das Parlament" vom 18. 4. 1956.

[51] So Edmond Vermeil im Vorwort zur franz. Ausgabe der Rundfunkreden Th. Manns: Appells aux Allemands, Paris 1948, S. 14.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

am besten seiner vermittelnden Natur; doch wenn es eines war, sich „spielend-leidenschaftlich ins Ewig-Menschliche zu vertiefen", so war es ein anderes, in ernster Verantwortung für die geistige Entwicklung der Gesellschaft vor seine Mitbürger zu treten und seine Meinung zu geben. Hier hatte die Ironie keine Stätte.

Thomas Mann hat Fragen der aktuellen Politik selten berührt. Wo er es tat, wie z. B. in der erwähnten Rede aus dem Jahre 1930, da zeigte er sich von einer bemerkenswerten Einsicht in die politischen Probleme seiner Zeit:

> „Diese demokratische Moralität, die während des Krieges den Mund so voll genommen hatte und den Krieg als Mittel zu betrachten schien, eine neue, bessere Welt zu schaffen, hat beim Friedensschluß nur sehr bruchstückweise Wort gehalten und sich durch die Wirklichkeit, die psychischen Nachwirkungen der Kriegswut und durch den Machtrausch des Sieges in einem Grade verderben lassen, daß es dem deutschen Volke aufs äußerste erschwert war, an den moralischen und historischen Sinn seines Unterliegens und an die höhere Berufung der anderen zum Siege zu glauben. Der Versailler Vertrag war ein Instrument, dessen Absichten dahin gingen, die Lebenskraft eines europäischen Hauptvolkes auf die Dauer der Geschichte niederzuhalten, und dieses Instrument als die Magna Charta Europas zu betrachten, auf der alle historische Zukunft sich aufbauen müsse, war ein Gedanke, der dem Leben und der Natur zuwiderlief und der schon heute in aller Welt kaum noch zum Schein Anhänger besitzt."[52]

Solche Ausführungen jedoch, so zutreffend sie sind, waren nur Randbemerkungen zu seinem eigentlichen Thema: dem Verhältnis von Geist und Politik. Es ist nur natürlich, daß der Dichter als ein Vertreter des Geistes die politischen Probleme Europas vorwiegend unter einem geistig-kulturellen Gesichtswinkel sah. Da aber alles Geistige, ob gewußt oder nicht, einen Zusammenhang mit dem Politischen hat und jeder Humanismus im demokratischen Zeitalter wirklichkeitsfremd werden muß, wenn er das Politische und Soziale nicht mitbedenkt, ist Thomas Manns politisches Schrifttum der Weimarer Jahre auch von gewisser Bedeutung für den politischen Historiker, der sich die Frage stellt: wie konnte es zum Nationalsozialismus kommen?[53] Thomas Mann beleuchtet einen Aspekt dieses Problems, und man darf es wohl nicht allein berufsmäßiger Parteilichkeit, sondern muß es auch der tatsächlichen Bedeutsamkeit des Phänomens zuschreiben, daß Thomas Mann sich so nachhaltig mit den geistigen Prämissen der völkisch-antidemokratischen Bewegung der Weimarer Zeit auseinandergesetzt hat.

Es war darum nicht überraschend, daß das politische Regime, mit dem der völkisch-nationale Gedanke schließlich triumphierte, von Thomas Mann nichts mehr wissen wollte und ihn in die Acht tat. Sein deutscher Paß wurde nicht

---

[52] Deutsche Ansprache, XII, S. 538.

[53] Ein positives Beispiel der Befruchtung historischer Arbeit durch die Lektüre von Thomas Manns politischen Schriften hat Klemens von Klemperer mit seinem neuen Buch über die konservative Revolution erbracht (Anm. 19). Er schreibt: „Most of all have I benefited from the reading of two great German men of letters, Friedrich Meinecke . . . and Thomas Mann, whose work is no doubt one of the best commentaries on modern German social history." S. 230.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erneuert, so daß er 1937 vorübergehend tschechischer Staatsbürger wurde, um dann 1945 endgültig die amerikanische Staatsbürgerschaft zu erwerben, die ihm auch die gemäßeste schien, weil Amerika ein Volk aus vielen Völkern war und ein deutscher Kosmopolit, den sein Vaterland vertrieben hatte, dort am besten aufgehoben war.

Die Aula der Münchner Universität war im Februar 1933 der Schauplatz seines letzten öffentlichen Auftretens in Deutschland vor seiner Emigration, als er sich nicht scheute, seine persönliche Meinung über Richard Wagner zu geben.[54] Soviel Thomas Mann diesem Künstler selbst verdankte, so faszinierend sein Werk und sein Leben für ihn immer wieder waren, er konnte nicht miteinstimmen in die obligatorisch gewordene kultische Wagner-Verherrlichung des kaum zwei Wochen alten Dritten Reiches. Eine bösartige Pressekampagne brach gegen den Dichter los. Er zog vor, nicht wieder nach Deutschland zurückzukehren, das ihm nun feindlich gegenüberzustehen schien. Er blieb in der Schweiz, wohin eine Vortragsreise ihn kurz nach seinem Münchner Auftreten geführt hatte.

Emigrantenschicksal

Zwei Jahre lang hörte man nichts von Thomas Mann. Er arbeitete an seinem großen mythologischen Werk über Joseph – der erste und zweite Band erschien noch 1934 in Deutschland –, hinter dem auch die Absicht stand, das sich in Deutschland ausbreitende nationalistische Zerrbild vom Mythos zu ersetzen („den Mythos umfunktionieren" nannte er es) durch die Begegnung mit dem wahrhaft Mythischen.[55] Doch seinen Tagebuchblättern hat er in diesen Jahren Gedanken anvertraut, die in Ton und Ausdruck schon einiges von den scharfen Rundfunkansprachen aus dem zweiten Weltkrieg vorwegnehmen. Was sich nach der Machtergreifung in Deutschland abspielte, erscheint ihm als „die wütende und zügellose Vollendung einer Gegenrevolution, in der wir seit vierzehn Jahren schon leben".

> „Es war den Deutschen vorbehalten, eine Revolution nie gesehener Art zu veranstalten: ohne Idee, gegen die Idee, gegen alles Höhere, Bessere, Anständige, gegen Freiheit, Wahrheit, Recht. Es ist menschlich nie etwas Ähnliches vorgekommen . . ."

[54] Es handelte sich um eine verkürzte Fassung des Aufsatzes: Leiden und Größe Richard Wagners.

[55] Über diese Fragen gibt der Briefwechsel mit Kerényi viel Aufschluß. Ob es Thomas Mann tatsächlich gelungen ist, das Mythische zu erfassen und sprechen zu lassen, ist eine Frage für sich. Sein spezielles Verständnis vom Mythos als dem Typischen, immer Wiederkehrenden, legt die Frage nahe, ob er ganz begriffen hat, was die Mystiker seiner Zeit wollten, wenn sie das Mythische beschworen. Indem aber Thomas Mann durch eine Dosis Psychologie dem Mythos den totalitären Charakter zu rauben suchte, erkannte er um so besser die Gefährlichkeit des durch Sorel propagierten politischen Mythos als eines demagogischen Mittels.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Er denkt an die „unglückseligen Intellektuellen, die die schmutzigste Travestie ihres Traumes von hohem und reinem Deutschtum verwechseln mit diesem ihrem Traum . . ."

Das deutsche Volk solle sich der bluttriefenden Narren entledigen und sich wieder zu den Grund- und Ehrbegriffen europäischer und überhaupt menschlicher Gesittung bekennen. „Verhunzt wird alles, namentlich das Blut. Es wird verhunzt in der idiotischen Rassentheorie und ebenso in dem Wahn, wo Blut fließe, da sei große Geschichte . . ."[56]

Thomas Mann hat dem Faschismus auch später jede Idee abgesprochen. Der Kommunismus galt ihm immerhin als Träger einer Idee, der Idee der sozialen Gerechtigkeit, so grauenhaft sich die Verwirklichung des Kommunismus in Rußland vollzog; der Nationalsozialismus hingegen war die Verhöhnung der Idee, der furchtbare Triumph des Bösen, Niedrigen und Gemeinen über menschliche Vernunft und Würde. „Romantische Barbarei" seien die kulturellen Bemühungen der Nationalsozialisten, nach neuen, völkischen Göttern zu suchen, und die Dozenten des Irrationalen, wie sie schon im Deutschland des heraufkommenden Nationalsozialismus massenweise grassiert hätten, erzögen das Volk zum „moralischen Sansculottismus und zur Stumpfheit gegen alle Greuel", denn ohne die Vernunft, welche die Sittlichkeit des Lebens sei, gebe es nichts als den „Orgiasmus der Triebe, die Ausschweifung".

Schon damals befürchtet Thomas Mann, daß dieses Regime die Welt in einen Krieg stürzen werde. Noch deutlicher wird ihm diese Ahnung in den Jahren der inneren Konsolidierung des Nationalsozialismus. Der bedeutsame Brief des Dichters an die philosophische Fakultät der Universität Bonn, die ihm seine Ehrendoktorwürde aberkannt hatte, spricht offen von der Kriegsgefahr. Der Brief gereicht der deutschen Universität von damals nicht zur Ehre. Er spricht von der schweren Mitschuld an allem gegenwärtigen Unglück, welche die deutschen Universitäten auf sich geladen hätten, indem sie aus schrecklichem Mißverstehen der historischen Stunde sich zum Nährboden der verworfenen Mächte machten, die Deutschland moralisch, kulturell und wirtschaftlich verwüsten . . .

„Das Reich, Deutschland soll ich beschimpft haben, indem ich mich gegen sie bekannte! Sie haben die unglaubwürdige Kühnheit, sich mit Deutschland zu verwechseln! Wo doch vielleicht der Augenblick nicht fern ist, da dem deutschen Volke das letzte daran gelegen sein wird, nicht mit ihnen verwechselt zu werden."[57]

Schon in den Tagebuchblättern der Jahre 1933 und 1934, in diesem Brief und dann auch in den Radioreden während des Krieges will Thomas Mann zwischen dem deutschen Volk und seiner Führung unterschieden wissen.[58] Er kann trotz

---

[56] Leiden an Deutschland, XII, S. 99 ff. passim.

[57] Briefwechsel mit Bonn, 1937, XII, S. 753 und 757.

[58] Wohl am deutlichsten hat Th. Mann diese Unterscheidung herausgearbeitet in seiner Festrede vor dem Deutsch-Amerikanischen Kulturverband in New York, 1938:

„Das Schlimme ist, daß die Welt sich versucht fühlt, Deutschland überhaupt und alles Deutsche mit diesen politischen Führern und ihren Taten zu verwechseln . . . Man geht nicht zu weit, wenn man sie (die nationalsozialist. Macht, d. Verf.) den Feind der Menschheit

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allem, was aus dem nationalsozialistischen Deutschland zu ihm ins Exil dringt, nicht glauben, daß es dieser Führung gelingen könne, das Volk auf die Dauer zu betrügen. Seine Ansprachen als Emigrant sind auf der einen Seite Beschwörungen an das deutsche Volk, die verbrecherische Führung abzuschütteln, auf der anderen Warnungen an Europa und die übrige Welt vor einem Appeasement mit Hitler. Thomas Manns Erschütterung über die nachgiebige Politik der Engländer und Franzosen gegenüber Hitler war so groß, daß er glaubte, der faschistische Wurm habe sich auch in diesen Ländern schon bis in die Führungsschichten hineingefressen. Ein Friede, der auf so elende Missetat, auf Treubruch und Völkerverrat gegründet sei, könne niemals von Segen sein.[59] Entgegenkommen gegenüber Deutschland werde erst wieder an der Zeit sein nach Hitlers Fall.[60] Das Wesen des Faschismus sei die Gewalt. Wenn die Demokratie über den Faschismus auch im Inneren siegen wolle, müsse sie ihrer selbst sicher und gewiß sein, wieder an sich glauben lernen. Es sei ein „fauler Zauber" mit der Zukünftigkeit der faschistischen Tendenzen. Doch nur dann habe die Demokratie die größere Kraft und innere Überlegenheit gegenüber Faschismus und Bolschewismus, wenn sie aus einer liberalen zu einer sozialen Demokratie werde. Die Forderung nach einer sozialen Demokratie hat bei Thomas Mann zunächst nichts mit wirtschaftlichen Reformprogrammen zu tun; er versteht Demokratie jetzt als die Staats- und Gesellschaftsform, die vor jeder anderen inspiriert ist von dem Gefühl und Bewußtsein der Würde des Menschen. Sozialismus ist ihm in erster Linie ein moralisches Problem, der Impuls des Gewissens, der dann freilich einen gerechteren sozialen und ökonomischen Ausgleich unter den Menschen bewirken soll.

Seine Erfahrung mit der Weimarer Republik hatte ihn auch in einem anderen Punkte sehend gemacht: er wird zum Protagonisten eines militanten, kämpferischen Humanismus, der gelernt hat, daß das Prinzip der Freiheit und Duldsamkeit sich nicht ausbeuten lassen darf von einem schamlosen Fanatismus, wie das die zwanziger Jahre in Deutschland erlebt hatten:

> „Europa wird nur sein, wenn der Humanismus seine Männlichkeit entdeckt, wenn er lernt, in Harnisch zu gehen, und nach der Erkenntnis handelt, daß die

---

nennt. Und sie sollte deutsch sein? Nie waren Deutschtum und Menschheit Feinde. Es war Andacht zu ihr, Lieben und Lernen. Wir sprechen dem Reiche des Hitlers das Deutschtum ab. Wir setzen ihm unseren deutschen Glauben an Kultur und Menschlichkeit entgegen, nicht ohne die Hoffnung, daß wir ihn eines Tages auch im deutschen Land wieder bekennen dürfen." Aus: Der Progrom. Dokumente der braunen Barbarei. Vorwort von H. Mann, Zürich–Paris 1939, S. 210 ff.

[59] Dieser Friede, 1938, XII, S. 780.

Im Briefwechsel mit Kerényi erwähnt Th. Mann, daß er seinem von den europäischen Ereignissen bedrückten Herzen mit dieser Schrift etwas Luft gemacht habe. An anderer Stelle sagte er, man müsse ersticken, wenn man schweige. Daraus geht hervor, daß die publizistische Tätigkeit für Thomas Mann eine Art Ventil, ein notwendiger innerer Ausgleich war, der ihm erst wieder die Aufnahme und Fortführung seiner künstlerischen Absichten gestattete.

[60] Vom kommenden Sieg der Demokratie, 1938, XII, S. 796 ff.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Freiheit kein Freibrief sein darf für diejenigen, die nach ihrer Vernichtung trachten."[61]

Diese Forderung nach Sicherung der Freiheit gegen ihre Feinde ist inzwischen ein Gemeinplatz geworden; in dem eben angeführten Zitat steckt indes auch ein Stück Selbstdeutung. Thomas Mann hatte in der Tat gelernt, in Harnisch zu gehen; alle seine politischen Reden gegen den Faschismus und seine Handlanger sind von außerordentlicher Schärfe im Ausdruck; sie sind ein Produkt des Hasses, der Verachtung und des Abscheus, wohl am deutlichsten ausgeprägt in den 55 Ansprachen an „Deutsche Hörer", die Thomas Mann von Kalifornien aus fast jeden Monat über den BBC London hielt. Thomas Mann lag mit den Nationalsozialisten im Krieg, seit sie mächtig geworden waren; und je mehr sich bewahrheitete, was er von Anfang an befürchtet hatte, daß nämlich die Welt auf die große Katastrophe des durch Hitler entfesselten Weltkrieges zutrieb, desto stärker empfand er seinen politisch-publizistischen Auftrag:

„Ich bin überzeugt, daß der Dichter, der heute in Dingen menschlicher Gesinnung vor der politisch gestellten Frage des Menschen versagt und die Sache des Geistes an das Interesse verrät, ein geistig verlorener Mann ist. Er muß verkümmern . . ."

In den Jahren der Bedrohung Europas durch den Faschismus wird ihm das Politische sogar zum entscheidendsten Problem. „In der Gestalt des Politischen ist uns heute die Frage des Menschen mit einem . . . Ernste gestellt, die frühere Zeiten nicht kannten."[62]

„Was geht mich die Weltgeschichte an, sollte ich wohl denken, solange sie mich leben und arbeiten läßt? Aber ich kann so nicht denken. Mein moralisch-kritisches Gewissen ist in einem beständigen Reizungszustande, und immer unmöglicher wird es mir, dem, mag sein, sublimen Spiel meiner Roman-Arbeit weiter nachzuhängen, bevor ich nicht ‚Rede und Antwort' gestanden und mir vom Herzen geschrieben, was darauf liegt an Sorge, Erkenntnis, quälendem Erlebnis und auch an Haß und Verachtung . . . Ein Mensch und Schriftsteller kann nur tun, was ihm auf den Nägeln brennt, und daß die Krise der Welt auch mir zur Lebens- und Arbeitskrise wird, ist in der Ordnung, und ich sollte ein Zeichen meiner Lebendigkeit darin sehen."[63]

Wie belastend muß dieses wache Erleben seiner Zeit für den Dichter gewesen sein, als Hitlerdeutschland tatsächlich den Krieg vom Zaun brach, als es sich mit so großem Erfolg anschickte, Europa in die Gewalt seiner Fäuste zu bringen. Thomas Manns Rundfunkreden[64] (von Anfang 1941 bis zum Kriegsende) sind Zeugnisse dieser inneren Erregung und Aufgewühltheit; auch die Schrift über die „Entstehung des Doktor Faustus" enthält vieles darüber. Der Emigrant spricht in diesen Reden direkt zu seinem Volk, an das er noch immer glaubt, dem

[61] Humaniora und Humanismus, 1936, XI, S. 447.

[62] Spanien, 1937, XII, S. 762, dort auch vorheriges Zitat.

[63] Briefwechsel mit Kerényi, Brief vom 4. 8. 34, XI, S. 742.

[64] Deutsche Hörer! Fünfundfünfzig Radiosendungen nach Deutschland, XII, S. 603 ff.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er sich wesensmäßig noch immer zugehörig fühlt, tut dies jedoch in einem Ton äußerster Erbitterung und Erschütterung über das, was mit diesem und durch dieses Volk geschehen ist. Manche Teile dieser Reden sind nicht ohne ein propagandistisches Element; der Publizist greift des öfteren zu einer Schwarz-Weiß-Technik, durch welche die Kontraste überscharf hervortreten; nie war seine Sprache so hart und rücksichtslos wie in den zahlreichen Passagen, die von Hitler und seinem Regime handeln, und doch läßt sie kraftvoll deutlich werden, in welch üblen Händen das deutsche Schicksal in den zwölf Jahren ruhte: Hitler ist für ihn ein Monstrum, ein elendes Subjekt, die Nazis eine fluchbeladene Schinderbande, Henkersknechte und Verderber des Volkes, eine Bande von Räubern und Mördern, blutige Kaffern, apokalyptische Lausbuben usw.

Die Reden enthalten immer wieder eine Aufforderung an die Hörer, den Nationalsozialisten den Gehorsam aufzukündigen und dadurch Deutschland den Weg zu bereiten für die Rückkehr in eine freie Staatengesellschaft.

> „Die Hölle, Deutsche, kam über euch, als diese Führer über euch kamen. Zur Hölle mit ihnen und all ihren Spießgesellen! Dann kann euch immer noch Rettung, kann euch Friede und Freiheit werden." (November 1941)

Selbst in Stunden triumphaler deutscher Siege zweifelt Mann nicht daran, daß Hitlerdeutschland nicht werde bestehen können.

> „Ich bin gutgläubig und vaterlandsliebend genug, dem Deutschland Dürers und Bachs, Goethes und Beethovens den längeren historischen Atem zuzutrauen. Dem anderen wird der Atem ausgehen – sehr bald." (August 1941)

Als schließlich die Wende des Kriegsgeschicks sich abzeichnet und die Vernichtung der Achsenmächte durch die Alliierten nur mehr eine Frage der Zeit zu sein scheint, da frohlockt er nicht, aber ebensowenig kann er Trauer darüber empfinden, denn Deutschland, so urteilt sein Gerechtigkeitsempfinden, ereilt ein verdientes Geschick. Es erscheint ihm notwendig und gerecht, daß Deutschland nach der Kapitulation durch lange Jahre des Leidens und der Not hindurchgeht. „Eine Reinigung, Bereinigung und Befreiung muß und wird stattfinden in Deutschland, so gründlich und von solcher Entschiedenheit, daß sie im Verhältnis steht zu den Übeltaten, wie die Welt sie noch nicht sah."

In seiner letzten Ansprache, unmittelbar nach der deutschen Kapitulation, sagt er mit Bezug auf sich selbst:

> „Der Deutsche aber, dem von den Allerunberufensten einst sein Deutschtum abgesprochen wurde, der sein grauenvoll gewordenes Land meiden und sich unter freundlicheren Zonen ein neues Leben aufbauen mußte – er senkt das Haupt in der weltweiten Freude . . . Und dennoch, die Stunde ist groß – nicht nur für die Siegerwelt, auch für Deutschland –, die Stunde, wo der Drache zur Strecke gebracht ist, das wüste und krankhafte Ungeheuer, Nationalsozialismus genannt, verröchelt und Deutschland von dem Fluch wenigstens befreit ist, das Land Hitlers zu heißen . . ."

Hat Thomas Mann die Deutschen anzusprechen vermocht mit seinen Reden? Die Frage ist schwer zu entscheiden, zumal die Zahl seiner Hörer auf Grund des

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abhörverbots feindlicher Stationen nicht sehr groß gewesen sein kann.[65] Man hat ihm nach dem Kriege immer wieder den Vorwurf gemacht, er habe Deutschland nicht verstanden. Zu fern sei er dem Ort des Grauens und der Bedrückung gewesen, zu sehr abgeschnitten von den Nachrichten derer, die wohl oder übel nun darin ausharren und leben mußten, als daß er sich hätte einfühlen können in die besondere Atmosphäre des Dritten Reiches. Gewiß, er hatte keine lebendige Anschauung von den Druck- und Terrormethoden des Regimes (er erwähnt auffallenderweise nie die deutsche Opposition gegen Hitler); er konnte sich vielleicht kein Bild davon machen, wie man damals in Deutschland tatsächlich lebte. Was zu ihm drang, das waren nur die Nachrichten über die Greueltaten des Nationalsozialismus, die fanatischen Kundgebungen und Reden der Führer des Dritten Reiches, die Propaganda, aber war dies nicht Tatsachenmaterial genug, um sich über eine Staatsführung zu entrüsten, die es in der Tat zuwege gebracht hatte, Deutschlands Ansehen in der zivilisierten Welt zu ruinieren, das deutsche Volk bis an den Rand des Abgrunds zu führen und seelisch zu verseuchen? Vielleicht mußte die grollende Sprache des Emigranten vor den Kopf stoßen, die Waffen des Hasses und der Verachtung sich wirkungslos erweisen bei denen, die aus dem Ausland keine Donnerworte, sondern Worte der Ermutigung, des Mitfühlens und der Geduld zu vernehmen hofften. Die psychologische und physische Belastung der im Dritten Reich lebenden Deutschen war möglicherweise zu schwer, als daß die aus Liebe zu Deutschland und einem tiefen Gerechtigkeitssinn herkommenden Auffassungen Thomas Manns richtig gewürdigt werden konnten. Vielleicht sind diese Reden darum heute, wo die zwölf Jahre hinter uns liegen, eine „zeitgemäßere" Lektüre für die Deutschen, als sie es damals sein konnten.

Diese Ansprachen über den englischen Rundfunk liegen ganz in der Linie des politischen Denkens von Thomas Mann. So waren seine Sprache und seine Auffassungen schon zu Beginn des Dritten Reiches gewesen, und der publizistische Anlaß schien die gelegentliche Verstärkung des polemischen Vokabulars zu rechtfertigen. Wer die künstlerisch verhaltene Version derselben Gedanken lesen will, halte sich an die Zeitkommentare des Serenus Zeitblom im „Doktor Faustus". In diesem eminent politischen Roman hat Thomas Mann versucht, seine notgedrungene Isolierung zu überbrücken, sich mitten in das deutsche Geschehen hineinzustellen. Das Buch hat eine doppelte Zeit, wie oft betont wird: es fügt die Erzählung des zwanzig bis fünfzig Jahre vorausliegenden Lebens des Adrian Leverkühn in den Zeitablauf seiner Niederschrift und gibt dadurch einen Hinweis

[65] Thomas Mann erwähnte in seiner Rede anläßlich der Goethefeier in Frankfurt, er habe ergreifende Beweise dafür, wie sehr damit vielen verstörten und leidenden Seelen in der ganzen Welt, auch in Deutschland, Trost und Zuspruch gebracht worden sei. Diese Reden kann man nur lieben, wenn man den Nationalsozialismus so hassen und verabscheuen gelernt hat wie Thomas Mann. Sie sind auch instruktiv dafür, wie viel anders sich die Situation Deutschlands von der anderen Seite her ausnahm, der die Nazigreueltaten und -praktiken viel eher bekannt waren als der Masse des deutschen Volkes.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf die verhängnisvolle Parallel-Entwicklung des Deutschtums: der Musiker Leverkühn endet in der Umnachtung, als für den Biographen die Nacht der totalen Niederlage über Deutschland hereinbricht. Wie der Biograph im Begriff ist, die Feder aus der Hand zu legen, den Schlußstrich unter das Manuskript zu ziehen, da fürchtet er (und das gilt für Thomas Mann):

„Deutschland selbst, das unselige, ist mir fremd, wildfremd geworden, eben dadurch, daß ich mich, eines grausigen Endes gewiß, von seinen Sünden zurückhielt, mich davor in Einsamkeit barg. Muß ich mich nicht fragen, ob ich recht daran getan habe? Und wiederum: habe ich's eigentlich getan? Ich habe einem schmerzlich bedeutenden Menschen angehangen, bis in den Tod, und sein Leben geschildert, das nie aufhörte, mir liebende Angst zu machen. Mir ist, als käme diese Treue wohl auf dafür, daß ich mit Entsetzen die Schuld meines Landes floh."[66]

„Wie einer das Schmerzensbuch vom Doktor Faustus gelesen haben" – so sprach er 1949 in der Frankfurter Paulskirche – „und dann noch sagen kann, ich sei nicht dabei gewesen, Ferne und persönliche Sicherheit hätten mich gehindert, stärker und tiefer dabei zu sein, als so mancher, der physisch dabei war, das verstehe wer mag und kann. Emigrantenliteratur. Aber das Werk eines Emigranten, der mit allem, was ihm an Erlebnisfähigkeit gegeben war, die deutsche Not geteilt hat."[67]

Der „Doktor Faustus" ist Thomas Manns großer dichterischer Beitrag zum deutschen Problem. Leverkühn steht gewiß nicht für den Nationalsozialismus, aber er ist Symbol für die Größe wie die tragische Vereinseitigung des deutschen Wesens, als deren barbarische Konsequenz der Nationalsozialismus gedeutet werden kann. Leverkühn versinnbildlicht, an Nietzsche angelehnt, den Hang zur Tiefe, die deutsche Neigung zum Tode, gekoppelt an das gewaltige Bedürfnis nach dem Durchbruch aus der Enge.[68] Die Musik – nicht die Musik allgemein, sondern am ehesten in der Gestalt, die Wagner ihr verliehen hat – erscheint als das charakteristische Medium des deutschen Wesens, sie macht seine Größe, aber auch seine Verstrickung aus. Das bedeutende Opus ist mancher Deutung fähig, doch weitaus kräftiger als im „Zauberberg" sind darin die politisch-geistigen Akzente gesetzt.

Serenus Zeitblom – in ihm spricht vorzugsweise Thomas Mann – nimmt den Leser immer von neuem bei der Hand, führt ihn die bisher kaum begangenen Wege seiner kritischen Reflexion und läßt das Thema eines bedrohlichen Deutschland, eines in seiner seelischen Substanz ebenso reichen wie beängstigenden Volkes nie ganz verklingen.

In seinem Washingtoner Vortrag „Deutschland und die Deutschen"[69] aus dem Jahre 1945 hat Thomas Mann einige der Gedanken dargelegt, die ihn auch

[66] Doktor Faustus, S. 669.

[67] Goetherede in Frankfurt, 1940, XI, S. 489.

[68] Vgl. Henry Hatfield: Thomas Mann, an Introduction to his Fiction, London, 1952, S. 125.

[69] Deutschland und die Deutschen, 1945, XII, S. 554 ff.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei der Konzeption des Faustus-Romans geleitet haben. Der Dichter hielt diesen Vortrag bereits als „American Citizen". Er war damals gerade 70 Jahre alt. Der Vortrag zeigt, wie sehr Thomas Mann durch die Emigration nicht nur eine räumliche, sondern auch eine kritisch-abwehrende Distanz gegenüber Deutschland bezogen hat. Der Essay ist eine Frucht jahrzehntelangen Nachdenkens über das Wesen des Deutschtums, und damit auch über sich selbst, denn er habe „alles am eigenen Leibe erfahren". Er ist auffallend kühl, fern jeder Apologetik – für den Autor wie für Deutschland –, ganz auf objektive Erkenntnis gerichtet, soweit dies möglich war:

Abstrakt und mystisch, sagt Mann, sei das Verhältnis des Deutschen zur Welt; die Musik sei dafür das sprechendste Medium. Die deutsche „Tiefe" komme aus dem Auseinanderfallen des spekulativen und gesellschaftlich-politischen Elements menschlicher Energie. In Deutschland überwiege das Spekulative, das Gesellschaftlich-Politische werde abschätzig beurteilt. Die Deutschen seien das Volk der romantischen Gegenrevolution, des Aufstandes der Musik gegen die Literatur, der Mystik gegen die Klarheit der Vernunft. Diese Gegenrevolution, dem Todesprinzip korrespondierend, habe dem europäischen Denken tiefe und belebende Impulse gegeben, aber sie habe es verschmäht, etwas vom Geist der europäischen Menschheitsreligion, des europäischen Demokratismus anzunehmen. Man könne eigentlich nicht unterscheiden zwischen einem bösen und einem guten Deutschland: „Das böse Deutschland, das ist das fehlgegangene gute, das gute im Unglück, in Schuld und Untergang."[70]

Dies war die letzte große Analyse des deutschen Wesens, die der Emigrant Thomas Mann vorgelegt hat. Sie verdankt manches den wirren, heillosen Zeiten, in denen sie vorgenommen wurde, doch so wie der Mensch im Durchstehen von Grenzsituationen sein Wesen erst ganz enthüllt, so zeigt sich auch die Anlage eines Volkes, sein Charakter zum Teil erst in jenen äußersten Situationen einer nationalen Erhebung, eines Krieges und einer Niederlage. So wenig zutreffend in manchen Punkten uns diese Analyse in dem auch geistig so veränderten Nachkriegsdeutschland von heute erscheinen mag, sie bleibt ein gewichtiger Beitrag zum Verständnis des Deutschtums in der jüngsten Geschichte, einer Geschichte, die uns noch zu nahe ist, als daß wir sagen könnten, wir hätten in unserem Bewußtsein schon einen Schlußstrich unter sie ziehen können und dürfen.

Thomas Manns politisches Schrifttum zeigt uns die innige Verflechtung von Geist und Politik; es erinnert uns daran, daß es nicht gleichgültig ist für die Gesellschaft und ihr politisches Leben, wie sich der Geist zu ihnen verhält, daß auch das dem Politischen anscheinend entrückte Philosophieren politische Folgen haben kann und auch gehabt hat. Thomas Manns politische Literatur lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß es in Deutschland geistige Traditionen und Tendenzen gegeben hat (und auch heute noch gibt), die die Vernunft geringer

[70] Verblüffend ähnlich sind manche Gedankengänge in Ernst Troeltschs „Naturrecht und Humanität in der Weltpolitik", siehe Anm. 20.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

achten, als ihr zukommt, und die, im Ästhetizismus befangen, ihre Anhänger der Täuschung ausliefern, dem Humanen dann am besten zu dienen, wenn man es von den politischen Institutionen der modernen Gesellschaft ablöst und in einem sozial unverbindlichen, a-politischen Raum ansiedelt.

Thomas Mann im Meinungsstreit der Nachkriegsjahre

Nach dem zweiten Weltkriege wiederholte sich für Thomas Mann das Schicksal, das ihm schon nach dem ersten beschieden war: Er geriet in das Kreuzfeuer der Kritik, die im Gegensatz zu der Kritik in der Weimarer Zeit jedoch zum Teil dadurch gemildert wurde, daß man nicht ganz auf Höflichkeit und Ehrerbietung gegenüber dem berühmten Emigranten verzichtete. Selbst unter den Ko-Emigranten fanden sich manche (z. B. Alfred Döblin), die Thomas Manns Haltung gegenüber Deutschland scharf zu tadeln wußten. Der Dichter war sehr empfindlich gegen solche Angriffe: sie hätten ihn weit mehr verletzt und deprimiert, als er es hätte zulassen sollen.[71] Ein instruktives Beispiel ist der ressentiment-beschwerte Vortrag, den Ulrich Sonnemann vor deutschen Emigranten in New York gehalten hat. Darin wird Thomas Mann sogar zum halben Faschisten gestempelt. Sein politisches Werk, sagt Sonnemann, sei schwerfällig und ideenarm, dabei voll eines Pathos, das entrüstet doziert, professoral sich ereifert, den Zeigefinger überall, das Herz nirgends erhebt. Von einem politischen Irrtum sei er zum anderen gependelt, er habe Deutschland keinen Gedanken gegeben.

> „Er hat seinen Anteil am Erbe des Humanismus und der Klassik verscherzt und sich mit Haut und Haar und allen Anzeichen schlechten Gewissens dem Zivilisationsliteraten überantwortet, des Nazi scheinfeindlichem Bruder . . ."[72]

Es war zu verstehen, daß Thomas Mann nicht nach Deutschland zurückkehren mochte: er hatte sich mittlerweile in den USA und im übrigen Ausland, auch als politisierender Schriftsteller, hohes Ansehen erworben; er war amerikanischer Staatsbürger geworden; er fühlte sich einem Deutschland entfremdet, das zwölf Jahre mit und unter seinem „Führer" Hitler gelebt hatte, den er haßte wie kaum einen auf dieser Erde. Aber war sein Haß auf den „Führer" nicht deshalb so abgrundtief, weil er Deutschland, das besserere Deutschland, liebte? War es nicht gerade sein Verwachsensein mit dem Deutschtum, mit seinem Geist und seiner Kultur, das ihn immer wieder dazu trieb, das Wesen des Deutschtums zu ergründen? Mit der wachsenden Erkenntnis wuchs in ihm aber auch das bedrängende, im Kriege gesteigerte Gefühl, daß Deutschland ein unheimliches und beängstigendes Land sei, und es festigte sich ihm die Überzeugung, daß sein gegenwärtiges Schicksal das Ergebnis einer im deutschen Charakter wurzelnden und von der Geschichte begünstigten Tendenz sei, wobei er sich selbst von dieser Charakterisierung des deutschen Wesens nicht ausnahm.

---

[71] Die Entstehung des Doktor Faustus, XII, S. 252.

[72] Ulrich Sonnemann: „Thomas Mann oder Maß und Anspruch", in „Frankfurter Hefte", Juli 1948, S. 625 ff.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

So scheute er sich vor der Rückkehr. Es erschien ihm zu billig, nun zurückkehren zu sollen, wo alles vorüber war. Er, der nie hatte Emigrant werden wollen, blieb Emigrant. Daß dies nicht schmeichelhaft war für die Deutschen, die sich wohl gerne seines Beistandes in Notzeiten versichert hätten, daß die Schriftsteller, die sich unter dem Nationalsozialismus nicht kompromittiert hatten, unter seinen etwas vorschnellen Anklagen litten, ist begreiflich. Nur muß man sich fragen, ob es auch die Befugtesten waren, die offen gegen ihn Partei ergriffen.

Die Auseinandersetzung in Deutschland begann Ende 1945, als Ausschnitte aus der Antwort Thomas Manns auf einen Brief Walter von Molos in der Presse veröffentlicht wurden. Molo hatte den Dichter zur Rückkehr nach Deutschland eingeladen: „Bitte, kommen Sie bald und geben Sie den zertretenen Herzen durch Menschlichkeit den aufrichtigen Glauben zurück, daß es Gerechtigkeit gibt, man nicht pauschal die Menschheit zertrennen darf, wie es so grauenvoll hier geschah."[73]

In der Antwort aus Kalifornien war auseinandergesetzt, wie wenig überlegt und unlogisch es doch sei, in diesem Zeitpunkt seine (Manns) Rückkehr nach Deutschland zu fordern. Thomas Mann erinnert an das Abenteuer seiner Emigration, das „Wanderleben von Land zu Land, mit dem Herzasthma des Exils, der Entwurzelung . . ." „Das haben Sie alle, die Sie dem ‚charismatischen Führer' Treue schworen und unter Goebbels Kultur betrieben, nicht durchgemacht. Ich vergesse nicht, daß Sie später viel Schlimmeres durchgemacht haben, dem ich entging . . . Ein ‚amerikanischer Weltbürger' – ganz gut. Aber wie verleugnen, daß meine Wurzeln dort liegen, daß ich trotz aller fruchtbaren Bewunderung des Fremden in deutscher Tradition lebe und wese . . . Nie werde ich aufhören, mich als deutscher Schriftsteller zu fühlen. Deutschland hat mir nie Ruhe gelassen." Wo Thomas Mann auf die Rolle der Literaten zu sprechen kommt, die, wie er annimmt, 1933 ihren Kompromiß mit Hitler machten, schreibt er einen Satz nieder, der in der gekürzten Pressemeldung neben der Mitteilung, daß er nicht kommen wolle, besonders hervorgehoben war; er lautete:

> „Es mag Aberglaube sein, aber in meinen Augen sind Bücher, die von 1933 bis 1945 in Deutschland überhaupt gedruckt werden konnten, weniger als wertlos und nicht gut in die Hand zu nehmen. Ein Geruch von Blut und Schande haftet ihnen an. Sie sollten alle eingestampft werden."[74]

Auf einen groben Klotz ein grober Keil! Frank Thiess hieb ihn zurecht. Er hatte schon vor dem Bekanntwerden des Briefes an W. von Molo einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er die Motive der „inneren Emigration" auseinanderlegte, die in dem mehr als fragwürdigen Satze zusammengefaßt waren: „Wir erwarten

---

[73] Zitiert bei Hans-Joachim Lang: Der letzte Deutsche, Hamb. Akad. Rundschau, 2 (1948), H. 11/12, S. 551 ff. Dieser Artikel setzt sich kritisch mit den Gegnern Thomas Manns auseinander und bringt die wichtigsten Stellen der Nachkriegspolemik gegen Mann. Soweit nicht besonders vermerkt, beziehen wir uns auf ihn.

[74] Zitiert in der Entgegnung Wilhelm Hausensteins: Bücher frei von Blut und Schande. Süddeutsche Zeitung vom 24. 12. 45.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dafür keine Belohnung, daß wir unsere kranke Mutter Deutschland nicht verließen. Es war für uns natürlich, daß wir bei ihr blieben."

Thomas Manns Antwortschreiben an Molo, das Thiess zunächst nur in der einseitigen Kurzfassung der Presse zu Gesicht bekam, veranlaßte diesen, mit großer Geste „Abschied von Thomas Mann" zu nehmen. Thiess, der nach 1933 selbst ein Bekenntnis zum „neuen Deutschland" abgelegt hatte, konfrontiert die „weichgepolsterte Existenz" Thomas Manns in „Florida" (so steht es bei Thiess) mit dem unermeßlichen Leid von dreißig Millionen Deutschen, die alles verloren, und dem noch härteren Dasein von Hunderttausenden, die in den Konzentrationslagern gemartert wurden, um dann zu dem Schluß zu kommen:

> „Und so gilt es denn wieder einmal Abschied zu nehmen von einem, den wir einst verehrt und bewundert haben, so wie wir vor Jahren von dem größeren Hamsun Abschied nahmen, den wir sogar geliebt hatten. Thomas Manns Bücher, – nun, sie werden wohl eines Tages in unseren Buchhandlungen zu kaufen sein, so wie zwölf Jahre lang die Johst und Kolbenheyer und Anacker zu kaufen waren. Ob man sie lesen wird? Oh, gewiß, warum nicht? Doch was uns zu neuen Ufern tragen, was uns aus unserer Not und unserer Reue, unserer Angst und unserer Unwissenheit hinausführen wird in ein neues Hoffen und eine neue Gewißheit unzerstörbaren inneren Wertes, das kann keine Botschaft eines in deutscher Sprache schreibenden ‚amerikanischen Weltbürgers', das kann nur Frucht aus der blutigen Saat deutschen und europäischen Leidens sein."

Kann es überraschen, daß Thomas Mann, gekränkt von solcher Kritik, in sein Tagebuch notiert: „Die Angriffe, Falschheiten, Dummheiten ermüden mich wie schwere Arbeit"?[75]

Wie sehr es Frank Thiess gelungen war, mit seiner Ausspielung des leidgeprüften Deutschen gegenüber dem in kalifornischer Behaglichkeit lebenden Thomas Mann die geheimsten Gedanken vieler Deutscher zu treffen, zeigen die Leserzuschriften der Zeitungen zum Fall Thomas Mann. Das Bezeichnende an der Situation ist, daß aus einem möglichen „Fall Frank Thiess" durch Ausnutzung dieser Bewußtseinslage ein „Fall Thomas Mann" werden konnte.

Ganz anders war dagegen der Ton, in dem sich Wilhelm Hausenstein[76] Ende 1945 in einem offenen Brief an Thomas Mann wandte, um in angemessener Form darzutun, daß es „Bücher frei von Blut und Schande" gegeben habe, „die auch jetzt standhalten, wo die Hölle vorüber ist". Er hat damit Thomas Manns vorschneller Aburteilung alles literarischen Schaffens im nationalsozialistischen Deutschland den Boden entzogen und dennoch Respekt und Anstand zu wahren gewußt.

Wir haben die wichtigsten Stellen aus der Auseinandersetzung um Thomas Mann zitiert, weil sie zeigen, wie sehr dabei überspitzte Anklagen auf seiten

---

[75] Th. Mann: Die Entstehung des Doktor Faustus, Amsterdam 1949, S. 125. Dort auch einige Bemerkungen zum „Manifest der inneren Emigration" von Thiess.

[76] Vgl. Anm. 74.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Manns und der Hang zur Selbstrechtfertigung mit der Miene des Leidenden auf der Seite seiner Kritiker im Spiele waren und alle Möglichkeiten eines wirklichen Verstehens von vornherein zuschütteten.

Überhaupt spielten Mißverständnisse dabei eine große Rolle. Über ein Interview, das Thomas Mann 1947 in London zu deutschen Fragen gegeben hatte, existierten verschiedene Versionen, die Anlaß zu neuer Frontenbildung wurden. Thiess hatte, wie gesagt, nur einen einseitig ausgewählten Text zur Hand, als er seinen Abschiedsartikel schrieb, und nahm sich nur „67 Minuten Zeit", um sich eine Antwort auf eine Rundfunkrede Th. Manns über seine Haltung zu Deutschland auszudenken. In den Leserzuschriften und Glossen der Zeitungen dominierte die Forderung, Thomas Mann solle seine Finger von der Politik lassen, davon verstünde er nichts. Andere warfen ihm in völliger Unkenntnis der Tatsachen vor, daß er vor 1933 seinen Mund nicht aufgemacht habe, darum solle er auch jetzt schweigen; er habe kein Recht, über Deutschland zu urteilen, da er während der zwölf Jahre nicht in Deutschland durchgehalten habe; Manns Haßgefühle, so schrieb ein Leser, machten ihn zu einem kleinen Skribenten, als Menschen zu einem Flegel. Mehr Takt, Herr Mann! war ein Leitartikel überschrieben.[77]

So war die Atmosphäre schon ziemlich vergiftet, als keine zwei Jahre nach Frank Thiess Manfred Hausmann seinen Angriff startete. Hausmann behauptete, von einem Brief Manns an den Reichsinnenminister Frick aus dem Jahre 1933 Kenntnis zu besitzen, in welchem Thomas Mann dringlich darum gebeten habe, nach Deutschland zurückkehren zu dürfen. „Der Brief wurde nicht beantwortet, und so mußte Thomas Mann gegen seinen Willen das Dritte Reich meiden. Damals wäre er also gern ins hitlerische Deutschland zurückgekehrt, aber er durfte es nicht. Heute könnte er zwar in das armselige und unglückliche, aber doch einigermaßen demokratische Deutschland zurückkehren, aber er will es nicht."[78] Mit dieser Unterstellung, die Thomas Mann sehr erbitterte („warum er mir mit der sinnlosen Denunziation in den Rücken fällt, . . . weiß ich nicht"[79]), wollte Hausmann alle Intellektuellen entlasten, die nach 1933 in Deutschland geblieben waren. Der Versuch gelang nicht. Hausmanns Information war mehr als ungenau. Manns Brief an das Reichsinnenministerium, der sich nach einiger Zeit fand, enthält an Forderungen nur die Bitte um Verlängerung seines Passes und um die Rückgabe seiner in München beschlagnahmten Einrichtung, insbesondere der Bibliothek. Im übrigen handelt es sich um eine ausführliche Darstellung seines politischen Werdegangs, in der die Emigration schließlich als eine „vom Schicksal verordnete Episode" angenommen wird, weil er es für die würdige Aufgabe eines Schriftstellers hielt, „große Werte der Vergangenheit und der

---

[77] Beispiele bei Lang, Anm. 73. Ferner Leserbriefe in der „Welt" vom 29. 5. 47, „Rhein-Neckar-Zeitung" vom 20. 5. 47 usw.

[78] Als Leitartikel des „Weserkurier" in Bremen erschienen, 28. 5. 47.

[79] Antwort Thomas Manns an Hausmann, in der „Neuen Zeitung" vom 7. 7. 47.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tradition . . . auch ohne jede Aussicht auf Erfolg gegen das Revolutionäre zu verteidigen".[80]

Es ist in dem Streit um Thomas Mann immer wieder der Autor gegen sich selbst ausgespielt worden. Da entdeckten einige in „Friedrich und die große Koalition" oder in den „Betrachtungen" Passagen, die sie glaubten Thomas Mann präsentieren zu dürfen als Entschuldigung für das, was sie, wenn auch ein bis zwei Jahrzehnte später, selbst vertreten hatten. Auch Hausmann tat es, als er in seinem verlegenen Schlußwort[81] sich nicht anders zu rechtfertigen wußte als mit dem Hinweis, Thomas Mann, der schon vor 1918 gegen die Demokratie Stellung genommen habe, sei nicht berechtigt, jene zu verdammen, die nach 1933 dasselbe taten. Es wäre freilich Opportunismus, wollte man politische Haltungen nur danach beurteilen, ob sie im politisch günstigen Zeitpunkt vertreten werden. Dennoch ist es ein beachtlicher Unterschied, ob man mit der Polemik gegen die Demokratie den Staat Hitlers oder Wilhelms II. zu decken sucht, und es wird zu einem Mittel reiner Demagogie, Stellen zu zitieren, von denen sich der Autor schon lange und mit aller wünschenswerten Deutlichkeit abgesetzt hat.

Hausmann hat indes das damalige Empfinden vieler Deutscher zum Ausdruck gebracht, wenn er Thomas Mann „verständnislose, selbstgewisse und ungerechte" Worte an bzw. über die Deutschen vorwarf. Es war ein weithin verbreitetes Gefühl in Deutschland, daß dieser berühmte Schriftsteller in einer fast pharisäisch anmutenden Weise ein Land und seine Bewohner kritisierte, deren Not er physisch nicht geteilt hatte. Aber gerade die Situation der Katastrophe erklärt das Unvermögen vieler Deutscher, Thomas Mann zu folgen. Denn wo man an vielen Stellen bestrebt war, das Unheil zu vergessen, die problematische Vergangenheit zu retouchieren, sein Gewissen zu entlasten, da mußte das Wort eines Mannes störend und unbequem wirken, das auf diese psychologische Situation keinerlei Rücksicht nahm. Hinzu kam, daß Thomas Mann selbst nicht immer Maß gehalten hat. Manche seiner Vorwürfe und Anklagen schossen über das Ziel hinaus. So sehr sein Denken stets ein Mühen um Ausgleich und Gerechtigkeit war, der Ausgleich wollte erst gefunden sein, und bis dahin konnte das Pendel der Mannschen Rhetorik auch einmal zu weit ausschwingen und berechtigte Kränkung hervorrufen. Dessenungeachtet gereicht die Auseinandersetzung mit Thomas Mann seinen Kritikern nicht zur Ehre und mußte den Dichter in seinen nicht kleinen Zweifeln an der geistigen Gesundung Deutschlands bestärken.

Als Thomas Mann im Jahre 1949 seinen Fuß schließlich doch wieder nach Deutschland setzte, war seine Frankfurter Goetherede aus Anlaß des 200. Geburtstages des Dichters auch ein Versuch, sein Verhalten nach dem Kriege den Deutschen verständlich zu machen. Aber so willig man ihm darin folgte, so kritisch stand man in der Bundesrepublik nun seiner Absicht gegenüber, denselben Vor-

---

[80] Brief an das Reichsministerium des Innern, veröffentlicht in der „Neuen Zeitung" vom 8. 8. 47. Siehe auch S. 23 dieses Aufsatzes, Anm. 46.

[81] Laut „Badische Zeitung" vom 15. 8. 47.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trag im sowjetzonalen Weimar zu halten, als Gast der kommunistischen Deutschen Demokratischen Republik. Wieder erschienen Offene Briefe in den Zeitungen,[82] die diesmal dem Dichter nahelegten, das nicht zu tun. Thomas Mann ließ sich nicht davon abbringen, sondern glaubte damit dem Gedanken der deutschen Einheit zu dienen. Als Schriftsteller deutscher Zunge fühlte er sich allen Deutschen in Ost und West verbunden. Er wollte dem ganzen Deutschland gehören, nicht nur einem Teil.

> „Ich kenne keine Zonen, mein Besuch gilt Deutschland selbst, Deutschland als Ganzem und keinem Besatzungsgebiet. Wer sollte die Einheit Deutschlands gewährleisten und darstellen, wenn nicht ein unabhängiger Schriftsteller, dessen wahre Heimat die freie, von Besatzungstruppen unberührte deutsche Sprache ist?"[83]

Sicherlich wäre es ihm überhaupt nicht erlaubt worden, in Weimar zu sprechen, wenn nicht sein Bekenntnis zum Sozialismus und seine Sympathie mit dem Kommunismus den Interessen der Ostzonenregierung entsprochen hätten.

Es war darum unausbleiblich, daß Thomas Manns Besuch zu einem Politicum für die DDR wurde. Thomas Mann war nicht ganz unempfänglich für die Ehren, die man ihm in Weimar erwies. Bezeichnend dafür ist der Brief an den schwedischen Journalisten Olberg,[84] in welchem der Dichter von seiner Reise in die Ostzone erzählt und sich beeindruckt zeigt von dem Volksfest, das man ihm dort bereitet hat. Gutgläubig stellt er fest, das politische Regime in der DDR sei gar kein Einparteiregime, wie man immer sage. Während man ihm gegenüber von den politischen Freiheiten in Westdeutschland einen „unverschämten Gebrauch" gemacht habe, bringe der autoritäre Wohlfahrtsstaat trotz seiner schaurigen Seiten immerhin die Wohltat mit sich, daß „Dummheit und Frechheit, endlich einmal, darin das Maul zu halten haben. In der Ostzone habe ich keine schmutzigen Schmähbriefe und bösen Schimpfartikel zu sehen bekommen, wie sie im Westen vorkamen und nicht nur vorkamen . . . Ich bin kein Mitläufer, aber es scheint, daß ich gescheite Kommunisten zu Mitläufern habe".

Dieser Brief zeigt zweierlei: einmal die mangelnde Einsicht in die wahren Verhältnisse des kommunistischen Regimes der Ostzone, zum andern die Abhängigkeit des politischen Urteils von höchstpersönlichen Erfahrungen. Thomas Mann war ein Schriftsteller, dem es nicht an Selbstbewußtsein mangelte, der wußte, was man ihm als Autor schuldig war. Warum war seine Ablehnung des Nationalsozialismus unvergleichlich radikaler als die des Kommunismus? Nicht nur, weil Thomas Mann die Notwendigkeit einer Überwindung des rein bürgerlichen Bewußtseins erkannt zu haben glaubte, sondern auch, weil der Nationalsozialis-

---

[82] Z. B. von Eugen Kogon, in „Frankfurter Neue Presse" vom 30. 7. 49.

[83] Goetherede in Frankfurt, 1949, XI, S. 492.

[84] Abgedruckt in der „Neuen Zeitung" vom 13. 10. 49.

Siehe dort auch die Entgegnung von Otto Stolz: Den Schein für die Wirklichkeit genommen, vom 13. 10. 49.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mus seine Größe mit Füßen getreten und ihn geschmäht hatte. Das war ihm von kommunistischer Seite nie widerfahren. Im Gegenteil, in der marxistischen Literaturkritik war man ihm von jeher mit großer Achtung begegnet, und gerade die besten Literaturhistoriker hatten über ihn gearbeitet (Lukàcs und H. Mayer).[85]

Wiewohl Thomas Mann schon gegen Ende der zwanziger Jahre sein Bekenntnis zum Sozialismus formuliert hatte, wurde seine sympathisierende Einstellung zum radikalen Sozialismus durch den Faschismus entscheidend gefördert. Im Faschismus erblickte er den gefährlichsten Gegner seines Humanismus, und gewiß nicht ohne Grund. Er hielt es für eine tödliche Gefahr, den Faschismus weniger ernst zu nehmen als den Bolschewismus, wozu die westlichen Demokratien zu seinem Entsetzen zeitweilig neigten. Die Waffenbrüderschaft Rußlands und Amerika-Englands gegen Deutschland erschien ihm nur natürlich, wo es galt, den faschistischen Drachen zur Strecke zu bringen. Zwar wußte er sehr wohl, daß die soziale Demokratie, für die er eintrat, und der Bolschewismus wesensmäßig voneinander verschieden sind und daß die ihm, Thomas Mann, gemäße Lebensluft allein die der westlichen Freiheit sein konnte, aber bei jedem Vergleich zwischen den Regimen Hitlers und Stalins zog Hitler in seinen Augen den kürzeren. Im Kommunismus glaubte er eine Idee sich ins Werk setzen zu sehen, und da er – in einer allgemeinen Überschätzung des Geistigen – das Ideelle für wichtiger hielt als das Reale, übersah er allzuleicht, mit welch inhumanen Mitteln das kommunistische Regime sich an der Macht hielt. Dazu kam, daß er seine Liebe zu Rußland, zur großen russischen Literatur, der er in den „Betrachtungen" so beredten Ausdruck verliehen hatte, auch auf das bolschewistische Rußland übertrug:

> „Wer wollte Rußland, dem ewigen Rußland, die Menschlichkeit absprechen? Eine tiefere gab es nie und nirgends als in der russischen Literatur . . . Von meiner Bildung zu viel verdanke ich dem russischen Gedanken, der russischen Seele, als daß die Machtpolitik es fertig brächte, mich zum Haß auf Rußland zu bewegen, und was den Kommunismus betrifft, der mir fremd ist, der aber tiefe Wurzeln hat im russischen Menschentum, so war es erst gestern, daß die westliche Demokratie, um ihr Leben zu wahren, mit dem russischen Kommunismus zusammenstand im Kriege gegen den Nazi-Faschismus."[86]

So kam er zu einer relativ kommunistenfreundlichen Haltung, die ihm auf westlicher Seite gelegentlich den Vorwurf eintrug, er sei ein Mitläufer. Sein blindwütiger, sicherlich berechtigter Haß auf alles Faschistische, in welchem er den Ungeist schlechthin am Werke sah, machte ihn halb blind für die Wirklichkeit des Kommunismus und nicht unempfänglich für die Ehren von seiten des kommunistischen Staates der Ostzone.

Kein Wort konnte den kommunistischen Intellektuellen gelegener kommen

---

[85] Georg Lukàcs: Thomas Mann, Berlin 1950, und Hans Mayer: Thomas Mann. Werk und Entwicklung. Berlin 1950.

[86] Meine Zeit, XII, S. 595/96.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als das Thomas Manns über den „Anti-Bolschewismus als Grundtorheit unserer Epoche".[87] Auch dieser Ausspruch, 1942 geprägt, ist nicht denkbar ohne den Haß auf den Faschismus. In der Intensität dieses Hasses stand Thomas Mann den Kommunisten nicht nach. Mußte dieser Satz aber nicht selbst zur Torheit werden, wenn er einem Regime als Rechtfertigung zur inhumanen Durchsetzung seiner Ziele diente? Die kommunistischen Intellektuellen der Sowjetzone machten ihn zu einem Leitsatz ihrer Propaganda, die natürlich um so wirksamer zu sein versprach, wenn sie sich auf die internationale Autorität eines Thomas Mann berufen konnte.

Th. Manns politische Gedankenwelt nach der Emigration ist der Ideologie der amerikanischen „Liberals" sehr nahe, die Roosevelts New Deal mit Feuereifer ins Werk setzten. Auch bei ihnen waren die Sympathien für den Sozialismus und für Rußland nicht gering, und die Ergänzung der liberalen Demokratie durch den sozialen Gedanken schien Thomas Mann unter Roosevelt, für den er eine tiefe Bewunderung empfand,[88] teilweise verwirklicht. Aus dem Gedankenkreis der „Liberals" kommt auch sein starkes Eintreten für die Schaffung einer freien Gemeinschaft der Völker, sein Glaube an die Überwindung weltpolitischer Spannungen durch Verständigung. Nicht nur in Westdeutschland verfolgte man darum mit Sorge und Kopfschütteln den Staatsempfang des Dichters in der Goethestadt. Auch in seiner neuen staatsbürgerlichen Heimat, den USA, war man zur Zeit des Kalten Krieges und der durch McCarthy symbolisierten Kommunistenpsychose seiner politischen Gesinnung nicht immer froh.

Als Senator McCarthy auf der Höhe seiner Erfolge stand, war Thomas Mann nicht zu Unrecht besorgt um die innere Entwicklung des Landes: „Die Freiheit leidet unter ihrer Verteidigung . . . Es ist zweifellos eine beklagenswerte Funktion des Kommunismus, daß er die Demokratie in den Faschismus drängt, dessen Begünstigung durch ihn auf der Hand liegt.[89] Obwohl er überzeugt war, daß die amerikanische Demokratie diese Krise überwinden werde, waren die damaligen innerpolitischen Verhältnisse Amerikas nicht unbeteiligt an seinem Entschluß, für den Rest seines Lebens nach Europa zurückzukehren. Im Jahre 1952 sah er sich sogar genötigt, eine Presseerklärung abzugeben, um ein für allemal klarzustellen, daß er trotz allem nicht zufällig im Westen lebe: Terror, Gewalt, Lüge und Unrecht seien ihm in jeder Fasson ein Greuel, und in all seinen Büchern habe er sich bemüht, nach Kräften beizutragen zum kulturellen Erbe des Westens. „Aber freilich ist in unserer blutig entzweigeschlagenen Welt des Mißverstehens, Schnüffelns und

---

[87] Vgl. Eberhard Hilscher: Thomas Mann und die Sowjetunion, in „Das neue Deutschland" vom 3. 6. 56.

[88] Thomas Manns fast unkritisch zu nennende Wertschätzung Roosevelts als Mensch und Politiker zeigt sich an seinem Nachruf auf den amerik. Präsidenten: Franklin Roosevelt, 1945, XII, S. 837 ff.

[89] Retour d'Amerique, in der Zeitschrift „Comprendre", Venedig, Paris, vom 9. 9. 53, nachgedruckt in „Nachlese", Frankfurt 1956.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Denunzierens kein Absehen. Und also werde auch ich wohl nicht Ruhe haben bis zum Ende meiner Tage."[90]

Er sollte recht damit behalten. Noch im Jahre 1955 wurde Mißbilligung laut, als er seine Festansprache zum Schillerjahre erneut in der Ostzone wiederholte, aber Thomas Mann ließ sich durch diese kritischen Einwände nicht von seiner Auffassung abbringen, er könne dadurch für Gesamtdeutschland wirken. Damals war freilich der politische Streit um ihn schon ziemlich abgeklungen. Mit der Veröffentlichung des Felix Krull hatte er noch einmal seine souveräne Kunst als Romanschriftsteller erwiesen und allen Hader in den Hintergrund treten lassen, den seine politischen Kundgebungen immer wieder geweckt hatten. Als er 1953 in einem Artikel einer wenig bekannten europäischen Revue[91] die allzu starke Bindung Westeuropas an das amerikanische Verteidigungssystem für nicht weise hielt, da sah man keinen Grund mehr zur Aufregung, zumal diese Ansicht verbunden war mit einem geistvollen Bekenntnis zur Europa-Idee, zu einem freien, unabhängigen Europa, einem Europa des vermittelnden Ausgleichs zwischen den Machtblöcken:

„Europa war Herz und Hirn der Welt, und mein stiller Glaube ist, daß es auch in der neuen, vor unseren Augen sich hervorbildenden Emanzipationswelt nie aufhören wird, das zu sein."

Nicht nach Deutschland kehrte er zurück an seinem Lebensabend, sondern nach Europa. Die Schweiz galt ihm als europäisches Land par excellence; sie war es auch, die dem Emigranten aus Hitler-Deutschland erstes Asyl gewährt hatte. Diese Wahl war Ausdruck seiner kosmopolitischen Gesinnung. Als amerikanischer Staatsbürger lebte er in Europa in deutschem Sprachgebiet. Das war keine Absage an Deutschland, dem er Zeit seines Lebens mit viel innerer Kraft angehangen hatte; es war der sichtbare Ausdruck für die Erhöhung seines ursprünglich nationalen Denkens zu europäischer Gesinnung, der sinnfällige Abschluß seines Weges als politischer Denker, der ihn vom Patrioten zum Europäer und Weltbürger geführt hatte.

*

Es war für Thomas Mann gewiß kein leichter Weg gewesen. Seit er sich im nationalen Rausch des ersten Weltkrieges intensiv um die geistige und politische Existenz seines Volkes bemüht hatte, war neben den großen Romancier der politische Schriftsteller Thomas Mann getreten. Seine politischen Anschauungen waren im Tiefsten bestimmt von der humanen Überzeugung, daß der Mensch frei und ohne Not in Frieden leben solle. Er hat sich nicht gescheut, seine eigene bürgerliche Daseinsform geistig in Frage zu stellen, um seinem Humanismus die Lebensnähe zu sichern. Sein Konservativismus war ein solcher des Fortschritts, entschlossen, dem Geist eine Gasse freizuhalten, weil er tief überzeugt war, daß

[90] Laut „Die Neue Zeitung" vom 30. 12. 53.

[91] Siehe Anm. 89.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allein die Herrschaft des Geistes über das Leben – die Vernunft – Würde und Freiheit des Menschen sichern könnte.

„Der Trieb, das Menschenleben dem Guten, Vernunftgemäßen, Geistgewollten anzunähern, ist ein Auftrag von oben, dem keine Skepsis die Gültigkeit nimmt, dem kein Realismus entkommt. Trotz aller Niederlagen, durch sie hindurch hat er das Leben für sich."[92]

Thomas Mann ist diesem inneren Auftrag gefolgt – nicht ohne Mut. Er hat das Heraufkommen des nationalsozialistischen Ungeistes ebenso angeprangert – und dafür das schwere Los des Emigranten auf sich genommen – wie die allzu nachgiebige englisch-französische Politik gegen Hitler. Er hat mit großer Zivilcourage stets gesagt, was er für wahr und richtig hielt und keine Konzessionen gemacht. Er hat wie kaum ein anderer den Zusammenhang zwischen Geist und Politik erkannt und betont. Daß „in allem Geistigen das Politische latent"[93] ist, bleibt eine seiner wichtigsten Erkenntnisse, zumal für ein Land, das Geist und Politik so lange zu scheiden gewohnt war und damit nicht gut gefahren ist.

Thomas Mann hat viel, sehr viel über Deutschland und die Deutschen nachgedacht. Die Ergebnisse seines Denkens sind nicht immer schmeichelhaft. Wir verdanken sie jedoch einem Manne, der sich dem besten Deutschtum durch eine tiefe Liebe verbunden fühlte und der durch die Größe seines Werkes und den sittlichen Ernst seiner Persönlichkeit wie kein anderer legitimiert war, Deutschland in der Welt draußen zu repräsentieren. Er hat, trotz seiner freimütigen Kritik, mehr für Deutschland und sein lädiertes Ansehen in der Welt getan als jene, die im Namen des Deutschtums glaubten, den Politiker Thomas Mann für eine bedauerliche Erscheinung halten zu müssen.[94]

---

[92] Abschiedsbriefe europ. Widerstandskämpfer, 1954, XI, S. 635.

[93] Die Formulierung findet sich in dem Aufsatz: Die Stellung Freuds in der modernen Geistesgeschichte.

[94] Eine starke selbstkritische Äußerung Manns zu seiner Rolle als polit. Schriftsteller enthält übrigens der Vortrag: Der Künstler und die Gesellschaft, 1952, XI, S. 530 ff.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JACK J. ROTH

SOREL UND DIE TOTALITÄREN SYSTEME

Vorbemerkung des Herausgebers: Der im folgenden abgedruckte Artikel beruht auf einer unveröffentlichten Doktordissertation der Universität Chicago. Die hier gegebene Zusammenfassung — in der Übersetzung noch etwas verkürzt — hat ihren Wert in der Ganzheit des Bildes und der Heraushebung des Gleichbleibenden in allen Wandlungen des Sorelschen Gedankengutes, das insofern den gemeinsamen Hintergrund des Totalitären in unserer Epoche bezeichnend beleuchtet. H.R.

Der Angriff auf die liberale Demokratie seit der Jahrhundertwende kam aus einer ganzen Reihe von Richtungen, und zugleich ist doch kein Zweifel, daß eine mehr als oberflächliche Ähnlichkeit besteht zwischen ihren besonders heftigen Kritikern. Das ist ein Hauptgrund, warum Georges Sorel, der französische politische Theoretiker, eine so auffallende und bezeichnende Figur darstellt. Er war offenbar einer der Ersten, der die gemeinsamen Elemente im Extrem von Links und Rechts erkannte und zudem voranging in dem Bemühen, eine Verschmelzung der beiden zu bewerkstelligen. Sorel bedeutet daher eine Art Prototyp für das totalitäre Denken des 20. Jahrhunderts. Bis vor kurzem fehlten so viele Einzelheiten in der Kenntnis seiner Lebensbahn, daß eine solche Würdigung sich kaum hätte rechtfertigen lassen. Seine Jugend barg manches Rätsel und war schwer mit seiner intellektuellen Bildungsgeschichte zu vereinbaren. Seine „*Réflexions sur la violence*" von 1908, das einzige seiner Werke, das weitere Verbreitung gefunden hat, brachte ihn dem öffentlichen Bewußtsein und der wissenschaftlichen Welt unter dem ungenauen Stichwort eines revolutionären Syndikalisten zur Kenntnis. Seine späteren Schriften, vor allem die nach dem ersten Weltkrieg, blieben wenig beachtet, und der Einfluß, den er ausgeübt hat, war in der Hauptsache ein Gegenstand unsicherer Spekulation. Es ist indessen jetzt möglich, den Mann und sein Werk plastischer zu sehen, und eine Würdigung erscheint daher wohl angezeigt.

Sorel, geboren 1847[1] in Cherbourg, entstammte einer mittelmäßig wohlhabenden und angesehenen bourgeoisen Familie von streng katholischer Tendenz. Nach naturwissenschaftlichem und technischem Studium war er 25 Jahre lang Brücken- und Straßeningenieur im französischen Verwaltungsdienst. Während dieser Zeit wurde indessen sein Klassenbewußtsein durchkreuzt durch die Tatsache, daß er mit einer ungebildeten Frau aus der Arbeiterschaft zu leben begann, die er nicht heiratete, die aber, wie er später betonte, ihn in seiner Arbeit recht eigentlich inspirierte.[2] Umfassende Lektüre veranlaßte ihn im Jahre 1892, seine Laufbahn

[1] Der einzige Versuch, Sorels Jugendgeschichte zu dokumentieren, stammt von T. Quoniam, „Notre compatriote: Georges Sorel" (Unveröffentlichte Ansprache vor der Société nationale académique de Cherbourg, 6. November 1946). [Im Besitz des Verf.] Vgl. ferner auch Sorels eigene „Lettera auto-biografica", 20. Februar 1910, in Agostino Lanzillo, „Giorgio Sorel" (Rom 1910).

[2] Pierre Andreu, „Du nouveau sur Georges Sorel", Figaro Littéraire, 19. Juli 1948; dieser Artikel enthält Einzelheiten über Sorels persönliches Leben, die selbst seinen nächsten Freunden unbekannt waren.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als Ingenieur mit der des Schriftstellers zu vertauschen. Noch bevor er mit Veröffentlichungen hervortrat, hatte seine geistige Welt eine bestimmte Prägung erhalten. Die Eindrücke der Familienatmosphäre legten ihm einen strengen und kompromißlosen Moralismus nahe. Die naturwissenschaftliche Ausbildung verlieh ihm einen unerschütterlichen Glauben an die Empirie und eine tiefe Verachtung für „cartesianische Abstraktionen". Zudem bildete die Ambivalenz seiner persönlichen Lage zwischen Bourgeoisie und Proletariat einen der bedeutsamsten seiner späteren „Widersprüche" voraus.

Sorel begann seine schriftstellerische Laufbahn mit einem deutlichen Bekenntnis zu Proudhon. Es war nicht so sehr sein Anarchismus, der ihn anzog, als vielmehr Proudhons Überzeugung, daß Frankreich „dekadent" sei. So tritt in Sorels frühen Schriften die These in den Vordergrund, daß Frankreich seine Moral verloren habe,[3] insbesondere seit dem deutsch-französischen Krieg, der Pariser Commune und seit dem Aufkommen einer immer mehr utilitarisch und materialistisch werdenden Spielart der Demokratie. Während früher nach Sorels Ansicht die Kirche Frankreich mit einer moralischen Ordnung versehen hatte, war durch die Philosophen der Aufklärung und die Jakobiner eine „Traumwelt des Rationalismus" an ihre Stelle getreten. Die utopischen Sozialisten und Positivisten hatten eine neue moralische Ordnung entwerfen wollen auf pseudowissenschaftlicher Grundlage. In der Gegenwart indessen kam die Drohung von einer Demokratie, die durch die Grundsätze des Börsenhandels bestimmt war. Demokratie, so schrieb Sorel, zerrüttet die Moral, sie verherrlicht die Fleischeslust, den Hunger nach Gold und den Durst nach persönlicher Macht. Gleich bei Beginn seiner schriftstellerischen Laufbahn war Sorel erpicht auf eine moralische Regeneration. Er forderte eine Wiederbelebung der „pessimistischen Werte, die für die christliche Moral wesentlich sind"; er verwarf Scheidung und Geburtenkontrolle und forderte voreheliche Keuschheit für beide Geschlechter. Er forderte eine Gesellschaft, auf produktive Arbeit begründet, und teilte von Anfang an Proudhons Verachtung für die berufsmäßigen Intellektuellen und Politiker. Aber Sorel zeigte bisher noch keinen besonderen Klassenstandpunkt oder irgendwelche deutlichere Vorstellung, wie die Regeneration vor sich gehen sollte.

Es war daher recht unvermittelt, daß Sorel im Jahre 1893 sein Bekenntnis zum Marxismus bekundete[4] als einer empirischen Wissenschaft von der Geschichte, die in keiner Weise utopischen Phantasien huldigte. Der neu gewonnene Standpunkt vereinfachte für Sorel das moralische Problem, indem ein „heroisches" Proletariat dem „dekadenten" Bürgertum gegenübertrat. Als Marxist gewann er die Überzeugung, daß der Sozialismus bisher noch ungeahnte revolutionäre Kräfte in der industriellen Gesellschaft auslösen würde. Aber innerhalb von zwei Jahren begann er in seiner Orthodoxie erschüttert zu werden und zusammen mit anderen Revi-

[3] „Contribution à l'étude profane de la Bible", Paris: A. Ghio, 1899; „Le procès de Socrate", Paris: F. Alcan, 1889; „Essai sur la philosophie de Proudhon", Revue philosophique, XXXIII–XXXIV (Juni–Juli 1892), S. 622–38 und 41–68.

[4] „Science et socialisme", Revue philosophique XXXV (1893), S. 509–11.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sionisten die Tragfähigkeit des Marxismus als einer „Wissenschaft" zu bezweifeln.[5] Insbesondere bestritt er die Mehrwert-Theorie und die Akkumulationstendenz. Mit dem Marxismus zusammen stellte er alle politischen Doktrinen in Frage als das Ergebnis rationalistischer Spekulation. Ideologien waren ihm daher pseudorationale Mittel, um materiellen oder emotionalen Bedürfnissen zu dienen. Der Marxismus wurzelte für ihn in einer Art von „sozialer Dichtung" oder „sozialem Mythos",[6] die beide nur in abstrakte Form übertragen worden waren.

Diese Ablehnung des Marxismus als Wissenschaft bedeutete indessen für Sorel nicht ein Sich-Lossagen von der proletarischen Bewegung. Seine Wendung gegen den Marxismus führte ihn schließlich zum Studium von Giambattista Vico, dem italienischen Historiker des 17. Jahrhunderts, und von Henri Bergson, dessen Vorlesung am Collège de France er besuchte.[7] Es war somit eine seltsame Verbindung von Proudhon, Marx, Vico und Bergson, aus der Sorel einen „Neomarxismus", wie er es nannte, zusammenbraute, in dem jedoch wenig von Marx übrigblieb. Für ihn gab es in der Geschichte keine lineare Bestimmtheit irgendeiner Art, sondern periodische „ricorsi" oder „Erneuerungen", die völlig spontane Schöpfungen bedeuteten. Diese ricorsi waren das Ergebnis neuer und kraftvoller Bewegungen, die von Zeit zu Zeit dem ewig menschlichen Streben nach „moralischem Fortschritt" impetus gaben und angetrieben wurden durch Mythen, die ihrer Natur nach Exklusivität beanspruchten. Ihre Anhänger zeigten eine unerschütterliche Feindseligkeit gegenüber der korrumpierten Gesellschaft, die sie umgab. Der klassische ricorso war für Sorel die christliche Eroberung der antiken Welt. In der Gegenwart aber sah er als den unbezweifelbaren Träger eines solchen ricorso das Proletariat und seine echteste Bekundung war die syndikalistische Bewegung, von der es jetzt für ihn hieß:

> „Es handelt sich nicht darum zu wissen, was das beste moralische System ist, sondern nur zu bestimmen, ob es einen Mechanismus gibt, der in der Lage ist, die Entwicklung der Moral sicherzustellen".[8])

Im Jahre 1897 begann Sorel die immer aktiver werdende syndikalistisch-revolutionäre Bewegung in Frankreich und Italien zu studieren. In nächsten Jahr freilich brachte ihn die Dreyfus-Affäre für eine Zeit von dieser Linie ab. Als Moralist kam Sorel der Sache des Verurteilten zu Hilfe, sosehr das im Wider-

[5] Sorel an Croce, 2. Juni 1897, in „Lettere de Georges Sorel a Benedetto Croce", Critica XXV (20. Januar 1927), S. 45. Vgl. auch „Sur la théorie marxiste de la valeur", Journal des économistes XXIX (Mai 1897), S. 222–31; „Die Entwicklung des Kapitalismus", Sozialistische Monatshefte I (Oktober 1897), S. 544–47; „Pro e contro il socialismo", Devenir social III (Oktober 1897), S. 854–88.

[6] Diesen Begriff entwickelte er zuerst in „Préface pour Colajanni" (1899), Matériaux d'une théorie du prolétariat (weiter zitiert „Matériaux") (3. Aufl., Paris 1929), S. 175–200.

[7] „Etude sur Vico", Devenir social II (Oktober–Dezember 1896), S. 785–818, 906–42 und 1013–47; „Was man von Vico lernt", Sozialistische Monatshefte II (Juni 1898), S. 270–72; „L'avenir socialiste des syndicats", Paris: Librairie de l'Art social, 1898; „Le confessioni" (come divenni sindacalista), Rome: Librarie Editrice del Divenire sociale, 1910.

[8] „L'avenir socialiste des syndicats", Matériaux, S. 127.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spruch zu seinen Anschauungen über syndikalistische Taktik stand.[9] Ein unschuldiger Mann wurde geopfert, weil die Armee nicht zulassen wollte, daß ein Kriegsgericht geirrt haben könnte. Überdem wurde die Republik, was immer ihre Fehler sein mochten, durch einen royalistischen Coup bedroht. Sorel beschwor daher jetzt die Arbeiter, mit den Dreyfus-Anhängern zusammenzuwirken. Er pries insbesondere Jean Jaurès, der als einer der ersten Sozialisten in den Kampf gegen Ungerechtigkeit als Teil des allgemeinen Kampfes um Emanzipation eingriff. Aber sehr bald schon wurde Sorel diese Front bedenklich. Als nach dem großen Wahlsieg von 1899 und der Begnadigung von Dreyfus seine Anhänger sich gegen Kirche und Armee wandten, brach Sorel in heftiger Empörung mit Jaurès und seiner Schule. Seine leidenschaftlichsten Angriffe waren von jetzt an gegen den parlamentarischen Sozialismus gerichtet.[10] Der vulgäre Antimilitarismus und Antiklerikalismus, den er zu sehen glaubte, stießen ihn ab. Die Verteidiger von Dreyfus arbeiteten, sobald sie an der Macht waren, mit der gleichen selbstischen Unmoral wie ihre Gegner. Um 1903 bedauerte Sorel tief, daß er jemals ein Anhänger von Dreyfus gewesen war und bezweifelte sogar seine Unschuld. Er überzeugte sich aufs neue, daß Politik in einer Demokratie alles korrumpiert, was sie berührt. So begann er, die Arbeiter zu beschwören, ihre Ziele durch direkte Aktion, durch Gewalt, zu erreichen, was der Kernpunkt seiner Theorie der Revolution werden sollte. Seine zahlreichen Artikel in französischen und italienischen Zeitschriften und seine Donnerstagsansprachen in Charles Péguys Buchladen im Quartier Latin gewannen ihm eine eifrige Gefolgschaft unter der Jugend.[11] So begann seit 1903 eine intellektuelle Laufbahn Sorels, die etwas Erstaunliches hat. Er hatte schon einen Ruf gewonnen für plötzliche politische Frontwechsel und für einen nahezu chaotischen literarischen Stil, der seinem Einfluß in Frankreich gewisse Grenzen setzen mußte. Es möchte scheinen, als ob er von jetzt an noch mehr den Wanderwegen eines erratischen Intellekts folgte. Aber in der Wirrnis war „Methode". Als Gegner des Intellektualismus verschmähte er Abstraktionen, aber wenn sein Werk der genauen Begrifflichkeit entbehrte, so hatte es doch seine sehr bestimmte Logik, nicht anders als das von Proudhon; sie resultierte aus einer unlöslichen Verbindung zwischen Leben und Gedanken. Die Art dieser Logik freilich wird sich erst ergeben aus einem Blick auf die Ganzheit der Bahn, die Sorel durchmaß.

Zunächst war es, wie erwähnt, der revolutionäre Syndikalismus, dem Sorels

---

[9] Sorel an Hubert Lagardelle, 10. und 15. August 1898 in „Lettere di Giorgio Sorel a Uberto Lagardelle", Educazione fascista XI (März–November 1933), S. 239–42 und 242–43; „La crise du socialisme", Revue politique et parlementaire XVIII (Dezember 1898), S. 597, 600, 607 und 612; „La scissione socialista in Francia in rapporto con la teoria socialista", Rivista critica del socialismo I (Oktober 1899), S. 869.

[10] Sorel an Lagardelle, 21. August und 14. September 1901, a. a. O., S. 328–30; „De l'église et de l'état", Cahiers de la quinzaine III (1901), S. 55–58 und 61–64; „Préface pour Gatti", Matériaux, S. 201–37.

[11] Vgl. besonders Daniel Halévy, „Péguy et les Cahiers de la quinzaine" (New York 1947), S. 71–74; Jérôme und Jean Tharaud, „Notre cher Péguy" (2. Bde., Paris 1926) I, S. 261.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ganzes Interesse galt. Er hatte in Frankreich und Italien um 1900 einen starken Aufstieg genommen.[12] Dies war die „heroische" Periode der „Confédération générale du travail" (C. G. T.) und des „Segretariato centrale per le camere del lavoro e per la resistenza" (verwandelt in die „Confederazione generale del lavoro" im Jahre 1906); dies waren ebenso die Jahre der Sabotagen, der Zusammenstöße mit Polizei und Armee und wiederholter Streiks. Im Generalstreik sah ja der Syndikalismus das große Befreiungsmittel. Die verhaßte bürgerliche Ordnung würde dadurch zerstört werden und eine durch und durch proletarische Gesellschaft entstehen, begründet auf Gewerkschaften und ohne irgendwelche politischen oder intellektuellen Parasiten. Sorel begann seine Unterstützung des revolutionären Syndikalismus im Jahre 1903 und fuhr darin fort bis 1910. In Frankreich dominierten seine Artikel in Hubert Lagardelles „Mouvement socialiste", während in Italien ebenso Arturo Labriolas „Avanguardia socialista" und Enrico Leones „Divenire sociale" praktisch zu seiner Verfügung standen. Es war während dieser Jahre, daß er seine „Réflexions sur la violence" veröffentlichte, die schließlich ins Italienische, Deutsche, Russische, Englische, Spanische und sogar Japanische übersetzt werden sollten.

Sorel erarbeitete in diesem Buch eine Theorie der Natur und des Potentials, wie er sie im revolutionären Syndikalismus gegeben sah. Wie für alle großen geschichtlichen Bewegungen sah er seine Motive in einem Mythos begründet,[13] der aus dem täglichen Kampf, aus Liebe-, wie aus Haß-Gefühlen der Gruppe erwuchs und Menschen zu heroischer wie zu sublimierter Aktion antrieb. Der Mythos des Proletariats war der des „Generalstreiks", eine Art apokalyptische Vision des Tages, wenn das verrottete und verachtete bourgeoise Regime zerstört werden würde. Im Besitz dieses Mythos, so schrieb Sorel,

> „sind wir nicht länger gezwungen, in gelehrter Weise über die Zukunft zu argumentieren oder in erhabenen Reflexionen über Philosophie, Geschichte oder Wissenschaft uns zu ergehen; wir theoretisieren nicht länger, sondern bleiben auf dem Boden der Beobachtung des Tatsächlichen".[14]

Da die Syndikate nur die militantesten Arbeiter umfassen, stellen sie die Elite[15] dar, die eine sektenhafte Intransigenz gegenüber der verderbten Welt um sie herum aufrechterhält. Für Sorel waren alle großen Bewegungen in der Geschichte durch solche Eliten geführt, was er u. a. an den mönchischen Kerntruppen der katholischen Kirche abzulesen glaubte.[16]

---

[12] Siehe die ausgezeichnete kurze Erörterung des französischen Syndikalismus während dieser Periode in Robert Goetz-Girey, „La pensée syndicale française", Paris: A. Colin, 1948; für den italienischen Syndikalismus siehe Roberto Michels, „Il proletariato e la borghesia nel movimento socialista", Turin: Fratelli Bocca, 1908.

[13] „Réflexions sur la violence" (weiter zitiert „Réflexions") (10. Aufl., Paris 1946), S. 35 bis 36, 44 und 50; „La décomposition du marxisme" (Paris 1908), S. 50.

[14] Réflexions, S. 181.

[15] Ebenda, S. 268, 350 und 432; „Insegnamenti sociali della economia contemporanea" (Mailand 1907), S. 38.

[16] Ebd., S. 429.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Technik der syndikalistischen Bewegung aber war „Gewalt",[17] für deren Normalrolle in der Geschichte es keiner Entschuldigung bedarf. Sie jätet die Pazifisten aus, sie teilt die Gesellschaft in zwei kämpfende Heerlager. Aber Gewalt ist nur moralisch, wenn sie Offenbarung einer klaren Klassenkampf-Front darstellt. Diesen Charakter der Gewalt und die physische wie psychologische Kompromißlosigkeit des revolutionären Syndikalismus sah Sorel im Streik vor allem beispielhaft gegeben. Sie würde eines Tages zur revolutionären Katastrophe führen, so wie ehedem das Christentum nur wegen seines fanatischen Elements instand gesetzt wurde, Herr der Welt zu werden, als die Zeit dazu kam.[18]

Sorel macht sich auch seine Gedanken über die nachrevolutionäre Gesellschaftsordnung.[19] Sie würde ihre Motivation von einer neuen revolutionären Moral empfangen, die alle Leidenschaften in Schranken zu halten und alle individualistischen Tendenzen den Interessen der Gesamtheit unterzuordnen hätte. Sie würde Technik und Produktion zur Vollkommenheit erheben, ohne des kostspieligen und nutzlosen Staatsapparats zu bedürfen. Die Beseitigung des politischen Faktors in der Gesellschaft verglich er der Beseitigung des Reibungswiderstands in der Maschine. Als solche würde die syndikalistische Gesellschaft funktionieren, geschaffen von Helden der Produktion und verkörpert in dem „Arbeiter-Erfinder". Dieses Heldentum setzte Sorel mit dem Streben nach Vollkommenheit gleich. Es

> „offenbart sich trotz des Fehlens einer unmittelbaren oder verhältnismäßigen Belohnung und stellt daher die geheime Tugend dar, die den ständigen Fortschritt der Welt sicher macht".[20]

Schon 1908 indessen begann Sorel Zweifel zu hegen an der Zukunft des revolutionären Syndikalismus, obwohl seine Propaganda nicht erfolglos geblieben war.[21] In Frankreich waren unter den syndikalistischen Intellektuellen Edouard

---

[17] Ebd., S. 434; „Préface de 1905", Matériaux, S. 70; „Le système historique de Renan" (Paris 1905–06), S. 198–208 und 377.

[18] „Conclusions aux ‚Enseignements de l'économie moderne'", Mouvement socialiste VII (1. Juli 1905), S. 299.

[19] Réflexions, S. 17, 343–46, 351–54, 377–78, 382 und 384–85; Insegnamenti, S. 172 bis 73; „Les illusions du progrès" (weiter zitiert „Illusions") (4. Aufl., Paris 1927), S. 123, 136 und 385; „Introduction à l'économie moderne" (2. Aufl., Paris 1922), S. 131 und 137.

[20] Ebd., S. 384–85.

[21] Zum französischen Syndikalismus siehe: Gaëtan Pirou, „Proudhonisme et syndicalisme révolutionnaire", Paris: Librairie Nouvelle de Droit et de Jurisprudence, 1910; Philippe Serre, „Les atteintes à la notion moderne de l'état en France au début de XXe siècle", Paris: Les Presses Universitaires de France, 1925; Felicien Challaye, „Syndicalisme révolutionnaire et syndicalisme réformiste", Paris: F. Alcan, 1909; Edouard Dolléans, „Histoire du mouvement ouvrière", Bd. II, Paris: Colin, 1939; Goetz–Girey, a. a. O. Zum italienischen Syndikalismus siehe: Michels, a. a. O.; Agostino Lanzillo, „Le mouvement ouvrier en Italie", Paris: Rivière, 1910; L. Rosenstock-Franck, „L'économie corporative fasciste en doctrine et en fait", 2. Aufl., Paris: Librairie Universitaire J. Gamber, 1934; Bruno Facinelli, „Sindacalismo soreliano", Florenz: Vallecchi, 1938; Sergio Panunzio, „Il sindacalismo", La civilta fascista, Turin: Unione Tipografico Editrice, 1928.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Berth und Hubert Lagardelle seine ergebensten Anhänger, während Daniel Halévy und der junge Charles Péguy unabhängiger blieben und er unter den C.G.T.-Funktionären kaum eine Gefolgschaft gewann. Mehr Einfluß hatte er in Italien, sowohl unter syndikalistischen Führern, Arturo Labriola, Enrico Leone, Angelo Olivetti, Paolo Orano, Sergio Panunzio, Agostino Lanzillo, Filipo Corridoni (über Mussolini wird später einiges zu sagen sein), sowie unter Intellektuellen ersten Ranges: Benedetto Croce, Vilfredo Pareto, Roberto Michels, betrachteten ihn als ihren „maestro". Aber für die Arbeiter in beiden Ländern war klar, daß sie vor allem an der Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen interessiert waren, aber kaum an gewaltsamer Zerstörung der bürgerlichen Ordnung und der Aufrichtung einer proletarischen Gesellschaft, durchblutet von einer puritanischen Moral. Sie begannen mit dem reformerischen Sozialismus zu kooperieren, und der Syndikalismus verlor viel von seinem früheren revolutionären Eifer. Für Sorel war dies Verrat und bezeugte, daß die Arbeiter ebenso dekadent seien wie die Mittelklasse, auch sie durch die Demokratie korrumpiert. In einem Brief, der auf dem C.G.L.-Kongreß in Bologna im Dezember 1910 verlesen wurde, sagte sich Sorel vom französischen wie vom italienischen Syndikalismus los.[22] Einige seiner Anhänger folgten ihm in Kürze auf dem Weg in ein neues Lager.

Es war der integrale Nationalismus, zu dem sich Sorel demnächst als einer anderen revolutionären Strömung aus dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wandte. Die Bewegung setzte sich im allgemeinen aus bürgerlichen Elementen zusammen, mit einigen aristokratischen Einsprengseln. Sie wollte eine ideale nationale Vergangenheit der schmutzigen Gegenwart entgegensetzen und war somit revolutionär von rechts. In Frankreich gehörte zur Action Française, die in den Dreyfus-Wirren entstand und von Charles Maurras geleitet wurde, eine Anzahl literarischer Persönlichkeiten ersten Ranges, aber sie hatte auch ihren bewaffneten Arm in den camelots du roi, die sich in Straßenkämpfen betätigten. In der Bewegung floß der Angriff auf die Republik und die Wiederbelebung royalistisch-traditioneller Werte zusammen mit der Revanche-Forderung gegenüber Deutschland und einem lebhaften imperialistischen Drang. In Italien sah die Associazione nazionalista italiana unter Führung von Enrico Corradini auf die Action Française als ihr Vorbild. Auch hier war die Forderung: autoritäres Regime im Inneren und stärkere Betonung des Imperialismus nach außen. In dem Maße wie Sorels Hoffnungen auf den revolutionären Syndikalismus schwanden, wurde er vom Enthusiasmus und der Lebenskraft des integralen Nationalismus beeindruckt, zumal paradoxerweise die revolutionäre Rechte in Frankreich größeres Interesse an seiner Schriftstellerei genommen hatte als die Syndikalisten.[23] Sorel kam so um 1908 zu der Vermutung,

[22] A. Pezzotti, „Une partie syndicaliste en Italie", Mouvement socialiste XIII (März 1911), S. 185.

[23] Georges Valois, ein Monarchist, der sich Sorel zuwandte, hatte den Bühnendichter Paul Bourget und dann Maurras gedrängt, die Möglichkeiten der Anpassung von Sorels Ideen an die Bedürfnisse der Action Française zu erforschen. Vgl. Valois, „D'un siècle à l'autre" (Paris 1921), S. 134f, 208, 247f.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß das Bürgertum doch noch nicht am Ende seiner Kraft sei und daß Gewaltsamkeiten des Proletariats oder ein größerer auswärtiger Krieg sie wieder beleben könnten.[24] Um 1910 war er überzeugt, daß ein bürgerlicher ricorso bevorstand.[25] Als Schriftsteller wirkte er nun im royalistischen Lager, in dem er seine früheren Ideen der neuen Situation anpaßte mit besonderer Annäherung übrigens an das Schrifttum von William James.

Auch für die Bewegung des integralen Nationalismus, die sich gegen die demokratische Republik wandte, war das Grundmotiv ein Mythos, aber diesmal ein nationaler.[26] Historisch griff dieser Mythos auf das französische 17. Jahrhundert zurück, das den französischen Genius auf einen Gipfel geführt hätte, der seitdem zunehmend unterminiert wurde. In solcher Lage ergeht ein Appell an den „Instinkt der Bewegung", der zum Handeln drängt, wenn eine Nation sich selbst in Gefahr sieht. Sie verkörpert sich in fremden Elementen (Juden, Protestanten, Freimaurern) und in einer Verirrung der Linken. Die Bewegung des integralen Nationalismus lebt daher aus einem Mythos der Reinigung der Nation, die sie wieder auf den Weg zu historischer Größe führen wird. Indem Sorel sich auf den Instinkt des Volkes berief, erklärte er: „Antisemitismus ist keine Doktrin".[27]

Neben dem Elitegedanken[28] begann Sorel nunmehr im Hinblick auf Maurras auch den Führergedanken emphatisch zu bejahen. Für die Technik der Bewegung stand ihm nach wie vor der Begriff der Gewalt im Vordergrund. Was immer lebendig ist, leistet Widerstand. Das Bürgertum, das so lange durch humanitäre Plattitüden sich hatte einschläfern lassen, bewährt in der Action Française seine früheren kriegerischen Energien. Sorel erging sich auch in Spekulationen über die durch den integralen Nationalismus umzuschaffende Gesellschaftsordnung, wobei er die individualistische Tendenz und die Schwäche des Fleisches durch die Kraft

---

[24] Diese Ansicht findet sich schon in den Réflexions, S. 107, 110 und 332.

[25] Diese Überzeugung stammte hauptsächlich aus zwei Quellen. Ein erfolgreiches Stück von Bourget, „La Barricade", beruhte auf dem Kapitel „La décadence bourgeoise et la violence" in den Réflexions. Von noch größerer Bedeutung für Sorel war der Erfolg von Péguys „Le mystère de la charité de Jeanne d'Arc", den er für einen echten Ausdruck wiedererwachender patriotischer und religiöser Gefühle in Frankreich hielt.

[26] Propos de Georges Sorel (weiter zitiert „Propos"), ed. Jean Variot, 12. November 1908, 13. Januar 1910 und 11. Dezember 1912 (Paris 1935), S. 25, 28 und 113; „La réveil de l'âme française", Action Française, 14. April 1910; „L'abandon de la revanche", Indépendance I, 1. April 1911, S. 91; „Si les dogmes évoluent", ibid. II, 15. September 1911, S. 38 und 41/42; „Quelques prétentions juives", ibid. III (1. Juni 1912), S. 320; „L'indépendance française", Cité française (Paris 1910), S. 4.

[27] Propos, 27. März 1910, S. 147.

[28] Ebd., 14. November 1908, Februar, 1. Juni, 16. Juni 1909, 17. Juni 1910 und 18. Juni 1912, S. 91, 104, 106–08, 122–26, 159 und 170; „Déclaration", Cité française, S. 1; „L'indépendance française", ebd., S. 2; „Il nazionalismo francese", Resto del Carlino, 6. Juni 1910; „Aux Temps dreyfusiens", Indépendance IV, 10. Oktober 1912, S. 29–32 und 55; „Urbain Gohier", ebd. II, 1. Januar 1912, S. 305–07 und 317; „Trois problèmes", ebd. II, 1. Dezember 1911, S. 221; „Grandeur et décadence" (1910), Illusions, S. 335–36.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Moral und die Tugend einer herrschenden Klasse zu überwinden hoffte. Er schlug eine korporative Organisation des nationalen Lebens vor; an der Spitze sollte ein Führer, ein König oder Diktator stehen als Verkörperung der neuen Ordnung. Wiederum schaute Sorel nach der „Gesellschaft der Helden" aus, aber dieses Mal sollten die Helden dem Ruhm des Vaterlandes hingegeben sein.

Um 1913/14 freilich begann Sorel auch die Echtheit des integralen Nationalismus zu bezweifeln, wenn das auch zunächst mehr für Frankreich als für Italien galt. Es gab zwar in den Jahren vor dem Kriege unzweifelhaft in beiden Ländern Anhänger von Sorel im nationalistischen Lager. In Italien verbanden die meisten früheren syndikalistischen Schüler Sorels den Nationalismus mit ihrer ehemaligen Doktrin, so etwa in der Unione Sindacale des Filippo Corridoni.[29] Zugleich wurden die nationalistischen Zeitschriften „Regno" und „Voce", die durch Corradini bzw. Prezzolini herausgegeben wurden, Mittelpunkte Sorelscher Diskussion und Kontroverse. Selbst ein Mann wie Giuseppe Borgese, der selbst kein Sorel-Anhänger war, schrieb 1910: „Es fällt schwer, nach Nietzsche einen Mann zu nennen, der so auffallend und stürmisch innerhalb einer intellektuellen Aristokratie populär geworden ist . . . Ein Prophet des Proletariats hat sein Banner in den Reihen der Aristokratie aufgerichtet."[30]

Auch in Frankreich wurden mehrere Zeitschriften (Revue critique des idées et des livres, Indépendance und Cahiers du Cercle Proudhon) durch junge Royalisten begründet, die Maurras und Sorel gleichermaßen bewunderten.[31] Dazu gehörten Georges Valois, Jean Variot, Paul Bourget, Gilbert Maire, Henri Lagrange, René de Marans und Edouard Berth, ein Syndikalist, der zum Nationalisten geworden war. Aber nach einigen Jahren wurde offenbar, daß die jungen Männer keinen Einfluß hatten, und die damit charakterisierte Lage in Frankreich war für Sorel besonders empfindlich.[32] Maurras, der der klassischen Überlieferung in der französischen Literatur gläubig anhing, war persönlich wenig angetan von Sorels „Intuitionismus", und die Anhängerschaft der Action Française in der Provinz wollte nichts zu tun haben mit irgend etwas, das nach proletarischer Revolution schmeckte. Auch entdeckte Sorel selbst zwei Schwächen in der fran-

---

[29] Siehe Ivon de Begnac, „L'arcangelo sindacalista: Filippo Corridoni", Verona 1943, S. 324; Maffii, a. a. O., S. 70–85; Peter M. Riccio, On the threshold of Fascism, New York 1929, passim, für Beschreibungen von Regno und Voce.

[30] Giuseppe Borgese, La vita e il libro, 3 Bde., Turin 1910–13, I, S. 335.

[31] Siehe Valois, D'un siècle à l'autre, S. 249, 253 und 256–57 für kurze Beschreibungen dieser Zeitschriften.

[32] Propos, Ostern 1913, S. 41 und 43–44; Sorel an Joseph Lotte, 21. Dezember 1912, abgedruckt in Marcel Péguy, La rupture de Charles Péguy et de Georges Sorel, d'après des documents inédits, Paris 1930, S. 49 und 56–57; Georges Frédéric Lefèvre, Une heure avec Jean Variot, Nouvelles littéraires XII (4. Februar 1933), S. 2; Sorel an Croce, 20. November 1912, 12. Januar und 22. Juni 1913 und 20. März 1914, a. a. O., XXVI–XXVII, 1929, S. 438–39, 440, 442 und 48. Sorels Zweifel an der Echtheit von Péguys „conversion" waren ebenfalls ein Faktor von einiger, wenn auch nicht grundsätzlicher Bedeutung.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zösischen Bewegung, einmal, daß die Intellektuellen, die ihr angehörten, mehr am Schreiben und Reden über die Revolution als an ihrer Herbeiführung interessiert waren, und dann, daß sie die Probleme der Arbeiterklasse vernachlässigten. Sorel war und blieb überzeugt, daß ein ehrenvoller Platz auch in einer bürgerlichen Gesellschaft für die Arbeiter gefunden werden müsse. Aber gegen 1914 hin fand er, daß das Proletariat wie die Bourgeoisie unter der Herrschaft des Mammons[33] ständen. Wenn er selbst damals mit dem integralen Nationalismus brach, so blieben gleichwohl doch einige seiner Schüler in dessen Lager zurück.

Nach dem Ausbruch des Weltkrieges hatte Sorel zunächst keinen Mythos, den es zu erforschen oder zu verteidigen galt. Er verabscheute den Krieg von seinem Beginn an. Er fand den Anspruch der Entente als Verteidiger der Demokratie scheinheilig und wünschte wohl eher einen deutschen Sieg.[34] Im wesentlichen aber hoffte er auf den ricorso, der aus dem Kriege hervorgehen möge. Wir brauchen, so schrieb er, eine Katastrophe, die uns in das Mittelalter zurückschleudert . . ., eine Zeit strenger mittelalterlicher Buße.[35] Dann kam 1917 die bolschewistische Revolution, in der Sorel sofort die Möglichkeit eines ricorso erster Größenordnung zu sehen glaubte,[36] der größten Revolution, die seit 2000 Jahren sich ereignet habe.

Sorel widmete sich so sehr bald der Analyse und der Verteidigung des Bolschewismus. Er glaubte ihn von den tiefsten Antrieben des russischen Volkes herleiten zu können[37]. Für ihn ruhte er nicht nur auf dem Haß des Arbeiters gegen den Unternehmer und des Bauern gegen den Grundeigentümer, sondern auch des Volkes im ganzen gegen eine herrschende Klasse, die nicht wirklich „russisch", sondern „europäisch" war. Die Revolution hatte für ihn einen tief antiwestlichen Zug. Selbst wenn er für marxistische Organe schrieb, weigerte er sich daher, die bolschewistische Bewegung in Begriffen der marxistischen Dogmatik zu interpretieren. In der Revolution waren sowohl nationale wie soziale Mythen am Werke, „Visionen" eines sowohl von sozialer Ungerechtigkeit wie von fremder Herrschaft befreiten Rußland. Die Führerschaft Lenins und die Haltung eines kriegerischen Proletariats wirkten dabei zusammen, und die Technik der Bolschewisten war naturgemäß „Gewalt". Mit besonderem Interesse sah daher Sorel auf die Rolle der

---

[33] Berth, Les méfaits des intellectuels, mit einem Vorwort von G. Sorel, Paris 1914, XXIX.

[34] Sorel an Croce, 5. Mai 1915, a. a. O. XXVII, 1929, S. 121; siehe René Johannet, „Un précurseur de la révolution nationale: Georges Sorel", Candide XVIII, 16. Juli 1940, S. 5.

[35] „L'Allemagne a-t-elle le secret de l'organisation?", hg. Jean Labadie, Paris 1916, S. 17–19.

[36] Siehe „Georges Sorel: lettres à Paul Delesalle", ed. Robert Louzon, Paris 1947, passim.

[37] „Lénine d'après Gorki", Revue communiste II, Januar 1921, S. 401–13; „Pour Lénine", Réflexions, S. 437–54; Propos, März 1921, S. 55 und 61; „Zarismo e bolscevismo", Resto del Carlino, 9. Mai 1919; „Chiarimenti su Lenin", ebd., 23. Juli 1919; „La diplomazia e la Russia", ebd., 24. Juli 1920; „La ‚barbarie' Moscovita", ebd., 8. Oktober 1920; „Bertrand Russell in Russia", ebd., 8. Juli 1921; „La marche au socialisme", Illusions, S. 344–45, 348 und 382–83.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Roten Armee in diesen Zusammenhängen, einer „Arbeiter- und Soldaten-Armee", vergleichbar den Cromwellschen „Eisenseiten". Was das bolschewistische Regime nach der Oktoberrevolution vorwärtstrieb, war für ihn eine sich immer wieder bestätigende revolutionäre Moral, der gegenüber die Zwangsapparatur nur sekundäre Bedeutung hatte. Die Führerschaft Lenins im Rahmen einer Diktatur des Proletariats beruhte für ihn viel mehr auf persönlicher als auf institutioneller Autorität, jedenfalls gab es hier eine Gesellschaftsordnung ohne Parasiten und einen Staat unter der Herrschaft der produktiven Kräfte. Moskau war jetzt das „Rom des Proletariats", aber zugleich auch das „Rom" aller nicht-westlichen Völker, die ihre europäisierten Herrschaftsschichten abzuschütteln wünschten. Er verglich gern die Russen mit den „Barbaren" an den römischen Grenzen und hieß ihr Erscheinen willkommen: „Ich bin ein alter Mann, dessen Leben von Zufälligkeiten abhängt. Aber möge es mir vergönnt sein, ehe ich in das Grab steige, die Erniedrigung der arroganten bürgerlichen Demokratien zu sehen, die heute in so schamloser Weise triumphieren."[38]

Von 1917 bis zu seinem Tode im Jahre 1922 unterstützte Sorel in Unterhaltungen, Briefen, Artikeln und Neuausgaben seiner Schriften das bolschewistische Regime aufs lebhafteste. Das brachte ihm Beifall in französischen und italienischen kommunistischen Kreisen und selbst in der Sowjetunion, so sehr seine Orthodoxie hier naturgemäß erheblichem Zweifel unterlag. Die meisten Sorel-Anhänger waren nicht bereit, eine strenge „Parteilinie" irgendeiner Art zu akzeptieren, und sie sollten sich bald in einem anderen politischen Lager befinden.

Sorel selbst begann seit 1919 mit großem Interesse sich der faschistischen Bewegung zuzuwenden. Mussolini, der vor dem Kriege als Syndikalist mit Sorelschen Ideen in Berührung gekommen war,[39] brachte nach dem Krieg die Verschmelzung syndikalistischer und nationalistischer Organisationen zustande, deren Führer vielfach unter dem Einfluß von Sorel gestanden hatten und nun die faschistische Partei bildeten. Zu Anfang beruhte der Faschismus auf syndikalistischer wie nationalistischer Unterstützung, aber seit 1922 wurde er mehr und mehr mittelständisch als Verteidiger der öffentlichen Ordnung und des Privateigentums, wie sehr immer Mussolini sich bemühte, in der Propaganda die syndikalistische Linie zu betonen. Sorel war 1912 schon auf Mussolini aufmerksam geworden und hatte damals prophezeit, daß er eines Tages zur Rechten hinüberschwenken würde: „Unser Mussolini ist kein gewöhnlicher Sozialist, glaubt mir, Ihr werdet ihn eines

---

[38] „Pour Lénine", a. a. O., S. 453–54; Berth in Frankreich und Leone in Italien waren Sorels eifrigste Schüler in der Unterstützung des Bolschewismus. Für Frankreich vgl. Revue communiste, Clarté und Bernard Lecache, „Chez Georges Sorel, apôtre du syndicalisme révolutionnaire, ami de la Russie des Soviets", Humanité, 9. März 1922; für Italien vgl. Ordine nuovo (in der Sorels französische Artikel in Übersetzung erschienen) und Rivoluzione liberale; für Rußland vgl. N. Lenin, Gesammelte Werke, XVIII, New York 1930, S. 58, und A. Maletsky, „Georges Sorel", Internationale communiste, IV (März 1923), S. 86–113.

[39] Vgl. Opera omnia di Benito Mussolini, ed. Edoardo Susmel und Dulio Susmel. Bd. I–IV, Florenz: La Fenice, 1951/52.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tages sehen, wie er, vielleicht an der Spitze eines heiligen Bataillons, die italienische Flagge mit dem Schwert grüßt. Er ist ein Italiener des 15. Jahrhunderts, ein Condottieri . . ."[40]

Sorel unterstützte den Faschismus nach 1919 vor allem in seiner Korrespondenz und in privaten Unterhaltungen. Er hat leider wenig über Faschismus veröffentlicht, während er gleichzeitig sein Eintreten für das revolutionäre Regime in Rußland fortsetzte. Ein Schüler, der während der zwanziger Jahre gläubig des Meisters Worte niederschrieb, überliefert folgende Bemerkung aus dem Jahr 1922: „Die beiden Hauptfakten der Nachkriegsära sind die Aktion Lenins, die ich für einen Dauererfolg halte, und die Mussolinis, der sicherlich in Italien triumphieren wird . . ."[41] Sorel sah auch im Faschismus einen potentiellen ricorso, der die Zerstörung eines unfähigen parlamentarischen Regimes erstrebte[42]. Auch sein impetus stammte aus sozialem wie aus nationalem Mythos. Seine Organisation war in ihrer Struktur bestimmt durch Führerschaft und revolutionäre Elite, seine Technik war Gewalt, und Sorel war überzeugt, daß er durch einen bewaffneten Gewaltstreich zur Macht kommen würde. Vom Gesichtspunkt revolutionärer Ordnung glaubte er, daß Faschismus eine mögliche Alternative zum Bolschewismus sein würde, wobei der „Genius Mussolinis" auf die Verbindung des Revolutionären mit dem Traditionellen ruhte, einer Verbindung, wie Sorel bekannte, „die ich studierte, aber niemals auslotete".

Obwohl Sorel den Marsch auf Rom nicht mehr erlebte, war sein Einfluß auf den Faschismus gleichwohl nicht unbedeutend. In Frankreich stand die Bewegung des Faisceau, die im Jahre 1919 begann, wenn sie sich auch nicht vor ihrem Bruch mit der Action Française im Jahr 1925 förmlich konstituierte, unter Führung von George Valois,[43] einem der eifrigsten und aktivsten Anhänger Sorels in den Vorkriegsjahren. Andere seiner Anhänger, vor allem Bourget, Variot und Johannet, obwohl große Bewunderer des italienischen Faschismus, blieben Royalisten. Auch in Italien hatten verschiedene Gruppen und Individuen, die in den Faschismus mündeten, unter Sorelschem Einfluß gestanden. Auch wurde über Sorel in den faschistischen Zeitschriften viel diskutiert,[44] und viele seiner früheren Anhänger

---

[40] Jean Variot, „Quelques souvenirs: le père Sorel", Eclair, 11. September 1922.

[41] Propos, 1922, S. 66.

[42] Ebd., März 1921, S. 55–56; „Stato e proprietà rurale", Resto del Carlino, 10. November 1919; „I consigli operai", ebd., 22. März 1921; „L'avvenire dell'Italia", ebd., 11. Juni 1919; Sorel an Mario Missiroli, September 1921, abgedruckt in Sorel, L'Europa sotto la tormenta, ed. Mario Missiroli (Mailand 1932), S. XXXII f.; „Burocracia e autonomie locali", Tempo, 13. September 1921; Sorel an Roberto Michels, „Lettere di Georges Sorel a Roberto Michels", Nuovi studi di diritto, economia e politica, II, September–Oktober 1929, S. 293 f.; Sorel an Croce, 26. August 1921, op. cit., XXVIII, 1930, S. 195.

[43] Vgl. La révolution nationale, 2. Aufl., Paris 1926, S. 35, 50, 53, 160 und 162, und Le fascisme, Paris 1927, S. 5–8 und 25.

[44] Vgl. die Zeitschriften „Gerarchia", hg. Mussolini, und „Conquisto dello stato", hg. Suckert.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gelangten auf hohe Posten im faschistischen Regime. Mussolini selbst, wie immer man das als einen Versuch intellektueller Stammbaumthese bewerten mag, sagte zu einem Reporter des Madrider „ABC": „Georges Sorel ist es, dem ich das meiste verdanke. Es ist dieser Lehrmeister des Syndikalismus, der durch seine kraftvollen Theorien für die Technik der Revolution das meiste zur Disziplin, zur Energie und zur Macht der faschistischen Kohorten beigetragen hat."[45]

Faßt man zusammen, so hatte Sorel, als er 1922 starb, sowohl Mussolini wie auch Lenin verherrlicht. Es war gewiß vieles in seiner Persönlichkeit und seinem Werk, das von Zufall und Laune bestimmt gewesen ist. Aber man wird ihn nicht einfach als einen erratischen und verantwortungslosen Intellektuellen beiseite schieben dürfen. Sorel war im Grunde ein „Beobachter" des revolutionären Panoramas, das sich vor ihm entfaltete. Er war nie ein eingeschriebenes Mitglied, weder der C.G.T. noch der Action Française noch der Kommunistischen Partei. Er studierte diese Gruppen mit einem größeren Interesse am Kampf der Ideen als an praktischer Politik. Übrigens sind seine „Widersprüche" verständlich innerhalb des historischen und metaphysischen Rahmens einer Denkweise, die äußere Verschiedenheiten in der politischen Doktrin dem unterordnete, was er als ihren grundsätzlich gemeinsamen Denominator ansah. Diese Denkweise stammte von so verschiedenartigen Quellen wie Proudhon, Marx, Vico, Bergson und James. Aus diesem Amalgam entstand eine apokalyptische Geschichtsansicht. Gesellschaftssysteme wurden in periodischer Abfolge „dekadent", neue Energien mußten entdeckt und freigesetzt werden, und im 20. Jahrhundert nahmen diese Energien den Charakter revolutionärer Aktion an.

Die Quelle dieser Energien lag bei Bewegungen, die durch revolutionäre Mythen motiviert, durch Eliten geführt und der Gewalt gewidmet waren. Sorel glaubte, daß diese Bewegungen fähig wären, eine neue Ordnung zu schaffen, jede mit ihrer eigenen Moral, ihrer eigenen Organisation, ihrer eigenen Technik. Aber alle waren für ihn totalitär, d. h. durch und durch belebt von dem Mythos, der sie zur Macht gebracht hatte, alle gereinigt von unverträglichen Elementen und alle „Gesellschaften von Helden". Die verschiedenen Bewegungen, die er studierte, hatten für ihn nicht an und für sich irgendwelche objektive Gültigkeit. Sie waren gültig in dem Maße, als sie sich fähig zeigten, heroische und unpersönliche Energien bei ihren Anhängern zu inspirieren. Eine große historische Leistung war ihm immer das Ergebnis eines ricorso, einer Bewegung, angetrieben durch das Charisma, das der Blick auf ein höchstes, aber weit entferntes Ziel erregte.

Sobald Sorel überzeugt war, daß der erhoffte ricorso von einer dieser Bewegungen nicht kommen würde, wandte er sich zu einer anderen, verschieden, wie sie unter sich sein mochten. Revolutionärer Syndikalismus und integraler Nationalismus schienen eine französische „Wiedergeburt" in Aussicht zu stellen, der eine in Form einer Neuschöpfung durch das Proletariat, der andere in der einer sich

[45] Zitiert nach Gaetan Pirou, „Georges Sorel", 1847–1922, Paris 1927, S. 53–54; und Emile Schreiber, „Rome d'après Moscou", Paris 1932, S. 92 und 114. Schreibers Behauptung, daß Sorel „zahlreiche Unterhaltungen mit Mussolini hatte", ist nicht begründet.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wiedererhebenden und wiederbelebenden Bourgeoisie. Aber im Fall des Bolschewismus und Faschismus sah er umfassendere ricorsi voraus. Die Dekadenz Frankreichs wurde nunmehr gleichgesetzt mit der Dekadenz des demokratischen Westens im allgemeinen, und auf Rußland, Italien und vielleicht auf Deutschland beruhte jetzt seine Hoffnung.[46] Zudem wurde sich Sorel in zunehmendem Maße des heterogenen Charakters von Mythen bewußt, die aus traditionellen sowohl wie aus revolutionären Elementen zusammengesetzt waren. Bolschewismus zog ihn als eine Bewegung an, als er überzeugt war, daß Europa erledigt und es Zeit sei, den „Kadaver" zu begraben. Faschismus war eine mögliche Alternative dazu, d. h. Europa konnte sich vielleicht noch retten, wenn es dem italienischen Beispiel folgte, wenngleich Sorels Ansichten in dieser Richtung bei der fragmentarischen Natur seiner Kommentare alles andere eher als klar sind. Er war indessen nicht nur ein „Beobachter", sondern auch ein „Gläubiger". Sein eigener emotionaler Grundantrieb ist nicht zu bezweifeln. Als ein Moralist konnte er sich nicht mit bloßer Beschreibung der Bewegungen begnügen, die er studierte. Er geriet so tief in sie hinein, daß er nicht nur viele ihrer Ideen, sondern oft auch ihre Sprache adoptierte, ein Faktum, das seine Umschwünge noch auffallender macht. In Umfang und Leidenschaft ist er für die Sache des Proletariats durchgehender und überzeugender eingetreten als für bürgerliche Bewegungen. Aber es scheint, daß er in den Extremen nicht nur eine essentielle Ähnlichkeit, sondern auch persönlich annehmbare Alternativen fand. Die Extreme bedeuteten für ihn nur verschiedene Seiten eines einzigen Gedankensystems und einer einzigen revolutionären Gesinnung.

Es ist nicht leicht, den wirklichen Einfluß, den Sorel während seines Lebens hatte, zu umreißen. Sein Fall war kein isolierter. Rebellion war im Gang auf vielen Gebieten der Natur- und der Sozialwissenschaften, der Psychologie und der Künste. Die neuen Strömungen vermieden Ideen, die feste Grenzen oder Definitionen besaßen. Sie basierten auf der Verneinung der Vernunft, sie betonten statt dessen den Gebrauch flüssiger Konzepte, beweglicher Kategorien und eines moralischen Pragmatismus. Es ist daher schwierig, den Beitrag zu isolieren, den man Sorel ausschließlich zuschreiben kann. Indessen die Anzahl und der Charakter derer, die sich selbst als „sorelisch" empfanden, ist charakteristisch für die Epoche. Sie fanden sich in vielen politischen Lagern und bildeten keinen integrierten Stamm von Schülern. Sie waren nicht allzu zahlreich in Frankreich, wo nur einige Journalisten und Literaten sich der Kommentierung und Ausarbeitung sorelischer Themen widmeten. In Italien hingegen beeinflußte Sorel eine Reihe von Intellektuellen von hohem Rang, die nicht zögerten, das zuzugeben, dazu zahlreiche syndikalistische und nationalistische Führer. Zudem spielte er ohne Zweifel eine wichtige Rolle in der Entstehung des Faschismus. Im Deutschland der Nachkriegsjahre bestand offenbar ein Interesse an ihm, das mit den antidemokratischen Tendenzen unter der Intelligenz zusammenhing. In Rußland ebenso, sowohl vor wie nach der Revolution. Sorelische Clubs wurden in Leningrad gegründet. Seine Büste soll in einem der Korridore des

[46] Michels, „Lettere di Georges Sorel a Roberto Michels", S. 293 f.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kreml stehen. In England fanden T. E. Hulme und Wyndham Lewis, aristokratische Intellektuelle, die das Bürgertum zu schockieren wünschten, in ihm eine Quelle der Inspiration. Selbst in den Vereinigten Staaten hat Whittaker Chambers bekannt, daß er durch die Lektüre der Réflexions in den zwanziger Jahren bekehrt wurde zur „Annahme des Übels".

Die Sorel-Anhänger waren sozusagen „Außenseiter unter den Außenseitern". Wie Sorel selbst, so sind sie in keiner Weise typisch für die breite Gefolgschaft der revolutionären Bewegungen, für die sie doch eintraten. Sie waren im Grunde sehr merkwürdige Konvertiten von einer höchst anormalen Art. Sie waren Intellektuelle, die den Intellektualismus verabscheuten, aber Intellektuelle von einer ungewöhnlichen Spürfähigkeit. Sie hatten wohl einen überentwickelten Sinn für den Geist des Zeitalters. Sie empfanden schärfer und zuweilen in hysterischer Form, was unter unartikulierten Millionen in unbestimmten Gefühlen lebendig war.

Die Laufbahn Sorels und die Tätigkeit seiner Anhänger führt daher letzten Endes auf die Frage, was die politischen Extreme in der Doktrin und in Wirklichkeit bedeutet haben. Die Sorel-Anhänger, frei von Partei„bestimmtheit", rühren an die Grundlagen einer entscheidenden Problematik im modernen politischen Denken. Sie besaßen, so stellt es sich dar, nicht so sehr eine Theorie als eine apokalyptische Gesinnung. Sie wünschten, das „Sublime" hervorzurufen, sie halfen indessen eher dazu, das „Bestialische" zu entfesseln.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WALTER L. DORN

DIE DEBATTE ÜBER DIE AMERIKANISCHE BESATZUNGSPOLITIK FÜR DEUTSCHLAND (1944–45)

Vorbemerkung des Herausgebers: Der hier folgende Artikel geht zurück auf einen Vortrag des Verfassers, Professors für europäische Geschichte an der Columbia-Universität, der auf dem amerikanischen Historikerkongreß in St. Louis im Dezember 1956 gehalten worden ist. Er stellt den Extrakt einiger Kapitel aus einem in Vorbereitung befindlichen Buch über die amerikanische Besatzungspolitik dar, an der der Autor selbst aktiv beteiligt gewesen ist und für das er zum großen Teil ungedrucktes Material hat heranziehen können. Der Artikel wird im Dezember 1957 in Political Science Quarterly erscheinen. Der Verfasser hat ihn uns dankenswerterweise, wenn auch mit einigem Widerstreben, zu annähernd gleichzeitiger Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Seine Bedenken haben nichts mit der Vorstellung zu tun, als gäbe es einen Unterschied zwischen „amerikanischer Wahrheit" und „deutscher Wahrheit", oder als ob eine verantwortungsbewußte kritische Erörterung emotional belasteter Vorgänge in einem Lande weniger möglich sei als in einem anderen. Sie beziehen sich vielmehr darauf, daß seine notwendigerweise komprimierte Darstellung unter Umständen persönliche und sachliche Data voraussetze, mit denen ein überwiegend deutsches Leserpublikum schwerlich vertraut sei; ferner darauf, daß die an sich wünschenswerte „Genealogie" von J.C.S. 1067 (s. Anmerk. 1) nicht gegeben werden könne, einmal aus Raumgründen und dann, weil ihm die Benutzung entscheidender Aktenbestände zwar unbegrenzt zugestanden war, nicht aber wörtliches Zitieren ganzer Absätze aus den Dokumenten oder ein Abdruck textvergleichender Art. Vor allem aber gingen seine Bedenken dahin, daß man deutscherseits an anderen Fragen stärker interessiert sein werde als an einem amerikanischen Ressortstreit, der die folgenden Seiten vornehmlich füllt, und daß er daher für eine deutsche Zeitschrift eine andere Stoffverteilung erwogen haben würde. In der Tat hatten wir den Verfasser ursprünglich um einen Aufsatz über Entstehung und Schicksal des Morgenthau-Plans gebeten. Aber nicht nur ist dieses Thema trotz abweichender Fragestellung implicite – und zwar auf eine überraschende und sehr aufschlußreiche Weise – mitbehandelt worden. Wir halten auch sonst die Bedenken für unbegründet und bringen den Artikel sehr gern, der neben dem von Philip E. Mosely (The Occupation of Germany, Foreign Affairs 28, S. 580–604) und ihn modifizierend der wichtigste Einzelbeitrag zu Entscheidungen oder Nicht-Entscheidungen der amerikanischen Deutschland-Politik am Kriegsende sein dürfte.

Immerhin werden einige Hinweise vorauszuschicken sein, für die ein Briefwechsel mit dem Verfasser sowie eine sehr lange (im folgenden entsprechend etwas gekürzte) erste Anmerkung zum Text verwandt wurden. Zunächst ist zu sagen, daß der endgültige Wortlaut der Direktive J.C.S. 1067 nicht nur in offizieller amerikanischer Ausgabe gedruckt vorliegt (Germany 1947–49. The Story in Documents, Department of State Publications 3556, Washington 1950, S. 21–33), sondern auch doppelsprachig und bequem zugänglich in deutscher Ausgabe (Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente und Berichte des Europa-Archiv, Band 6, 1948, S. 58–73). Die Interim-Version vom 22. September 1944 ist gedruckt in den Jalta-Papieren (Foreign Relations of the United States. Special Series 1. The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington 1956, S. 143–158); eine noch frühere Fassung vom 28. April 1944 (Hajo Holborn, American Military Government, Washington 1947, S. 135–143) illustriert die im folgenden erörterte „limited liability"-Theorie des Kriegsministeriums. Das für den gescheiterten

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Revisionsversuch des Außenministeriums entscheidende Dokument vom 10. März 1945 ist ungedruckt. Es würde nach des Verfassers Meinung nicht nur die Schärfe der „bedingungslosen Kapitulation"-Doktrin gemildert, sondern auch das Problem zu lösen erlaubt haben, wie den nicht-nazistischen und anti-nazistischen Elementen in Deutschland ein unabhängiger Status hätte gegeben werden können. In der Nichtlösung dieser Fragen sieht der Verfasser den schlimmsten der rein negativen Züge von J.C.S. 1067. Was die Ausdehnung des Negativen betrifft, so ist darauf zu verweisen, daß im endgültigen offiziellen Text eine Lücke besteht bezüglich der Liste der Sicherheits-Verhaftungen (Germany 1947—49, S. 25; Europa-Archiv, a.a.O., S. 63). Der entsprechende Paragraph war ausgelassen worden, um die Betreffenden nicht zu warnen, stimmt aber inhaltlich im wesentlichen überein mit der Liste in der Fassung vom 22. September 1944 (a.a.O., S. 125). Weiterhin wird ein Hinweis darauf erwünscht sein, daß der „Plan", wie ihn Finanzminister Henry Morgenthau Jr. im Faksimile in seinem Buch (Germany is Our Problem) vorgelegt hat, über das ursprüngliche Memorandum des Finanzministeriums vom 1. September 1944 (entworfen von Harry Dexter White) hinausgeht. Dieses Memorandum aber war für die endgültige Gestalt von J.C.S. 1067 entscheidend, und es ergibt sich aus dem Folgenden das eigentümliche Bild, daß Mr. Morgenthau zwar zurückstecken mußte, daß aber zwischen Finanzministerium und Kriegsministerium sich eine Bundesgenossenschaft ergab, weil das letztere mit dem Außenministerium trotz vieler ihnen gemeinsamer Grundgedanken über die Frage langfristiger oder kurzfristiger Zielsetzung und die Selbständigkeit des Zonenbefehlshabers im Widerstreit lag und der Oberstkommandierende letzten Endes hinter dem Finanzministerium stand. Man wird es nur begrüßen können, daß der Verfasser diese Dreiecksdebatte so freimütig und ohne Rücksicht auf Prestigefragen, aber zugleich aus der nahen Kenntnis personaler und sachlicher Bedingtheiten und mit denkbar großer Unparteilichkeit zur Anschauung bringt. H. R.

Am Anfang der amerikanischen Besatzungspolitik in Deutschland stand die als J.C.S. 1067 bekannt gewordene Direktive des Wehrmachtgeneralstabs der Vereinigten Staaten (Joint Chiefs of Staff)[1]. Als sie dem Planungsstab der amerikanischen

[1] Das zentrale Thema des folgenden Artikels ist der Ursprung und die Entwicklung der Direktive Nr. 1067 der amerikanischen Generalstabschefs, nicht der Morgenthau-Plan und auch nicht die internationalen Verhandlungen in der europäischen Berater-Kommission (European Advisory Commission = E.A.C.) oder auf der Jalta-Konferenz. Die letzteren Themen sind hier nur insofern berührt, als sie von Einfluß auf das oben genannte grundlegende Dokument amerikanischer Politik waren. Der Artikel gibt den wesentlichen Gedankengang mehrerer Kapitel eines in Bälde erscheinenden Buches wieder. Deshalb ist auf detaillierte Quellennachweise verzichtet worden. Jedoch werden bei dem kontroversen Thema einige summarische Bemerkungen über die benutzten Quellen am Platze sein. Der Artikel stützt sich auf veröffentlichtes und unveröffentlichtes Material. Letzteres ist weitgehend den Akten der amerikanischen Kriegs- und Außenministerien entnommen, ferner ist Material aus den Akten des Finanzministeriums (Treasury) benutzt worden, soweit dieses bei interministeriellen Besprechungen Verwendung fand. Für die gedruckten Quellen kommen vor allem in Betracht: Harley A. Notter, Post-War Foreign Policy Preparation, 1939–1945, Washington, 1949; Henry Stimson and M. Bundy, On Active Service in Peace and War, New York, 1948 (das Buch bricht indessen vor der Debatte über J.C.S. 1067 ab); Robert Sherwood, Roosevelt and Hopkins, New York, 1948; Cordell Hull, Memoirs, New York 1948 (nicht gerade durch Genauigkeit und Offenheit ausgezeichnet); Edward R. Stettinius Roosevelt and the Russians, New York, 1949; Forrest C. Pogue, The Supreme Com

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Armee in Versailles am 21. Mai 1945 bekannt wurde, verursachte sie Bestürzung und ein gut Teil Ärger. General Lucius D. Clay war schockiert, nicht so sehr wegen ihres ausschließlichen Strafcharakters, als vielmehr wegen der Vernachlässigung jener grundlegenden wirtschaftlichen Gegebenheiten, mit denen die Besatzungsarmee in einem total zerstörten Lande zu tun haben würde. Lewis Douglas, damals Clays Finanzberater, dachte sehr gering vom praktischen Wert der Direktive, und nach einer Informationsreise durch die amerikanische Zone war er von ihrer Undurchführbarkeit überzeugt. In Clays Auftrag begab er sich Anfang Juli nach Washington, um einige Abänderungen von J.C.S. 1067 durchzusetzen. Als das nicht gelang, trat Douglas zurück. Am 24. Oktober 1945 flog Clay selbst nach Washington, doch auch seine Bemühungen blieben ohne Erfolg. Trotz der Anwesenheit von Beamten des Finanzministeriums, denen J.S.C. 1067 nicht drastisch genug war, kritisierten Offiziere der Militärregierung aller Dienstgrade sie öffentlich, und General George Patton mußte von seinem Posten als Militärgouverneur in Bayern abgelöst werden, weil er sich offen der Direktive widersetzte. Es bedurfte der ganzen Geschicklichkeit und des Verwaltungsgenies von General Clarence Adcock, des

---

mand, Washington, 1954; Henry Morgenthau Jr., „Our Policy Toward Germany", New York Post, November 24–29, 1947. – Die wichtigste Aussage über die Haltung der amerikanischen Delegation in der europäischen Beraterkommission und über die des State Department ist Philip Moselys Artikel in Foreign Affairs vom Juli 1950 (s. Vorbem.). Es geht hier nicht um die Auseinandersetzung mit seiner durchaus einleuchtenden Auffassung, sondern darum, auch die Rolle des Kriegsministeriums in die rechte Beleuchtung zu rücken. In dem Buch von Herbert Feis (Churchill, Roosevelt, Stalin, Princeton, 1957) wird zwar, und doch wohl absichtlich, J.C.S. 1067 überhaupt nicht erwähnt; gleichwohl ist die Darstellung durch ihr ausgewogenes Urteil von Wert.

Von den Jalta-Dokumenten kommen außer der Interimversion von J.C.S. 1067 (s. Vorbem.) die drei Memoranden vom November 1944 (S. 166–173), Botschafter Winants Brief vom 28. Januar 1945 (S. 130–133) und insbesondere das Memorandum des State Department über die „Behandlung Deutschlands" vom 12. Januar 1945 (S. 178–193) in Betracht, – alle in scharfem Widerspruch stehend zu der Interim-Version. Sie beweisen, daß das Außenministerium versucht hat, E.A.C. sowie Jalta zur Revision zu benutzen. Die Auffassung von der „limited liability"-Theorie des Kriegsministeriums stützt sich auf die Akten der Civil Affairs Division des Kriegsministeriums. Für die Direktive des Außenministeriums vom 10. März 1945, für das Memorandum vom 23. März 1945, schließlich für die Protokolle des Informal Policy Committee on Germany war der Autor ausschließlich auf die Akten des Außenministeriums angewiesen. Ohne die hilfsbereite Unterstützung der Beamten des Außenministeriums und des Kriegsministeriums hätte der Artikel nicht geschrieben werden können. Selbstverständlich ist die Auffassung, zu der der Verfasser gelangt ist, durchweg seine eigene und nicht die der Behörden, die ihm Einblick gewährten. Da der Großteil der Akten aus dem Außenministerium stammt, sind, um größter Unparteilichkeit willen, die einschlägigen Kapitel der Studie Mr. John J. McCloy vorgelegt worden, der als damaliger Assistant Secretary im Kriegsministerium über die Entwicklung von J.C.S. 1067 wahrscheinlich besser als jeder andere informiert ist. Der Verfasser darf dankbar feststellen, daß er sich in der Lage sah, McCloys kritischen Kommentar in der Hauptsache zu übernehmen, mit der einzigen Ausnahme der am Schluß des Artikels vertretenen Ansicht. Sie nimmt auf Grund eigener Erfahrungen, die im Verlauf der amerikanischen Besatzung gemacht wurden, in allgemeinerer Form Philip Moselys Grundposition wieder auf.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Direktors der amerikanischen Zone, um wenigstens ein Minimum an Durchführung zu erreichen. Man ist sich heute ziemlich einig, daß J.C.S. 1067 nicht gerade ein von staatsmännischer Gesinnung zeugendes Dokument war.

Von der Entstehung dieses grundlegenden Dokuments amerikanischer Besatzungspolitik wird im folgenden zu handeln sein. Eine wichtige Bemerkung ist jedoch vorauszuschicken. Man betrachtet heute selbstverständlich den zweiten Weltkrieg nicht mehr ausschließlich als einen Vorgang innerhalb eines Systems auszubalancierender Mächte oder als einen Krieg zwischen souveränen Staaten, der in den „normalen" Formen der Friedensschlüsse des 19. Jahrhunderts beendet werden konnte. Es ging zugleich ja um eine ideologische Auseinandersetzung. Wohl gab es bei einigen der naheliegendsten Kriegsziele zwischen den gegen Deutschland alliierten Hauptmächten keinerlei Meinungsverschiedenheit: Polen, die Tschechoslowakei und Österreich sollten als unabhängige Staaten wiederhergestellt und Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben werden. Deutschland sollte besetzt, einseitig abgerüstet, die deutsche Wirtschaft und der deutsche Staatsapparat überwacht, Reparationen erzwungen und gewisse territoriale Veränderungen im Osten vorgenommen werden. Die entscheidende Frage war und blieb jedoch, wie der Nationalsozialismus als eine wirksame Potenz aus dem wirtschaftlichen und politischen Leben Nachkriegsdeutschlands ausgeschaltet werden konnte.

Die Antwort auf diese Frage hing natürlich davon ab, was man als die eigentlichen Triebkräfte des Nationalsozialismus ansah. Die öffentliche Meinung in den USA und in Großbritannien war sich in ihrem Urteil darüber bis Kriegsende, und auch danach, keineswegs einig. Auf die Gefahr der Vereinfachung hin wird hier vorgeschlagen, drei verschiedene Richtungen zu unterscheiden, die in Anspruch nahmen, eine verantwortbare Einsicht in das Wesen des Nationalsozialismus und die für seine endgültige Auswurzelung wirksamsten Methoden zu vertreten. Die erste läßt sich als Theorie vom verbrecherischen Charakter des Nationalsozialismus (outlaw theory) bezeichnen. Ihre Anhänger verlangten einen Strafprozeß oder eine allgemeine Säuberung auf der Grundlage individueller Verantwortlichkeit und nach Maß der Beteiligung an den Verbrechen des Nazi-Regimes. Die Verbrechertheorie fand ihren klarsten Ausdruck in dem Memorandum vom 22. Januar 1945, das von Kriegsminister Henry Stimson, Generalstaatsanwalt Francis Biddle und Außenminister Edward Stettinius dem Präsidenten übergeben wurde und das, in die Londoner Charta übernommen, von entscheidender Bedeutung für die folgenden Kriegsverbrecherprozesse werden sollte[2].

Die zweite Richtung war die neomarxistische. Ihre Anhänger, Männer etwa wie Franz Neumann, Günther Reimann, Harold Laski und Max Lerner, waren die Verfasser einiger der eindringendsten frühen Analysen des Nationalsozialismus vor und während des Krieges. Für sie war er ein gegenrevolutionäres Phänomen, ein Produkt der sozialen Spannungen, wie sie die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit sich brachte, und der besonderen deutschen Entwicklung. Hitler war für diese

[2] Report of Robert H. Jackson to the International Conference on Military Trials, Washington, 1949, 3 ff.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auffassung gewissermaßen der Kondottiere der Ruhr-Magnaten und der deutschen Großfinanz, die zusammen ihm zur Macht verhalfen in der Erwartung und auf die Spekulation hin, daß er durch autoritäre Methoden das dreifache Gespenst der Depression, des Sozialismus und der Gewerkschaften austreiben werde. Es wäre töricht, so folgerten diese Autoren der Linken, demokratische Institutionen im Nachkriegsdeutschland einer sozialen Ordnung aufzupfropfen, die in ihrem Kern weiterhin reaktionär war. Die Macht des Nazismus konnte man nur vernichten, wenn man auch seine sozialen Voraussetzungen beseitigte und im Wege einer sozialen Revolution eine Wirtschaftsdemokratie verwirklichte.

Beide bisher benannten Richtungen machten gewisse Unterscheidungen zwischen Nazi- und Nicht-Nazi- oder Anti-Nazi-Elementen in der deutschen Gesellschaft. Aber die dritte Gruppe, die Vansittartisten, also die Anhänger von Lord Vansittart, den man als eine Kreuzung von älterem Staatsmann und enfant terrible bezeichnen mag, behaupteten, daß eine solche Unterscheidung ohne jede Substanz und daß der Nationalsozialismus lediglich die letzte Offenbarung einer tiefverwurzelten deutschen Krankheit sei, die sich seit mehr als einem Jahrhundert entwickelt hatte. Nichts würde gewonnen sein, sagte Lord Vansittart während des Krieges im Parlament, wenn man nur die Nazi-Partei auslösche. Im Gegensatz zu den Sozialisten versprach er sich nichts von einer sozialen Revolution, da er auch die deutschen Massen für durch und durch von der nationalistischen Ideologie ihrer herrschenden Schichten verseucht hielt. Man hat heute fast vergessen, daß im Sommer 1942 die Anhänger Lord Vansittarts sich mit den britischen Sozialisten lebhaft über die Zerstörung der Schwerindustrie an der Ruhr auseinandersetzten und daß diese Debatte fast schon alle Züge der späteren amerikanischen Kontroverse über den Morgenthau-Plan vorwegnahm. Unter den Maßnahmen, auf die Lord Vansittart besonders drängte, standen voran: Die Beseitigung der deutschen industriellen Hegemonie in Europa, die Aburteilung von vielen Tausenden von Kriegsverbrechern und eine lang ausgedehnte militärische Besetzung zur gründlichen Umerziehung des deutschen Volkes. Es ist offenkundig, daß der Morgenthau-Plan nur eine Variante von Vansittarts Verdammung des deutschen Volkes darstellte. Und es gehört zu den ironischen Fügungen der Geschichte, daß der Vansittartismus, der in Großbritannien im allgemeinen unter dem Prädikat konservativ lief, in den USA in Verbindung mit dem Kommunismus gebracht werden sollte, als Dr. Harry Dexter White sein Befürworter wurde.

Diese drei „Kriegsbilder" des Nationalsozialismus sind hier berührt worden, nicht nur, um anzudeuten, daß sie in größerem oder geringerem Maße einen nachweisbaren Einfluß auf die Anfänge der amerikanischen Besatzungspolitik hatten, sondern auch deshalb, weil die Grundeinstellung zu ihren Problemen dahin tendierte, von der politischen und sozialen Perspektive der Beteiligten abzuhängen, wenngleich das offenbar nicht immer der Fall gewesen ist.

Da der Brennpunkt der amerikanischen Politik in Washington lag und dort verblieb, muß hier daß Eingehen auf die Arbeit der European Advisory Commission und der Jalta-Konferenz auf ein Minimum reduziert werden. Es muß jedoch betont

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden, daß es von Anfang bis Ende die wohlerwogene Politik des Außenministeriums war, sich um die Koordinierung der britischen, russischen und amerikanischen Besatzungspolitik als eine unentbehrliche Voraussetzung zu bemühen, wenn man nicht die Reibungen und Ärgerlichkeiten, die bei der Besetzung Italiens sich ereignet hatten, im deutschen Fall sich heftiger wiederholen sehen wollte. Ein erster Markierungspunkt in dieser Richtung war die Moskauer Konferenz vom Oktober 1943, auf der die Sowjetunion wenigstens dem Prinzip der gemeinsamen Drei-Mächte-Verantwortlichkeit für eine alliierte Besatzungspolitik zustimmte. Einige Wochen später kamen die drei Mächte in Teheran überein, eine aus Sir William Strang, den Botschaftern John Winant und Fedor Gusev bestehende European Advisory Commission (E.A.C.) einzusetzen, die gemeinsame Richtlinien für die Nachkriegsbesetzung Deutschlands ausarbeiten sollte.

Die Kommission erfüllte bekanntlich ihre Aufgabe nicht. Sie entwarf nur die Beschlüsse über die Besatzungszonen, die Vereinbarung über den alliierten Kontrollrat als Rahmenwerk für die Militärregierung sowie die deutschen Kapitulationsbedingungen. All dies wurde vor oder während der Jalta-Konferenz ratifiziert. Von Anbeginn jedoch vertrat W. Strang, unterstützt durch Churchill und Eden, den Standpunkt, daß der alliierte Kontrollrat für Deutschland nur funktionieren könne, wenn die drei Regierungen ihre Militärgouverneure mit einer soliden Grundlage zwischen ihnen vereinbarter spezifischer und detaillierter Direktiven versehen würden, die dann gleichmäßig in ganz Deutschland durchzuführen wären. Nur das weitestgehende Maß von Übereinstimmung zwischen den alliierten Regierungen – und zwar in Hinblick auf den Inhalt der Besatzungspolitik – würde, so machte man geltend, Mißhelligkeiten zwischen den militärischen Oberbefehlshabern in den verschiedenen Besatzungszonen verhindern. Außenminister Hull und das ganze Außenministerium wie auch Mr. Winant und seine Delegation stellten sich im wesentlichen ebenfalls auf diesen Standpunkt. Das britische Außenministerium legte der E.A.C. ein ganzes Handbuch mit bis ins einzelne gehenden politischen Anweisungen für alle Phasen der Besatzungspolitik vor. Die amerikanische Delegation entwarf eine ähnliche Zusammenstellung spezifischer und detaillierter Art, nachdem Washington zugestimmt hatte. Bis zum heutigen Tage ist Mr. Philipp Mosely, der damalige Berater Winants, davon überzeugt, daß sich nur mit dem Mittel solcher genauer Einzelanweisungen, die von den drei Regierungen vor Ende des Krieges anzunehmen waren, ein gewisses Maß sowjetischer Kooperation hätte sichern lassen.

Als Mr. Mosely in seinem Artikel das Versagen der European Advisory Commission vor dieser ihrer wesentlichsten Aufgabe erörterte, schob er die Verantwortung dafür auf das Kriegsministerium. Das ist zweifellos zutreffend, aber der Historiker ist verpflichtet zu versuchen, die entschiedene Opposition des Kriegsministeriums von ihren Motiven her zu verstehen. Unter diesen Motiven war die im Kriegsministerium tief verwurzelte Skepsis, ob überhaupt eine umfassende Verständigung mit der Sowjetunion in den Fragen der Besatzungspolitik möglich sei, kaum die wichtigste. Der Hauptstreitpunkt zwischen Kriegs- und Außenministerium lag vielmehr in einer grundsätzlich verschiedenen Auffassung von Charakter, Umfang und

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dauer der geplanten Militärregierung für Deutschland, für die sich das Kriegsministerium in erster Linie zuständig hielt. Nichts ist augenfälliger als der besorgte Eifer, mit dem das Kriegsministerium sich darum bemühte, die amerikanische Besatzungsarmee aus der Politik herauszuhalten, während das Außenministerium und die amerikanische Delegation bei der E.A.C. entschlossen schienen, ihr die volle Last wesentlich politischer Aufgaben aufzuladen und damit über die begrenzten administrativen Möglichkeiten einer Besatzungsarmee weit hinauszugehen. Das Kriegsministerium dachte sich die Militärregierung als eine kurze militärische Aufräumungsoperation, die rasch die nötigen Strafen verhängen und in etwa acht Wochen ihre begrenzte Aufgabe erledigen würde. Dann sollte sie von einer zivilen Hochkommission abgelöst werden. Das Außenministerium jedoch befürwortete einen Plan, der sowohl kurz- wie langfristige politische Ziele umfaßte, die auf einem bindenden interalliierten Übereinkommen beruhen und daher dem Zonenbefehlshaber nur wenig Spielraum lassen sollten. Das Kriegsministerium dachte eindeutig in den Kategorien einer begrenzten Verantwortlichkeit (limited liability theory). Das heißt, es wollte die Militärregierung auf ein gewisses Minimum grundlegender, aber entscheidender Aufgaben beschränkt wissen, die in direktem Zusammenhang mit dem Krieg standen. Es wünschte daher nur sehr allgemeine und nur auf kurzfristige Zwecke zugeschnittene Direktiven und stellte sich auf den Standpunkt, daß die Verwirklichung politischer Ziele auf längere Sicht einer Besatzungsarmee nicht zugemutet werden sollte.

Der Versuch, beide Standpunkte auf ihren Wert zu prüfen, wäre eine müßige Unternehmung, da das Gewicht der Autorität auf seiten des Kriegsministeriums stand. Weder Präsident Roosevelt, noch General Marshall, noch Mr. Stimson und sein Staatssekretär McCloy wünschten detaillierte Direktiven oder Bestimmungen von der Art, daß sie die volle Handlungsfreiheit des Zonenbefehlshabers hätten einschränken können. Sie alle zogen die vorläufige Direktive vom 22. September 1944, d. h. die ursprüngliche Fassung von J.C.S. 1067, vor, die auf dem Prinzip der begrenzten Verantwortlichkeit basierte. Sie alle waren gegen ein auf lange Sicht entworfenes und in Einzelheiten eingehendes Deutschland-Programm, wie es Mr. Winant und das Außenministerium befürworteten. Aber es gab noch einen anderen wichtigeren Grund, warum Mr. Winant die umfassende Vollmacht nicht erhielt, die er für die E.A.C.-Verhandlungen über eine detaillierte Vereinbarung bezüglich der Besatzungspolitik erbat. Führende amerikanische Beamte, unter ihnen die des Kriegsministeriums, waren von der Furcht beherrscht, daß solche Vollmachten das Zentrum politischer Entscheidungen von Washington nach London verschieben könnten. Wenn es etwas gab, was Präsident Roosevelt und seine nächsten Berater unter allen Umständen verhindern wollten, dann war es das Einschlagen eines Weges, auf dem unmerklich die politische Initiative an die Briten und die Russen übergehen würde. Die Entscheidung vom November 1944 wurde nie widerrufen[3].

[3] Brief des Staatssekretärs im Kriegsministerium an H. Freeman Matthews vom 20. November 1944 (Akten des Außenministeriums).

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sobald Premierminister Churchill von Lord Cherwell, der damals in Washington war, von den amerikanischen Widerständen gegen detaillierte Direktiven erfuhr, verlor auch er überraschenderweise jedes Interesse an den entsprechenden britischen Bestrebungen. Am 4. Januar 1945 schrieb er an Mr. Eden: „Es ist unsinnig, sich vorstellen zu wollen, man könne auf kleinen Papierstückchen umreißen, was die aufgewühlte, sich in Zuckungen windende Welt sowohl unmittelbar nach der Beendigung des Ringens, als auch späterhin, wenn die unvermeidliche Ernüchterung auf die Anspannung des Kampfes folgt, bewegen wird[4]." Wenn man darauf besteht, diese Aussage kritisch zu werten, wird man berechtigt sein, sie als eine Politik des Treibenlassens zu bezeichnen. Gewiß ist, daß auf beiden Seiten des Atlantik die Berufsdiplomaten überspielt worden waren. Auf beiden Seiten des Atlantik hatte man die Verpflichtung zum Aushandeln einer von den drei Mächten getragenen Besatzungspolitik beiseitegeschoben, die in der Entscheidung der Moskauer Konferenz von 1943 enthalten gewesen war. Und zwar nicht, wie in Italien, zugunsten einer Improvisation, sondern, was weit schlimmer war, zugunsten einseitiger Instruktionen der vier Regierungen an ihre Oberbefehlshaber. Das spätere Schauspiel eines besetzten Deutschland, das in vier hermetisch abgeschlossene Zonen geteilt war, deren Militärgouverneure sich mit Argwohn beobachteten, war die logische Folge dieser Entscheidung. Die Tatsache bleibt bestehen, daß eine wirkliche Anstrengung für eine gemeinsame alliierte Besatzungspolitik vor dem Ende des Krieges nicht gemacht wurde. Als man sich auf der Potsdamer Konferenz dazu entschloß, war es zu spät.

Ganz gewiß wurde eine solche Anstrengung auf der Jalta-Konferenz nicht gemacht. Als der Präsident dorthin aufbrach, war J.C.S. 1067 immer noch das einzige existierende und offizielle amerikanische Dokument mit Bezug auf die Besetzung Deutschlands. Hatten es Finanz- und Kriegsministerium akzeptiert, so beharrte das Außenministerium weiterhin auf seinem Widerstand gegen die politischen Ziele wie gegen die Methoden, die sich in diesem Dokument niedergeschlagen hatten. Da weder das Finanzministerium noch die Zivilabteilung (Civil Affairs Division) des Kriegsministeriums in Jalta vertreten waren, versuchte das Außenministerium nunmehr, dort den Präsidenten zu überreden, das zu tun, was er der E.A.C. verweigert hatte, nämlich eine umfassende Vereinbarung über die Besatzungspolitik mit Großbritannien und der Sowjetunion auszuhandeln. Zum zweitenmal weigerte er sich, obgleich der Zusammenbruch Deutschlands höchstens noch einige Wochen auf sich warten lassen würde. In Jalta blieb der Präsident bei der im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium abgesprochenen Politik, daß es noch zu früh sei, um über eine solche umfassende Vereinbarung zu verhandeln. Er war durchaus bereit, ein paar dringende Probleme zu diskutieren. Dazu gehörten die Frage der Teilung Deutschlands, die Kapitulationsbedingungen, die Kriegsverbrechen, die Zulassung der Franzosen zum alliierten Kontrollrat, aber selbst bei den Reparationen hoffte er, irgendwelche unwiderrufbaren Verpflichtungen vermeiden zu können. Mit Aus-

[4] Winston Churchill, Triumph and Tragedy, S. 350–51.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nahme der erwähnten Punkte war in Jalta in der Tat die alliierte Besatzungspolitik im Nachkriegsdeutschland ein Gegenstand von sehr untergeordneter Bedeutung.

Jalta hatte freilich seine Achillesferse in Gestalt des geheimen Protokolls über die Reparationen. Das Überraschende an diesem Protokoll, das offenkundig auf Molotows Grundsatzvorschläge vom 7. Februar zurückging, war weniger die Erwähnung einer Gesamtsumme von 20 Milliarden Dollar Reparationen als Basis der Diskussion, die freilich die Russen später falsch interpretierten, als vielmehr der vollständige Mangel irgendeines Hinweises auf den von den Amerikanern vertretenen Grundsatz einer oberen Grenze von Reparationen aus der laufenden Produktion, die notwendig war für die Aufrechterhaltung einer Wirtschaft, von der Deutschland leben konnte. Insofern machte dieses Protokoll an die Russen weit größere Zugeständnisse, als sie die Amerikaner eigentlich unterstützen konnten, wenn sie nicht die Deutschen aus ihren eigenen Hilfsquellen ernähren wollten. Dieses Protokoll mußte daher zu schwerwiegenden Mißverständnissen Anlaß geben, wie es auch geschah. Tatsächlich läßt sich zeigen, daß der Präsident persönlich sich der Bedeutung des amerikanischen Standpunkts in dieser Angelegenheit bewußter war als Außenminister Stettinius oder Harry Hopkins. Als Mr. Stettinius den Maisky-Molotow Vorschlag für die Reparationen als vernünftig bezeichnete, entschied er in Wahrheit gegen sein eigenes, am 22. November an den Präsidenten gerichtetes und eben diese Frage behandelndes Memorandum. Andererseits gab der Präsident seine Zustimmung zu dem Reparationsprotokoll in der letzten Sitzung erst, nachdem ihm Harry Hopkins einen Zettel zugeschoben hatte mit der Bemerkung: „Die Russen haben auf dieser Konferenz so viel nachgegeben, daß ich meine, wir sollten sie nicht im Stich lassen . . ."[5]

Das Jalta-Kommuniqué mit seinem Anspruch, eine Vereinbarung erreicht zu haben über die gemeinsame alliierte Verantwortung im Nachkriegsdeutschland, über eine „gemeinsame Politik" und eine „koordinierte Verwaltung" durch den alliierten Kontrollrat, kann in diesem Eigenlob wohl vom kritischen Historiker nicht ernst genommen werden. Selbst für eine nur militärische Besetzung, wie sie dem Kriegsministerium vorschwebte, war es völlig ungenügend, nicht zu reden von den weit wichtigeren politischen Problemen, über die es kein Wort enthielt. Wenn selbst innerhalb der amerikanischen Regierung allein schon das Außenministerium und das Finanzministerium in der Folge einander vollständig widersprechende Konsequenzen aus diesem absichtlich vagen Jalta-Kommuniqué zogen, dann waren noch weit schärfer auseinanderlaufende Interpretationen unter den drei Mächten unvermeidlich.

Die amerikanische Besatzungspolitik wurde demgemäß nicht auf internationalen Konferenzen, sondern in Washington entworfen. Dort war es im Spätsommer 1944 zu einer Krise gekommen. General Eisenhower und der gesamte Stab von SHAEF, die einen baldigen Zusammenbruch Nazideutschlands erwarteten, hatten gerade das Kriegsministerium davon in Kenntnis gesetzt, daß Direktiven über die in einem

[5] In Faksimile wiedergegeben durch Robert Sherwood, a. a. O., S. 860.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

besetzten Deutschland einzuschlagende Politik eine dringende Notwendigkeit seien. Mr. Winant verlangte dasselbe für seine Verhandlungen in der E.A.C. Der Finanzminister, Mr. Morgenthau, war am 17. August 1944 aus London zurückgekehrt und hatte sich scharf gegen die Richtlinien der Armee ausgesprochen, die das „Handbuch für die Militärregierung in Deutschland" enthielten und die von einem gemeinsamen britisch-amerikanischen Stab im Operationsgebiet selbst entworfen worden waren. Veranlaßt durch diese kritische Situation setzte der Präsident am 26. August einen Ausschuß seines Kabinetts ein, der aus Mr. Hull, Mr. Stimson und Mr. Morgenthau bestand, denen Mr. Hopkins assistierte. Er stellte dem Ausschuß die doppelte Aufgabe, sowohl die kurzfristigen wie die langfristigen Ziele der in Deutschland zu verfolgenden Politik zu entwerfen. Die Vertrautheit des Lesers mit den Auseinandersetzungen über den Morgenthauplan, die sofort in diesem Ausschuß einsetzten, darf wohl vorausgesetzt werden. Aus Mr. Stimsons Memoiren ergibt sich, daß dieser als erster seine Opposition gegen das Programm des Finanzministers anmeldete, Mr. Hull folgte ihm darin zunächst nicht, trotz des gegenteiligen Eindrucks, den seine Memoiren dem Leser vermitteln; er schloß sich der Kritik erst an, als Mr. Morgenthaus Einbruch in seine eigene Domäne ihn am 20. September zum Widerspruch reizte[6]. Als bekannt darf ferner vorausgesetzt werden, daß der Präsident, schon unzufrieden mit dem Gang der Diskussion im Ausschuß, ihm vollends den Wind aus den Segeln nahm, indem er die ihm gestellte Aufgabe zum Gegenstand eines internationalen Übereinkommens mit Mr. Churchill in Quebec machte. Als Quebec-Memorandum vom 15. September 1944 enthielt es gewisse, für den Morgenthau-Plan charakteristische Bestimmungen. Von entscheidender Bedeutung ist es jedoch, daß der Kabinettsausschuß, ehe ihn der Präsident am 26. September auflöste, eine vorläufige Direktive für General Eisenhower billigte, die seither unter dem Namen J.C.S. 1067 bekannt geworden ist.

Was hier betont werden soll, ist die Tatsache, daß die amerikanische Besatzungspolitik auf dem Hintergrund einer zwischen dem Außenministerium, dem Kriegsministerium und dem Finanzministerium geführten Dreiecks-Debatte formuliert wurde. Von Anfang bis Ende dominierte in ihr die mächtige und streitbare Gestalt Mr. Morgenthaus. Seine persönliche Freundschaft mit Mr. Roosevelt verschaffte ihm eine genaue Kenntnis der Ansichten des Präsidenten, und immer, wenn die Entscheidung zu seinen Ungunsten auszufallen drohte, war er in der Lage, sich als Ausweg an diese letzte Instanz zu wenden. Bei zwei Gelegenheiten tat er dies mit vollständigem Erfolg. Sein entschiedenster Gegenspieler, Mr. Stimson, zog sich zeitweilig aus der Debatte zurück, und dessen Stellvertreter John McCloy, wie sehr er das auch selbst bedauern mochte, sah sich gezwungen zu akzeptieren, was er nicht ändern konnte, nämlich den Vorrang des Finanzministers. Zudem war eine weitgehende Zusammenarbeit zwischen dem Kriegs- und Finanzministerium möglich, da Mr. Morgenthau drei der wichtigsten Forderungen des Kriegsministeriums ohne weiteres annahm: die Unabhängigkeit des Zonenbefehlshabers, die kurzfristige

[6] Diese Feststellung wird durch ein stellvertretendes Mitglied des Ausschusses bezeugt, das in der Sitzung des 20. September 1944 anwesend war.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Direktive und das Prinzip nur begrenzter Verantwortlichkeit der Militärregierung, obgleich dies die Vertagung einiger ihm besonders am Herzen liegender Punkte seines Programms bedeutete. Da Mr. Hull im November zurücktrat und Mr. Stettinius keinen eigenen Standpunkt in der deutschen Frage hatte, erreichte der Einfluß des Außenministeriums im Herbst 1944 seinen Tiefpunkt. Zweifellos steckte Mr. Morgenthau nach dem Quebec-Memorandum etwas zurück, aber er war das einzige Mitglied des ursprünglichen Kabinettsausschusses, das auch in dem die endgültige Direktive verabschiedenden Komitee (Informal Policy Committee) saß. Sie trägt denn auch unverwischbare Spuren seiner Gedanken und seines Einflusses.

Es wird indessen gleich hinzuzufügen sein, daß, abgesehen von ihrem Gegensatz hinsichtlich der Natur und der Reichweite der Militärregierung und der Unabhängigkeit des Zonenbefehlshabers, Außen- und Kriegsministerium keine weitreichenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Inhaltlichen der Besatzungspolitik hatten. Man war sich völlig einig in der Frage der Entmilitarisierung, der Zerstörung der Kriegsindustrie, der Kriegsverbrecherprozesse, in der Frage der Entnazifizierung, der Wiedergutmachung und der Reparationen, nur bestand das Außenministerium darauf, daß solche Strafmaßnahmen in der Perspektive der langfristigen alliierten Ziele in Deutschland auszuführen seien. Es forderte eine drastische Entnazifizierung, aber sah durchaus auch, wie sinnlos der Versuch sein mußte, sämtliche sieben Millionen Mitglieder der NSDAP zu bestrafen. Das Außenministerium verlangte ebenfalls die Beseitigung der Möglichkeit einer deutschen Wirtschaftshegemonie in Europa, eine Entflechtung der übermäßigen wirtschaftlichen Machtkonzentration, wie etwa bei IG Farben, und befürwortete ausgedehnte Reparationen nicht nur in Form von Übereignung industrieller Ausrüstung an befreite Länder, sondern auch in Form von Reparationen aus der laufenden Produktion, die es im Gegensatz zum Finanzministerium als notwendig ansah. Aber es bekämpfte jede radikale „Ent-Industrialisierung", weil eine solche Politik allein niemals die angemessene Grundlage internationaler Sicherheit bieten würde. Wenn nicht die Vereinigten Staaten die unter ihrer Besatzung lebenden Deutschen ernähren wollten, dann lag es im amerikanischen nationalen Interesse, ein Minimum deutscher Wirtschaftskraft aufrechtzuerhalten, das die Deutschen instandsetzte, auf eigenen Füßen zu stehen. Um eine chaotische und jeder Regulierung sich entziehende Lage zu vermeiden, stellte das Außenministerium fest, müsse die amerikanische Armee die bestehenden Preis-, Lohn- und Marktkontrollen aufrechterhalten. Kurzum, wenn die Vereinigten Staaten auf Reparationen und Wiedergutmachung Wert legten, dann müßten sie auch darauf bestehen, dem alliierten Kontrollrat eine weitgehende Verantwortung für das Funktionieren der deutschen Wirtschaft zu übertragen.

Weder die britischen Verbündeten noch die zivile Abteilung des Kriegsministeriums wichen von den Grundlinien der Vorschläge des Außenministeriums ab. Im Gegenteil, sie spiegelten sich getreulich wider in dem „Handbuch für die Militärregierung in Deutschland", das nun zum besonderen Ziel der Kritik Mr. Morgenthaus wurde. Er war vor kurzem mit seinem Assistenten, Dr. Harry Dexter White, nach Washington zurückgekehrt und glaubte dreierlei, das ihn tief beein-

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

druckte, festgestellt zu haben: Erstens, daß sowohl das Außen- wie das Kriegsministerium über den Teheran-Vorschlag des Präsidenten zur Teilung Deutschlands und zur Internationalisierung von Ruhr und Saar hinweggingen. Zweitens, daß die Armee in ihrem „Handbuch" unter völliger Verkennung der Lage eine Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft plante und am falschen Ort den Ehrgeiz hatte, die Militärregierung zu einem gut funktionierenden Instrument zu machen. Drittens war er überzeugt davon, daß, wenn die Zusammenarbeit des Westens mit der Sowjetunion nach dem Kriege fortdauern sollte, ein drastischer Abbau der deutschen Schwerindustrie notwendig sei, wie ihn die Anhänger Vansittarts in England forderten. Nachdem der Präsident ein Exemplar des Handbuchs zusammen mit Mr. Morgenthaus Kommentar geprüft hatte, sandte er am 26. August ein scharfes Memorandum an Mr. Stimson und forderte, daß das Handbuch zurückgezogen und revidiert werde.

Unter dem Eindruck dieses Memorandums und seines im wesentlichen Vansittart folgenden Gedankengangs begann der Kabinettsausschuß seine Beratungen über die amerikanische Nachkriegs-Besatzungspolitik. Die Debatte im Ausschuß kann hier nicht im einzelnen verfolgt werden. Jedoch verdient festgehalten zu werden, daß die Pläne des Finanzministeriums im Verlauf der Beratungen Abänderungen in wesentlichen Punkten erfuhren. Das ursprüngliche Memorandum des Finanzministeriums vom 1. September, entworfen von Dr. White, Mr. Luxford und Mr. Pehle, sah für das gesamte Ruhrgebiet eine internationalisierte Zone vor, in welcher nur die Kriegsindustrie und die Zubringerindustrien vernichtet werden sollten. Mit diesem Vorschlag verlangte Dr. White wenig mehr, als was Lord Vansittart in England gefordert hatte. Mit einem Freimut, der auf seiner Kredit-Seite zu buchen ist, gab Mr. Morgenthau in seinen 1947 in der New York Post veröffentlichten Artikeln zu, daß der White-Plan immer noch die Masse der Ruhrindustrie unberührt ließ und daß der Vorschlag, die Kohlenbergwerke zu vernichten und die gesamte Industrie abzubauen, sein sehr persönlicher Vorschlag war. Erst mit dieser – nicht akzeptierten – Verschärfung kann man eigentlich von einem Morgenthau-Plan sprechen.

Unverkennbar besaßen das ursprüngliche Memorandum Whites vom 1. September und das Programm Lord Vansittarts, wie es in seinen Reden im Oberhaus vorgetragen wurde, bestimmte gemeinsame Züge. Beide machten das ganze deutsche Volk verantwortlich, und beide legten den Nachdruck auf die Schwerindustrie. Ganz in Übereinstimmung weiterhin mit Lord Vansittart schlug White eine umfassende Liste der vorzunehmenden Verhaftungen vor, die sich nicht nur auf Kriegsverbrecher und Parteiführer, sondern auch auf das gesamte führende Personal in der Beamtenschaft, in der Wirtschaft und im Militär des nationalsozialistischen Deutschland erstrecken sollten. Im Gegensatz zu Lord Vansittart jedoch legte White außerdem ein Entnazifizierungsprogramm von einer alle bisherigen Vorschläge übersteigenden Drastik vor, indem er auf Bestrafung aller Parteimitglieder bestand. Wenn es zutrifft, daß in der Sicht des Finanzministeriums das Grundproblem in der Behandlung Deutschlands gleichbedeutend mit der Behand-

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung der deutschen Schwerindustrie war, da Schwerindustrie Kriegsindustrie bedeutete, so ist bemerkenswert, daß Mr. Morgenthau, indem er den kriegsministeriellen Standpunkt der „begrenzten Verantwortlichkeit" annahm, nicht darauf bestand, in die Direktive für den amerikanischen Militärgouverneur die völlige Zerstörung der deutschen Schwerindustrie geschweige denn den totalen industriellen Abbau einzuschließen.

Als Harry Hopkins am 22. September 1944 die Stellvertreter der Mitglieder des Kabinettsausschusses im Amtszimmer McCloys zusammenrief, um in einer ganztägigen Sitzung die vorläufige Direktive für General Eisenhower zu entwerfen, erklärte der Vertreter des Finanzministeriums, daß das ursprüngliche Memorandum Whites vom Präsidenten genehmigt worden sei. Das beendete alle weitere Opposition von seiten des Kriegs- und Außenministeriums. So kam es, daß die ursprüngliche Fassung von J.C.S. 1067 wesentlich ein Dokument des Finanzministeriums war. Obgleich die Direktive die Theorie der begrenzten Verantwortlichkeit vom Kriegsministerium übernommen hatte, stammte sie doch in ihren Grundzügen aus dem Finanzministerium und enthielt keine der vom Außenministerium ausgesprochenen Grundsatzempfehlungen. Sie verbot der amerikanischen Armee die Aufrechterhaltung von Preis-, Lohn- und Marktkontrollen und ordnete damit, wie sich ein Beamter des Außenministeriums ausdrückte, buchstäblich ein wirtschaftliches Chaos an. Auf dem Wege eines solchen Ressortstreites und der präsidentiellen Entscheidung wurde die Ansicht des Finanzministeriums, daß eine weitgehende Zerstörung der deutschen Wirtschaft nicht mit den alliierten Interessen kollidiere, zur offiziellen amerikanischen Politik, die vom Kabinettsausschuß einschließlich Mr. Hulls am 22. September angenommen wurde. So wie J.C.S. 1067 nun aussah (Interimsversion), war sie eine undurchführbare Direktive, und obwohl das Kriegsministerium sie akzeptierte, war es darüber nicht im Zweifel. Aber solange Mr. Morgenthau das Ohr des Präsidenten besaß, war keine andere Direktive erreichbar, und irgendeine alsbaldige Formulierung erwies sich angesichts der militärischen Situation als Notwendigkeit. Indem das Außenministerium wesentlich in politischen Kategorien dachte, war es geneigt, den Zwang der Lage zu vergessen.

Es war dem Kabinettsausschuß nicht gelungen, sich auf eine langfristige Besatzungspolitik für Deutschland zu einigen, und so blieb es bei J.C.S. 1067 als dem bisher einzigen offiziellen Dokument amerikanischer Deutschland-Politik. Das Außenministerium weigerte sich indessen, seine Endgültigkeit anzuerkennen, und organisierte nunmehr eine Kampagne für Zurücknahme oder Revision von J.C.S. 1067, die den Winter über anhielt und am 10. März 1945 ihren Höhepunkt erreichte. Es versuchte in drei einschneidenden Memoranden vom November 1944 den Präsidenten zu überzeugen, daß die Politik des Quebec-Memorandums und von J.C.S. 1067 nicht im Einklang mit den amerikanischen Interessen stehe. Obwohl der Präsident zustimmte, geschah zunächst nichts in Richtung auf eine Revision. Als sie schließlich doch zur Diskussion stand, um J.C.S. 1067 in geeigneter Form der European Advisory Commission vorlegen zu können, instruierte das Kriegsministerium seine Vertreter, alle materiell eingreifenden Änderungen zu verhindern. Man wußte wohl, daß ein

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

offener Angriff auf das Finanzministerium fehlschlagen mußte. So glich denn die überprüfte Fassung von J.C.S. 1067, wie sie vom SWNC-Komitee[7] am 6. Januar 1945 formuliert wurde, immer noch dem ursprünglichen Dokument vom 22. September 1944. Das Außenministerium, aufs neue abgeschlagen, wiederholte seine Bemühungen auf der Jalta-Konferenz. Die sogenannten „Briefing Book"-Papiere, die jetzt in der Sammlung der Jalta-Dokumente publiziert worden sind, werden nur voll verständlich, wenn man sie als Teil der Strategie des Außenministeriums ansieht, eine direkte oder indirekte Annullierung von J.C.S. 1067 zu erreichen.

Wieder scheiterte das Außenministerium. Aber scheiterte es wirklich? Als der Präsident am 28. Februar 1945 Außenminister Stettinius beauftragte, die Entscheidungen der Konferenz von Jalta in die amerikanische Politik einzuarbeiten, hatte er zum ersten Mal seit vielen Monaten dem Außenministerium einen direkten Auftrag gegeben. Dieses reagierte mit ungewöhnlicher Eile und Entschlossenheit; es suchte die Gelegenheit voll auszunutzen, um der amerikanischen Besatzungspolitik ein neues Gesicht zu geben: Am 10. März lag sein Entwurf einer Direktive vor und wurde dem Weißen Haus übersandt. Zwei Tage später kam er mit des Präsidenten Genehmigung an das Außenministerium zurück. Genau acht Tage lang blieb dann diese Direktive des Außenministeriums, die J.C.S. 1067 ersetzen sollte, die offizielle Grundlage der amerikanischen Politik, bis sie dann der gemeinsamen Opposition von Kriegs- und Finanzministerium zum Opfer fiel.

Diese Direktive vom 10. März hatte eine doppelte Schneide: sie wandte sich gegen die Lieblingsthese des Kriegsministeriums von der Unabhängigkeit des Zonenbefehlshabers und zugleich gegen die Politik des Finanzministeriums, sich mit der deutschen Wirtschaft nicht verantwortlich einzulassen. Sie vertrat zwei entscheidende Prinzipien, die im Außenministerium axiomatische Gültigkeit hatten: 1. Die amerikanische Besatzungspolitik müsse in enger Zusammenarbeit mit den Alliierten in der European Advisory Commission ausgearbeitet werden. 2. Sofortmaßnahmen, die anzuwenden waren, sollten in Einklang stehen mit einem langfristigen Programm für das besiegte Deutschland. Die Logik interalliierter Zusammenarbeit wie auch die praktischen Notwendigkeiten der Verwaltung für Deutschland verlangten seiner Meinung nach einen genau instruierten und über die nötige Autorität verfügenden Kontrollrat. Nur so könnten einander widersprechende Maßnahmen in den verschiedenen Zonen verhindert und Reparationen ermöglicht werden. Von Anfang bis Ende bedeutete diese Direktive vom 10. März eine einzige Verurteilung von J.C.S. 1067.

Es bedarf nicht vieler Einbildungskraft, sich die Beunruhigung des Finanzministers vorzustellen, als er diese Direktive vom 10. März las, die seine gesamte bisher verfolgte Politik beiseiteschob. Er lud Mr. McCloy und General Hilldring auf den 20. März zu einer Erörterung der außenministeriellen Direktive ein. Im Verlauf dieser Konferenz deutete Mr. Morgenthau an, daß diese Direktive vom 10. März so völlig den seitherigen Ansichten des Präsidenten zuwiderlief, daß er sich seine Zustimmung nicht erklären könne. Die Direktive sei weit davon entfernt, die Ent-

[7] State War Navy Co-ordinating Committee (for occupied areas).

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scheidungen von Jalta auszuführen, sie lasse vielmehr diejenigen politischen Ziele wiederaufleben, die das Außenministerium schon vor Jalta befürwortet und über die man sich dort keineswegs geeinigt habe. Er sei dagegen, von J.C.S. 1067 abzugehen. In seinen Augen stelle diese Direktive einen annehmbaren Kompromiß dar, während das Außenministerium sie als ein finanzministerielles Dokument betrachte. Es ergab sich, daß auch Mr. Stimson die neue Direktive entschieden bekämpfte, wenn auch aus sehr unterschiedlichen Gründen. Als der Präsident sich dieser gemeinsamen Opposition von Finanzministerium und Kriegsministerium gegenübersah, zog er am 20. März die Direktive vom 10. März zurück.

Um ein für allemal die so heftig umkämpften Gegensätze zwischen den drei Ministerien aus der Welt zu schaffen, berief der Präsident auf den 22. März ihre Vertreter zu einer Konferenz in das Weiße Haus. An ihrem Ende wurde von allen drei Ministerien ein gemeinsames Memorandum entworfen, das am 23. März die Zustimmung des Präsidenten erhielt. Die Leitgedanken dieses Memorandums, so wird man feststellen dürfen, entsprechen bereits denen der endgültigen Version von J.C.S. 1067. Es proklamierte keine in sich zusammenhängende und einheitliche Gesamtpolitik, aber es legte wenigstens den drei Ministerien einen zeitweiligen, wenn auch fragwürdigen, Kompromißfrieden auf. Das geschah zugegebenermaßen auf Kosten des Außenministeriums, wenngleich dieses nicht ganz leer ausging. Gerade die Kürze dieses Dreiseitenmemorandums hatte die Wirkung, nicht nur die Direktive des Außenministeriums aufzuheben, sondern auch gewisse, in der früheren Fassung von J.C.S. 1067 enthaltene Gedanken wiederherzustellen.

Mit diesen bindenden Instruktionen versehen, vollendete das vorläufige Komitee für die Deutschland-Politik (Informal Policy Committee on Germany) die endgültige Fassung von J.C.S. 1067 am 26. April 1945. Mit Ausnahme von Mr. William Clayton, dem Staatssekretär im Außenministerium, der den Vorsitz im Komitee innehatte, und Mr. Leo Crowley von der Verwaltung für wirtschaftliche Auslandshilfe waren alle Beamten, die an der Erörterung dieser Frage seit September teilgenommen hatten, auch wieder in diesem Komitee vertreten. Es hat wohl mehr als symbolische Bedeutung, daß das I.P.C.O.G. seine Vollsitzungen im Finanzministerium Mr. Morgenthaus abhielt. Da er vertraut mit den Ansichten des Präsidenten und das einzige Kabinettsmitglied im Rahmen des Komitees war, lag es nahe, daß er häufig die Diskussion beherrschte, wie die Akten des Komitees deutlich ergeben.

Die endgültige Fassung von J.C.S. 1067 kann man kaum das Resultat einmütiger Auffassung nennen, es sei denn, daß man einen erzwungenen Kompromiß so interpretiert. Was einen Schatten über dieses Dokument wirft, ist eine schlichte Tatsache, die man freilich nicht aus dem Text seiner umstrittenen Klauseln herauslesen kann. Als nämlich der Präsident die Direktive des Außenministeriums vom 10. März für ungültig erklärte, teilte ihr Schicksal auch das Axiom, daß die Sofortmaßnahmen der Militärregierung in unlösbarem Zusammenhang mit der langfristigen amerikanischen Besatzungspolitik stehen sollten. Obgleich der Präsident eine solche auf längere Zeit geplante Politik zugesagt hatte, als er den Kabinettsausschuß am 26. September 1944 auflöste, hatte er inzwischen seinen Glauben an die Durchführ-

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

barkeit oder die Weisheit einer solchen Politik verloren. Seine Instruktionen an I.P.C.O.G. gingen dahin, die Direktive einer kurzfristigen Politik für die Anfangszeit unmittelbar nach der Niederlage zu entwerfen. Aber in menschlichen Dingen kann nichts so leicht permanent werden wie das Provisorium.

Das Auffallende an J.C.S. 1067 ist nicht, daß es ein Strafdokument war – wie hätte es auch anders sein können –, sondern daß es nichts anderes als Strafe bezweckte. Gewiß, es gelang Mr. McCloy und Mr. Crowley, eine Reihe von mildernden Bestimmungen einzuführen. Aber sie änderten nicht, wie Mr. Stimson zwei Jahre später bedauernd bekannte, seinen peinlich-negativen Charakter. J.C.S. 1067 eröffnete zum Ausgleich keine in die Zukunft weisende, konstruktive Politik. Ehe wir die Direktive aus diesen Gründen jedoch völlig verdammen, sollten wir dem ersten Grundsatz historischer Kritik folgen und sie in ihrem zeitgeschichtlichen Zusammenhang sehen.

Warum stimmte das Kriegsministerium dieser endgültigen Fassung von J.C.S. 1067 zu? Mr. Stimson und Mr. McCloy gehörten sicherlich zu den fähigsten und einsichtigsten Männern in der ganzen Regierung Präsident Roosevelts, und sie hatten ja im Herbst zuvor die ersten Schritte einer Opposition gegen das Programm Morgenthaus unternommen. Ja, sie hatten das Außenministerium kritisiert, daß es ebenfalls in seinen frühen Entwürfen zu sehr eine Politik der Strafe verfolgte. Sie empfanden beide keinerlei Sympathie für die anfänglichen Fassungen von J.C.S. 1067, und sie hatten sich im Streit zwischen Finanzministerium und Außenministerium nur deshalb neutral verhalten, weil sie sich verpflichtet fühlten, die Entscheidung, die vom Weißen Hause kam, als die ihres Oberbefehlshabers anzunehmen und loyal ihre Planung darauf einzustellen. Man hätte wohl nach alledem erwarten können, daß sie die gemäßigte Politik des Außenministeriums, also seinen Entwurf des 10. März oder wenigstens eine Abwandlung dieser Direktive, unterstützen würden. Statt dessen bewirkten sie mit dem Finanzministerium zusammen ihre Annullierung und ließen erkennen, daß vergleichsweise ihnen selbst die Fassung vom 6. Januar lieber sei. Die Erklärung dafür ist einfach und zwingend. Sie waren überzeugt, daß der Entwurf des Außenministeriums, der einen Kontrollrat als die einzige wirksame Autorität in Deutschland einsetzte und so praktisch die Unabhängigkeit des Zonenbefehlshabers beseitigte, nicht durchführbar sei. Noch mehr standen sie unter dem Druck der Einsicht, daß es Mitte März 1945 zu spät sei, um das Steuer der Politik herumzuwerfen. Die Pläne des Kriegsministeriums für die Besetzung waren schon fertiggestellt, die vorläufigen Instruktionen abgegangen, die zahllosen, sich mit den Einzelheiten befassenden Befehle waren entworfen, gedruckt und verteilt. Das alles plötzlich zu ändern, wie es das Außenministerium anstrebte, hätte eine Verwirrung schlimmster Art bedeutet. Nach Lage der Dinge, infolge der Verzögerungen, war die Verwirrung ohnehin groß genug. Das Kriegsministerium war ehrlich bestürzt über die Aussicht weiterer Verzögerung und fürchtete deshalb eine erneut auflebende und endlose Kontroverse, in der, wie die Verhältnisse nun einmal lagen, das Finanzministerium auf keinen Fall dazu gebracht worden wäre, die Direktive des 10. März zu akzeptieren. Mr. McCloy bemühte sich deshalb nach besten Kräften,

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

J.C.S. 1067 für den amerikanischen Oberkommandierenden so praktikabel wie möglich auszugestalten im vollen Bewußtsein, wie mangelhaft die Direktive war. Es war nicht seine Schuld, daß der von ihm in die Direktive eingebaute Mechanismus für zukünftige Änderungen später nicht funktionierte. Auf der anderen Seite war das Kriegsministerium schlecht beraten, indem es sein Prinzip begrenzter Verantwortlichkeit nicht schon früher aufgab, und es täuschte sich, indem es die merkwürdige Illusion hegte, es sei eine politisch neutrale und unter rein militärischen Gesichtspunkten durchgeführte Besetzung möglich. Wenn man einmal die deutsche Kriegsmaschine endgültig vernichtet hatte, dann mußten alle wesentlichen Besatzungsprobleme zu politischen Fragen werden. Wer immer Gelegenheit gehabt hat, die Tätigkeit des alliierten Kontrollrats zu beobachten, wird versucht sein, Botschafter Winant darin recht zu geben, daß nur ein umfassendes, auch die Einzelheiten einbeziehendes, interalliiertes Übereinkommen sein Funktionieren gewährleisten konnte. Die Frage stellt sich dann natürlich sofort, ob eine gemeinsame Verwaltung Deutschlands mit der Sowjetunion als einem Mitglied des Kontrollrates überhaupt je eine Chance gehabt hat. Sicher ist jedoch, daß das kriegsministerielle Dogma eines unabhängigen Zonenbefehlshabers nur so lange sinnvoll war, als es bei der Theorie der begrenzten Verantwortlichkeit blieb. Aber in dem Augenblick, als alle Ministerien übereingekommen waren, zum Zwecke einer ausgeglichenen Wirtschaft und einer zentralen Verteilung der Exporte deutsche Zentralverwaltungen einzurichten, war diese Theorie überholt, und es war daher ein Irrtum von seiten des Kriegsministeriums, auf ihr zu bestehen. Jedoch im März 1945 konnte man ein solches interalliiertes Übereinkommen nicht mehr auszuhandeln versuchen; denn zu diesem Zeitpunkt schickten sich bereits die verschiedenen Oberbefehlshaber an, die Zügel zu ergreifen, nachdem jeder für sich von seiner Regierung Instruktionen empfangen hatte.

Nach allem hier Dargelegten braucht nicht mehr besonders betont zu werden, daß es das Finanzministerium und Mr. Morgenthau waren, die den stärksten Einzeleinfluß auf die schließliche Gestalt von J.C.S. 1067 ausübten. Wohl hatte Mr. Morgenthau vieles von seinem eigentlichen Programm geopfert. Seine Pläne für eine Internationalisierung der Ruhr und die Vernichtung der deutschen Schwerindustrie waren gefallen. Aber es gelang ihm, in die Direktive die Bestimmung einzuschließen, daß der amerikanische Militärgouverneur nichts tun dürfe, um die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten, – das sollte eine ausschließlich deutsche Verantwortung sein. Immerhin mußte Mr. Morgenthau ein Zugeständnis in der Frage existierender Preis- und Lohnkontrollen machen, um eine exzessive Inflation zu verhindern. Indessen gelang ihm weiterhin die Aufrechterhaltung des Produktionsverbots für Eisen und Stahl, wie der Produktion von Werkzeugmaschinen und chemischen Erzeugnissen. Auch wurden die Bestimmungen der früheren Fassung mit Bezug auf Verhaftungen, die ebenfalls aus dem Finanzministerium stammten, in die endgültige Direktive aufgenommen. Es war freilich dann das Außenministerium und nicht das Finanzministerium, von dem die schließliche Entnazifizierungspolitik entworfen wurde.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Seit der Veröffentlichung der Jalta-Dokumente ist es üblich geworden, die Politik des Außenministeriums für die sachlich begründetste zu halten. In der Tat sah es viele der durch die Besatzung aufgeworfenen Probleme in einigermaßen richtiger Perspektive. Aber seine Taktik war unglaublich ungeschickt und wenig überlegt. Es war ein nicht wiedergutzumachender und tragischer Fehler des Verfahrens, daß das Außenministerium seine Direktive vom 10. März an das Weiße Haus sandte, ohne zuerst das Kriegsministerium über die unabweisbaren Bedürfnisse einer Besatzungsarmee zu befragen. Damit entfremdete es sich seinen natürlichen Verbündeten, das Kriegsministerium, in einem Augenblick, wo es allein dem Finanzministerium mit geringer Hoffnung auf Erfolg Widerstand leisten konnte. In seinen Beziehungen zu den beiden anderen Ministerien, die genau wußten, was sie wollten, war das Außenministerium durch das ehrliche Zugeständnis im Nachteil, für das deutsche Problem keine Patentlösung zu haben. Die totale deutsche Niederlage, die Kriegsverbrecherprozesse, die energische Entfernung aktiver Nazis aus Schlüsselpositionen, das Verbot von Kartellen und die Entflechtung der Eigentumsverhältnisse in den riesigen Industrie- und Finanzkonzernen, all dieses und ähnliches, wenn es mit einem Sinn für Maß und einem Blick für die Wirkung auf lange Sicht geschah, würde sich als heilsame Erfahrung erweisen. Aber als das Außenministerium im November 1944 darauf bestand, daß für alle solche Maßnahmen ins einzelne gehende Anweisungen ausgearbeitet und mit den Alliierten abgestimmt werden müßten, glich es einem Prediger in der Wüste. Es läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, daß das Außenministerium bei alledem sich auf einem falschen Wege befand, und ebensowenig, daß das Kriegsministerium, indem es dazu neigte, die amerikanische Besatzungszone isoliert zu denken, allein im Recht war.

Abschließend soll zu einigen Bemerkungen Mr. McCloys Stellung genommen werden, der als Hochkommissar in wahrhaft staatsmännischer Gesinnung mehr als irgendein anderer Amerikaner die langfristige Politik des Außenministeriums ausführen half, zu deren Niederlage er und andere im Jahre 1945 so viel beigetragen hatten. Einer maßvollen Kritik an dem Verhalten des Kriegsministeriums im Jahre 1945 hält Mr. McCloy entgegen, daß das Fehlen einer langfristigen Politik kein ernsthaftes Hindernis für den amerikanischen Militärgouverneur in Deutschland war, daß General Clay genau das tat, was das Kriegsministerium von ihm erwartete, als er sich mit den konkreten Besatzungsproblemen zu befassen hatte. Das heißt, er ließ die undurchführbaren Bestimmungen von J. C. S. 1067 auf empirische Weise und Stück für Stück fallen. Als eine Beschreibung des tatsächlichen Geschehens ist diese Feststellung angreifbar. General Clay entwickelte zwar seine Politik des Wiederaufbaus, indem er den Sinn der in J. C. S. 1067 enthaltenen Formel „Verhinderung von Seuchen und Unruhen" ausweitete. Aber es ist ebenso richtig, festzuhalten, daß Deutschland nicht vor der Währungsreform im Jahre 1948 auf eigene Füße zu stehen kam. Ist also nicht die Frage berechtigt, ob nicht der Mangel einer langfristigen Politik, wie sie das Außenministerium schon im Jahre 1945 entworfen hatte, für die folgenden drei Jahre der Unentschlossenheit verantwortlich zu machen ist?

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

CONSTANTIN GRAF STAMATI

ZUR „KULTURPOLITIK" DES OSTMINISTERIUMS

Vorbemerkung des Herausgebers: Es ist eine bekannte Tatsache, daß trotz des „monolithischen" Aspekts des NS-Regierungssystems viele Lücken in ihm bestanden als Folge mangelnder Sachkunde, menschlicher Unzulänglichkeit, widersprüchlicher Kompetenzen und persönlicher Rivalitäten – Lücken, die von besser Informierten und moralisch Ansprechbaren zu sehr heterodoxen Einzelhandlungen und zu überraschenden Querverbindungen benutzt werden konnten. Der Verfasser, Deutsch-Balte und nicht Pg., der zusammen mit anderen Landsleuten im Ostministerium tätig war, berichtet aus eigener Anschauung über einige konkrete Vorgänge solcher Art, die für das Bild dessen, „wie es eigentlich gewesen", von Interesse sein dürften.

H. R.

Vor Beginn des Ostfeldzuges ließ Adolf Hitler einige Rasseforscher befragen, ob die „Russen" (was für ihn gleichbedeutend war mit „Bewohnern der Sowjetunion") mit technischen Waffen umgehen könnten oder nicht. Die Antwort lautete verneinend mit der Begründung, daß schon in Deutschland in der technischen Entwicklung ein Gefälle von West nach Ost vorhanden sei. Je weiter nach Osten, desto geringer die technische Begabung, die dem „ostischen Menschen" nun einmal abgehe, ebenso wie die organisatorische.[1]

Wenn man daran erinnert, welche Bedeutung die Rassentheorie als Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung hatte und wie „fanatisch" die damaligen Machthaber an sie glaubten, wird man sich nicht darüber wundern dürfen, daß Hitler und seine nächsten Vertrauten aus diesem Glaubenssatz auch die letzten praktischen Konsequenzen ziehen wollten. Die Zeugnisse für die Pläne, die sie gegenüber dem „Untermenschentum" hatten, sind bekannt. Ihre Durchführung war für die im Osten eingesetzten NS-Behörden verpflichtend.

Zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete wurde der bekannte Parteiideologe Alfred Rosenberg ernannt. Sein Name bedeutete ein Programm. Als Mensch freilich lag er Adolf Hitler nur wenig, und dieser mißtraute auch seinen praktischen Fähigkeiten. Die Polizeigewalt in den besetzten Ostgebieten übergab er Himmler, die Wirtschaft Göring. Zum Reichskommissar „Ostland" wurde Hinrich Lohse ernannt, zum Reichskommissar für die Ukraine der Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch, der das volle Vertrauen Hitlers hatte und von ihm öfters

[1] Der Rasseforscher Prof. Dr. Othenio Abel teilte dies dem Verf. auf einer Arbeitstagung der ‚Zentrale für Ostforschung' 1944 mit. Prof. Abel, ein kultivierter Österreicher vom Kavalierstyp, der wissenschaftlich durchaus ernst zu nehmen war, hielt übrigens auf dieser Tagung einen Vortrag, der die Untermenschentheorie auch vom rassischen Standpunkt in Bezug auf den Osten völlig widerlegte. Bei der SS stand dieser unerschrockene Mann schon seit einiger Zeit auf der schwarzen Liste. Seinem Vortrag folgten denn auch scharfe Angriffe von „Kollegen".

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

empfangen wurde. Im Konfliktfall zwischen Reichsminister und Reichskommissar lag die Entscheidung bei Hitler.

Die Autorität des Ostministeriums wurde indessen tatsächlich nur in einem Teil des Reichskommissariats Ostland anerkannt, d. h. in den Generalkommissariaten Est- und Lettland. In den beiden anderen, Litauen und Weißruthenien, war das nur in sehr beschränktem Maße der Fall. Selbstverständlich hatte das Ostministerium auch keine Befehlsgewalt in dem Streifen unmittelbar hinter der Front, der der Heeresverwaltung unterstellt war, ebensowenig hinsichtlich der Kriegsgefangenen- und Ostarbeiterlager.

Alfred Rosenberg gehörte unzweifelhaft zu den führenden Nationalsozialisten, die in der ganzen Welt den schlechtesten Ruf hatten und noch haben. Seiner Herkunft nach gilt er als Deutschbalte – Deutschbalten waren indessen seine Eltern eigentlich nicht. Sein Vater, ein ehrbarer und tüchtiger Handwerker, ließ seinen begabten Sohn eine höhere Schule besuchen und Architektur studieren. In Riga trat er einer deutschbaltischen Studentenverbindung bei. Nach Deutschlands Zusammenbruch 1918 ging er nach München und lehnte es ab, Soldat in einem der deutschbaltischen Freiwilligenverbände zu werden, die die Heimat – zusammen mit estnischen und lettischen Verbänden – erfolgreich gegen die Rote Armee verteidigten. Vermutlich hatte er die Vorstellung, daß seiner in Deutschland „größere Aufgaben" harrten, denn an persönlichem Mut fehlte es ihm keinesfalls. Den Weg zu Adolf Hitler fand er schnell.

Als Mensch wäre Rosenberg etwa so zu charakterisieren: Er war ein Mann der Theorie, dem es an gesundem Instinkt fehlte. Aus einem Streitgespräch als Sieger hervorzugehen, war sein größter Stolz. Nachtragend oder gar rachsüchtig war er gar nicht. Für Argumente aus den Bereichen der Fairneß und der Menschlichkeit war er empfänglich. Sein Machtwille und sein Geltungsdrang waren durch die hohe Auflageziffer etwa einer seiner Streitschriften vollauf befriedigt. Er verfügte über ein ausgedehntes Wissen auf verschiedenen Gebieten, das er aber nicht in Form bringen konnte, und über die „Schreibtischhärte" des Theoretikers im Urteil über Gegner des „nordischen Menschen", wie es die Etrusker, Juden und Jesuiten seiner Meinung nach gewesen waren oder noch waren. Im Einzelfall hätte er aber ein Todesurteil nur sehr widerstrebend unterzeichnet, und er hatte dazu auch wohl kaum Gelegenheit.

In den knapp vier Jahren seiner Tätigkeit als Minister wurde Rosenberg zudem immer mehr zu einem müden, kranken Mann, mit einem verbitterten Zug um die Mundwinkel, der lieber Zivil trug als die Uniform und der auf ein öffentliches Auftreten mit Gefolge gern verzichtete. Rosenberg förderte und duldete auch Mitarbeiter, die der Partei nicht angehörten oder die das zwar notgedrungen noch taten, sich aber innerlich schon von ihr gelöst hatten. Daneben hatte er freilich auch manche alten Parteigenossen um sich, die ihm treu ergeben waren oder von denen er das voraussetzte. Etwas menschliche Wärme brauchte er wohl in der Vereinsamung, in die er immer mehr hineingeriet. Wer von seinen Mitarbeitern in politische Schwierigkeiten kam, konnte freilich nicht auf Rückhalt bei ihm rech-

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen. Andererseits erlaubte diese Schwäche Rosenbergs im Einzelfall Handlungen von seiten der Angehörigen seines Ministeriums, die zu der offiziellen Politik in schärfstem Widerspruch standen.

Dies sei vorausgeschickt, um wenigstens andeutungsweise die Voraussetzungen zu schildern, die der Arbeit auf dem kulturpolitischen Sektor des Ostministeriums zugrunde lagen.

Schon der Beginn dieser Arbeit war deprimierend. Auf die Aufforderung des Ostministers, das Schulwesen in der Ukraine wieder in Gang zu bringen und seine Vorschläge dazu einzureichen, antwortete Reichskommissar Koch, daß er vor einigen Tagen Gelegenheit gehabt hätte, mit dem „Führer" darüber zu sprechen, der erklärt hätte: „Wenn ein Ukrainer bis Hundert zählen kann, genügt es mir!" Das war deutlich genug.

Die Ukrainer hatten – ebenso wie die Weißruthenen – als „Untermenschen" zu gelten. Bekanntlich hatte die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in der Ukraine und in Weißruthenien die deutschen Truppen als Befreier vom Terror Stalins begrüßt. Die praktische Anwendung der Untermenschentheorie in diesen Gebieten führte alsbald dazu, daß Weißruthenien – die Schlüsselstellung für den deutschen Nachschub – zum Zentrum der Partisanenbewegung wurde, die sich auch auf Teile der Ukraine erstreckte.

In Litauen wurden die dortigen Hochschulen geschlossen und vier, übrigens besonders deutschfreundliche, Professoren vom SD verhaftet und ins KZ Stutthof bei Danzig überwiesen. Der erste Antrag des Sonderreferats für Wissenschaft und Kultur des Ostministeriums an den SD um ihre Freilassung wurde nicht beantwortet. Auf den zweiten kam ein kurzer Bescheid vom Reichssicherheitshauptamt, die vier Professoren seien an Typhus gestorben . . .

1942 fand in Berlin eine interministerielle Besprechung statt, die vom Ostministerium angeregt worden war. Das Thema war die Bereitstellung von akademisch geschulten Fachkräften für die besetzten oder noch zu besetzenden Ostgebiete (die erfolgreiche Beendigung des Ostfeldzuges galt damals als Dogma, an dem zu zweifeln niemand wagen durfte). Sämtliche Vertreter der verschiedenen Reichsministerien erklärten einmütig, daß man das Wirtschaftsleben und den Verkehr im Osten ohne die freiwillige Mitarbeit akademisch geschulter Fachkräfte, die der örtlichen Bevölkerung entstammten, nicht in Gang bringen und schon gar nicht auf dem laufenden halten könne. Für fast jedes Einzelgebiet wurde der Nachweis erbracht, daß Deutschland nicht in der Lage sei, diese Kräfte bereitzustellen. Nur der Vertreter der Parteikanzlei äußerte sich scharf dagegen. Angehörige der Ostvölker dürften keinesfalls die Hochschule besuchen, meinte er nachdrücklich. Das Endergebnis dieser Besprechung war eine „geheime Reichssache". Auf Vortrag von Martin Bormann hatte Hitler entschieden, daß probeweise 12 Esten und Letten, die rassisch einwandfrei sein müßten, zum Studium in Deutschland zuzulassen seien. Diese Zwölf sollten an einer ostdeutschen Universität studieren, unter ständiger SD-Überwachung stehen und allmählich eingedeutscht werden. Die Unkenntnis der Verhältnisse in Est- und Lettland, die aus dieser „geheimen

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichssache" sprach, war erstaunlich. Bei den Esten und Letten handelte es sich um zwei begabte, lebenstüchtige kleine Völker von natürlichem Selbstbewußtsein, die zwar gern bereit waren, der deutschen Kultur einiges ihnen Gemäße zu entnehmen, aber auch nicht mehr als das. Die Hochschulen in Est- und Lettland, die einen guten wissenschaftlichen Ruf hatten, konnten ihre Arbeit immerhin leidlich ungestört fortführen – als einzige im besetzten Ostgebiet.

An der Universität Riga (Lettland) studierten auch einige Angehörige der dort seit längerem ansässigen russischen Volksgruppe und rund 30 Polen und Polinnen, für die das gleiche galt (z. T. waren es auch Flüchtlinge aus Litauen und Polen, die von den Letten loyal gedeckt wurden). Ein übereifriger Beamter des Reichskommissars Ostland brachte das nochmals zur Kenntnis des Ministeriums und schlug vor, diese 30 Studierenden nach Polen auszuweisen, wo sie vermutlich in ein KZ gekommen wären. Das konnte verhindert werden. Sie blieben unbehelligt und konnten weiterstudieren.

Geheime Reichssachen wurden nur wenigen bekannt und mußten unter Verschluß gehalten werden. Daher erregte es keinen Anstoß, daß auch diese „geheime Reichssache" über das Studium der 12 Esten und Letten sinngemäß ausgelegt wurde. Die Zahl wurde auf 100 erhöht und auch Studentinnen zugelassen. Eine weitere Erhöhung, die vorgesehen war, wurde durch die Kriegsereignisse unmöglich gemacht. Diese Studenten wurden fast nur in west- und süddeutschen Universitäten untergebracht. Fast alle erhielten ein Stipendium, das 250.— Mark monatlich betrug.

Bei allen diesen Maßnahmen machte die kulturpolitische Abteilung des Reichskommissars Ostland widerspruchslos mit, obwohl sie ausschließlich mit Parteigenossen besetzt war, allerdings mit Parteigenossen, die über die Entwicklung des Nationalsozialismus bitter enttäuscht waren.

Der Referent für Kulturpolitik im Generalkommissariat Litauen war ein früherer protestantischer Pfarrer mit 9 Kindern. Aus ehrlicher, weltfremder Begeisterung war er Parteigenosse geworden. Nunmehr war er völlig enttäuscht und sah es als seine Aufgabe an, die Schuld wiedergutzumachen, die er auf sich geladen hatte. Nachdem er sich bei einem Besuch in Berlin vergewissert hatte, daß er für seine Pläne, die er allerdings nur andeutungsweise vorbrachte, Rückhalt finden würde, erteilte er 100 litauischen Studenten und Studentinnen die Genehmigung, zwecks Fortsetzung ihres gewaltsam unterbrochenen Studiums nach Deutschland zu reisen. Etwa 90 davon kamen. Zum allergrößten Teil waren sie auf ein Vollstipendium angewiesen, das sie erhielten, zugleich mit einer Befürwortung der kulturpolitischen Abteilung des Ostministeriums (die bald darauf in „Sonderreferat für Wissenschaft und Kultur" umbenannt wurde) an das Reichserziehungsministerium, sie zum Studium zuzulassen. Das geschah anstandslos. Der Krach blieb freilich nicht aus. Der vom SD benachrichtigte Himmler schrieb Rosenberg darüber in recht scharfer Form. Das konnte abgebogen werden. In der Antwort wurde darauf hingewiesen, daß es sich um eine Eigenmächtigkeit eines Vaters von 9 Kindern handle, der sich mittlerweile zur Wehrmacht gemeldet hätte. Aus Prestige-

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gründen könne die Maßnahme zur Zeit nicht rückgängig gemacht werden. Das reichte hin. Himmler besaß eine sentimentale Seite und pflegte auf Prestigegründe zu reagieren.

Schon 1942 erwies es sich als unumgänglich, in Verbindung mit der Aufstellung von Freiwilligenverbänden aus den Reihen der Kriegsgefangenen Angehörige mancher Völker der Sowjetunion zum Studium in Deutschland zuzulassen. (Während es in Deutschland, gerade in manchen Parteikreisen, gegen den Akademiker ein deutlich erkennbares Ressentiment gab, war die Einstellung der Völker des Ostens völlig anders. Im Dorf und in der Kleinstadt war man auf den Studenten, der von dort stammte, stolz. In den Studenten sah man die künftige Elite des Volkes, und alle Aufstiegshoffnungen knüpften sich an sie.) Humanität, Toleranz und politische Zweckmäßigkeit sind Dinge, die fast immer zusammenfallen, wenn auch nicht in der Vorstellung halbgebildeter Zweckmäßigkeitsfanatiker. Es gelang, etwa 90 Angehörige der Völker der Sowjetunion, darunter auch 6 Kalmüken, in Deutschland studieren zu lassen. Diese Sechs zeichneten sich durch Fleiß, Begabung und ruhiges, zurückhaltendes Wesen besonders aus. Leider dienten sie auch als Angriffsziel für einige Anhänger der Rassentheorie.

Der Polizeipräsident von Breslau verlangte von allen Studierenden aus dem Osten, die in dieser Stadt waren, daß sie das Ostarbeiterabzeichen – von den Trägern selbst Hundemarke, ‚Sobatschij Snak' genannt – tragen sollten. Nach einem scharfen Briefwechsel konnte das rückgängig gemacht werden.

Der letzte Gouverneur von Galizien, das zum Generalgouvernement Polen gehörte, also dem Ostministerium nicht unterstellt war, ein höherer SS-Führer österreichischer Herkunft, gehörte zu den Parteileuten, die von der Praxis des Nationalsozialismus restlos enttäuscht waren. Galizien kannte er zudem von seiner Kindheit her. Er tat sein Möglichstes, um die Lage der Bevölkerung zu bessern. In Ostgalizien, das ukrainisch besiedelt war, gab es keine kommunistischen Partisanen, wohl aber „grüne", die zwar nicht die Wehrmacht und ihre Verbindungslinien, wohl aber die Sicherheitspolizei und die Beamten der Zivilverwaltung angriffen und selbstverständlich auch die Kommunisten, falls sich diese irgendwo zeigten. Die „grünen" Partisanen waren also ukrainische Freiheitskämpfer, die von den Deutschen zutiefst enttäuscht waren. Zuspitzungen hätten hier leicht katastrophale Folgen gehabt.

Der Gouverneur von Galizien entschloß sich also, einen langgehegten ukrainischen Wunsch zu erfüllen. Rund 100 zum Studium besonders geeignete junge Ukrainer wurden ausgesucht und, mit einem Stipendium von je 100.— Mark monatlich aus ukrainischen Mitteln, zum Studium nach Deutschland gesandt, wobei zu einigen Universitäten, wie z. B. Danzig oder Wien, besonders guter Kontakt bestand. Das Reichserziehungsministerium wollte jedoch diese 100 Ukrainer nicht ohne Rückendeckung zum Studium zulassen und fragte deshalb beim Ostministerium an, das die politische Verantwortung dafür übernahm (das sah praktisch so aus, daß ein Referent, der kein Recht dazu hatte, dies im Namen des Reichsministers tat). Einige ostgalizische Ukrainer, die mit den 100.— Mark, die

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sie als Stipendium erhielten, nicht reichten, bekamen Zuschüsse vom Ostministerium. Beantragt wurden diese Zuschüsse übrigens von zwei Vertretern der deutschen Studentenschaft. Heftige Angriffe von einigen Parteistellen gegen das Studium von Ukrainern waren die Folge.

Die Aktion des Gouverneurs von Galizien war 1943 erfolgt. Die Angriffe setzten 1944 ein. Sie steigerten sich, als etwa 60 Russen und Ukrainer vom Ostministerium Stipendien erhielten und auf Grund einer Befürwortung größtenteils zum Studium zugelassen wurden. (Zu diesen etwa 60 Studierenden, die größtenteils Russen waren, kamen noch etwa 20 Halbrussen hinzu, staatenlose russische Emigranten aus Deutschland oder Angehörige der russischen Volksgruppe im Baltikum.)

Die meisten Stipendiaten russischer und ukrainischer Herkunft wurden dem Ostministerium unmittelbar vom Heer überwiesen. Darunter waren auch manche, die keine Hochschulreife hatten und die darum anderswo untergebracht werden mußten. Hinzu kamen einige Härtefälle, die Ostarbeiter betrafen. Einer dieser Fälle geriet in den Brennpunkt der Angriffe, die sich gegen den für die Stipendienabteilung zuständigen Referenten des Ostministeriums richteten, der über einen Fonds von 1 Million Mark jährlich verfügte (eine Summe, die noch erhöht werden konnte). Die übrigen Fälle führten nur zu Einzelangriffen, die leichter abzuwehren waren.

In Verbindung mit Professor Dr. Remme, der im Auftrag des Reichserziehungsministeriums die Studiengenehmigungen für Ausländer zu erteilen hatte, wurden alle die Stipendiaten, die mangelnde Sprachkenntnisse hatten oder Lücken in ihrer Schulbildung aufwiesen, Dreimonatskursen überwiesen, die notfalls auf ein halbes Jahr verlängert werden konnten. Diese Kurse fanden in Berlin statt und waren ganz ausgezeichnet geleitet.

In den Mittelpunkt der Angriffe, die sich letztlich gegen die Stipendienerteilung und die Zulassung zum Studium von Studenten aus dem besetzten Ostgebiet richteten, geriet eine junge Russin aus Kiew, die wir hier mit S. I. bezeichnen wollen und deren Fall, als typisch für manchen anderen, hier etwas ausführlicher dargestellt sei. Sie war die Tochter eines bedeutenden russischen Forschers, der kurz vor Kriegsbeginn von der NKWD verhaftet und nach einigen Monaten als Todeskanditat – infolge der bei den Verhören erlittenen Mißhandlungen – wieder freigelassen worden war. Nach wenigen Wochen starb er als gebrochener Mann. Mutter und Tochter, die gerade das Abitur gemacht hatte, blieben in Kiew, als die deutschen Truppen sich dieser Stadt näherten, und traten dann als Dolmetscher (beide beherrschten die deutsche Sprache, die Tochter sogar sehr gut) in deutsche Dienste. Sie begrüßten die Deutschen als Befreier vom Stalinschen Terror, wie das die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung – einschließlich der allermeisten in Kiew verbliebenen Juden – auch tat. Auf den Gedanken, daß die damaligen Machthaber in Deutschland eine brutale Gewaltherrschaft im Osten auf der Grundlage der Untermenschentheorie errichten wollten, sind diese Menschen gar nicht gekommen und haben es auch eine lange Zeit hindurch nicht glauben können. Es erschien ihnen zu unsinnig – und nicht nur ihnen!

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Herbst 1943 wurden Mutter und Tochter, zusammen mit den Angestellten der deutschen Industriefirma, für die sie arbeiteten, nach D. im Westen Deutschlands evakuiert. Dort angekommen, mußten sie das Ostarbeiterabzeichen tragen, wurden in ein Ostarbeiterlager geschafft und vorschriftsmäßig als Untermenschen behandelt. Der Versuch des jungen Mädchens, Schreibmaschine und Stenographie zu lernen, wurde ihr von der Vertreterin des Rassepolitischen Amtes bei der dortigen Gauleitung untersagt. Einige Wertsachen der beiden verschwanden auf ungeklärte Art. Vielleicht war es tatsächlich ein Bombenangriff gewesen, wenn auch nicht viel für diese Lesart sprach! Die örtliche Gestapo erklärte sich bereit, das Schicksal der beiden etwas zu erleichtern, wenn die Tochter bereit wäre, Agentin der Gestapo im Lager zu werden. Das lehnte sie ab, da sie Selbstachtung und Charakter genug hatte, sich solcher Zumutung zu versagen. Ein Ingenieur der Firma, zutiefst empört über diese Vorgänge, trug sie dem Referenten, der die Stipendien verwaltete, vor. Ihm gelang es, die beiden durch einen Marschbefehl (den auszustellen er allerdings kein Recht hatte) nach Berlin zu holen, wo die Tochter ein Stipendium erhielt und mit ihrer Mutter nach F. zum Studium gesandt wurde. Wohl durch einen aufgefangenen Brief erfuhr die Gestapo in D. ihre neue Anschrift und die wesentliche Verbesserung ihrer Lage. Die erste Folge davon war ein längeres Fernschreiben der Gestapo in D. an die Gestapo in F., in dem die junge Russin als „gefährliche kommunistische Agentin" bezeichnet und ihre „Sicherstellung" verlangt wurde. Anschließend sollte sie dann nach D. überführt werden. Die S. I. wurde zum Verhör in die Gestapo in F. bestellt, die übrigens größtenteils aus alten Kriminalbeamten zusammengesetzt war, denen ein unrechtmäßiges Verfahren widerstrebte. Nach eingehendem Verhör und Prüfung der Bescheinigungen, die die S. I. vom Ostministerium erhalten hatte, zeigte der Gestapobeamte ihr das Fernschreiben aus D., stand auf, reichte ihr die Hand und erklärte: „Ich glaube Ihnen jedes Wort." Die junge Russin, die bald darauf Lektorin für Russisch an der dortigen Universität wurde (etwa 30 im Osten kriegsverletzte junge Offiziere, die in F. studierten, legten auf die Erlernung dieser Sprache Wert), wurde von der Gestapo in F. nicht mehr behelligt.

In der Berliner Zentrale der Gestapo fand sich in der für Ostarbeiter zuständigen Abteilung ein junger Beamter, der Regierungsamtmann Schmidt, durch dessen Hände alle Eingänge gingen. Da er anscheinend der einzige in seiner Abteilung war, der wirklich arbeitete, war sein Einfluß entsprechend groß. Er erklärte sich bereit, die S. I., von der er einen persönlichen Eindruck gewonnen hatte, zu schützen, und er tat es auch. Als es ihm nicht mehr möglich war, die Angriffe abzubiegen, die vom Leiter des Rassepolitischen Amtes, Dr. Gross, der Gauleitung in D. und auch von einer Abteilung des Ostministeriums gegen das Studium der S. I. erhoben wurden und die sich nach dem Grundsatz: man schlägt den Sack und meint den Esel – gegen den Referenten richteten, schlug er vor, sie zu einer Kosakin zu machen, was auch geschah. Auch zu Anträgen auf Befreiung russischer und ukrainischer Stipendiaten vom Ostarbeiterverhältnis gab der Amtmann Schmidt seine Zustimmung.

Unvermeidlicherweise gab es auch im Ostministerium einen Vertreter des Rasse-

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politischen Amtes. In der Hoffnung, ihn von der Unsinnigkeit der Untermenschentheorie überzeugen zu können, wurden ihm einige der Stipendiaten zur „rassischen Überprüfung" vorgestellt. Dieser Versuch mißglückte völlig und mußte eingestellt werden, da er durch seine verkrampfte, ungeschickte Art der Menschenbehandlung alsbald bei den Stipendiaten zur komischen Figur wurde. Diese russischen und ukrainischen Studenten hatten ein natürliches Selbstbewußtsein und eine unbefangene Art des Sich-Gebens, die manchmal fast kindlich wirkte. Devot oder gar kriecherisch waren sie gar nicht. Begabungsmäßig ließen sie ebensowenig zu wünschen übrig wie in ihrem Benehmen.

Im besetzten Gebiet der Sowjetunion befand sich auch eine größere Anzahl von russischen und ukrainischen Professoren und Forschern mit ihren Familien. Ein Teil von ihnen war im Osten in einem früheren, mittlerweile völlig verwanzten Wehrmachtlager untergebracht. In enger Zusammenarbeit mit einem sehr aufgeschlossenen Obersten des Oberkommandos der Wehrmacht konnten etwa 60 dieser Wissenschaftler, die heute zum allergrößten Teil in Übersee tätig sind, bei der deutschen Industrie menschenwürdig untergebracht werden, wobei sie selbstverständlich vom Ostarbeiterverhältnis befreit wurden. Etwa 20 russische Wissenschaftler erhielten Forschungsstipendien von der Zentrale für Ostforschung. Die Zusammenarbeit mit deutschen Stellen lehnte nur ein einziger, ein recht bekannter älterer Chemiker, ab. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei hier angefügt, daß allen diesen Wissenschaftlern der Gedanke an Landesverrat völlig fern lag. Sie waren erbitterte Gegner des Stalinschen Terrorsystems und erhofften von den Deutschen die Befreiung davon. Die nationalsozialistische Politik der brutalen Gewaltherrschaft im Osten begriffen sie nicht und sahen darin nur eine kriegsbedingte, allerdings psychologisch sehr unkluge Härte, die bald aufhören würde.

Die Schwierigkeiten mit der Einschulung der Kinder dieser Wissenschaftler konnten weitgehend behoben werden. Auch hierin wirkte sich die Untermenschentheorie sehr störend aus. Die meisten deutschen Provinzbehörden stellten sich aber auf den Standpunkt, daß Kinder der Schulpflicht unterliegen.

Das auf dem kulturpolitischen Sektor von einer Gruppe von Angestellten des Ostministeriums mit Unterstützung vieler anderer, human und fair empfindender Menschen Getane konnte leider nur wenig sein. Es gelang – um es mit wohl etwas zuviel Pathos auszudrücken –, einige Inseln der Humanität und Rechtlichkeit in einem Meer von Blut und Tränen zu schaffen – nicht mehr. Heute, wo sich die Frage der Verständigungsmöglichkeiten mit den Völkern des Ostens nachdrücklich erhebt, könnte es vielleicht von einem gewissen Wert sein, auf die Fäden hinzuweisen, die auch in der Zeit schlimmster Verwirrung und Feindschaft geknüpft wurden.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

ZUR POLITIK SCHLEICHERS GEGENÜBER DER NSDAP 1932

Die unterschiedlichen Meinungen über die Politik des Reichswehrministers von Schleicher während der Amtszeit des Kabinetts von Papen (1. Juni – 17. November 1932) sind so alt wie die damaligen Geschehnisse selbst. In den Äußerungen der Mithandelnden und Miterlebenden sind sie zum Teil heute noch erkennbar. Auf der einen Seite wird, etwa in den Rückblicken Papens, ein Bild von der willensmäßigen Geschlossenheit der von dem Vertrauen Hindenburgs getragenen Präsidialregierung gezeichnet, deren Weiterarbeit Ende November durch die veränderte Einstellung Schleichers jäh unterbrochen worden sei. Papen war ursprünglich der Meinung gewesen, daß des Generals „politische Konzeption grundsätzlichen Erwägungen entsprang". „Dieses Mißverständnis", schreibt er[1], „enthüllte sich mir erst, als ich . . . entsetzt feststellte, mit welcher Bedenkenlosigkeit Schleicher alles über Bord warf, was wir bisher gemeinsam verkündet hatten. Er vergaß, daß wir sechs Monate lang gepredigt hatten, eine völlig neue, auf christlich-konservativer Grundlage gebildete Regierung auf die Beine stellen zu wollen, mit dem Ziele, der funktionsunfähig gewordenen Weimarer Demokratie einen neuen Charakter durch Verfassungs- und Wahlreform zu geben. Wir hatten Hindenburgs Wort für dieses Programm verpfändet . . ." Nach der Auffassung Papens schloß dieses Programm eine einheitliche Politik gegenüber den Parteien ein, vor allem in der Bewertung und Behandlung des Problems Hitler.

Andererseits taucht bei den nationalsozialistischen Gegenspielern schon früh die Version von unredlichen Machenschaften Schleichers auf, welche bei den Entscheidungen des Reichspräsidenten störende Auswirkungen gezeitigt, ja überhaupt die im Sommer 1932 erhoffte „nationale Einigung" Deutschlands unter Führung Hitlers böswillig vereitelt hätten. Nicht Papen sei der Gegner gewesen, sondern Schleicher, der stets die jeweiligen Unterhändler der NSDAP hingehalten und betrogen habe.

Dieser stille Verdacht hatte sich gegen Ende des Jahres, als die Parteiführung von der bevorstehenden Begegnung Papen-Hitler im Hause des Barons von Schröder einen Ausweg aus der politischen Isolierung erhoffte, in hohem Maße verstärkt. Es bedurfte sozusagen nur noch einer Bestätigung aus dem Munde Papens selbst. „Ich hoffe", schrieb Wilhelm Keppler, einer der Wirtschaftssachverständigen in der Umgebung Hitlers, am 26. Dezember 1932 an Schröder, „daß die Besprechung zu einer weitgehenden Aufklärung der politischen Geschehnisse der letzten Monate führen wird; ich vermute, daß wir den 13. August auch Herrn v. Schl. zu danken haben; in diesem Falle wäre auch eine Aufklärung hierüber besonders dankbar [sic]." Und am Schluß des Briefes heißt es: „Infolge des 13. August, den der Führer immer als persönliche Niederlage empfand, war seine Stimmung gegenüber Herrn v. P. lange Zeit sehr schlecht. Ich bin bei ihm immer für v. P. und gegen

[1] F. von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 277.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

v. Schl. eingetreten; die Stimmung wurde mit der Zeit besser, und er soll dem jetzt geäußerten Wunsch gerne entsprochen haben; ich hoffe, daß es Ihrer Geschicklichkeit gelingt, bei der Besprechung die letzten Hemmnisse zu beseitigen[2]." Das Bestreben der Nationalsozialisten ging dahin, im Hinblick auf die künftigen Entscheidungen Hindenburgs unter die Ereignisse des August einen Schlußstrich zu ziehen. Hierzu brauchte man einen Schuldigen, und es traf sich, daß dieser jetzt, um die Jahreswende 1932/33, „wieder" den Ansprüchen Hitlers im Wege stand, diesmal (wie es schien) gefährlicher denn je. Wir wollen offen lassen, ob diese Dinge in Köln zur Sprache gekommen sind. Der heimliche Wunsch der Parteiführung nach Aufklärung war auch in der Redaktion des „Völkischen Beobachters" bekannt[3]. Jedenfalls blieb das Verlangen nach dieser ganz bestimmten Information unverändert stark, denn um den 21. Januar 1933 fragte Keppler abermals bei Schröder an: „Bestände jetzt vielleicht die Möglichkeit, durch v. P. beim alten Herren zu erfahren, wie Schl. im August unter vier Augen mit dem alten Herren verhandelte? Sollte Schl. bei den Ereignissen am 13. August dazwischen geschossen haben, so wäre eine entsprechende Erklärung äußerst wichtig, um vertrauensvolle Zusammenarbeit zu erreichen[4]."

Tatsächlich entstand bei der NSDAP im Laufe des Jahres 1933 das Bild eines politisierenden Generals, behaftet mit der Schuld, daß das „Miteinander" Hindenburg-Hitler und die „nationale Erhebung" erst „so spät" gelangen. An sich steht diese nationalsozialistische Auffassung hier nicht zur Erörterung, doch sind bei ihr Maßstäbe zu erkennen, wie sie seit dem Ende der Weimarer Zeit auch bei der republikanischen Kritik Anwendung gefunden haben. Wir meinen die These von dem grundsatzlosen Intrigantentum Schleichers, die gegenwärtig bis in die Erörterungen über die Rolle der Reichswehr im damaligen Staate vorgedrungen ist. Es wird Aufgabe dieser Dokumentation sein, mit Hilfe bislang unveröffentlichter Stücke diese Art der Beurteilung, in welche praktisch auch die von Papen vertretene Sicht der Dinge einmündet, kritisch zu beleuchten.

Es konnte Schleicher, der nach dem 30. Januar 1933 zurückgezogen lebte, nicht

---

[2] Schreiben Kepplers an Schröder vom 26. Dezember 1932, Fotokopie des Originals, Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MC 4.

[3] Vgl. den Kommentar des „Völkischen Beobachters", Süddeutsche Ausgabe, vom 7./8. Januar 1933: „Die D nge dürften sich vielmehr so verhalten, daß umgekehrt Herr von Papen das Bedürfnis fühlte, dem Führer der größten deutschen Partei gewisse interessante Einzelheiten über die Vorgeschichte mitzuteilen, die zum Sturze seiner Regierung im November vorigen Jahres führten. Wenn man dabei an die eigenartigen Umstände denkt, die nach dem formellen Rücktritt der Regierung Papen der Beauftragung des Herrn von Schleicher unmittelbar vorausgingen, so kann man es verstehen, daß der ehemalige Reichskanzler Wert darauf legt, einiges Licht in die Dinge zu bringen und in die Methoden, mit denen man heutzutage Kanzler werden kann . . ."

[4] Notiz Kepplers für Schröder, undatiert. In der Sammlung der Nürnberger Dokumente als Postskript fälschlich zu einem Schreiben vom 28. November 1932 (Dok. NI-211, ungedr.) eingeordnet. Auf jeden Fall gehört das Stück in das letzte Januardrittel 1933, wahrscheinlich zum 21. Januar. Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MC 4.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verborgen bleiben, welche Richtung die zeitgenössische Einschätzung seiner Person zu nehmen drohte. Als gelegentliche Äußerungen über seine vermeintlich verhängnisvolle Rolle in der Presse auftauchten, bemühte er sich daher in dem ihm noch zu Gebote stehenden Rahmen um Richtigstellungen. So entstanden, nachdem Anfang August 1933 und am 30. Januar 1934 Zeitungsaufsätze[5] seinen Unwillen erregt hatten, zwei Antwortbriefe, die erst vor kurzem bekannt geworden sind. Eine Abschrift des ersten, an Staatssekretär Körner gerichteten Schreibens (vom 5. August 1933) gelangte offiziell zu den Akten der Präsidialkanzlei; der handschriftliche Entwurf des zweiten vom 30. Januar 1934 wurde vor längerer Zeit freundlicherweise durch General Dr. Speidel dem Institut für Zeitgeschichte zur Auswertung zur Verfügung gestellt[6]. In beiden Fällen ging es Schleicher darum, daß die offizielle Sprachregelung des „neuen Staates" die von ihm seit 1930 unternommenen Bemühungen um eine „nationale" Politik, betrieben im Verein mit dem Reichspräsidenten und im Wechselspiel mit der NSDAP, in angemessener Weise zur Kenntnis nehmen sollte.

Nr. 1.

1933 August 5, Neubabelsberg.
Schreiben des Gen. d. Inf. a. D. von Schleicher an den Staatssekretär Körner.

Eigenhändige Abschrift Schleichers für Staatssekretär Dr. Meißner. – Potsdam, Deutsches Zentralarchiv, Büro des Reichspräsidenten, Bd 47, fol. 601 f.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Da ich meines Wissens nicht die Ehre habe, Sie zu kennen, hat mich der Passus in Ihrem Essener Artikel, der sich mit meiner Person befaßt, außerordentlich überrascht. Wenn ich auch der Auffassung bin, daß die Zeit noch nicht gekommen ist, um die Geschichte jener Zeit zu schreiben – ich fühle jedenfalls nicht den [Beruf] dazu in mir –, so möchte ich zu Ihrer persönlichen Orientierung doch folgendes bemerken:

1). Seit dem Sommer 31 habe ich mich konsequent und unbeirrt für die Heranziehung der NSDAP zur Regierung eingesetzt. Das kann jeder der leitenden Männer jener Periode bestätigen.

2). Vor jenem denkwürdigen 13. August habe ich mich sowohl im damaligen Reichskabinett wie bei mehreren Unterredungen beim Herrn R.Pr. nachdrück-

---

[5] Interview des Staatssekretär Körners, in: Nationalzeitung [Essen] vom 2. August 1933; G. Schultze-Pfaelzer, Vor einem Jahr, in: Vossische Zeitung vom 30. Januar 1934.

[6] Vgl. H. Krausnick in: Vollmacht des Gewissens, München 1956, S. 194 f. Angesichts der Tatsache, daß die Forschung immer noch zusammenfassender oder rückblickender Selbstzeugnisse Schleichers entbehrt, haben diese Briefe eine gewisse Bedeutung. Schleichers um die Jahreswende 1933/34 begonnenen Aufzeichnungen über die Ereignisse der vorangegangenen Jahre dürften verloren sein; der – wohl kleinere – erhalten gebliebene Teil des anfangs umfänglicheren Nachlasses weist nur sehr wenig Schriftgut dieser Art auf.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichst für die Berufung Hitlers zum Kanzler eingesetzt. Das werden Ihnen sowohl alle Mitglieder des Kabinetts wie vor allem auch der Vizekanzler von Papen und der Staatssekretär Meißner, die meine Bemühungen unterstützten, bestätigen können.

3). Mir war bisher von einem „erbitterten Kampfe", den der jetzige Pr. Ministerpräsident vor dem 13. August gegen mich geführt haben soll, nichts bekannt. Er hat mich vielmehr bei jeder Gelegenheit des Gegenteils versichert, und ich habe nicht die g[...] Veranlassung an der Aufrichtigkeit seiner Versicherungen zu zweifeln. Daß sich dieses Verhältnis später änderte, lag in der politischen Entwicklung begründet und war zwangsläufig. Herr Göring wird Ihnen näheres darüber sagen können.

Abschrift dieses Schreibens lasse ich dem Herrn Staatssekretär beim Herrn R.Pr. und dem Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei zugehen.

Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Ihr sehr ergebener

Kurt von Schleicher.

Nr. 2.

1934 Januar 30, Neubabelsberg.
Briefentwurf des Gen. d. Inf. a. D. von Schleicher an die Schriftleitung der Vossischen Zeitung.

Fotokopie. – München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, F 36.

Der Artikel „Vor einem Jahr" in der Morgenausgabe vom 30. Januar hat mich peinlich berührt, weil ich – ganz abgesehen von den thatsächlichen Unrichtigkeiten – in einem Blatt vom Format der Vossischen Zeitung eine derart verletzende Ausdrucksweise nicht für möglich gehalten hätte. Zur Steuer der historischen Wahrheit bemerke ich:

1). Ich habe die Hitlerbewegung nicht in „meiner halböffentlichen Weise begönnert" – ich kann mir übrigens unter dieser wohl ironisch gemeinten Redensart nur wenig vorstellen–, sondern bin seit dem Herbst 30 konsequent und hartnäckig für die Heranziehung der Nationalsozialisten zur Regierung eingetreten.

2). Ich habe im Auftrage des R.Pr. nach dem Rücktritt Brünings die Verhandlungen mit Hitler geführt, die zu den bekannten Vereinbarungen zwischen dem R.Pr. und Hitler führten. (Aufhebung des SA-Verbots, Neuwahlen, Unterstützung des Kab. Papen)

3). Ich bin nach den Wahlen des 31. Juli 32 nachdrücklich beim R.Pr. für die Kanzlerschaft Hitlers eingetreten. Adolf Hitler hatte mich in stundenlangen Spaziergang auf dem Lande von der Notwendigkeit seiner Kanzlerschaft überzeugt. Die Gegner dieser Entwicklung, deren Einfluß dann zur Absage des 13. August führte, sind mir bekannt, brauchen in dieser Richtigstellung aber nicht genannt zu werden.

4). Von diesem 13. August an habe ich eine Kanzlerschaft Hitlers unter dem R.Pr. Hindenburg nicht mehr für möglich gehalten, weil ich den Widerstand des R.Pr. bzw. seines einzig einflußreichen Beraters für unüberwindlich hielt. In einer persönlichen Aussprache in Neudeck hatte mir der R.Pr. zudem seinen „unumstößlichen" Willen, Hitler nicht zu berufen, in der ernstesten Weise und mit fast ungnädigen Worten bekanntgegeben. (Der R.Pr. hat an dieser These übrigens bis zum 26ten Januar 33 festgehalten) Ich habe Hitler über meine Beurteilung der Lage nicht im unklaren gelassen und mich deshalb um so mehr bemüht, die Nationalsozialisten wenigstens zur Mitarbeit zu gewinnen.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

5). Als ich sehr gegen meinen Willen die Kanzlerschaft übernehmen mußte, weil das Kabinett dem wieder betrauten Papen die Gefolgschaft versagte, blieb mir nach dem unter 4 gesagten nur die Wahl, die Nationalsozialisten zur Mitarbeit oder wenigstens zur Neutralität zu überreden oder den bereits eingeleiteten Wiederaufbau Deutschlands im Kampf durchzuführen. Dahin ging auch die Weisung des R.Pr. Die nicht ungünstigen Aussichten für einen modus vivendi mit den Nationalsozialisten waren in dem Augenblick erledigt, als durch Papens hinter meinem Rücken geführten Verhandlungen die Möglichkeit für neue Kombinationen sichtbar wurde. Blieb der Kampf, für den alle Vorbereitungen sorgfältig getroffen waren, und der meiner festen Überzeugung nach zum Erfolg geführt hätte, wenn nicht plötzlich die feierlich zugesagte Unterstützung des R.Pr. ausgeblieben wäre. Daß „der R.Pr. mir die Vollmachten nicht geben würde, war also durchaus nicht vorauszusehen[7]". Ganz im Gegenteil war ich schon 14 Tage vorher vom R.Pr. zur Auflösung gedrängt worden; ich wollte aber erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen. Das sind die nüchternen Thatsachen. Ich stelle anheim, ob sie mit den Worten Ihres Artikels „Experimentiercharakter", „auf Taktiken legen", „die Gewerkschaften heranlocken", „Einbruch in die Hitlerpartei" und „Fiasko" richtig gekennzeichnet sind. Ich kenne andere Worte des deutschen Sprachschatzes, die derartige Dinge treffender bezeichnen.

6). Noch ein Wort zu Ihrer geringschätzigen Bemerkung über die „generalstäblerische Vorstellung von sozialer Volksgemeinschaft". Ich bin allerdings der Ansicht, daß seit den Tagen von Scharnhorst und Boyen der nationale und soziale Geist nirgends besser und reiner gepflegt wurde wie in der Armee der allgemeinen Wehrpflicht, und daß die nat.-soz. Bewegung für viele von ihr geschaffenen Dinge die Vorbilder in der Armee gefunden hat. Ja, ich gehe sogar so weit zu behaupten, daß die Hitlerbewegung endgültig nur dann zum Segen unseres Vaterlandes ausschlagen wird, wenn sie an den alten und ewig wahren Erziehungsgrundsätzen der pr.-dtsch. Armee festhält. Ein Kronzeuge für meine Ansichten ist der Minister Goebbels, der sich gerade in letzter Zeit in seinen Vorträgen vor dem Offizierskorps in ganz ähnlichen Gedankengängen bewegt hat.

7). Neu war mir „das bedrohliche Anschwellen der kommunistischen Woge und die sozialrevolutionäre Verschärfung der Volksstimmung von Woche zu Woche" während meiner Kanzlerschaft, da in den zwei Monaten dieser Kanzlerschaft trotz Aufhebung aller Ausnahmevorschriften kein Schuß gefallen ist und auch sonst außer dem bekannten nat.-soz. Agitationslärm völlige Ruhe herrschte. Ich war bisher der Auffassung, daß wir dem Kommunismus seit dem Kriege nie so fern waren, wie in der 2ten Hälfte des Jahres 1932 – abgesehen natürlich vom 3. Reich, in dem es ja keinen Kommunismus mehr gibt.

Im allgemeinen pflege ich auf Zeitungsartikel nicht zu reagieren, zumal eine Richtigstellung aus staatspolitischen Gründen nicht möglich ist und einer späteren Zeit vorbehalten werden muß. Im vorliegenden Falle mußte ich aber Stellung nehmen, weil ihr Artikelschreiber sich ausdrücklich auf genaue Quellenkenntnis beruft.

v. Schleicher.

Aus dem Inhalt beider Schreiben heben sich als zwei Schwerpunkte der dort geschilderten Entwicklung heraus: einmal die Vorgeschichte und die Konsequenzen

[7] Die an dieser Stelle von Schleicher bestrittene Wendung bei Schultze-Pfaelzer (Voss. Zeitung) lautet: „Daß ihm der Reichspräsident die Vollmacht zu neuer Reichstagsauflösung nicht geben wird, ist schon vorauszusehen."

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des 13. August 1932, als Hitler den ihm angebotenen Posten eines Vizekanzlers ablehnte, zum anderen die Umstände, welche am 2. Dezember 1932 zur Kanzlerschaft Schleichers führten. Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit die Auffassungen des Generals bereits seit dem Sommer 1932 von denen Hindenburgs und Papens abwichen.

Während des Wahlkampfes zum 31. Juli war es den Nationalsozialisten hauptsächlich um die Erringung einer zahlenmäßigen starken Position gegangen, um von dieser aus den künftigen Machtanspruch anmelden zu können. Bislang war der Name Hitlers in Verbindung mit dem Amt des Reichskanzlers kaum genannt worden. Nachdem der Wahlausgang die NSDAP zur stärksten Partei gemacht hatte, schien bei ihrer Führung zunächst Unsicherheit zu bestehen, bei wem und in welchem Rahmen Gespräche darüber angeknüpft werden könnten.

Von dem Entschluß Hitlers, sich in etwaigen Verhandlungen als Kanzlerkandidat zu präsentieren, erfuhr das Reichswehrministerium erstmals am 3. August durch einen Besuch des durch die Feme-Prozesse bekanntgewordenen Oblt. a. D. Schulz, beim Chef des Ministeramtes, Oberst von Bredow. Schleicher besichtigte an diesem Tage die Infanterieschule in Dresden, Papen war zu einem kurzen Urlaub nach Wallerfangen gefahren. Es ist nicht bekannt, ob Schulz im Auftrage seines politischen Freundes Gregor Strasser vorsprach; immerhin versicherte er Bredow nach einer langen Unterhaltung, „daß er mit Strasser und Göring versuchen wolle, Hitler von seinem Vorhaben abzubringen"[8].

Nun war in diesen Tagen die Einstellung der Reichsregierung gegenüber den radikalen Parteien und deren Kampfverbänden besonders ablehnend, ja gereizt. Die politischen Ausschreitungen hatten ein nicht mehr zu ertragendes Maß längst überschritten. Ende Juli war in Berlin bekannt geworden, daß die SA für die Zeit der Wahl und unmittelbar danach Dinge plante, die auf eine umfangreiche Bewaffnung und Gewaltakte hinausliefen; auf „ausdrücklichen Wunsch" Bredows waren Göring und Röhm im Wehrministerium erschienen und mußten sich sagen lassen, daß die SA bei ungesetzlichen Maßnahmen auf die Machtmittel von Reich und Staat stoßen würde[9]. Seit dem Altonaer Blutsonntag (17. Juli) bestand trotz der Burgfriedensverordnung eine bürgerkriegsähnliche Situation, die am 1. August durch weitere schwere Vergehen in Königsberg und Hamburg einen Höhepunkt erreicht hatte.

So begannen am 4. August, als Hitler von München nach Berlin fuhr, „um bei General Schleicher seine Forderungen anzumelden"[10], im Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Frhr. von Gayl Beratungen über eine Verordnung gegen den politischen Terror. An ihnen nahm Bredow in Vertretung Schleichers teil. Sie zogen sich bis zum 6. August hin, ohne daß Endgültiges beschlossen

[8] Kurzorientierung des Ministeramtes vom 3. August 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 1, fol. 61.

[9] Aktennotiz Bredows vom 26. Juli 1932, Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 1, fol. 47 f.

[10] J. Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 138.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden konnte. Nach den Notizen Bredows war Schleicher jeweils am Abend des 4. und 5. August wieder in Berlin, um dem Oberst in Sachen der „laurig" geführten Besprechungen Anweisungen zu geben; anschließend scheint er mindestens bis zum Wochenende seinem Ministerium ferngeblieben zu sein.

Der Grund für diese Abwesenheit war die Begegnung mit Hitler. Als Schleicher, sei es durch die Presse, sei es durch den Besuch Schulz', von den Kanzlerwünschen Hitlers erfahren hatte, war er noch bestrebt, diesem „das" auszureden[11]. Die Zusammenkunft dürfte am 5. August stattgefunden haben[12]. Dem General gegenüber wurden folgende Ansprüche präzisiert: Regierungsführung und Innenministerium (diese beiden Ämter auch in Preußen), „Volkserziehung", Landwirtschaft, Luftfahrt und Justiz. Schleicher gewann bei oder nach diesem Gespräch (über dessen Ort die Meinungen auseinandergehen[13]) die Überzeugung, daß eine starke Beteiligung der NSDAP an der Regierung gewagt werden müsse; zeitgenössischem Schrifttum zufolge hätte er sogar seine Bedenken bezüglich einer Kanzlerschaft Hitlers zurückgesetzt[14]. Auch der Eindruck seiner Mitarbeiter im Wehrministerium ging dahin, daß der Minister geradezu entschlossen war, sich für eine derartige Lösung stark zu machen[15].

Zu Beginn der zweiten Augustwoche spitzte sich die Lage erneut zu. Schleicher hatte (vor dem 9. August) mit Strasser gesprochen[16]; vom Inhalt der Unterhaltung wissen wir nichts. Die Tatsache dieser Verhandlungen jedoch, das Bewußtsein einer bevorstehenden „Entscheidung" und andererseits das permanente Mißtrauen auf seiten der NSDAP versetzte jetzt Funktionäre wie SA in einen Doppelzustand von Siegestrunkenheit und fragwürdiger „Bereitschaft". In Berlin verließ

---

[11] So die Erinnerung des Gen.Maj. a. D. von Holtzendorff: „. . . war Schleicher zunächst entsetzt und sagte uns in der üblichen kleinen Morgenbesprechung: ‚Das ist unmöglich, der Alte Herr macht das nie. Ich werde versuchen, ihm das auszureden.'" Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 248, fol. 12.

[12] Dieses Datum erscheint in den Notizen Bredows für eine Amtschef-Besprechung in der Heeresleitung am 15. August 1932, a.a.O., Bd 2, fol. 91. Vgl. auch J. Goebbels, a.a.O., S. 139, wonach Hitler am 6. August auf den Obersalzberg zurückkehrte.

[13] R. Fischer, Schleicher, Mythos und Wirklichkeit, Hamburg 1932, S. 50; K. Heiden, Geburt des Dritten Reiches, Die Geschichte des Nationalsozialismus bis Herbst 1933, Zürich 1934, S. 77; W. Görlitz, Hindenburg, Bonn 1953, S. 380.

[14] R. Fischer, a.a.O., S. 50; E. von Schmidt-Pauli, Hitlers Kampf um die Macht, Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, Berlin 1933, S. 85.

[15] Notizen Bredows (vgl. Anm. 12), a.a.O., Bd 2, fol. 90 (= Dok. Nr. 4). Ferner Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 218, fol. 2 f. und Nr. 248, fol. 6 und 12. Danach die Äußerung Schleichers nach seiner Rückkehr: „Es ist mir leider nicht gelungen, Hitler von seiner Kanzlerforderung abzubringen. Insofern hat er meine Argumente auch entkräften können, als bei dem Führerprinzip in seiner Partei – selbst wenn einige Minister von der Partei gestellt würden, diese doch immer seine Genehmigung einholen müßten und dadurch praktisch keine Arbeit im Kabinett zustande kommen könne. Ich muß also nunmehr versuchen, den Alten Herrn zu einer Kanzlerschaft Hitlers zu bekommen" (Zeugnis Holtzendorff).

[16] W. Görlitz, a.a.O., S. 381, offenbar nach einer Aktennotiz (Meißners?) aus dem Nachlaß Hindenburg.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die SA „ihre Arbeitsplätze, um sich bereit zu machen", die Straße das Gesetz des Handelns bestimmen zu lassen[17]. In Ostpreußen und Schlesien kam es zu neuen Übergriffen, darunter der bekannten Mordtat von Potempa[18]. Nach beschleunigtem Abschluß der Vorberatungen erhielt Papen, am 9. August von Wallerfangen zurückgekehrt, aus Neudeck die fernmündliche Zustimmung für den Erlaß der Verordnung gegen den politischen Terror, welche die Todesstrafe für schwere Vergehen vorsah und die Bildung von Sondergerichten zur Folge hatte.

Kurz darauf traf der Reichspräsident in Berlin ein. Am Vormittag des 10. August hielt Papen bei ihm Vortrag und stieß bei Erwähnung der Wünsche Hitlers sofort auf Ablehnung. Hindenburg war fest entschlossen, an der bestehenden Präsidialregierung festzuhalten. Nachmittags fand eine Ministerbesprechung statt, während derem zweiten Teil Papen und Schleicher sich zur politischen Lage äußerten.

Nr. 3.

1932 August 10, Berlin. Niederschrift über eine Ministerbesprechung (Auszug).

Mikrofilm des Or. (Akten der Reichskanzlei) – München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MA 88, fol. D 790 526 ff.

...

2. Politische Lage.

Der Reichskanzler[19] teilte mit, daß er dem Herrn Reichspräsidenten am Vormittage über die politische Lage Bericht erstattet habe. Auf die Frage des Herrn Reichspräsidenten, wie der Reichskanzler die gegenwärtige Lage auffasse, habe er in dem Sinne geantwortet, daß die Reichsregierung von dem Reichspräsidenten mit dem bestimmten Auftrag eingesetzt worden sei, eine Synthese der nationalen Elemente zu schaffen. Zu diesem Zweck habe die Reichsregierung Neuwahlen zum Reichstag veranlaßt. Der Ausgang dieser Wahl habe das Vorgehen der Reichsregierung gerechtfertigt. Die Stimmenzahl der Nationalsozialisten habe eine gewisse Höhe erreicht. Im Wahlkampf seien den Nationalsozialisten alle Chancen zugestanden worden, sich weiter zu entwickeln. Ihr wahres Kräfteverhältnis stehe nunmehr fest. Jetzt handele es sich darum, das Fazit aus der Neuwahl zu ziehen und die Rechtsbewegung an den Staat heranzuziehen. Es sei die Frage zu lösen, wie diese Heranziehung zu gestalten sei. Bei den Nationalsozialisten sei eine gewisse Enttäuschung unverkennbar, daß sie trotz stärkster Propaganda nur 37 ½% der Wählerstimmen auf sich vereinigt hätten. Die Bewegung dränge nunmehr dahin, durch gewaltsame Vorstöße das zahlenmäßige Manko auszugleichen. Die Terrorakte der letzten Zeit seien ein Teil dieses Planes. Die nationalsozialistische Presse schreibe ja offen, unter Hinweis auf die schweren Ausschreitungen, daß nur Hitler die öffentliche Ruhe wieder herstellen könne und daß man ihn daher an die Staatsführung heranlassen müsse. Dieselbe Presse schreibe auch, daß die Nationalsozialisten nicht daran

[17] J. Goebbels, a.a.O., S. 140 ff.; E. von Schmidt-Pauli, a.a.O., S. 88 ff.; J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht, Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, Berlin 1937, S. 238.

[18] Vgl. hierzu P. Kluke, Der Fall Potempa, in dieser Zeitschrift 5 (1957), S. 279 ff.

[19] Franz von Papen.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dächten, in ein farbloses Kabinett einzutreten, daß sie vielmehr die Staatsführung restlos für sich beanspruchen. In der Tat scheine es nötig, die Bewegung in die verantwortliche Staatsführung mit hineinzunehmen. Man müsse die Führer festlegen und dürfe die Bewegung nicht im Rücken haben; sonst bedeute sie für die Reichsregierung ein ständiges Hemmnis. Die Frage sei also, ob man einen Mittelweg finden könne, zwischen der Beibehaltung eines Präsidialkabinetts und den Wünschen der Nationalsozialisten auf Übernahme der Staatsführung. Über diese Frage werde in den nächsten Tagen mit den maßgebenden Stellen verhandelt werden müssen. Zunächst habe er für den Abend Geheimrat Hugenberg zu einer Besprechung gebeten; für den folgenden Tag sei eine Aussprache mit Vertretern des Zentrums, dem Reichstagsabgeordneten Joos und dem Württembergischen Staatspräsidenten Bolz vorgesehen. Er wisse, daß das Zentrum wahrscheinlich bereit sei, mit den Nationalsozialisten eine Koalition einzugehen. Das Zentrum würde sich eventuell auch mit einer Berufung Hitlers zum Reichskanzler abfinden. Es werde sogar möglicherweise nichts dagegen haben, wenn Hitler in Personal-Union den Posten des Preußischen Ministerpräsidenten mitverwalte. Volle Klarheit werde wohl aber erst die morgige Aussprache ergeben. Ferner müsse auch Hitler offiziell gehört werden.

Die wesentlichen Aufgaben des Reichskabinetts für die nächste Zukunft erblicke er in folgendem:

1). Regelung des verfassungsrechtlichen Verhältnisses Reich–Preußen,
2). Wahlrechtsreform und Schaffung einer ersten Kammer,
3). Verwaltungsreform im Reich und in Preußen.

Die Inangriffnahme des ersten Punktes werde sicherlich große Schwierigkeiten bieten, wenn etwa Hitler Reichskanzler werden sollte. Die süddeutschen Länder würden höchstwahrscheinlich nicht bereit sein, diesen Fragenkomplex unter nationalsozialistischer Führung in Angriff zu nehmen.

Der Reichswehrminister[20] führte aus, er sähe für die zukünftige Gestaltung der Dinge zwei Möglichkeiten:

1). Entweder stelle sich das gegenwärtige Kabinett auf Kampf ein, indem es in unveränderter Zusammensetzung auf dem Posten bleibe mit der Hoffnung, durch sachliche Leistungen auf lange Sicht doch die Mehrheit hinter sich zu bringen, der es auf die Dauer bedürfe, oder
2). es verhandele mit den Nationalsozialisten über die Hinzuziehung von Mitgliedern dieser Partei in die Reichsregierung in irgend einer Form.

Die Entscheidung zugunsten der ersten Alternative bringe das Reichskabinett in eine schwierige Lage beim Zusammentritt des Reichstags. Wahrscheinlich würden alle Parteien sich gegen die Regierung aussprechen mit alleiniger Ausnahme der Deutschnationalen.

Als Konsequenz müsse man sodann feststellen, daß es auf absehbare Zeit keine Möglichkeit für eine Regierungsmehrheit gebe, d. h., daß die im Amt befindliche Regierung die Geschäfte weiterführen müsse. Für diesen Fall wolle er ganz besonders betonen, daß eine Gefahr, daß die Machtmittel des Staates nicht voll hinter der Regierung stünden, nicht mehr bestehe. Die Wehrmacht und die Polizeikräfte würden restlos zu Gunsten der Regierungsgewalt funktionieren, weil man hier nicht mehr das Empfinden habe, daß eine nationale Bewegung unterdrückt werde. Vielmehr sei man überzeugt, daß jeder politischen Richtung in Deutschland eine faire Chance, sich durchzusetzen, gegeben worden sei. Die Wehrmacht insbesondere werde bereit sein, notfalls gegen jeden vorzugehen, der sich der Regierungsautorität

[20] Kurt von Schleicher.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

widersetze. Aber auch diese Lösung berge große Schwierigkeiten in sich. Beim Zentrum sei eine starke Neigung vorhanden, über das gegenwärtige Kabinett hinweg, mit den Nationalsozialisten wegen einer Mehrheitsbildung zu verhandeln. Einstweilen sei das Haupthindernis für eine erfolgreiche Verhandlung Hitler selbst, der ein Verhandeln mit dem Zentrum ablehne. Sollte aber eine Einigung zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten und damit eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag zustande kommen, werde dies zu einer Präsidentenkrise führen, denn der Reichspräsident sei nicht gewillt, sich von einer derartigen Koalition ein Kabinett vorschreiben zu lassen.

Die andere Möglichkeit, mit der das Kabinett zu rechnen habe, sei die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die jetzige Reichsregierung. Gewiß würde es die einfachste Lösung bedeuten, wenn man einige Nationalsozialisten in das Kabinett aufnehmen könne. Auf diesem Wege werde man aber wahrscheinlich nicht sehr weit kommen, da man unbedingt Wert darauf legen müsse, Hitler selbst zur Verantwortung heranzuziehen. Dieser aber werde im Interesse seiner Bewegung entscheidendes Gewicht darauf legen müssen, den obersten Posten zu besetzen.

Zunächst müsse man sehen, wie weit man mit den in Aussicht genommenen Verhandlungen komme. Alsdann müsse sich das Reichskabinett entscheiden, welcher Weg gegangen werden müsse.

Der Reichsminister des Innern[21] erklärte, die Reichsregierung müsse damit rechnen, daß in den nächsten Monaten außergewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden seien. Zu den Nationalsozialisten zähle nur ein starkes Drittel der Wähler. Zudem komme es auf die Zahl der Wähler allein nicht an, da sich unter diesen sehr viele Mitläufer befänden. Man dürfe die in der Wahlziffer zum Ausdruck kommende Stärke nicht überschätzen. Die in der SPD organisierte Arbeiterschaft, zusammen mit den Kommunisten, sei kaum weniger stark. Zwischen diesen beiden Säulen stehe das Zentrum als geschlossene Macht. Wenn in Deutschland eine von den Nationalsozialisten geführte Regierung ans Ruder kommen würde, werde dies einen erbitterten Widerstand auf der Linken auslösen. Die Kommunisten würden sich vollständig auf Organisierung einer antifaschistischen Front verlegen. Ein erbitterter Kampf mit Terrorakten von noch nicht dagewesener Stärke würde die Folge sein. Beruhigend sei allerdings die Versicherung des Reichswehrministers, daß die Wehrmacht nicht einseitig den Nationalsozialisten zur Verfügung stehen werde. Andererseits aber würden den Nationalsozialisten, wenn sie die Regierungsgewalt in Händen hätten, die großen staatlichen Machtmittel zur Verfügung stehen. Man werde es wahrscheinlich erleben, daß für die bisherige Unterdrückung der Nationalsozialisten einseitig Rache genommen werde. Denn, daß eine Regierung über den Parteien stehen müsse, würden die dann verantwortlichen Nationalsozialisten noch nicht ganz begriffen haben.

Ferner werde sich unter den politisch unruhigen Verhältnissen die deutsche Wirtschaftslage auch erheblich verschlechtern. Schließlich glaube er auch nicht, daß ein nationalsozialistisches Kabinett die notwendige Form des Verhältnisses des Reichs zu Preußen durchführen werde. Deshalb sei er grundsätzlich der Meinung, daß die jetzige Reichsregierung auf ihrem Posten ausharren müsse. Fraglich sei nur, ob die Reichsregierung diesen Entschluß durchhalten könne, d. h. ob es möglich sei, die Nationalsozialisten mit zur Verantwortung heranzuziehen, ohne den jetzigen Charakter der Regierung in das Gegenteil zu verkehren. Der Charakter des Kabinetts werde nach seiner Meinung aufgehoben, wenn es mit Nationalsozialisten durchsetzt werde. Man komme dadurch zu der Parlamentsherrschaft mit

[21] Wilhelm Frhr. von Gayl.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allen ihren Fehlern zurück. Wenn es dazu kommen sollte, daß die Nationalsozialisten sich mit dem Zentrum einigten, werde eine Krise in absehbarer Zeit unausbleiblich folgen, denn er halte es für ausgeschlossen, daß das Zentrum auf lange Sicht mit den Nationalsozialisten auskommen könne. Wenn man es aber ablehne, die Nationalsozialisten in die Reichsregierung hereinzunehmen, werde das jetzige Kabinett einen Kampf auf Leben und Tod zu führen haben. Letzten Endes bedeute dies eine Revolution von oben. Das Kabinett werde durchzuhalten haben, bis sich die Leistung durchgesetzt habe. Es gebe dann nur die Möglichkeit, den Reichstag erneut aufzulösen und Neuwahlen einstweilen zu vertagen. Neuwahlen dürften nur dann stattfinden auf Grund eines neuen zu oktroyierenden Wahlgesetzes. Die Regierung müsse so handeln, wie es das Gewissen ihr vorschlage und wie es für das Volk das beste sei. Zweifellos komme man mit der Verfassung in Konflikt, aber das zu vertreten sei in letzter Linie Sache des Herrn Reichspräsidenten. Zusammenfassend meinte er, daß man zunächst den Weg der Verhandlung versuchen müsse. Dabei müsse ein schroff ablehnender Standpunkt vermieden werden.

In weiten Kreisen herrsche die Auffassung vor, daß die Beibehaltung des jetzigen Kabinetts die erträglichere Lösung sei gegenüber der Alternative, den Nationalsozialisten die volle Herrschaft zu überlassen. Wenn die Verhandlungen nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen sollten, müsse man an den Herrn Reichspräsidenten herantreten, mit der Frage, ob er bereit sei, die politischen Verhältnisse mit dem gegenwärtigen Kabinett zu meistern.

Der Reichsminister des Auswärtigen[22] schloß sich den Ausführungen des Reichsministers des Innern vollinhaltlich an. Er wies darauf hin, daß die nationalsozialistische Bewegung in Süddeutschland bei weitem nicht den Rückhalt habe wie in Norddeutschland. Vom außenpolitischen Standpunkt aus betrachtet, werde die Herrschaft der Nationalsozialisten den deutschen Ruin bedeuten. Gewiß werde das Ausland sich mit den gegebenen Verhältnissen abfinden und mit den Nationalsozialisten verhandeln. Mit dem politischen Kredit Deutschlands sei es dann aber letzten Endes aus. Seine Meinung gehe daher dahin, daß das Kabinett den Kampf aufnehmen und auf dem Posten verbleiben müsse.

...

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft[23] meinte, jede Regierung, sowohl das gegenwärtige Kabinett wie auch eine nationalsozialistische Regierung, könne wirtschaftlich gut und schlecht regieren. Worauf es in der Hauptsache ankomme, sei Stabilität der Verhältnisse. Er sähe zur Zeit folgende Fragen, über die man sich klar werden müsse: Wie wird sich das Verhältnis des Reichs zu Preußen gestalten? Wie werden sich die SS- und SA-Formationen stellen, je nachdem, ob die Nationalsozialisten an die Regierung kommen oder nicht? Zweifellos wirke sich die Gestaltung der Beziehungen des Reichs zu Preußen auch auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Wenn das jetzige Reichskabinett sich einer nationalsozialistischen Führung widersetze, werde dies von Süddeutschland sicherlich begrüßt werden. Was aber werde sich bei den SS- und SA-Formationen ereignen, wenn die Nationalsozialisten die Regierung in die Hand bekommen würden? Es handele sich um 400 000 Mann, die auf Kampf eingestellt seien. Wenn Herr Hitler Reichskanzler und Herr Strasser Reichsminister des Innern werden sollten, werde es innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung sicherlich starke Absonderungen geben. Es würde zu starken Auseinandersetzungen der ruhigeren Elemente mit den übrigen Teilen der Bewegung kommen. Ferner werde man auch mit Auseinander-

[22] Konstantin Frhr. von Neurath.

[23] Magnus Frhr. von Braun.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

setzungen zwischen den SA-Formationen und den staatlichen Machtmitteln zu rechnen haben. Fragen müsse man sich auch, ob die Dinge anders aussehen würden, wenn das gegenwärtige Kabinett unverändert im Amte bleibe. Wenn die gegenwärtige Reichsregierung von einem einheitlichen Willen geführt werde, werde man wahrscheinlich den gefahrvollen Weg gehen können. Dabei komme es ausschlaggebend darauf an, wie der Reichswehrminister die Einstellung der Wehrmacht zu den SS- und SA-Formationen beurteile für den Fall, daß die Nationalsozialisten nicht zur Regierung kommen sollten.

Der Reichswehrminister erwiderte, daß der Eintritt von Nationalsozialisten in die Reichsregierung zwangsläufig zu Kämpfen der in die Reichsregierung eingetretenen Nationalsozialisten mit den SS- und SA-Formationen führen müsse. Wenn Nationalsozialisten in der Regierung seien, würden diese danach streben müssen, die SS- und SA-Formationen abzuhalftern. Anderenfalls würden diese Formationen weiter wie bisher gestreichelt werden. Jedenfalls halte er für sehr wahrscheinlich, daß die Führer der Nationalsozialisten sich nach dem Eintreten in die Regierung der SS- und der SA-Abteilungen selbst entledigen würden. Sicher lasse sich dies allerdings nicht voraussagen.

Der Reichsminister der Finanzen[24] schloß sich dem Standpunkt des Reichswirtschaftsministers an. Auch er meinte, daß die Wirtschaftskrise gegenwärtig auf dem Boden angekommen sei. In Amerika rechne man für das Frühjahr mit einer langsamen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Man müsse sich also fragen, ob Deutschland bis dahin wirtschaftlich durchhalten könne. Er sähe nach dieser Richtung sehr schwarz. Die finanzielle Entwicklung in den Ländern und Gemeinden sei nach allem, was er von den maßgebenden Stellen höre, sehr schlecht. Das Schicksal jeder Regierung hänge ausschlaggebend davon ab, ob es ihr gelinge, 2 Millionen Arbeitslose von der Straße wegzuschaffen oder nicht. Die Erreichung dieses Zieles hänge wesentlich davon ab, ob das Vertrauen in eine ruhige politische Weiterentwicklung hergestellt werden könne. Gegen den von dem Herrn Reichsminister des Innern vorgeschlagenen Weg der Lösung der Krise habe er gewisse Bedenken. Wenn die öffentliche Meinung damit rechnen müsse, daß die gegenwärtige Regierung noch nicht endgültig im Sattel sitze, und daß die Nationalsozialisten noch ante portas seien, träte die politische Beruhigung sicherlich nicht ein. Er halte den Eintritt der Nationalsozialisten in die Reichsregierung für weniger gefährlich als das Fortbestehen des ungewissen Schwebezustandes. Wenn man sich frage, ob man den Bürgerkrieg besser vermeide durch das Hineinziehen der Nationalsozialisten oder durch deren Ausschaltung, mit Fortbestand der SS- und SA-Formationen, so müsse er sagen, daß er es für richtiger halte, den Wilddieb zum Förster zu machen, d. h. die Nationalsozialisten in die Regierung hineinzunehmen.

Der Reichsminister der Justiz[25] führte aus, daß der vom Reichsminister des Innern vorgeschlagene Weg, nämlich, daß das jetzige Kabinett unverändert im Amte bleibe, ohne Verstoß gegen die Reichsverfassung nicht gegangen werden könne. Er beurteile die Verhältnisse so, daß im deutschen Parlament mit zwei großen Säulen gerechnet werden müsse, die zahlenmäßig in dem Verhältnis 222 zu 230 ständen (133 SPD + 89 KPD einerseits gegen 230 NSDAP). Die Frage sei also die, ob eine dieser Säulen allein die Regierung tragen könne. Das Schicksal des deutschen Volkes werde durch die Entscheidung bestimmt, welche Idee vom Staat sich letzten Endes durchsetzen werde. Die nationalsozialistische Staatsidee stütze sich stark auf den Vergeltungsinstinkt. Sie wende sich gegen zwei Kategorien

[24] Lutz Graf Schwerin von Krosigk.

[25] Dr. Franz Gürtner.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Staatsbürgern, 1. gegen die Juden, die für sie das Symbol des Finanzelends seien, und 2. gegen die wirtschaftlichen Sünder, die sie mit dem Schlagwort „Marxisten" bekämpfen. Wenn man sich entschließen sollte, den von dem Reichsminister des Innern vorgeschlagenen Weg des Fortbestandes des Präsidialkabinetts zu gehen, werde er als Reichsminister der Justiz dem Herrn Reichspräsidenten, auf die zweifellos von diesem zu erwartende Frage nach den verfassungsrechtlichen Möglichkeiten dieses Weges, pflichtgemäß antworten müssen, daß der Weg ohne Bruch der Verfassung nicht gegangen werden könne. Die Entscheidung werde daher letzten Endes bei dem Herrn Reichspräsidenten liegen. Bei der Betrachtung der zweiten Möglichkeit, nämlich der Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung, sei er davon überzeugt, daß die Einbeziehung der Nationalsozialisten, ohne Übertragung der Führung an sie, ein Wunschbild bleibe.

Der Reichskanzler faßte das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß sich alles auf die Frage zuspitze, in welchem Maße man den Nationalsozialisten eine Beteiligung an der Reichsregierung zubilligen müsse, um sie davon abzuhalten, in Opposition zu verharren. Klarheit nach dieser Richtung könne nur durch die zu führenden Verhandlungen geschaffen werden.

Reichskommissar Bracht[26] bemerkte abschließend, daß der gegenwärtige Zustand in Preußen derart sei, daß unbedingt baldigst absolute Klarheit geschaffen werden müsse. Der gegenwärtige Zustand sei auch nur für wenige Wochen nicht mehr haltbar. Die Exekutivbehörden müssen klare Weisung erhalten, woran sie sich in Zukunft zu halten hätten. Gegenwärtig herrsche große Verwirrung. Er sei der Meinung, daß man die Nationalsozialisten in die Regierung hereinnehmen müsse.

Der Reichskanzler schloß die Sitzung mit dem Bemerken, daß er die übereinstimmende Auffassung des Reichskabinetts dahin verstehe, daß versucht werden müsse, einen Weg zu finden, der dem gegenwärtigen Kabinett so viel an Macht erhalte, als irgend möglich.

Der Reichsminister des Innern bat, noch ausdrücklich festzustellen, daß die Übertragung der Führung an die Nationalsozialisten in keinem Falle hingenommen werden könne.

Der Reichskanzler erwiderte, daß diese Frage nur durch die weiteren Verhandlungen geklärt werden könne.

Für die Niederschrift:
gez. Vogels.

Aus diesem Protokoll, für das ein Ministerialrat der Reichskanzlei verantwortlich zeichnete, ergibt sich zu Anfang, daß in den Ausführungen Papens wie Schleichers die betont ablehnende Haltung Hindenburgs gegenüber den Ansprüchen Hitlers bereits wirksam geworden war. Beiden ist auch eine Abneigung gegenüber einer Koalitionsmöglichkeit NSDAP-Zentrum unter einem Reichskanzler Hitler gemeinsam. Während Papens Auffassung dahin geht, man müsse einen „Mittelweg ... zwischen der Beibehaltung eines Präsidialkabinetts und den Wünschen der Nationalsozialisten auf Übernahme der Staatsführung" finden, deutet Schleicher bereits die Ausweglosigkeit der bevorstehenden Verhandlungen

[26] Dr. Franz Bracht, stellvertretender Reichskommissar in Preußen (seit 20. Juli 1932) und kommissarischer Leiter des preußischen Innenministeriums.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.

an: „(Hitler) ... werde im Interesse seiner Bewegung entscheidendes Gewicht darauf legen müssen, den obersten Posten zu besetzen."

Dem als Nr. 3 oben wiedergegebenen Text haben wir eine andere Überlieferung gegenüber zu halten, die offensichtlich aus dem Nachlaß Hindenburgs stammt und von einer Aktennotiz, vermutlich von der Hand Meißners, herrührt[27]. Bezüglich der Meinungen der einzelnen Minister stimmt sie durchaus mit dem Sitzungsprotokoll überein, gibt aber auch zusätzliche Einzelheiten der Ausführungen Schleichers und läßt ebenfalls klar die Haltung Hitlers erkennen. Nach derselben oder nach einer gleichzeitigen Notiz hat es aber auch den Anschein, als ob Papen am 10. August dem Reichspräsidenten zum Ausdruck gebracht habe, „seine Person spiele keine Rolle, er stelle die Entscheidung dem Reichspräsidenten anheim"[28].

Da jedoch Hindenburgs Ablehnung feststand und die Entwicklung durch eine erneute Alarmierung der Berliner und ostdeutschen SA erschwert wurde, ging es bei den mit Hitler am 12. und 13. August geführten Verhandlungen praktisch nur mehr um die Vizekanzlerschaft und den Eintritt einiger Nationalsozialisten in das bestehende Kabinett Papen. Für diese Lösung setzten sich Kanzler und Wehrminister bei den Unterhändlern der NSDAP vergeblich ein. Hitlers Art des Auftretens und seine anmaßenden Ansprüche schufen bei allen Beteiligten im Regierungslager eine tiefe Ernüchterung, die eine besondere Schärfe des Kommuniqués und sicher auch des von Meißner angefertigten Protokolls zur Folge hatte. Daß Schleicher im Laufe der Verhandlungen selbst einsah, dem Führer der NSDAP könne höchstens das Amt des Vizekanzlers angeboten werden, und daß er schließlich auch innerlich die Auffassung Hindenburgs und Papens zu seiner eigenen machte, bezeugt Werner von Rheinbaben in Erinnerung an den gemeinsam verlebten Abend des 13. August[29]. Es wäre sehr wohl begreiflich, wenn diese Erkenntnis in den als Nr. 1 und 2 abgedruckten Briefen des Generals ausgelassen worden ist.

---

[27] W. Görlitz gibt sie folgendermaßen wieder (a.a.O., S. 381): „Am Nachmittag beriet das Kabinett unter dem Vorsitz Papens. Schleicher berichtete über seine Fühlungnahme mit Hitler und Gregor Strasser ... Hitler wolle Kanzler werden, den Charakter des Präsidialkabinettes jedoch wahren. Als nationalsozialistische Kabinettsmitglieder denke er sich Röhm, Strasser und vielleicht Göring. Schleicher glaubte nicht, er lasse sich mit einigen Ministerposten abspeisen, er beharre auf der Kanzlerwürde. Er hielt den Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung für „diskutabel", natürlich, setzte er beschwichtigend hinzu, müsse man danach trachten, Hitler von der Übernahme der Kanzlerschaft auf dem Verhandlungswege abzubringen ..."

[28] W. Görlitz, a.a.O., S. 381. Ähnlich E. von Schmidt-Pauli, a.a.O., S. 87: „... Dennoch war er (sc. Papen) bereit, den Plan einer Kanzlerschaft Hitlers zu unterstützen, selbst zurückzutreten und in einem Kabinett unter Führung Hitlers einen anderen Posten, etwa den des Außenministers, zu übernehmen." Vgl. hierzu die Stellungnahme von Papens (= Dok. Nr. 7).

[29] W. Frhr. von Rheinbaben, Viermal Deutschland, Berlin 1954, S. 303 f.: „... Der Zufall hat es gewollt, daß für den Tag dieser inhaltsschweren Unterredung das Ehepaar Schleicher meine Frau und mich zu einer Autofahrt in den Golfklub Wannsee mit anschließendem Abendessen eingeladen hatte ... Mit etwa zweistündiger Verspätung fuhren wir los. Schleicher war blaß, sprach kein Wort, und seine Frau bedeutete uns, wir möchten ihn zunächst

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der Führungsgruppe des Reichswehrministeriums war sie jedenfalls noch nicht bekannt, als Oberst von Bredow sich Notizen für die Orientierung der Amtschefs machte. Die nachstehende Niederschrift zeigt noch einmal, daß Schleicher zeitweilig in der Beurteilung der Lage weiter „vorgeprellt" war als man für „politisch bestrebenswertest [sic]" gehalten hatte.

Nr. 4.

1932 August 15, Berlin. Notizen des Obersten von Bredow für eine Amtschef-Besprechung beim Chef der Heeresleitung (Auszug).

Handschr. Or. (Fotokopie) – München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 2, fol. 90 f.

1). Lage.

Wichtigstes u. große Linie aus Presse bekannt. Das politisch Bestrebenswerteste: Einbeziehung der Nazis in Regierung u[nd] z[war] ohne die Grundidee des bisherigen Kabinetts zu verwischen, ist nicht erreicht.

Gründe: a) R. Präs. nicht gewillt, grundsätzl[iche] Änderung jetzigen Kabinett[s] durchzuführen. Sah in Hitlers Reichskanzlerschaft Übertragung aller Macht an Hitler. Gegen Hi[tler] u. seine üblen Leute.

b) Hitler wollte keine andere Position als Kanzler. Seine Wünsche steigerte er inzwischen.

Stellungnahme: Keine schöne Lage. R[eichs]w[ehr]minister für Kanzlerschaft Hi[tler]s. Strasser „Innen" u. einige Veränderungen. Einvernehmen mit Papen. Hi[tler] wäre dadurch gezwungen gewesen zu beweisen, ob er regieren kann. Die Bewegung selbst wäre aus ihrer unproduktiven Oppos[ition] herausgezogen zu sachl[icher] Arbeit. Das Zentr[um] hätte toleriert, da ihm auch an dem Herauszerren der n[ational]s[ozialistischen] Opposition gelegen war. D[ie] A[nderen] hätten nicht anders gekonnt, als mitzumachen.

Auf nur Kanzlerschaft, nicht Vicekanzler hatten sich Nazis eingestellt und Hitler festgelegt. Draußenbleiben und dulden konnten sie im Hinblick auf Massen nicht, denen zu viel versprochen war. Gerade die S.A. hatten nach dieser Richtung Beweise ihrer „Macht" gezeigt.

Auch noch folgende Erwägungen für Minister:

Draußen bleiben: a) Radikalisierung. Explosion. Die wertvolle Bewegung – die guten Bestände – gingen verloren. Hi[tler] zwar Ansicht, daß dazu nicht käme. Er rechnet vielmehr mit Anstieg. Aber ist er Herr?

b) Vereinigung mit Zentrum. Zwar geblufft, aber drohende Gefahr. War allerhand im Gange: Preußen. Hi[tler] aber sagt Blutschande. Aber !?!?

Was nun? Nicht klar. „Legale Opposition". Hitler wird sich verteidigen. Sein

---

vorn beim Chauffeur sitzen lassen, ohne ihn anzusprechen. Wir begriffen, daß etwas Außerordentliches vor sich gegangen sein mußte, und schwiegen. Als wir im sommerlich dicht bevölkerten Golfklub ankamen, begann es bereits zu dunkeln . . . Schleicher bestellte Sekt, und vor sich hinsprechend, dann immer lauter seine Worte wiederholend, sagte er: ‚Die Entscheidung war doch richtig – man konnte Adolf Hitler die Macht nicht geben.' Allmählich taute er auf und wurde ganz der alte, liebenswürdige, lächelnd plaudernde Gesellschafter. Nun erfuhren wir, was im einzelnen geschehen war."

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schreiben[30]. Versuche, and[ere] ins Unrecht zu setzen. Für uns schwer: Ausn[ahme]-z[u]st[an]d.

Von Regierung: Preußen-Reich, Reichsreform, gegen Arbeitslosigkeit, Arbeitsbesch[affungs]-Programm, Rüstungsprogramm, Freiw[illiger] Arb[eits]dienst, Kuratorium für Jugendertüchtigung . . .

. . .

Nach dem 13. August war Schleicher durchaus bereit, das Präsidialkabinett mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu stützen. Sein Ministerium, wenn auch „für uns sehr schwer", traf hierzu Vorbereitungen, welche die Möglichkeit des Ausnahmezustandes auf Grund des Artikels 48 nicht ausschlossen[31]. Die weitergeführten Fühlungnahmen zwischen der NSDAP und dem Zentrum wurden als störend, ja gefährlich empfunden[32]. Vor dem Kabinett bemerkte Schleicher am 15. August, er sei durch das Ereignis der Besprechungen mit Hitler nicht überrascht worden. Alles komme jetzt auf das richtige taktische Verhalten an, damit „der Gegner im Unrecht bleibe"; auch die Regierung stehe vor dem „taktischen" Problem, wie sie sich am besten mit dem Reichstage auseinandersetze[33].

Ende August zeigten sich Hindenburg und sein Kabinett entschlossen, eine von Hitler geführte Koalition NSDAP–Zentrum nicht anzuerkennen. Sie entschieden sich für Auflösung des Reichstages, Hinauszögerung der Neuwahlen über den vorgeschriebenen Termin und den Start der von Gayl bereits ausgearbeiteten Verfassungsreform, – wenn, was sie vorauszusehen glaubten, diese von ihnen so genannte „negative Mehrheit" zustande kommen und feststehen würde, „daß ein zur Zusammenarbeit mit dem Herrn Reichspräsidenten bereiter Reichstag nicht vorhanden" sei[34].

Es sei kurz erwähnt, daß Hitler in diesen Wochen neben dem Kontakt mit dem Zentrum (um notfalls die „Arbeitsfähigkeit" des Reichstages beweisen zu können) sich um eine zusätzliche Verbindung zum Reichswehrminister bemühte. Hierzu stattete er einen seiner Berater auf wirtschaftlichem Gebiete, Hptm. a. D. Dr. Wage-

---

[30] Auf Grund des – von Schleicher veranlaßten – besonders scharfen Kommuniqués über die Besprechung Hindenburg-Hitler vom 13. August (vgl. Dok. Nr. 7) hatte Hitler noch am selben Tage ein gleichlautendes Schreiben an Schleicher, Meißner und Planck gesandt und ein von ihm verfaßtes Protokoll beigefügt: „. . . Das heute abend veröffentlichte amtliche Kommuniqué weicht in wichtigsten Punkten so wesentlich von dem tatsächlichen Hergang ab, daß ich nicht zugeben kann, daß die Öffentlichkeit einseitig und unrichtig unterrichtet wird." Vgl. Schreiben Plancks an Gayl vom 17. August 1932 (Potsdam, Deutsches Zentralarchiv, Reichsministerium des Innern, Bd 25 705, fol. 165).

[31] Kurzorientierung des Ministeramtes vom 23. August 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 2, fol. 109.

[32] Notizen Bredows zum 15. August 1932 (vgl. Anm. 12) (= Dok. Nr. 4). Ferner Protokoll der Ministerbesprechung vom 10. August 1932 (= Dok. Nr. 3).

[33] Protokoll der Ministerbesprechung vom 15. August 1932 (Akten der Reichskanzlei), Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MA 88, fol. D 790 542 ff.

[34] Niederschrift über eine Besprechung in Neudeck vom 30. August 1932, Abschrift in: Nachlaß Schleicher, Bd 17/IV, fol. 114 ff. (Bundesarchiv Koblenz).

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ner, mit besonderen Vollmachten aus[35]. Wagener verfügte über Beziehungen zu Major a. D. von Eberhardt, dem Schriftführer der Offiziersvereinigung des ehem. 3. Garderegiments zu Fuß. Zusammen mit Eberhardt erschien er am 22. August bei Bredow und plädierte für eine neue Aussprache Papens und Schleichers mit Hitler, auf jeden Fall noch vor dem Zusammentritt des Reichstags[36]. Der General ließ jedoch antworten, Wagener solle sich in dieser Sache keine Hoffnungen machen.

Die dramatischen Vorgänge, die zur Auflösung des Reichstags am 12. September führten, brauchen hier nicht näher geschildert zu werden. Unter dem Eindruck der Ereignisse entstand in der Wehrmachtsabteilung die nachstehende Aufzeichnung, gedacht als Materialgrundlage für eine Propaganda im Sinne des Präsidialkabinetts. In dieser Fassung wurde sie Staatssekretär Planck und Reichspressechef Marcks zugeleitet[37].

Nr. 5.

1932 September 16, Berlin. Aufzeichnung aus der Wehrmachtsabteilung des Reichswehrministeriums.

Original-Entwurf mit handschr. Korrekturen von der Hand Schleichers und des Oberstlt. Ott. – Koblenz, Bundesarchiv, Nachlaß Schleicher, Bd 17/IV, fol. 141 ff.

Betrifft: Treubruch der nationalsozialistischen Führung.

In der Politik der nächsten Zeit wird das Verhältnis des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zur Führung der N.S.D.A.P. eine wichtige Rolle spielen.

Die Propaganda für das Präsidial-Kabinett muß deshalb den „Treubruch der nationalsozialistischen Führung" klarstellen. Dazu ist eine Materialgrundlage zu schaffen, die den Ablauf dieser Dinge darstellt. Sie wird von der Presse-Abt. der Reichsregierung in Zusammenarbeit mit dem Büro des Reichspräsidenten (Staatssekretär und Oberst v. Hindenburg) festzulegen und zu verwerten sein.

Die anliegenden Notizen sollen die Anregung dazu geben. Sie gliedern sich in zwei Abschnitte:

I. Das Verhältnis der Präsidial-Gewalt zu den Nationalsozialisten.

II. Die Maßnahmen der Präsidial-Gewalt.

Das Verhältnis der Präsidial-Gewalt zu den Nationalsozialisten hat drei Zeitabschnitte durchlaufen:

Die Brüning-Krise.

Die Bildung des Präsidial-Kabinetts v. Papen.

Die Zeit nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932.

Während der Brüning-Krise hat sich die nationalsozialistische Führung rückhaltlos bereit erklärt, ein Präsidial-Kabinett zu tolerieren und zu unterstützen. Dafür

[35] Nach den Aufzeichnungen des Gen.Maj. a. D. Dr. Wagener, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ED 60, H. 33, S. 1933.

[36] Aktennotiz Bredows vom 22. August 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 2, fol. 103.

[37] Aktennotiz Bredows vom 19. September 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 3, fol. 7.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sind eine ganze Anzahl Zeugen vorhanden! Der Reichspräsident hatte begründeten Anlaß, sich auf solche Erklärungen zu verlassen und hat mit auf dieser Grundlage seine Entschlüsse getroffen, um eine nationale Außen- und Innenpolitik in Zusammenarbeit mit der nationalen Bewegung zu ermöglichen. Seine Tat war kein Sprung ins Dunkle, wie die Presse der Opposition damals befürchtet hat, sondern das Beschreiten eines vermeintlich wohl gesicherten Weges.

Vor der Bildung des Präsidial-Kabinetts hat der Reichspräsident Hitler empfangen und sich nochmals die Bestätigung dafür geben lassen, daß die nationalsozialistische Führung ein Präsidial-Kabinett während der Wahlen[38] tolerieren würde[39]. Hitler hat für die Zeit nach den Wahlen zugesagt, das Präsidial-Kabinett nicht nur zu tolerieren, sondern sogar zu unterstützen, ohne an seine Zusage Bedingungen für die Beteiligung seiner Partei zu knüpfen.

Dieser Inhalt des Empfangs Hitlers liegt aktenmäßig fest. Der Führer der Nationalsozialisten hat bei aller Freiheit seiner Wahlpropaganda sich an diese Zusage gehalten und dadurch Reichspräsident und Reichsregierung in dem Glauben an seine Loyalität bestärkt.

Nach der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 hat der Führer der N.S.D.A.P. seine Haltung grundsätzlich geändert und den Anspruch auf die Führung des Kabinetts erhoben.

Bei einer ersten Fühlungnahme der Reichsregierung zeigte er zunächst eine abwartende Haltung, indem er die Regierung vor die Alternative stellte, daß er sich entweder am Kabinett als Kanzler beteiligt oder ohne jede Beteiligung das Kabinett toleriert. Dabei hat er allerdings darauf hingewiesen, daß diese Tolerierung aus dem inneren Druck seiner Bewegung heraus in spätestens einigen Monaten zur scharfen Opposition übergehen müßte.

Bei der zweiten Fühlungnahme der Reichsregierung ist er zum Angriff übergegangen, indem er sich darauf versteift hat, die Führung der Regierung zu übernehmen. Irgendwelche Vorschläge auf eine Beteiligung seiner Bewegung am Kabinett Papen, z. B. mit drei Ministern, hat er hartnäckig abgelehnt. Diese Forderungen standen im scharfen Widerspruch zu den früheren Zusagen und waren durch keine Maßnahmen des Kabinetts Papen begründet, das in Unterstützung der Nationalsozialisten weit über die Abmachungen hinausgegangen war. Dem Reichspräsidenten mußte der Kurswechsel Hitlers als Treubruch erscheinen und ihn zwingen, die Kanzlerschaft abzulehnen. Er konnte unter diesen Umständen mit Hitler nur in einer nicht führenden Stellung des Kabinetts zusammenarbeiten, in der er ihn kennen lernen und sich vergewissern konnte, ob er sich in Zukunft auf die Zuverlässigkeit seiner Zusagen verlassen konnte. So kam die Entscheidung des Reichspräsidenten vom 13. August 1932 zustande.

Die Maßnahmen der Präsidial-Gewalt:

Der Reichspräsident hat entscheidendes Gewicht darauf gelegt, die nationale Bewegung des Volkes im Sinne einer aktiven nationalen Politik für den Staat zu gewinnen. Er hat sich in seiner Erklärung vor der Hindenburg-Wahl zu diesem Willen bekannt und sich von dem Reichskanzler Brüning getrennt, als er mit diesem Kanzler das Ziel nicht erreichen konnte. Er war folgerichtig bestrebt, die Präsidial-Gewalt durch die

[38] „Während der Wahlen": Gemeint ist die Zeit von der Auflösung des Reichstags (4. Juni 1932) an bis zum Tag der Reichstagswahl (31. Juli 1932).

[39] Gestrichen wurde der ursprünglich hier folgende Satz: „mit dem Vorbehalt, daß ihr die nötige Freiheit für die Wahlpropaganda erhalten bleibt", auf Grund einer handschriftlichen Randnotiz Schleichers („Das hat man später aus freien Stücken den Nazis zugestanden!").

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nationalsozialistische Bewegung zu untermauern und hat im sicheren Verlaß auf die Zusagen der Nationalsozialisten das Kabinett v. Papen als Kabinett der nationalen Konzentration zur Führung des Staates berufen. Die Erklärungen des Kanzlers, insbesondere die Rundfunkrede des Reichswehrministers haben nachdrücklich betont, daß die Regierung nicht gewillt ist, sich auf eine schmale Minderheit oder auf die Wehrmacht allein zu stützen. Dieser Wille der Präsidial-Gewalt ist nicht zur Auswirkung gelangt durch den Treubruch der nationalsozialistischen Führung.

In der Abwehr gegen den nationalsozialistischen Angriff war die Regierung schließlich zur Reichstagsauflösung gezwungen. Es war der einzige Weg, um die aktive Führung der Staatsgeschäfte zu sichern. Die angebliche parlamentarische Mehrheit zwischen Nationalsozialisten und Zentrum war ein klares Scheinmanöver. Die Vereinbarung reichte über negative Einigungen nicht hinaus. Sie hat weder in personellen Fragen noch in Fragen der aktiven Führung der Geschäfte positive Vorschläge zu machen vermocht. Die wichtigste Frage der Kanzlerschaft war in dieser angeblichen Koalition nicht zu lösen. Hitler hat in keinem Augenblick den Anspruch auf die Kanzlerschaft fallen lassen, der nach Lage der Dinge für den Reichspräsidenten unannehmbar gewesen ist.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben also auf Grund der Zusage der nationalsozialistischen Parteiführung eine aktive Außen- und Innenpolitik begonnen, die nach der Wahl vom Führer der nationalsozialistischen Partei ohne sachlichen Grund verlassen worden ist[40].

gez. O 16/9. gez. vB 16/9.

Im Herbst 1932 distanzierte sich Schleicher mehr und mehr von der Politik Papens. Auf diese Entwicklung kann hier im einzelnen nicht eingegangen werden. Angesichts der beängstigenden Zuspitzung der politischen Situation, der Radikalisierung der organisierten Massen und der von allen Seiten anbrandenden heftigen Kritik, der sich besonders die Verfassungsreformpläne gegenübersahen, befürchtete Schleicher die Gefahr eines Bürgerkrieges.

Am 17. November hatte Papen, dem es nach den Neuwahlen nicht gelungen war, die Parteien zur Mitarbeit zu bewegen, dem Reichspräsidenten empfohlen, jetzt selbst die Verhandlungen in die Hand zu nehmen. Schleicher gab hierzu den Rat, gleichzeitig solle das Kabinett zurücktreten, um Hindenburg von vornherein die notwendige Bewegungsmöglichkeit zu geben. Mit der erfolgten Demission gewann auch Schleicher ein gewisses Maß an Handlungsfreiheit zurück. Bei den Besprechungen Hindenburgs, die am 18. November begannen, wirkte der General insofern mit, als ihm vom Reichspräsidenten eine Unterredung mit Hitler „genehmigt" wurde[41] und er beispielsweise zwei Briefe Meißners an Hitler in die endgültige Fassung bringen half[42].

[40] Gestrichen wurde der letzte Satz: „Die Präsidial-Gewalt war deshalb gezwungen, ihre Politik durch Kampf gegen die nationale Bewegung vor deren Machtansprüchen zu sichern."

[41] Notizen Bredows für eine Amtschef-Besprechung vom 26. November 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 4, fol. 129.

[42] Vgl. den von der Hand Schleichers korrigierten Vorentwurf eines Schreibens Meißners an Hitler vom 22. November 1932; ferner das Schreiben Meißners an Schleicher vom 24. November 1932; in: Nachlaß Schleicher, Bd 25, fol. 42–45 und 55 (Bundesarchiv Koblenz).

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Verhandlungen mit Hitler und den anderen Parteien verliefen ohne Ergebnis. Hindenburg hielt an seinem stillen Plan fest, Papen erneut zu berufen. Einem solchen zweiten Kabinett aber konnte und wollte Schleicher seine Zustimmung nicht geben. So bereitete er sich auf die eigene Kanzlerschaft vor. Sie war von ihm nicht erstrebt worden, ergab sich für ihn jedoch aus seiner Abwehrpolitik gegenüber der NSDAP sozusagen als „ultima ratio". Darauf bedacht, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, hatte er schon am 23. November Hitler gefragt, ob dieser bereit sei, ein Kabinett Schleicher zu unterstützen. Hitler lehnte schroff ab, und der General bekam beim Vortrag obendrein den Ärger des Reichspräsidenten zu spüren, der von dem Gedanken an eine Kanzlerschaft Schleichers wenig entzückt schien und die an Hitler gestellte Frage als voreilig monierte[43]. Dennoch betrieb Schleicher seine Kontakte weiter. Seine ersten Versuche dieser Art betrafen die Gewerkschaften sowie die Gruppen um Dr. Gereke, von welcher aus direkte Beziehungen zu Gregor Strasser und kleineren Zirkeln der NSDAP bestanden. Weitere Fühler wurden nach der SPD ausgestreckt; solche zu Höltermann (Reichsbanner) waren bereits seit Wochen intensiviert worden.

Handfeste positive Ergebnisse konnten natürlich in der Eile der letzten Novembertage kaum erzielt werden. Obwohl Schleicher im stillen bereits auf eine bevorstehende Aktivität Strassers hoffte[44], versuchte er es doch noch einmal mit Hitler und entsandte zu ihm, der sich weigerte nach Berlin zurückzukehren, den Oberstlt. Ott als Unterhändler. Ott besprach sich am 1. Dezember mit Hitler in Weimar und hatte Schleicher noch keine Orientierung zukommen lassen können, als am selben Tage Hindenburg, auf eine baldige Entscheidung in der Regierungsfrage drängend, Papen und Schleicher zu sich berief.

Hierüber sowie über die Vorgänge, die zur Berufung Schleichers zum Reichskanzler führten, berichtet die nachstehende Niederschrift Meißners.

Nr. 6.

1932 Dezember 2, Berlin. Aktennotiz des Staatssekretärs Dr. Meißner über Besprechungen beim Reichspräsidenten von Hindenburg am 1. und 2. Dezember 1932.

Maschinenschr. Or. mit handschr. Einfügungen von der Hand Meißners. – Potsdam, Deutsches Zentralarchiv, Büro des Reichspräsidenten, Bd 47, fol. 486–488.

Am 1. Dezember abends 6 Uhr fand bei dem Herrn Reichspräsidenten eine Besprechung statt, an der Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher,

[43] Notizen Bredows für eine Amtschef-Besprechung vom 26. November 1932, a.a.O. (vgl. Anm. 41).

[44] Kurzorientierung des Ministeramtes vom 23. November 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 4, fol. 125: „. . . Sie erklärten ausdrücklich und gaben an, hierzu ermächtigt zu sein, daß Strassers Haltung für Hitler nur dem Korpsgeist entspränge. Strasser habe nicht mitgemacht bei Aufsetzung der verschiedenen Briefe und Memoranden der letzten Tage. Er hielte sich bereit, sich persönlich in die Bresche zu werfen, falls aus den Bemühungen Hitlers nichts würde . . ."

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Staatssekretär Dr. Meißner und Oberst von Hindenburg teilnahmen. Nach einem eingehenden Bericht des Reichswehrministers von Schleicher über seine Fühlungnahme mit den Nationalsozialisten und den anderen Parteien ergab sich als einmütige Auffassung aller Beteiligten, daß, zur Zeit wenigstens, Aussicht dafür, daß eine Reichstagsmehrheit ein Kabinett Schleicher tolerieren würde[45], nicht gegeben sei, daß demgemäß ein Ersatz Papens durch Schleicher keine wesentliche Verbesserung der Lage bedeute und daß ein Kabinett Schleicher ebenso einem Konflikt mit dem Reichstag entgegengehe wie ein Kabinett Papen. Herr von Schleicher glaubte zwar, daß in den nächsten Tagen, wenn man die Entwicklung im Nazi-Lager noch abwarten könne, eine andere Auffassung bei den Nazi zum Ausbruch käme; aber der Herr Reichspräsident erklärte, eine weitere Hinauszögerung der Entscheidung sei für ihn nicht tragbar. Demgemäß entschied sich der Herr Reichspräsident dahin, den bisherigen Reichskanzler von Papen erneut mit der Kabinettsbildung zu betrauen.

Herr von Papen erklärte sich auch bereit, diesen Auftrag anzunehmen unter der Voraussetzung, daß der Herr Reichspräsident ihm für den mit Sicherheit zu erwartenden Konflikt mit dem Reichstag alle präsidialen Rechte zur Verfügung stellen werde. Nach eingehender Darlegung des Unterzeichneten über die verfassungsrechtliche Lage gab der Herr Reichspräsident seine Zusage, im Falle eines Konflikts mit dem Reichstag alle erforderlichen präsidialen Maßnahmen zu ergreifen, um Deutschland vor einem Schaden zu bewahren, der aus einer Verletzung der Pflichten des Reichstags entstehen könnte. – Reichskanzler von Papen behielt sich vor, mit den Mitgliedern seines bisherigen Kabinetts, die er übernehmen wollte, zu sprechen und die Entscheidung des Herrn Reichspräsidenten erst morgen in einer Pressekonferenz mit der erforderlichen Darlegung des bisherigen Ganges der Dinge und der Begründung für diese Entscheidung bekanntzugeben. Bis dahin sollte der Öffentlichkeit keine Mitteilung gegeben werden.

Auf Wunsch mehrerer Mitglieder des Kabinetts berief der Reichskanzler auf heute morgen neun Uhr eine Kabinettssitzung ein. In dieser berichteten Schleicher und der Unterzeichnete über den Gang der bisherigen Verhandlungen und über die Entscheidung des Herrn Reichspräsidenten. Anschließend daran erklärte der Reichsminister der Finanzen Graf Schwerin von Krosigk, er bedauere diese Entscheidung, sie würde im deutschen Volke sehr unheilvoll wirken; es würde eine Kampfstimmung gegen die Regierung entstehen, und alle Ansätze zur Besserung des Wirtschaftslebens würden durch diese Stimmung vernichtet werden. Es sei daher ganz unmöglich, daß eine neue Regierung Papen die Aufgabe, dem Volk Arbeit und Brot zu verschaffen, erfüllen könnte. Er selbst müsse es unbedingt ablehnen, einem solchen Kabinett anzugehören. Eine Frage des Herrn Reichskanzlers hatte das Ergebnis, daß sämtliche Minister sich gegen die „Lösung Papen" und für die „Lösung Schleicher" aussprachen. Nur der Reichsverkehrs- und Reichspostminister Freiherr Eltz von Rübenach erklärte unter Bezugnahme auf Besprechungen, die er mit Männern der Wirtschaft hatte, sich mit der „Lösung Papen" einverstanden. Anschließend berichtete Oberstlt. Ott im Auftrage des R[eichs]wehrministers über die militärische Lage im Fall eines Generalstreiks u[nd] eines Aufruhrs im Lande[46].

Reichskanzlers von Papen begab sich hierauf zum Herrn Reichspräsidenten und erklärte ihm, daß er die Regierungsbildung nicht übernehmen könne, nachdem er von den Mitgliedern des bisherigen Kabinetts, auf deren Mitarbeit er gerechnet habe, einhellig Absage bekommen hätte; v. Papen selbst schlug dem Herrn Reichspräsi-

[45] Ursprüngliche Fassung, „daß die Nationalsozialisten oder die Sozialdemokraten ein Kabinett Schleicher tolerieren würden".

[46] Dieser Satz ist später handschriftlich eingefügt worden.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denten vor, nunmehr den Reichswehrminister von Schleicher mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Der Herr Reichspräsident erklärte sich unter besonders herzlicher Betonung seines Vertrauens für Herrn von Papen und seiner Dankbarkeit für die von ihm geleistete Arbeit damit einverstanden.

Anschließend, um 11 Uhr, ließ der Herr Reichspräsident den Reichswehrminister von Schleicher zu sich bitten und erteilte ihm den Auftrag zur Bildung der neuen Reichsregierung. v. Schleicher nahm den Auftrag an. Es wurde alsdann die anliegende Pressenotiz vereinbart[47].

Berlin, den 2. Dezember 1932.

gez. Ms.

Als letztes Stück lassen wir eine Stellungnahme des früheren Reichskanzlers Franz von Papen folgen, die sich in erster Linie auf den oben abgedruckten Briefentwurf Schleichers an die Vossische Zeitung bezieht, aber auch grundsätzliche Gedanken zu der Politik des Generals aus der Sicht des schließlich zum Gegenspieler gewordenen Freundes bringt.

Nr. 7.

1957 November 12, Obersasbach. Niederschrift des Reichskanzlers a. D. Franz von Papen.

Or. – München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 354, fol. 6 ff.

Bemerkungen zu dem „Entwurf eines Briefes an die ‚Vossische Zeitung' vom 30. Januar 1934 des Generals d. Inf. a. D. Kurt von Schleicher".

General von Schleicher betont eingangs, er müsse zu diesem Artikel des Herrn Schultze-Pfaelzer „zur Steuer der historischen Wahrheit" Stellung nehmen, weil er ihn voller historischer Unrichtigkeiten finde und eine derart verletzende Ausdrucksweise nicht für möglich gehalten hätte. Es wird also festzustellen sein, welche der von dem ehemaligen Reichskanzler für wahrheitswidrig erachteten Darlegungen einer Korrektur unterzogen werden müssen oder welche von ihm selbst wahrheitswidrig behandelt werden.

Zum ersten Absatz[48]: Der Feststellung Schleichers ist vollauf zuzustimmen.

Zum zweiten Absatz[49]: Als Schleicher mich aufforderte, den Kanzlerposten zu übernehmen, sagte er mir, daß Hitler die Tolerierung und Unterstützung meines Kabinetts nach den Wahlen zugesagt habe. Über die Frage „Tolerierung" oder „Unterstützung" ist später gegenüber den Nationalsozialisten eine Kontroverse entstanden, weil Hitler sich an keine dieser Zusagen gehalten hat und unmittelbar nach der Kabinettsbildung bereits erklärte, er habe lediglich versprochen, das Kabinett „eine Weile zu tolerieren".

Ich selbst habe offenbar eine „Unterstützung" für unwahrscheinlich gehalten und daher auch in meinen Memoiren nur von „Tolerierung" gesprochen[50]. Entscheidend für meine Zustimmung zu Schleichers Kanzlerangebot war die aus seiner Abmachung

[47] Nicht bei den Akten.

[48] Vgl. oben S. 89.

[49] Vgl. oben S. 89.

[50] F. von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, München 1952, S. 184 f. und 194 f.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit Hitler gewonnene Auffassung, daß „der vorläufigen Tolerierung nach der Wahl eine Beteiligung der NSDAP an der Regierung bestimmt folgen werde"[51]. Es war das die Auffassung Schleichers, die er stark unterstrich.

Die Notiz in den Akten des RWM vom 16. September 1932, Hitler habe Ende Mai tatsächlich Schleicher versprochen, das Präsidialkabinett für die Zeit nach den Wahlen „nicht nur zu tolerieren, sondern sogar zu unterstützen, ohne an seine Zusage Bedingungen für die Beteiligung seiner Partei zu knüpfen", ist wohl nur unter dem Eindruck der skandalösen Vorgänge der Reichstagsauflösung vom 12. September 1932 zustande gekommen[52].

Nach der heute bekannten „Wahrheitsliebe" Hitlers kann angenommen werden, daß er Schleicher mit beiden Zusagen vorsätzlich täuschte. Hierzu ist auch die Erklärung Hitlers an Associated Press nach dem 13. August 1932 erwähnenswert, in der er „behauptete, seine Unterstützung nur so lange in Aussicht gestellt zu haben, als meine Regierung ihre Politik in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der NSDAP führen werde"[53]. Man wird schwerlich annehmen können, Schleicher habe dazu sein Einverständnis gegeben.

Zum dritten Absatz[54]: Die Behauptung Schleichers, er sei nach dem 31. Juli 1932 beim Reichspräsidenten nachdrücklich für eine Kanzlerschaft Hitlers eingetreten, widerspricht der Wahrheit. Wahr ist vielmehr, daß er und ich überzeugt waren, eine Kanzlerschaft Hitlers sei so lange unmöglich, als er nicht de facto dargetan habe, daß durch eine auf seine Weisung erfolgte Beteiligung der NSDAP an der Regierung er und die Partei gewillt seien, sich staatspolitisch verantwortlich – im Sinne der von meiner Regierung festgelegten Richtlinien – zu betätigen. Die Beteiligung der NSDAP an meiner Regierung wurde von mir und dem gesamten Kabinett als dringend wünschenswert betrachtet. Meine Unterhaltung mit Hitler am 13. August ist ganz in diesem Sinne geführt worden.

Es ist möglich, daß Schleicher, wie er angibt, „ein stundenlanges Gespräch mit Hitler auf dem Lande", etwa um den 5. August, während meiner Abwesenheit zu kurzem Urlaub in Wallerfangen (2. bis 8. August) geführt hat, und wahrscheinlich hat er über dieses Gespräch dem Kabinett am 10. August nachmittags berichtet[55]. Nach weiteren Feststellungen habe ich am 10. August vormittags dem Herrn Reichspräsidenten Vortrag gehalten und ihn unterrichtet, daß bei der Besprechung des Generals von Schleicher mit Hitler der letztere die Kanzlerschaft gefordert habe[56].

Wenn aber der Schulthess-Gechichtskalender und Herr von Schmidt-Pauli feststellen, ich hätte in der Zeit vom 8. bis 10. August (von meiner Rückkehr aus Wallerfangen bis zu diesem Vortrag) dem Gedanken einer Kanzlerschaft Hitlers nicht mehr unbedingt ablehnend gegenübergestanden (falls etwa der Reichspräsident sich für Hitler entscheiden sollte)[57], so muß ich das als eine unwahre Behauptung oder als eine falsche Information bezeichnen. Eine Erinnerungstäuschung über eine solche Sinnesänderung ist ausgeschlossen. Bevor ich zum Reichspräsidenten ging, hatte jedenfalls Schleicher mich über das Ergebnis seiner Unterredung mit Hitler unterrichtet. Hätte

---

[51] F. von Papen, a.a.O., S. 194 f.

[52] Vgl. Dok. Nr. 5.

[53] F. von Papen, a.a.O., S. 224.

[54] Vgl. oben S. 89.

[55] W. Görlitz, a.a.O., S. 381.

[56] Schulthess' Europ. Gesch.Kal. 1932, S. 138. Vgl. dazu auch Dok. Nr. 3, Anfang.

[57] Schulthess' Europ. Gesch.Kal., a.a.O. E. von Schmidt-Pauli, a. a. O., S. 87. Ähnlich W. Görlitz, a.a.O., S. 381.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

er in dieser unserer Besprechung und nachher beim Reichspräsidenten die Forderung einer Kanzlerschaft Hitlers unterstützt, so wäre doch dazu das Einverständnis meines Rücktritts nötig gewesen. Einen solchen Akt hätte ich niemals vergessen.

Es hat im Gegenteil nie ein Zweifel zwischen Schleicher und mir bestanden, daß zunächst nur die Beteiligung der NSDAP an der Regierung anzustreben sei und eine Kanzlerschaft Hitlers erst nach befriedigender Zusammenarbeit mit der Partei zur Debatte stehen könne. Diese Beteiligung der Partei hatte Schleicher mir doch in Aussicht gestellt[58].

Es ist daher aus allen diesen Gründen ausgeschlossen, daß ich oder Schleicher dem Kabinett am 10. August nachmittags im Sinne der Ziffer 2 des Briefes Schleichers an den Staatssekretär Körner vom 5. August 1933 Bericht erstattet hätten[59].

Die Ministeramts-Notiz des RWM vom 15. August sowie spätere Stellungnahmen früherer Mitarbeiter Schleichers, die von der Entschlossenheit Schleichers sprechen, sich für eine Kanzlerschaft Hitlers einzusetzen, können m. E. nur zu dem Zwecke erfolgt sein, die Ablehnung der Kanzlerschaft Hitlers später (wenn nötig) dem Reichspräsidenten in die Schuhe zu schieben. Schleicher, der möglicherweise Hitler am 5. August versprochen hatte, sich für dessen Kanzlerschaft einzusetzen, bedurfte eines Alibi. Daraus erklärt sich auch logisch die Darstellung im Briefe vom 30. Januar 1934[60].

Als meine vor und am 13. August mit Hitler und seinen Beauftragten geführten Gespräche, deren Inhalt mit Schleicher genau abgestimmt war, klar herausstellten,

---

[58] „Außerdem", fügt Herr von Papen hinzu, „hätte es jeder Logik widersprochen, wenn Schleicher nach dem 5. August eine Kanzlerschaft Hitlers befürwortet haben würde, nachdem er und ich am 20. Juli, also 14 Tage zuvor, zur Aktion gegen Preußen geschritten waren, aus der inneren Begründung, es müsse unter allen Umständen verhindert werden, die preußische Polizei in die Hände eines Nationalsozialisten fallen zu lassen, sobald die NSDAP nach der Preußen-Wahl vom 24. April die Regierung dort übernehmen werde."

[59] Vgl. Dok. Nr. 1 und 2. Zu dieser Stelle bemerkt Herr von Papen außerdem: „Die Behauptung Schleichers zu Ziffer 2 (an Körner) ‚er (Schl.) habe vor jenem denkwürdigen 13. August sich sowohl im damaligen Reichskabinett wie bei mehreren Unterredungen beim Herrn R.Pr. nachdrücklichst für die Berufung Hitlers zum Kanzler eingesetzt. Das werden Ihnen sowohl alle Mitglieder des Kabinetts, wie vor allem auch der Vizekanzler von Papen und der Staatssekretär Meißner, die meine Bemühungen unterstützten, bestätigen können' – widerspricht übrigens völlig seiner Darstellung im Briefe an die Voss. Ztg. vom 30. Januar 1934. Dort hat er unter Ziffer 3 geschrieben: ‚Ich bin nach den Wahlen des 31. Juli 1932 nachdrücklich beim R.Pr. für die Kanzlerschaft Hitlers eingetreten. Adolf Hitler hatte mich in stundenlangem Spaziergang auf dem Lande von der Notwendigkeit seiner Kanzlerschaft überzeugt. Die Gegner dieser Entwicklung, deren Einfluß dann zur Absage des 13. August führte, sind mir bekannt, brauchen in dieser Richtigstellung aber nicht genannt werden.' Daß ich dieser Gegner bin (und evtl. noch Meißner?) ist ganz klar aus dem Briefe vom 30. 1. 34 ersichtlich. Also: einmal werde ich als Kronzeuge genannt für eine Unterstützung des Schleicherschen Kanzlerkandidaten Hitler und ein halbes Jahr später werde ich als heftiger Gegner dieses Planes hingestellt. Daß der Brief an Körner pro domo geschrieben wurde, zeigt die Abschrift an den Staatssekretär der Kanzlei Hitlers."

[60] Der Sohn des Reichspräsidenten, Gen. Lt. a. D. Oskar von Hindenburg bestätigt diese Darstellung der Vorgänge in einem Schreiben vom 8. November 1957 an Herrn von Papen: „... Unabhängig hiervon kann ich Ihnen nur mitteilen, daß mir nichts davon bekannt war und ist, daß Sie oder Meißner vor dem 13. August 1932 beim Reichspräsidenten in irgendeiner Form für die Berufung Hitlers zum Kanzler eingetreten sind. Ich persönlich halte dies für völlig ausgeschlossen."

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß mit einer Beteiligung Hitlers (oder von ihm Beauftragter) an meiner Regierung nicht zu rechnen war, hielt Schleicher darauf, daß die erwartete Absage des Reichspräsidenten am 13. August der Öffentlichkeit in möglichst schroffer Form mitgeteilt werden müsse. Ein so gehaltenes Kommuniqué hatte er mit Meißner schon vorbereitet. Ich erinnere mich daran sehr genau, weil Schleichers Wunsch, der NSDAP eine fühlbare Schlappe zu servieren, von mir in Hinsicht auf die anstehenden Reichstagsverhandlungen nicht voll geteilt wurde. Steht diese heftige Reaktion Schleichers nicht auch in einem psychologischen Widerspruch zu der Behauptung, Hitlers Ablehnung als Kanzler sei ganz gegen seinen, Schleichers, Willen erfolgt? Übrigens hat Schleicher unmittelbar nach dem 13. August einen Brief an den ihm gut bekannten Reichstagsabgeordneten O. Schmidt-Hannover (DNVP) gerichtet, in dem er „herzlich und spontan seiner offenbar ehrlichen Freude über die nun wohl endgültige Abfuhr Hitlers" Ausdruck gab[61].

Zum vierten Abschnitt[62]: Nach dem 13. August 1932 hat Schleicher, wie er schreibt, eine Kanzlerschaft Hitlers nicht mehr für möglich gehalten. Er führt dafür zwei Gründe an. Der Widerstand „des einzig einflußreichen Beraters" des Reichspräsidenten sei unüberwindlich gewesen. Dieser Berater war doch offenbar ich und es ist völlig zutreffend, daß mein Widerstand unüberwindlich war. Daß der Widerstand des Reichspräsidenten gleichfalls unüberwindlich war, ist ebenfalls zutreffend. Nicht zutreffend ist nur, daß Schleicher dieser Widerstand erst nach dem 13. August bekannt geworden sei, denn es entspricht der Wahrheit, daß Schleicher die Auffassung des Reichspräsidenten und die meine seit Beginn meiner Regierung vollkommen teilte. Die „fast ungnädigen Worte" des Reichspräsidenten anläßlich eines Gesprächs in Neudeck sind eine erfundene Staffage für diese Darstellung. Wann immer, in Neudeck oder Berlin, in meiner und Schleichers Gegenwart über das Problem Hitler gesprochen worden ist: niemals ist zwischen uns dreien eine Differenz in der Auffassung sichtbar geworden, Hitlers Betrauung sei gegenwärtig unmöglich.

Wichtig ist die Feststellung Schleichers, daß Hindenburg an seiner negativen Auffassung bis zum 26. Januar 1933 festgehalten habe. Sie unterstützt meine Darstellung, daß auch ich, „der einzig einflußreiche Berater", bis dahin keinerlei Versuche unternommen habe, den Reichspräsidenten für eine Kanzlerschaft Hitlers zu gewinnen.

Schleicher behauptet, er habe sich angesichts der negativen Haltung des Reichspräsidenten und meiner selbst „um so mehr bemüht, die Nationalsozialisten wenigstens zur Mitarbeit zu gewinnen". Die Tatsachen zeigen, daß dies bis zum Abschluß der Novemberwahlen unmöglich war. Ich erinnere an den „Potempa-Fall" sowie an die Umstände, die am 12. September 1932 zur Auflösung des Reichstages führten. Wie wäre unter solchen Spannungen an eine „Mitarbeit" der NSDAP zu denken gewesen?

Zum fünften Abschnitt[63]: Ist es zutreffend, daß Schleicher die Kanzlerschaft — wie er schreibt – ‚sehr gegen seinen Willen' übernommen hat? Meines Erachtens hat Schleicher die Kanzlerschaft zumindest seit der Reichstag-Tragödie vom 12. September planmäßig angestrebt.

Nach meinem Rücktritt, den ich auf Wunsch Schleichers erklärt hatte, entsandte dieser seinen Vertrauten, den Oberstlt. Ott, am 1. Dezember 1932 nach Weimar zu Hitler, um jenen zu bitten, in sein demnächst zu bildendes Kabinett als Vizekanzler einzutreten. Erstaunlich ist nur, daß jetzt, nach Fortfall meines Widerstandes, Schlei-

---

[61] Nach einer Mitteilung Schmidts-Hannover, der diesen Brief Schleichers aus Sicherheitsgründen verbrannte, während die Antwort Schmidts an Schleicher vom 18. August 1932 sich im Nachlaß Schleichers befindet.

[62] Vgl. oben S. 89.

[63] Vgl. oben S. 90.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cher nicht Hitler für die Kanzlerschaft zu gewinnen suchte. Weiterhin entsandte Schleicher in der zweiten Novemberhälfte meinen Staatssekretär E. Planck nach Paris, um den führenden Staatsmännern klarzumachen, die interne deutsche Lage erfordere es, einen General an die Spitze der Reichsregierung zu berufen. Man möge darin keinesfalls etwa einen beunruhigenden oder unfreundlichen Akt erblicken. Planck, mit Schleicher eng befreundet, hatte diese Reise mir gegenüber mit einem dringenden Erholungsurlaub motiviert.

Das schließt nicht aus, daß, wie auch Frhr. von Braun meint, Schleicher den Kanzlerposten nicht generell angestrebt habe und gern noch länger „in der Kulisse" geblieben wäre, hätten die Umstände und eine mögliche Wiederkehr meiner Kanzlerschaft es ihm erlaubt. Er hat diesen Entschluß aber, wie vorstehend dargetan, nicht erst gefaßt, „weil das Kabinett dem wiederbetrauten Papen die Gefolgschaft versagte". Dieser Akt des Kabinetts vom 2. Dezember 1932 war vielmehr eine Folge von Schleichers – ohne meine Kenntnis – geführten Besprechungen mit den einzelnen Ministern[64] und dem am 2. Dezember vorgetragenen Kriegsspiel durch Oberstlt. Ott[65].

Schleicher spricht weiter von einer an ihn ergangenen Weisung des Reichspräsidenten, „die Nationalsozialisten zur Mitarbeit oder wenigstens zur Neutralität zu überreden, oder den bereits eingeleiteten Wiederaufbau Deutschlands im Kampf durchzuführen". Diese Darstellung ist unhaltbar, soweit sie eine Weisung auf „Kampf" betrifft.

Schleicher war am 2. Dezember zum Kanzler berufen worden, weil der Reichspräsident den Kampf nicht wollte und weil Schleicher ihm versprochen hatte, er werde dem Reichspräsidenten jeden Kampf und den Bruch der Verfassung ersparen. Er werde durch Spaltung der NSDAP eine parlamentarische Regierung zu bilden versuchen, die ein diktatorisches Regieren erübrige. In der Unterredung vom 1. Dezember zwischen dem Reichspräsidenten, Schleicher und mir hatte Hindenburg den Schleicherschen Vorschlag abgelehnt, weil er an seine Durchführung nicht glaubte. Erst der am 2. Dezember wiederholte Hinweis Schleichers, meine Wiederbetrauung werde den Bürgerkrieg unvermeidlich machen, und seine Darlegung, daß mit den vorhandenen Machtmitteln einem Bürgerkrieg nicht begegnet werden könne, haben den Reichspräsidenten bewogen, den mir gegebenen Auftrag zurückzuziehen und Schleicher mit der Kanzlerschaft zu betrauen. Daraus erhellt eindeutig, daß Schleicher bis zum Augenblick, da er dem Reichspräsidenten melden mußte, seine Bemühungen

---

[64] F. von Papen, a.a.O., S. 246.

[65] In einem Briefe vom 5. Juli 1957 schreibt Frhr. von Braun dazu an Herrn von Papen: „Das Kabinett . . . wurde am 2. Dezember 1932 . . . durch den im Auftrage von Schleicher von Major Ott nach den Kriegsspielen gehaltenen Vortrag dahin orientiert, daß im Falle einer Diktatur der Friede und die Ordnung im Reiche durch das Militär gegen die SA und SS, womöglich gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nicht aufrecht erhalten werden könne. Diese Auffassung war um so einleuchtender, da doch sehr viele Soldaten aller Ränge von der Disziplin, der Begeisterung, der verkündeten Opferbereitschaft des Nazismus im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie der damaligen Zeit stark berührt waren und man daher wohl mit starken inneren Widerständen bei den Soldaten bei etwaigen Kämpfen rechnen konnte. Die meisten Kabinettsmitglieder, zu denen auch ich gehörte, glaubten nicht, daß Papen nach dem Mißtrauensvotum des Reichstags vom 12. September die Schlagkraft besitzen könne, die ungemein schwierige Lage gegen das von allen guten Göttern verlassene Parlament (Kaas miteingeschlossen) und die Nazis in ihrer Gesamtheit zu meistern, zumal die allgemeine Volksstimmung durch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit gereizt war. Daß dem Reichspräsidenten die Betrauung Schleichers mit dem Kanzlerposten sehr schwer wurde, habe ich in meinem Buch „Von Ostpreußen bis Texas" S. 258 ff. dargelegt."

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um Mitarbeit oder Neutralität der NSDAP seien endgültig gescheitert (am 23. Januar 1933), nicht eine Weisung auf „Kampf" erhalten haben kann[66].

Es ist noch Stellung zu nehmen zu dem Protokoll Meißners vom 2. Dezember 1932[67] (Aktennotiz über Besprechungen beim Reichspräsidenten am 1. und 2. Dezember 1932). Die hier gegebene Darstellung der Besprechung des Kanzlers und Schleichers beim Reichspräsidenten entspricht nicht den Tatsachen. Ich berufe mich auf die Schilderung dieser dramatischen Sitzung in meinen Memoiren[68]. Es ist weder zutreffend, daß zuerst der Reichswehrminister einen eingehenden Bericht über seine „Fühlungnahme mit den Nationalsozialisten und den anderen Parteien" gegeben habe, noch ist an jenem Abend „als einmütige Auffassung aller Beteiligten" festgestellt worden, „daß, zur Zeit wenigstens, Aussicht dafür, daß eine Reichstagsmehrheit das Kabinett Schleicher tolerieren würde, nicht gegeben sei, daß demgemäß ein Ersatz Papens durch Schleicher keine wesentliche Verbesserung der Lage bedeute und daß ein Kabinett Schleicher ebenso einem Konflikt mit dem Reichstag entgegengehe wie ein Kabinett Papen".

Die Darstellung, der Unterzeichnete (Meißner) habe eine eingehende Würdigung der verfassungsrechtlichen Lage von sich gegeben, ist eine glatte Erfindung. Ich habe keine Erinnerung daran, daß Meißner bei dieser Besprechung anwesend gewesen wäre. Jedenfalls hat er nicht gesprochen. Da die Aktennotiz ausweislich der Datierung erst nach der Betrauung Schleichers mit dem Kanzleramt niedergelegt worden ist, kann man vermuten, daß der Hergang der Besprechung am 1. Dezember einer Darstellung Schleichers entspricht, die dann dem Staatssekretär Meißner gegeben wurde[69].

Anders ist auch die Fassung nicht zu verstehen, die von der „Verletzung der Pflichten des Reichstags" spricht und von den präsidialen Maßnahmen des Reichspräsidenten „um Deutschland vor Schaden zu bewahren, der aus einer Verletzung der Pflichten des Reichstags entstehen könnte". Tatsächlich habe ich dem Reichspräsidenten vorgetragen, der vorhandene Staatsnotstand verlange eine Regierung ohne den Reichstag, was einen Bruch der beschworenen Verfassung bedeute. Die Verletzung des Eides liege also beim Reichspräsidenten und dem amtierenden Kanzler. Wie kann man da von einer Pflichtverletzung des Reichstages sprechen[70]? Dieses Meißnersche

---

[66] Frhr. von Braun schreibt dazu (a.a.O.): „Ich habe nie auch nur andeutungsweise davon gehört, daß Hindenburg eine Eventualvollmacht gegeben habe, den ‚Wiederaufbau im Kampf' durchzuführen. Das ist m. E. freie Erfindung von Schleicher. Weil er den Kampf nicht wollte, darum betraute Hindenburg ja Hitler mit dem Kanzlerposten, obwohl ihm dieser zuwider war."

[67] Vgl. Dok. Nr. 6.

[68] F. von Papen, a.a.O., S. 243 ff.

[69] Zu Form und Inhalt des Meißnerschen Protokolls vermerkt Herr von Papen noch: „Eine solche Verdrehung der Tatsachen gegenüber einer so historischen Aussprache! Wenn Meißner, wie ich annehmen muß, nicht selbst am 1.12. zugegen war, hätte er zumindest sein am 2. 12. nachmittags gefertigtes ‚Protokoll' mir zur Bestätigung zeigen müssen, zumal er auch bei meiner Verabschiedung am 2. 12. nicht zugegen war. Aber ich glaube nicht fehl zu gehen, daß Meißners Beschreibung der Vorgänge vom 1. und 2. 12. nach dem Diktat Schleichers erfolgt ist. Man weiß ja, wie schnell Dr. Meißner sich auf einen neuen Kanzler einzustellen wußte. Ich selbst habe das nach dem Abgang Dr. Brünings mit Erstaunen wahrgenommen."

[70] Anmerkung des Herausgebers: Der Bericht Meißners von der Zusage Hindenburgs, „alle erforderlichen präsidialen Maßnahmen zu ergreifen, um Deutschland vor einem Schaden zu bewahren, der aus einer Verletzung der Pflichten des Reichstags entstehen

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Protokoll erweckt den Anschein, als ob ich mit dem Reichspräsidenten Theater gespielt hätte!

Ebensowenig entspricht die Darstellung Meißners den Vorgängen in der Kabinettssitzung, die ich zum 2. Dezember einberufen hatte. Als ob der Kanzler nicht existiert hätte, wird hier berichtet, daß Schleicher und Meißner über den Gang der Verhandlungen vom 1. Dezember und die Entscheidung des Reichspräsidenten das Kabinett unterrichtet hätten. Der Vortrag Ott wird als etwas ganz Nebensächliches erwähnt, obwohl gerade er den Beschluß des Kabinetts herbeiführte, den von Schleicher befürchteten Bürgerkrieg auf alle Fälle zu vermeiden. Die protokollarische Darstellung „verniedlicht" die sehr ernste tatsächliche Lage und Entscheidung im Schleicherschen Sinne.

Zu der Feststellung Schleichers, „die nicht ungünstigen Aussichten für einen modus vivendi mit den Nationalsozialisten waren in dem Augenblick erledigt, als durch Papens hinter meinem Rücken geführte Verhandlungen die Möglichkeit für neue Kombinationen sichtbar wurde", ist zu sagen:

Ein „modus vivendi" wäre Mitarbeit oder Neutralität gewesen. Beide Möglichkeiten schienen aber bereits erschöpft, als meine „hinter seinem Rücken geführten" Verhandlungen mit Hitler am 4. Januar 1933 in Köln stattfanden. Otts Mission, Hitler als Vizekanzler zu gewinnen, war bereits am 1. Dezember gescheitert. Dann hatte Schleicher diesen Posten Gregor Strasser angeboten, sei es mit oder ohne Zustimmung Hitlers. Dieser Plan hatte sich Ende Dezember als undurchführbar erwiesen. In der parteiinternen Auseinandersetzung zwischen Hitler, Strasser und dem Führungsgremium gelang es Hitler, jede Parteispaltung zu verhindern. Strassers evtl. Eintritt in das Kabinett hätte also eine parlamentarische Mehrheit für Schleicher nicht schaffen können – zumal, wie sich Ende Januar zeigte, auch die SPD gegen jede Beteiligung an seiner Regierung war.

Auch die Möglichkeit einer Neutralität war durch die Vorgänge innerhalb der NSDAP seit Dezember ausgeschlossen. Ein „modus vivendi" hat also nie in Aussicht gestanden, nachdem auch die am 11. Januar 1933 stattgefundene Unterhaltung Strassers mit dem Reichspräsidenten erfolglos blieb.

Welches sind „die neuen Kombinationen", die nach Schleichers Ansicht zufolge meiner Unterredung mit Hitler am 4. Januar 1933 sichtbar wurden?

Die ausgedehnten prozessualen Untersuchungen über Hergang und Inhalt der Kölner Besprechung haben festgestellt, daß es sich dort nur um eine „unverbindliche Aussprache" gehandelt hat. Die Aussprache war dem Bestreben gewidmet, das Schleicher selbst erfüllte: eine Beteiligung der NSDAP in irgendeiner Form an dessen Regierung. Sie war keinesfalls gegen Schleichers Interessen gerichtet. Die dokumentarische Feststellung erweist, daß Schleicher bereits die Morgenpresse des 5. Januar 1933 gegen mich mobil gemacht hatte und daß die Versuche vielfacher Mißdeutung zu einer Legende über Inhalt und Wert der Kölner Besprechung geführt haben[71].

---

könnte", ist in der vorliegenden – wohl eilig erfolgten – Formulierung geeignet, zu Mißverständnissen zu führen. Es kann sich vielmehr nur darum gehandelt haben, daß eine „Pflichtverletzung" von seiten des Reichstages erwartet wurde, ein Versagen des Parlamentes hinsichtlich der ihm verfassungsmäßig zuerteilten „Pflichten". Das aber wäre dann gleichbedeutend mit dem Staatsnotstand gewesen, den Herr von Papen oben als Voraussetzung für seine damaligen Vorschläge erwähnt.

[71] Beruf. Urteil von 1949, S. 29: „Die Kombinationen der Presse haben zu einer Legendenbildung geführt, die dem wahren Geschehen nicht entspricht."

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Endlich bleibt noch Stellung zu nehmen zu der Darlegung Schleichers: „Blieb der Kampf, für den alle Vorbereitungen sorgfältig getroffen waren, und der meiner festen Überzeugung nach zum Erfolg geführt hätte, wenn nicht plötzlich die feierlich zugesagte Unterstützung des Reichspräsidenten ausgeblieben wäre."

Die Vorbereitungen für den Kampf eines diktatorisch geleiteten Kabinetts hatten geistiger und materieller Art zu sein. In geistiger Hinsicht hatte der Innenminister meiner Regierung, Frhr. von Gayl, nach mehrfachen Rücksprachen Vorschläge zu einer Verfassungsänderung ausarbeiten lassen. Sie betrafen die Verbesserung des Wahlrechts der Weimarer Verfassung und die Begründung einer ersten Kammer, als Korrektiv gegen staatsgefährdende Beschlüsse allmächtiger Majoritäten des Reichstags. Diese Reformen, auch von Schleicher gebilligt, würden eine bessere Funktion des parlamentarisch-demokratischen Lebens gewährleistet haben.

In materieller Hinsicht hatte Schleicher schon am 2. Dezember 1932 dem Kabinett erklärt, daß er alle Vorbereitungen getroffen habe, um im Falle eines Ausnahmezustandes die Funktion des Staatsapparates sicherzustellen. Indessen habe das angestellte Kriegsspiel ergeben, daß sie nicht ausreichend seien[72]. Wie jedoch hätten sie Ende Januar 1933 nach Schleichers „fester Überzeugung" zum Erfolge führen können?

Wenn Schleicher weiter behauptet, „die feierlich zugesagte Unterstützung des Reichspräsidenten (für die Erklärung des Staatsnotstandes) sei plötzlich ausgeblieben" und es sei durchaus nicht vorauszusehen gewesen, daß der Reichspräsident ihm die Vollmachten nicht geben werde, weil er ihn schon 14 Tage zuvor zur Reichstagsauflösung gedrängt habe, so wird man nur einen Rückblick auf die Tage vom 10. bis 26. Januar zu werfen haben, um festzustellen, daß auch diese Darstellung nicht zutreffen kann[73]. Die Zusicherung der Erteilung von Ausnahme-Vollmachten ist schon deshalb nicht glaubhaft, weil der Reichspräsident den Kampf nicht wollte und Schleicher zu einer einvernehmlichen Lösung berufen hatte. Ab Mitte Januar war alles im Fluß und nichts deutete an, daß der Reichspräsident den Kanzler zur Auflösung gedrängt habe. „Die nüchternen Tatsachen", die Schleicher für seine Darstellung zitiert, sahen anders aus.

Zum sechsten Abschnitt[74]: Die Stellungnahme Schleichers zu diesem Punkt halte ich für durchaus begründet. Seine Auffassung ist von vielen von uns, die durch die Schule der Armee und des Generalstabes gegangen sind, geteilt worden. Die Zitierung von Dr. Goebbels in diesem Zusammenhang ist wohl nur eine Verbeugung vor dem Regime.

Zum siebenten Abschnitt[75]: Schleicher weist den Vorwurf zurück, „die sozialrevolutionäre Verschärfung der Volksstimmung habe unter seiner Kanzlerschaft von Woche zu Woche zugenommen". Es dürfte zutreffen, daß der Kanzlerwechsel vom 2. Dezember 1932 von psychologischer Rückwirkung auf den eben fühlbar werdenden wirtschaftlichen Aufstieg gewesen ist. Die Spannungen, die Schleicher leugnet, hat er offenbar selbst empfunden, als er die ihm sehr nahestehende „Tägliche Rundschau" am 28. Januar 1933 schreiben ließ: „Ein Diktatur-Kabinett Papen mit den Deutschnationalen werde die Spannung im Volke bis zur Siedehitze steigern und müsse zu einer Präsidentenkrise führen." Wer in dieser bedrohlich-aufgeregten Zeit eine Krise um das Staatsoberhaupt an die Wand malte, mußte in der Tat die Spannung als staatsgefährdend empfunden haben.

---

[72] Vgl. die Niederschrift Otts bei F. von Papen, a.a.O., S. 247 f.

[73] Vgl. die chronologische Tagesübersicht bei F. von Papen, a.a.O., S. 261 ff.

[74] Vgl. oben S. 90.

[75] Vgl. oben S. 90.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es scheint kein überzeugendes Argument, wenn Schleicher darlegt, wir seien dem Kommunismus in Deutschland nie so fern gewesen, wie in den zwei Monaten seiner Regierung, in denen – trotz Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen – kein Schuß gefallen sei. Schleicher selbst hat mir gegenüber oft die Meinung vertreten, es sei die gegenwärtig dringendste staatsmännische Aufgabe, alles zu tun, um die so außergewöhnlich angeschwollene nationalsozialistische Partei, in ihrer heterogenen Zusammensetzung, nicht in die Arme des Kommunismus zu treiben.

Es ist schwer zu sagen, weshalb Schleicher in diesem Brief seine eigene Auffassung zum Problem Hitler so ganz anders dargestellt, als sie in Wirklichkeit 1932/33 gewesen ist.

gez. F. von Papen.

Wir wollen zusammenfassen. Zwischen den durchaus im eigenen Interesse geschriebenen sowie aus der damaligen persönlichen Situation zu verstehenden Briefen Schleichers und der jüngsten Niederschrift Papens liegen immer noch viele Unklarheiten. Papen bleibt dabei, die gemeinsame politische Linie, die ihn mit seinem Kabinett – und somit auch mit Schleicher – verband[76], stark zu betonen. In dieses Bild paßt jedoch, damals wie heute, die Realität des selbständig und durchaus mit Verantwortungsgefühl handelnden Politikers Schleicher schlecht hinein, – des Mannes, der von einer ungewöhnlichen, aber historisch erklärbaren Position aus zumindest ein Ziel mit gleichbleibendem Nachdruck verfolgte: alles zu tun, um die nationalsozialistische Massenbewegung samt ihren militanten Organisationen in eine enge ernst gemeinte, durch politische Pflichten gekennzeichnete Verbindung zum Staat zu bringen oder zu – nötigen. Im Hinblick auf dieses Ziel stimmte er lange Zeit mit Brüning überein, lenkte er den Blick auf Papen, bemühte er sich um Hitler, scheiterte er schließlich selbst. Die NSDAP sah in ihm den Gegner, sobald sie zu erkennen vermochte, mit welchen inhaltlichen, personellen, ja selbst gouvernemental-technischen Vorbehalten diese Politik ihr gegenüber geführt wurde. Sie hielt ihn für fähig, zu der persönlichen Niederlage Hitlers am 13. August 1932 beigetragen zu haben.

Damit kommen wir zu den Einzelheiten, die zum Teil vorerst ungeklärt bleiben müssen. Es konnte gezeigt werden, daß Schleicher nach den Wahlen des 31. Juli 1932 – äußerlich gesehen – für kurze Zeit aus der präsidialen Phalanx ausgebrochen ist. Dabei war die vorübergehende „Einsicht", eine Kanzlerschaft Hitlers würde am ehesten die blutige Wildheit jener Tage dämpfen, doch nur eine Variante bereits monatealter Auffassungen. Eine Variante, auf die er, nach Kenntnisnahme der Haltung des Reichspräsidenten, wieder verzichten zu können glaubte, ohne dabei den Ausgang des 13. August als Triumph der Regierungspolitik zu empfinden.

War Schleicher wirklich beim Reichspräsidenten? Während Papen noch heute einen derartigen Besuch mitsamt den geschilderten Einzelheiten für freie Erfindung hält, erschien bereits den Nationalsozialisten ein Gespräch „unter vier

[76] Vgl. dazu auch die Charakterisierung des Kabinetts durch L. Graf Schwerin von Krosigk, Es geschah in Deutschland, Tübingen und Stuttgart 1951, S. 146.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Augen", wenngleich nach ihrer Meinung gegen die Interessen Hitlers gerichtet, sehr wahrscheinlich. Nach dem inhaltlichen und grammatischen „Befund" der Niederschrift Schleichers[77] wäre die dort genannte Besprechung in Neudeck auf die Zeit vor dem 13. August zu legen. Hiervon und auch untereinander unabhängig bezeugen zwei ehemalige Mitarbeiter Schleichers, daß dieser bei Hindenburg sich für die Kanzlerschaft Hitlers eingesetzt habe[78]; ein dritter bestätigt auf Anfrage, der General sei „um den 12. August" beim Reichspräsidenten gewesen[79]. Einer von ihnen setzt zwar diese Intervention auf „Ende August" an – was nicht stimmen kann –, stützt aber die Erinnerung Schleichers an die „fast ungnädigen Worte" Hindenburgs in Neudeck. Er schreibt (1949): „. . . Nach der diesbezüglichen Besprechung beim Reichspräsidenten sagte er (sc. Schleicher): ‚Der alte Herr hat den Gedanken schroff abgelehnt und mir dann ziemlich unfreundlich gesagt: = Man sagt mir, Sie wollten mich den Nazis ausliefern. – Darauf habe ich ihn dann etwas beruhigt'"[80]. Die Zeit für die Möglichkeit eines solchen Gespräches kann nur zwischen dem frischen Eindruck des Wahlergebnisses sowie der Fühlungnahme mit Hitler einerseits und dem – seit dem 10. August mit Hindenburg und Papen gemeinsam betriebenen – Vizekanzler-Plan andererseits gelegen haben. Aus der Sammlung der täglich von Bredow zusammengestellten „Kurzorientierungen", die Schleicher so regelmäßig wie möglich abzuzeichnen pflegte, geht einwandfrei hervor, daß der General zwei Tage, den ganzen 8. und bis zum Abend des 9. August, vom Reichswehrministerium abwesend war[81]. Von den Männern, die über die damaligen politischen Besprechungen beim Reichspräsidenten etwas aussagen können, lebt außer Papen nur mehr Oskar von Hindenburg. Auch er glaubt nicht daran, daß Schleicher „am 13. August 1932 bzw. vor diesem Datum" eine Kanzlerschaft Hitlers vorgeschlagen haben könnte[82].

Nun ein Wort zu dem Widerspruch, den Papen bei der Nennung seiner Person in beiden Briefen Schleichers erblickt[83]. Er bezieht sich auf die von Schleicher genannten „Gegner dieser Entwicklung" und etwas später auf den „einzig einflußreichen Berater". Mit den „Gegnern" ist nach seinem Empfinden er („und evtl. noch Meißner?"), mit dem „Berater" „doch offenbar" er allein gemeint. Gewiß, der Einfluß Papens stieg und vermochte gegen Ende des Jahres denjenigen Schleichers auszustechen. Es ist aber schwer einzusehen, daß der General – auch nachträglich – bei den Mitte August 1932 verhandelten Affären in dem erst zwei-

[77] Vgl. oben S. 00, Dok. Nr. 2, vierter Abschnitt.

[78] Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 218, fol. 1 ff.; Nr. 248, fol. 6 und 12.

[79] Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 279, fol. 26.

[80] Zeugenschrifttum Nr. 248, fol. 12.

[81] Kurzorientierungen des Ministeramtes im Reichswehrministerium, Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72.

[82] Schreiben des Gen. Lt. a. D. Oskar von Hindenburg an Herrn von Papen vom 21. November 1957.

[83] Vgl. oben Anm. 59 und S. 110.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einhalb Monate als Reichskanzler amtierenden und bisherigen politischen Außenseiter Papen bereits „den einzig einflußreichen Berater des Reichspräsidenten" gesehen haben soll. Er nennt den „Berater" und die „Gegner" so wenig beim Namen wie er andererseits in dem Briefe an Körner sich auf die Namen Papens und Meißners als hoher Amtsträger bezogen hat. Es bleibt daher die Frage, ob nicht dieser „Berater" und sicher auch die „Gegner" in der engsten privaten Umgebung Hindenburgs zu suchen sind.

Zu den Andeutungen Schleichers, daß seine Kontakte mit der NSDAP nach dem 13. August weiterliefen („Ich habe Hitler über meine Beurteilung der Lage nicht im unklaren gelassen und mich deshalb um so mehr bemüht, die Nationalsozialisten wenigstens zur Mitarbeit zu gewinnen"), hat Papen keine Stellung genommen. Die Türen waren keineswegs zugeschlagen. Zeitgenössische Hinweise auf Bestrebungen Schleichers und Papens, die Verbindung zu Hitler nicht abreißen zu lassen[84], ja sogar auf eine Zusammenkunft der drei an neutraler Stelle[85], lassen wir dahingestellt. Aber schon am 22. August nahm, wie wir sahen, ein Bevollmächtigter Hitlers Fühlung mit dem Wehrministerium auf[86] und setzte seine Gespräche im September mit dem Leiter der Wehrmachtsabteilung fort; noch vor der Reichstagsauflösung scheint auch eine weitere Aussprache Schleichers mit Gregor Strasser stattgefunden zu haben. Und Papen selbst betonte am 15. August vor dem Kabinett, es bleibe nach wie vor notwendig, die nationalsozialistische Bewegung als „tragenden Faktor" an den Staat heranzubringen, nur dürfe der Staat nicht an Hitler ausgeliefert werden[87]. Für Schleicher blieb jedenfalls die Entwicklung dauernd im Fluß, eine Auffassung, gegen die auch die oben abgedruckte Materialstudie über den „Treubruch der nationalsozialistischen Führung[88]" praktisch nichts aussagt. Vor dem Kabinett hatte er die Notwendigkeit des taktisch richtigen Verhaltens, das den „Gegner" im „Unrecht" lassen müsse, hervorgehoben.

Man wird nicht sagen können, daß sich Schleicher die sich selbst gestellte Aufgabe leicht gemacht hat. Die Mission Otts nach Weimar – der letzte Versuch mit Hitler – und die konkreten Verhandlungen mit und in Richtung auf Strasser Ende November/Anfang Dezember konnten und können für den Kenner der Dinge keine „entscheidende Wendung", wie Papen meint, bedeuten. Wieweit kurz vor dem 1. Dezember eine „Lösung Schleicher" oder ein Kabinett Schleicher bereits gegenüber Hindenburg spruchreif war, läßt sich auch aus der Aktennotiz Meißners[89] nicht ersehen. Ihre Mängel, auf die auch Papen

---

[84] J. Goebbels, a.a.O., S. 146 bzw. 147 (13. bzw. 16. August 1932).

[85] E. von Schmidt-Pauli, a.a.O., S. 131 f.; J. Goebbels, a.a.O., S. 152.

[86] Vgl. oben S. 101 f.

[87] Protokoll der Ministerbesprechung vom 15. August 1932 (Akten der Reichskanzlei), a.a.O. (vgl. Anm. 33).

[88] Vgl. Dok. Nr. 5.

[89] Vgl. Dok. Nr. 6.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hinweist, sind offensichtlich. Leider fehlt in der einschlägigen Sammlung der Reichskanzlei ein Protokoll der Ministerbesprechung vom 2. Dezember; eine kurze Notiz teilt lediglich die Tatsache mit[90]. Daß sie dramatisch verlief, weiß auch Schwerin-Krosigk zu berichten[91]. Indessen scheint die Abneigung einzelner Minister gegen den scharfen Kurs Papens schon etwas früher bestanden zu haben. Kurzum: Schleicher war der Auffassung, daß die Absichten Papens 90% des Volkes zu erbitterten Feinden der Regierung machen würden[92], und meinte, die Reichswehr bei ihrer gleichzeitigen Grenzschutzverpflichtung nicht einem Zweifronten-Bürgerkrieg aussetzen zu sollen. So stellte er sich, wenngleich zögernd, für das Amt des Reichskanzlers zur Verfügung, um die weit verbreitete Antipathie gegen die Regierung nach Möglichkeit auf die radikale Rechte zu reduzieren –, unter Verzicht auf die großangelegten Verfassungs- und Wahlrechtsreformpläne Papens und Gayls und sein Programm beschränkend auf das Gebiet der Sozialpolitik und der Arbeitsbeschaffung.

Die Gegenkräfte erwiesen sich als stärker und setzten Ende Januar 1933 den letzten Reichskanzler des Weimarer Staates matt. Daß Hindenburg nicht mehr imstande gewesen sei, einen Unterschied in den Gründen zu finden, die am 1. Dezember durch Papen und am 28. Januar durch Schleicher vorgetragen wurden, um Vollmachten für die Auflösung des Reichstages zu erhalten, ist heute auch die Meinung Papens[93].

Thilo Vogelsang

---

[90] Protokollsammlung der Ministerbesprechungen vom 1. Juni 1932 bis 30. Januar 1933 aus den Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MA 88, fol. D 791 241.

[91] L. Graf Schwerin von Krosigk, a.a.O., S. 146. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 145, Bd. 3, fol. 33 ff.

[92] Ausführungen Schleichers auf einer Befehlshaberbesprechung Mitte Dezember 1932, in: Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 427.

[93] Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 354, Bd 2, fol. 5.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Walter L. Dorn, Professor für Geschichte an der Columbia University in the City of New York, 464 River Side Drive, New York 27, N. Y.

Dr. Jack J. Roth, Assistant Professor für Geschichte an der Roosevelt University in Chicago, 430 South Michigan Av., Chicago 5, Ill.

Dr. Kurt Sontheimer, Assistent am Seminar für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg, Freiburg/Brsg., Sternwaldstraße 41.

Constantin Graf Stamati, Freiburg/Brsg., Matthias-Grünewald-Straße 10.

Dr. Thilo Vogelsang, Leiter der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte München, München 27, Möhlstraße 26.

Jahrgang 6 (1958), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1958_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte